

Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung

**Geschichte und ihre Instrumentalisierung
in der aktuellen deutschen Politik**

Tobias Ebbrecht: Die große Zerstreuung:
Heimat-TV im deutschen Geschichtsfernsehen

Florian Weis: „Germans may have to face the
choice between migration and massacre“ –
Die britische Haltung zum Münchner Abkommen,
zu Grenzziehung und Umsiedlung

Jana Mikota: Das Verhältnis von Deutschen und
Tschechen im Grenzgebiet der 1930er Jahre

Velten Schäfer: Von der „Volksgeschichte“ zum
„Spatial Turn“ – Umriss des NS-Tabus in der
(west)deutschen Historikerschaft nach 1945

Florian Beck: Realpolitik und Hybris

Steffen Bockhahn: Die Beneš-Dekrete im Jahr
2004 – Stolperstein Tschechiens auf dem Weg in
die EU?

Jörg Kronauer: Die Revision der Nachkriegs-
ordnung in den Strategien des deutschen Revan-
chismus

Juliane Gilles: Die Wertung des „Münchner
Abkommens“ im Nürnberger Kriegsverbrecher-
prozess

Vorträge bei der historischen Fachtagung des Kurt Eisner Vereins für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung und der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, 7.5. bis 9.5.2004 im EineWeltHaus in München. Herausgegeben von der DTN-Redaktion, verantwortlich Renate Hennecke, und der Vorbereitungsgruppe der Tagung, verantwortlich Cornelia Fiedler.

DTN

Deutsch-Tschechische
Nachrichten

Dossier

Nr. 5 Dezember 2004

DTN-Dossier Nr. 5, Dezember 2004

Vom Münchner Diktat zur Nachkriegs-
ordnung – Geschichte und ihre Instrumen-
talisierung in der aktuellen deutschen Politik

Vorträge von Florian Beck, Steffen
Bockhahn, Tobias Ebbrecht, Juliane Gilles,
Jörg Kronauer, Jana Mikota, Velten Schäfer,
Florian Weis.

Hrg: Renate Hennecke, Cornelia Fiedler

Bestelladresse:

GNN-Verlag,

Neuer Kamp 25,

20359 Hamburg

Tel.: 040 - 43 18 88 20

Fax: 040 - 43 18 88 21

eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Preis 8 Euro zzgl. Versandkosten

Druck und Verlag: GNN, Gesellschaft
für Nachrichtenerfassung und Nachrichten-
verbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-
Holstein/Hamburg m.b.H.

ISBN 3-938372-01-X

Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung

**Geschichte und ihre Instrumentalisierung
in der aktuellen deutschen Politik**

**Florian Beck, Steffen Bockhahn, Tobias
Ebbrecht, Juliane Gilles, Jörg Kronauer, Jana
Mikota, Velten Schäfer, Florian Weis**

*Vorträge bei der historischen Fachtagung des Kurt-
Eisner-Vereins für politische Bildung in Bayern in
Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung
und der Redaktion der Deutsch-Tschechischen
Nachrichten. 7.5. bis 9.5.2004 im EineWeltHaus
in München*

Herausgegeben von der Redaktion der Deutsch-
Tschechischen Nachrichten, verantwortlich
Renate Hennecke, und der Vorbereitungsgruppe
der Tagung, verantwortlich Cornelia Fiedler.

Diese Dokumentation wurde gefördert durch
den Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in
Bayern e.V. und die Rosa Luxemburg Stiftung.

Inhalt

TOBIAS EBBRECHT: Die große Zerstreuung: Heimat-TV im deutschen Geschichtsfernsehen	3
FLORIAN WEIS: „Germans may have to face the choice between migration and massacre“ – Die britische Haltung zum Münchner Abkommen, zu Grenzziehung und Umsiedlung	32
JANA MIKOTA: Das Verhältnis von Deutschen und Tschechen im Grenzgebiet der 1930er Jahre	50
VELTEN SCHÄFER: Von der „Volksgeschichte“ zum „Spatial Turn“ – Umriss des NS-Tabus in der (west)deutschen Historikerschaft nach 1945	66
FLORIAN BECK: Realpolitik und Hybris	81
STEFFEN BOCKHAHN: Die Beneš-Dekrete im Jahr 2004 – Stolperstein Tschechiens auf dem Weg in die EU?	98
JÖRG KRONAUER: Die Revision der Nachkriegsordnung in den Strategien des deutschen Revanchismus	119
JULIANE GILLES: Die Wertung des „Münchner Abkommens“ im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess	131
Bericht von der Eröffnungsveranstaltung	144
Nachwort der DTN-Redaktion	153
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	156
Literatur zum Thema	157

Die große Zerstreung: Heimat-TV im deutschen Geschichtsfernsehen

Einige kritische Anmerkungen zur Darstellung von „Flucht und Vertreibung“ in deutschen und österreichischen Film- und Fernsehproduktionen

Einleitung

„Wenn wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Opfer des 20. Jahrhunderts gedenken, dann sollten wir uns aller Opfer erinnern – der von Krieg und Holocaust, aber auch von Flucht und Vertreibung.“¹ So kündigte der ZDF-Historiker Guido Knopp seine Dokumentarreihe *Die große Flucht* an, die Ende 2001 erstmals im Fernsehen zu sehen war. Guido Knopp steht für eine Geschichtsschreibung, die sich populärer Formen bedient – insbesondere des Mediums Film. Mit seinen Dokumentationen ist er zum Geschichtslehrer der Nation geworden. Seine Filme sind wesentlich einflussreicher auf die populäre Geschichtswahrnehmung als manche Debatte unter Historikern. Seit 1984 leitet Guido Knopp die von ihm gegründete Redaktion *Zeitgeschichte* beim ZDF, und seit Beginn der 90-er Jahre produziert er in dieser Funktion regelmäßig Dokumentarserien zur Geschichte des Nationalsozialismus. Dazu zählen u.a.: *Der verdammte Krieg* (1991), *Entscheidung Stalingrad* (1993), *Hitler – Eine Bilanz* (1995), *Hitlers Helfer* (1997), *Hitlers Helfer II* (1998), *Hitlers Krieger* (1998), *Hitlers Kinder* (2000), *Holocaust* (2000), *Hitlers Frauen* (2001), *Die große Flucht* (2001), *Die Gefangenen* (2003) und *Die Befreiung* (2004). Die mittlerweile zur besten Sendezeit ausgestrahlten Folgen erreichen sensationelle Einschaltquoten. Im Schnitt sahen bis zu 3,5 Millionen Zuschauer die Knoppschen Sendereien, was einer Quote um die 18 Prozent entspricht.²

Es ist sicher nicht zufällig, dass Knopp das Filmprojekt *Die große Flucht* über „Flucht und Vertreibung“ in den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges und nach der deutschen Niederlage vom Standpunkt des 21. Jahrhunderts aus bestimmt.

¹ Guido Knopp: Solange noch Zeit ist, www.zdf.de/ZDFde/Inhalt/8/0,1872,1019464,00.html (17.03.04)

² Vgl. Gerd Wiegel: Familiengeschichte vor dem Fernseher. Erinnerter NS-Geschichte in den Dokumentationen Guido Knopps, in: Michael Klundt (Hg.): *Heldenmythos und Opfertaumel. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen im deutschen Geschichtsdiskurs*, Köln: PapyRossa 2004, S. 86.

Dieser Standpunkt steht für eine neue Unbefangenheit gegenüber der Geschichte. Am viel zitierten „Ende der Nachkriegszeit“ präsentiert sich Guido Knopp als Vertreter eines geläuterten Deutschlands, das die eigene Vergangenheit erfolgreich „bewältigt“ hat. Diese „Bewältigung“, nicht Aufarbeitung, vollzog sich nicht nur politisch, sondern auch ästhetisch. Zwei Aspekte sind dafür in Knopps Definition beispielhaft. Zum einen der Begriff „Opfer des 20. Jahrhunderts“ und zum anderen der Verweis auf den Holocaust. Letzteres zeigt, dass die Geschichte der deutschen Verbrechen nach wie vor den – wenn auch oft verborgenen oder abgewehrten – Bezugsrahmen für die Rede über „Flucht und Vertreibung“ bildet. Diesen Bezug weiter aufzuweichen und ästhetisch wie politisch zu entwickeln, dafür dient die Aneignung des politischen Vokabulars und der ästhetischen Darstellungsformen der Erinnerung an den Holocaust zur Erzählung und medialen Repräsentation des „deutschen Leids“. Gesellschaftlich vollzog sich dieser Prozess der Aneignung als Transformation von der Schuldabwehr hin zur Universalisierung der deutschen Verbrechen, ästhetisch als Aneignung insbesondere der Darstellung der Zeugenschaft für die Reklamation eines deutschen Opferstatus. Der verallgemeinernde Begriff der „Opfer des 20. Jahrhunderts“ verweist auf diese Aneignung: die Deutschen sind von Tätern zu Zeugen einer schrecklichen Geschichte geworden, als deren erstes Opfer sie sich selbst sehen.

Im Folgenden sollen einige Beispiele für die Darstellung von „Flucht und Vertreibung“ in deutschen Film- und Fernsehproduktionen vorgestellt und diese Entwicklung durch die Analyse ihrer ästhetischen Darstellungsformen nachvollziehbar gemacht werden. Die hier ausgewählten Filme, Dokumentationen und Dokumentarreihen können nur Ausschnitte aus der immer umfangreicher werdenden medialen

³ Bisher gibt es keine umfassenden Studien zur medialen Repräsentation des Themas „Flucht und Vertreibung“ in Filmen der DDR. Zur Auseinandersetzung mit dem Holocaust in Gegenwartsfilmern der DEFA vgl. bspw. Elke Schieber: „Vergesst es nie – Schuld sind sie!“ in: Deutsches Filminstitut (Hg.): Die Vergangenheit in der Gegenwart: Konfrontationen mit den Folgen des Holocaust im deutschen Nachkriegsfilm, Frankfurt/Main / München: edition text+kritik: 2001, S. 36-47, oder Peter Hoff: Schuld und Sühne – Kriegererlebnis und Kriegsdeutung im Fernsehen der DDR der fünfziger Jahre. Unveröffentlichtes Referat auf der Konferenz „Schuld und Sühne? Kriegererlebnis und Kriegsdeutung in deutschen Medien der Nachkriegszeit“ an der HU Berlin am 2. September 1999. Zur literarischen Reflexion von „Flucht und Vertreibung“ siehe: Redaktion Deutsch-Tschechische Nachrichten (Hg.): Politisch literarische Reflexion zum Thema Flucht, Vertreibung, Erinnern in der DDR-Literatur, DTN-Dossier Nr. 3, Januar 2004. Zur medialen Bearbeitung im bundesdeutschen Fernsehen der Gegenwart bietet Gerd Wiegel: Familiengeschichte vor dem Fernseher, a.a.O., S. 82-102 erste Anknüpfungspunkte.

Bearbeitung des Themas „Flucht und Vertreibung“ in den vergangenen Jahrzehnten zeigen. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Insbesondere die Repräsentation der Flüchtlinge im Film und im Fernsehen der DDR bleibt hier leider unberücksichtigt.³ Ob der besonderen Form der „Vergangenheitsbewältigung“ in der Bundesrepublik, die sich allerdings seit 1989/90 auch mit den spezifischen Formen der Entwirklichung von Vergangenheit durch die Geschichtspolitik der DDR vermischt,⁴ soll diese Untersuchung insbesondere zeigen, wie die medial aufgeladene Rede über „deutsche Opfer“⁵ die Erinnerung an die deutschen Verbrechen und deren Opfer überlagert und schließlich entwirklicht.⁶

Heimatersatz im Heimatfilm

Die erste Station führt zurück in die 50-er Jahre, in denen der Heimatfilm neben dem Kriegsfilm das populärste Filmgenre des bundesdeutschen Nachkriegskinos war. Bis heute hält sich hartnäckig die Legende vom öffentlichen Tabu, das in der alten Bundesrepublik über der Geschichte der sogenannten Vertriebenen gelegen hätte. Insbesondere nach Erscheinen von Günter Grass' Novelle *Im Krebsgang* wurde immer wieder betont, wie lange dieser Teil der deutschen Geschichte „beschwiegen“ worden sei.⁷ Doch nicht nur auf politischer Ebene lässt sich diese Legende angesichts des Elans, mit dem sich bereits die ersten Regierungen der Bundesrepublik

⁴ Zur unterschiedlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik und der DDR vgl. z.B. Jeffrey Herf: *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin: Propyläen 1998.

⁵ Neben dem Thema „Flucht und Vertreibung“ diente dieser medialen Aufladung auch die Auseinandersetzung um den „anglo-amerikanischen Bombenkrieg“. Auch diese hatte die Funktion, die Kausalitäten des deutschen Vernichtungskrieges zugunsten der Sicht auf die Deutschen als Opfer zum Verschwinden zu bringen. Auch das Thema „Bombenkrieg“ wurde mit zahlreichen Dokumentationen im Fernsehen bedacht. Einen Überblick über die Geschichtsblindheit dieser Mediendebatte und ihre Funktion für die Selbstvergewisserung der Deutschen sowie die Verschiebung der Kriegsverbrechen auf die ehemaligen Alliierten, insbesondere Winston Churchill und Sir Arthur Harris, gibt: Kurt Pätzold: *Auch die Geschichte kennt ihre Zahltag* – Die Debatte über den „Bombenkrieg“, in: Michael Klundt (Hg.): *Heldenmythos und Opfertauel*. a.a.O., S. 14-40.

⁶ Zur Entwirklichung der deutschen Vergangenheit siehe: Tobias Ebbrecht: *Entwirklichung und Schuldabwehr: Bericht aus Deutschland*, Vortrag zur Veranstaltungsreihe „Deutschland – Wahn und Wirklichkeit“ am 27. November 2003 in Dortmund, <http://www.ki.antifa.net/03/0006.html>; sowie Tobias Ebbrecht / Timo Reinfrank: *Deutsche Schuld und die Störenfriede der Erinnerung*, in: *gruppe offene rechnungen* (Hg.): *The Final Insult. Das Diktat gegen die Überlebenden*, Münster: Unrast 2003, S. 234-267.

⁷ Vgl. Ute Frevort: *Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited. Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 40-41/2003*, S. 10.



Abb. 1: Mehr als 20 Millionen Zuschauer sahen 1951 den Heimatfilm *Grün ist die Heide* von Hans Deppe.

und diese als ihre „neue Heimat“ zu akzeptieren.⁹ Das Motiv der „Heimatvertriebenen“ kann daher als „eins der spezifischsten Phänomene des Heimatfilms der fünfziger Jahre“¹⁰ angesehen werden.

Gleichzeitig steht der Heimatfilm wie kaum ein anderes Filmgenre für die Kontinuität zum Nationalsozialismus. Als typisch deutsches Genre entwickelte er sich aus

dem Schicksal der nach dem Krieg aus- und umgesiedelten Deutschen annahmen, nur schlecht aufrechterhalten.⁸ Auch in der Alltagskultur zeigt sich ein anderes Bild. In Romanen und Filmen der 50-er Jahre waren die Vertriebenen-geschichten ein beinahe immer präsenter Gegenstand, der mal mehr und mal weniger offen verhandelt wurde. So thematisierte Frank Wisbar bereits 1959 in *Nacht fiel über Gotenhafen* den Untergang der Gustloff, den mehr als vierzig Jahre später auch Günter Grass in *Im Krebsgang* bearbeitete. Es kann sogar davon gesprochen werden, dass mit dem Heimatfilm den deutschen Flüchtlingen ein ganzes Filmgenre gewidmet wurde. Mehr als 20 Millionen Zuschauer sahen 1951 Hans Deppes *Grün ist die Heide*, einen Klassiker des Genres. (ABB. 1) Und es kann wohl zurecht gesagt werden, dass diese Heimatfilme der 50-er Jahre ein neues Heimatgefühl insbesondere für die Flüchtlinge vermitteln sollten. Sie sollten denen, die durch den deutschen Krieg „heimatlos“ geworden waren, helfen, sich mit der Bundesrepublik zu identifizieren

⁸ Vgl. Edgar Wolfrum: Rückkehr der Erinnerung, die immer da war, in: *Die Welt*, 22.2.2002.

⁹ Vgl. Anton Kaes: *From Hitler to Heimat. The Return of History as Film*, Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1992, S. 15.

¹⁰ Jürgen Trimborn: *Der deutsche Heimatfilm der fünfziger Jahre. Motive, Symbole und Handlungsmuster*, Köln: Teiresias Verlag 1998, S. 116.

dem Bergfilm, der wiederum inspirierend für die nationalsozialistische Filmproduktion gewesen war und aus dessen Tradition auch die Nazi-Filmerin Leni Riefenstahl stammt. Hans Deppe aber auch Wolfgang Liebeneiner, in dessen Film *Waldwinter* von 1956 vertriebene Schlesier im Mittelpunkt stehen, waren angesehene und von nationalsozialistischen Filmstellen hochgeschätzte UFA-Filmemacher. Liebeneiner drehte 1940 mit *Bismark* eine der Filmbiographien historischer Führergestalten, die das Propagandaministerium in Auftrag gab, um in Form von Unterhaltungsfilm die nationalsozialistische Ideologie populär zu machen:¹¹ „Gerade weil man die breiten Massen erreichen wollte, war man auf den populären Film angewiesen.“¹² In *Bismark*, der heute allenfalls als „historisch“ meist jedoch als „unpolitisch“ gilt, finden sich auch eindeutig negativ mit antisemitischen Stereotypen gezeichnete Figuren.¹³ 1941 realisierte Liebeneiner den Film *Ich klage an*, der in der Bevölkerung für das nationalsozialistische Euthanasieprogramm werben sollte. Auch an dem von Veit Harlan, dem Regisseur des antisemitischen Hetzfilms *Jud Süß* (1940), noch 1945 realisierten Durchhaltefilm *Kolberg* wirkte Liebeneiner mit. Hans Deppe trat als Darsteller in einem der ersten nationalsozialistischen Propagandafilme *Hitlerjunge Quex* (1933) auf.¹⁴ Er realisierte bis 1945 zahlreiche NS-Unterhaltungsfilme. Sein Film *Heimaterde* (1941) spielt auf einem Gut in Ostpreußen und lässt deutliche Bezüge zur NS-Blut-und-Boden-Ideologie erkennen. Er beinhaltet auch zahlreiche Motive, die in den Nachkriegsproduktionen Deppes wieder auftauchen. Die UFA-Filmemacher wendeten sich nicht zufällig nach 1947 verstärkt dem Heimatfilm zu. Viele der in dieser Zeit gedrehten Filme waren Remakes von Durchhalte- und Unterhaltungsfilm, die während des Nationalsozialismus hergestellt worden waren.

Mit ihren Vorbildern teilten die Heimatfilme der 50-er Jahre eine seltsame Abwesenheit des Politischen. Doch genauso wie die ideologische Weltanschauung besonders in den nationalsozialistischen Unterhaltungsfilm sichtbar wurde, aus denen die Tagespolitik verbannt war, gilt für den Heimatfilm nur vordergründig, dass er eine wirklichkeitsentrückte Welt in Agfa-Color präsentierte. „Mit Pathos und einem Hang zu idealtypischen Figuren und Figurenkonstellationen werden Konflikte aufgenommen und metaphorisch ausgetragen, die sehr wohl aus dem Alltag bekannt

¹¹ Vgl. zur Funktionsweise dieser filmischen Präsentation des Führerprinzips: Bernd Kleinhans: Triumph der Unterhaltung. Ideologische Struktur und Präsenz des NS-Spielfilms nach 1945, in: Michael Klundt (Hg.): Heldenmythos und Opfertaumel. a.a.O., S. 66,

¹² Ebd., S. 63.

¹³ Vgl. Dorothea Hollstein: „Jud Süß“ und die Deutschen. Antisemitische Vorurteile im nationalsozialistischen Spielfilm, Frankfurt/Main/Berlin/Wien: Ullstein 1983, S. 120f.

¹⁴ Vgl. Bernd Kleinhans: Triumph der Unterhaltung, a.a.O., S. 74.

sind.¹⁵ Dies traf besonders für die jüngste Geschichte zu, die hinter Kitsch und Naturidylle im Heimatfilm hervorschien. Wie in den nationalsozialistischen Unterhaltungsfilmern die ideologischen Konstellationen vom Alltagsbewusstsein durchaus verstanden wurden, sind auch die angedeuteten Themen im Heimatfilm verständlich, ohne explizit ausformuliert zu werden. Die Verbrechen der Deutschen bleiben jedoch ein Anathema. Und ohne den Bezug darauf ist auch die Geschichte von „Flucht und Vertreibung“ nicht explizit zu visualisieren. Darum findet sie sich als Andeutung und in der Bearbeitung des Begriffs „Heimat“ in den Filmen wieder. Hans Deppes *Grün ist die Heide* ist dafür ein gutes Beispiel. Der Film erzählt vom heimatvertriebenen Lüder Lüdersen und seiner Tochter, die bei Verwandten in der Lüneburger Heide Aufnahme gefunden haben. Ein junger Förster jagt einen Wilderer, der im nahen Wald Hirsche schießt. Neben dem jungen Liebesglück, das im Zentrum des Films steht, bildet die Geschichte von Lüdersen, der sich als Wilderer entpuppt, den thematischen Hintergrund von *Grün ist die Heide*. „Warum darf man kein Mensch mehr sein“, fragt Lüdersen im Film, „nur weil man alles verloren hat. Nur wenn ich draußen im Wald bin, in der Natur, vergesse ich alles Elend.“ Lüdersen ist kein Krimineller, so der Film, sondern eine durch den Verlust der Heimat gebrochene Persönlichkeit. Auf seinem ehemaligen Gut konnte er noch jagen, und nun, da er alles verloren hat, treibt ihn die Sehnsucht nach der Heimat hinaus in den Wald. Das Wildern ist die „Externalisierung seiner Verletzung“, einer Verletzung, die Gerhard Bliersbach als „Ich-Verarmung“ beschreibt.¹⁶

Der Film schließt mit einem Volksfest, das die nun in die dörfliche Gemeinschaft integrierten Vertriebenen in Szene setzt. Untermalt vom Lied „Deutsches Gebirge, meine liebe Heimat du“ fährt die Kamera über die Trachten der Landsmannschaften, um dann in den blauen Himmel zu schwenken als Symbol für die Sehnsucht nach der unerreichbaren Heimat. Lüdersen erklärt schließlich, dass die Heide auch seine „zweite Heimat“ geworden sei. In seinem Appell heißt es: „Macht es den Menschen, die zu euch geflüchtet sind, nicht schwer. Wer nicht von der Heimat weg musste, der kann nicht ermessen, was es bedeutet, heimatlos zu sein.“ In der sentimental und gebrochen gezeigten Figur von Lüdersen ist der Bezug auf die deutschen Opfer bereits enthalten. Lüdersen „fühlt sich entwertet, und er wütet gegen diese Wunde in seinem Stolz.“¹⁷ Diese Wunde, die nicht weiter erklärt wird,

¹⁵ Claudia Beindorf: Terror des Idylls. Die kulturelle Konstruktion von Gemeinschaften in Heimatfilm und Landsbygd-film 1930–1960, Baden-Baden: Nomos 2001, S. 135.

¹⁶ Gerhard Bliersbach: So grün war die Heide ... Die gar nicht so heile Welt im Nachkriegsfilm, Weinheim/Basel: Beltz 1989, S. 83

ist die Nichtakzeptanz des verlorenen Krieges und die daraus resultierende narzisstische Kränkung. Allerdings relativiert das glückliche Ende des Films noch diesen Bezug auf die Deutschen als Opfer durch die Betonung einer erfolgreichen Integration der „Heimatvertriebenen“ in der Bundesrepublik.

Diesen Tenor hat auch Wolfgang Schleifs *Das Mädchen Marion* von 1956. Anders als die meisten Filme des Genres geht dieser Film zumindest vordergründig auf die Vorgeschichte ein. Er beginnt im Winter des Jahres 1944/45 irgendwo in Schlesien. Ein Pferdetreck schlägt sich durch die verschneite Landschaft. Sofort werden die bekannten Schwarzweiß-Bilder der Flüchtlingstrecken aus den Wochenschauen im Kopf des Zuschauers wachgerufen. (ABB. 2) Der Treck kommt auf den Hof der jungen Marion und ihrer Mutter. Unter den Pferden ist ein junges Fohlen, Kind eines berühmten schlesischen Turnierpferdes. Als der Treckführer an Erschöpfung stirbt, überlässt er das Fohlen dem Mädchen, das mit ihm und seiner Mutter in Richtung Westen aufbricht und schließlich auf einem Hof in Westdeutschland Aufnahme findet. *Das Mädchen Marion* zeigt keine Kriegshandlung, und doch sind alle Schreckensbilder den eingeweihten Zuschauern präsent. Der Film geht nicht explizit auf die Geschichte von „Flucht und Vertreibung“ ein, und doch findet er mit dem „vertriebenen“ Fohlen ein unverdächtiges Bild, um die Vertreibungsgeschichte zu reprä-



Abb. 2: Die Bilder aus dem Film *Das Mädchen Marion* (a) rufen als Assoziation die Bilder der deutschen Flüchtlingstrecken auf (b).

¹⁷ Ebd.



sentieren. (ABB. 3) Die alliierten Armeen, insbesondere die Rote Armee, kommen nicht vor, und doch findet Schleif auch dafür eine geeignete Metapher. Eine Gruppe von Pferdedieben, mit osteuropäischem Akzent für das deutsche Publikum eindeutig einzuordnen, versucht das Fohlen zu stehlen. Nur mit Hilfe des mutigen Arztes Dr. Meining kann das vereitelt werden. Auch *Das Mädchen Marion* vermittelt sein Subthema durch die Variationen über den Begriff von Heimat. Und ähnlich wie in *Grün ist die Heide* wird Heimat als Natur und als Ort der Liebe bestimmt, in dem die Erinnerung an die verlorene Heimat, über die aber nicht gesprochen wird, beschlossen liegt. Mehr noch als *Grün ist die Heide* ist *Das Mädchen Marion* ein Integrationsfilm. Das Fohlen wird schließlich ein erfolgreiches Turnierpferd und gewinnt den „Preis der Nationen“. (ABB. 4)



Abb. 3: Im Motiv des „vertriebenen“ Fohlens findet Wolfgang Schleif ein unverdächtiges Bild, um die Vertreibungsgeschichte zu repräsentieren.

Abb. 4: Die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge in *Das Mädchen Marion*.

Neben diesen beiden Beispielen ließen sich noch weitere finden, die auf ähnliche Weise die Geschichte von „Flucht und Vertreibung“ in einem populären Filmgenre thematisieren. Die Form der Andeutung sollte dabei nicht irritieren. Sie folgt nicht aus einem Tabu, sondern ist Teil der gesellschaftlichen Derealisation, die zuvorderst Krieg und Verbrechen und damit auch die Geschichte der Flüchtlinge betrifft. Auf diese Weise schufen die Heimatfilme eine „Ersatzhistorie“ (Claudia Beindorf), die jedoch von den eingeweihten Zuschauern entschlüsselt werden konnte. So boten sich die Filme für die Entwicklung der jüngsten Vergangen-

heit durch die Herstellung einer Ersatzrealität an, die aber insgeheim auf die geteilte Geschichte verwies.

Ende 1980 kam es zu einem Revival des Heimatfilms in der westdeutschen Öffentlichkeit. Die ARD startete eine Reihe mit dem Titel „Heimatfilme“ zur besten Sendezeit. Pilot-Film war Hans Deppes *Grün ist die Heide* mit offensichtlich ungebrochener Aktualität. 15 Millionen Zuschauer verfolgten die Ausstrahlung am 12. September.¹⁸ Die neuerliche Rezeption des Heimatfilms war Folge der „Renaissance des Substantivs ‚Heimat‘, diesem unübersetzbaren Wort einer deutschen (unerfüllten) Sehnsucht.“¹⁹ Sie fiel zusammen mit einer neuen Aufmerksamkeit für die deutsche Nachkriegszeit, die sich beispielsweise auch in Edgar Reitz Serie *Heimat* (1984) am Beispiel eines Dorfes im Hunsrück spiegelte. Ebenfalls Teil dieser Renaissance war die erneute Thematisierung von „Flucht und Vertreibung“ in der medialen Öffentlichkeit.

Die Dokumentation des „deutschen Leids“ im Spannungsfeld des Kalten Krieges

Damit das Thema „Flucht und Vertreibung“ visuelle Formen jenseits der Andeutung annehmen konnte, war das Aufbrechen des Schweigens über die verbrecherische deutsche Vergangenheit eine notwendige Voraussetzung. Besonders in den 60-er und 70-er Jahren kam diese Vergangenheit, befördert durch die Prozesse gegen Naziverbrecher in Jerusalem, Frankfurt und Düsseldorf, an die gesellschaftliche Oberfläche. Mit Claude Lanzmans Film *Shoah* (1985), dem Dokumentarfilm *Der Prozeß* (1984) von Eberhard Fechner über den Maidanek-Prozess in Düsseldorf und insbesondere der US-amerikanischen Fernsehserie *Holocaust* von 1979 thematisierten Filme verschiedener Gattungen den Holocaust in einer größeren Öffentlichkeit. Sie unterschieden sich von früheren Filmen, beispielsweise Erwin Leisers *Mein Kampf* (1960) oder Alain Resnais *Nacht und Nebel*, der 1955 in Cannes noch auf aggressive Abwehr stieß und auf Betreiben der deutschen Botschaft auf dem Filmfestival nicht gezeigt werden durfte,²⁰ durch eine Erzähltechnik, die die Geschichte des Holocaust anhand von Zeugenberichten Überlebender bzw. der Täter erzählte. Die Figur des Zeugen geht ebenfalls auf die Prozesse gegen ehemalige Nazi-Täter zurück, in denen erstmals umfassend anhand der Berichte der Opfer, die

¹⁸ Vgl. ebd., S. 65ff.

¹⁹ Ebd., S. 74.

²⁰ Vgl. Martina Thiele: Publizistische Kontroversen über den Holocaust im Film, Münster: LIT 2001, S. 166f.



Abb. 5: *Flucht und Vertreibung* von Eva Berthold und Jost von Morr aus dem Jahr 1981.

die filmische Erzählform entlang der Zeugenaussagen. In den USA hatte sich seit Anfang der 60-er Jahre die Forschungstechnik der Oral History durchgesetzt, die zunehmend auch in Deutschland – insbesondere von den entstehenden lokalen Geschichtswerkstätten und Geschichtsinitiativen – aufgenommen wurde.²⁴ Hier begann man, auch die Täter und Mitläufer als „Zeugen“ der Geschichte zu begreifen, oft ohne deren Schuldabwehr und Entlastungsstrategien zu reflektieren.²⁵ So wurde die Figur des „Zeitzeugen“ zu einem Mittel, um angelehnt an die Darstellungsformen von Filmen über den Holocaust auch die Geschichte der deutschen „Heimatvertriebenen“ zu erzählen.

Bereits 1981 hatte die Chronos-Film im Auftrag des Bayrischen Rundfunks eine

Verbrechen rekonstruiert und dokumentiert wurden.²¹ Während die Überlebenden die Verbrechen bezeugten und stellvertretend für die Ermordeten sprachen, waren die Aussagen der Täter durch Entlastungsstrategien gekennzeichnet.²² Beide Formen der Zeugenschaft waren in diesen Filmen klar von einander getrennt.

Im Gegensatz zum „objektiven“ Zugang der offiziellen Geschichtsschreibung bieten Filme mit Zeitzeugeninterviews einen subjektiven Zugang zur Geschichte. Sie stellen „die historische Erfahrung einzelner Menschen in den Mittelpunkt“.²³ Neben den Prozessen war daher auch eine Neuorientierung innerhalb der Geschichtswissenschaft ausschlaggebend für

²¹ Vgl. Annette Wieviorka: Die Entstehung des Zeugen, in: Gary Smith (Hg.): Hannah Arendt Revisited: „Eichmann in Jerusalem“ und die Folgen, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2000, S. 136.

²² Vgl. Judith Keilbach: Zeugen der Vernichtung. Zur Inszenierung von Zeitzeugen in bundesdeutschen Fernsehdokumentationen, in: Dies./Eva Hohenberger (Hg.): Die Gegenwart der Vergangenheit. Dokumentarfilm, Fernsehen und Geschichte, Berlin: Vorwerk 8 2003, S. 157.

²³ Judith Keilbach: Zeugen, deutsche Opfer und traumatisierte Täter – Zur Inszenierung von Zeitzeugen in bundesdeutschen Fernsehdokumentationen über den Nationalsozialismus, in: Moshe Zuckermann (Hg.): Medien – Politik – Geschichte. Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 2003, Göttingen: Wallenstein 2003, S. 289.

²⁴ Vgl. Judith Keilbach: Zeugen der Vernichtung. a.a.O., S. 160.

²⁵ Vgl. Tobias Ebbrecht/Timo Reinfank: Deutsche Schuld und die Störenfriede der Erinnerung, a.a.O., S. 259.

dreiteilige Fernsehdokumentation mit dem Titel *Flucht und Vertreibung* produziert. (ABB. 5) Die von Eva Berthold und Jost von Morr realisierten Dokumentarfilme stehen noch sichtbar unter dem Einfluss der Geschichtsschreibung der alten Bundesrepublik. Der Bezugsrahmen, innerhalb dessen die Geschichte erzählt wird, ist die Konstellation des Kalten Krieges. Zwar beginnt der erste Teil der Reihe mit dem Titel *Das Inferno im Osten* bereits mit der Umsiedlung von Deutschen nach dem Abkommen zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion und geht dabei auch auf die Vertreibung der Polen aus dem sogenannten Warthegau ein. Allerdings liegt der emotionale Fokus auf dem Schicksal der Deutschen, da diese als Zeugen ihrer Geschichte die dokumentarischen Bilder kommentieren. Insbesondere die Sowjetunion und mit ihr die Rote Armee erscheinen dagegen als gesichtslose Täter. Obwohl einige deutsche Zeugen die allgemein bekannten Greuelgeschichten relativieren und gelegentlich von hilfsbereiten Polen oder Russen erzählen, betont der Kommentar immer wieder die Dichotomie zwischen deutschen Vertreibungsoptionen und russischen Tätern. Dagegen wird die Rolle der Westalliierten nur wenig thematisiert. Bei den Abkommen von Jalta und Potsdam werden auch sie als „Opfer“ der sowjetischen Verhandlungstaktik dargestellt.

Immerhin sah es die Bundeszentrale für politische Bildung, die die Dokumentarreihe in ihr Bildungsprogramm aufnahm, zu Beginn der 80-er Jahre noch als notwendig an, auf die unvollständige historische Einbettung der Geschehnisse in den letzten Kriegsjahren und nach Ende des Krieges hinzuweisen. So heißt es im Begleitheft: „Die dreiteilige Fernsehdokumentation aus dem Jahr 1981 schildert anschaulich das Leid der Betroffenen. Sie erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit – so wurde z.B. eine zum Verständnis der Zusammenhänge wichtige historische Voraussetzung, die vorangegangene Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten, nicht ausdrücklich einbezogen.“²⁶ War die Geschichte des Holocaust in den Heimatfilmen vollständig entwirkt und fand sich die der „Heimatvertriebenen“ nur als Andeutung wieder, die auf das gemeinsame Wissen der Zuschauer setzte, taucht in *Flucht und Vertreibung* die Geschichte des Holocaust nur als Andeutung auf. Doch diese Andeutungen bleiben in der Minderzahl. Verstärkt durch den scheinbar sachlichen Kommentar wird der Fokus des Films auf die Geschichte der „Heimatvertriebenen“ beibehalten. Der Kommentar hält die Zeitzeugen im Zaum. Sie werden der Argumentationslinie der Filme und ihrem wissenschaftlichen Anspruch untergeordnet. Das gilt auch für die Emotionalität, die zur Untermauerung beispielsweise des „Schreckens von Dresden“ oder in einer Erzählung über ein Lager für Deutsche nach dem Krieg in dosierter Weise zur Unterstreichung der vor-

²⁶ Bundeszentrale für politische Bildung: *Flucht und Vertreibung*, Bonn: BzfpB 1981.

her durch Zahlen, Karten und dokumentarisches Bildmaterial illustrierten Thesen verwendet wird. Doch gerade in diesen Szenen vollzieht sich auch eine formal-ästhetische Konstruktion der deutschen Zeitzeugen als Opfer. Judith Keilbach hat am Beispiel der sechsteiligen Dokumentarreihe *Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg* (1985) von Joachim Hess und Henric Wuermeling herausgearbeitet, dass „deutsche Opfer“ nicht nur durch die „Auswahl der Zeitzeugen und Ausblendung von Themenbereichen“ hergestellt werden, sondern auch durch formale Aspekte.²⁷ Während die Interviews meistens inhaltlich um- und Schweigen oder Stottern herausgeschnitten werden, zeigen die emotional berührenden Szenen gerade dieses Suchen nach den richtigen Worten und die emotionale Überwältigung. In *Flucht und Vertreibung* erzählt in einer langen Sequenz eine Zeitzeugin ihre Erlebnisse während der Bombardierung Dresdens. Ihre Stimme bricht ab, sie beginnt zu schluchzen und selbst, als sie schweigt, bleibt die Kamera auf ihr Gesicht gerichtet. Diese Elemente gelten als Merkmale einer Erinnerung an traumatische Ereignisse, die in der Regel im Zusammenhang mit Erinnerungen von Holocaust-Überlebenden eingesetzt werden.²⁸ Auf diese Weise das filmische Vokabular der Erinnerung an den Holocaust benutzend, werden unter Aussparung dieser Erinnerungen deutsche Zeitzeugen als Opfer konnotiert.

Die Dokumentation *Flucht und Vertreibung* endet wie die Dramaturgie der Heimatfilme im Lob auf die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge in der Bundesrepublik. Beinahe der gesamte letzte Teil mit dem Titel *Zwischen Fremde und Heimat* widmet sich dem erfolgreichen „Wiederaufbau“ und lobt den Beitrag der „Heimatvertriebenen“. Doch der Schlussappell deutet bereits die späteren Bearbeitungsformen an. Schon 1981 wurde durch die Universalisierung der Vertreibung zu einem „Menschheitsschicksal“ auf die Vergleichen zugearbeitet. Der Kommentar fordert, unterlegt mit Landschafts- und Naturaufnahmen sowie Bildern der „verlorenen“ Städte in Ostpreußen, dem „Sudetenland“ und anderswo, das „Recht auf Heimat“ zu verwirklichen.²⁹ Das verwendete Bildmaterial bedient sich dabei explizit der Ikonografie des Heimatfilms: Langgezogene Landschaftsaufnahmen und Bilder von Wäldern und Waldlichtungen verbinden sich mit Tieraufnahmen von Hirschen und Rehen. (ABB. 6) Natur- und Heimatbilder evozieren dasselbe „Heimat-

²⁷ Judith Keilbach: Zeugen, deutsche Opfer und traumatisierte Täter, a.a.O., S. 298.

²⁸ Vgl. ebd., S. 299.

²⁹ Der Kommentar folgt dabei kritiklos dem Text der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, die auf dem ersten „Tag der Heimat“ am 5. August 1950, provokativ auf den 5. Jahrestag des Potsdamer Abkommens gelegt, verabschiedet wurde. Zur „Charta“ vgl. Holger Kuhr: „Die Völker sollen handeln“, in: konkret 5/2004, S. 28f., sowie die hervorragende Recherche von Erich Später über die NS-Vergangenheit der „Väter“ der „Charta“ in konkret 3–5/2004.



Abb. 6a–b: Die Ikonografie des Heimatfilms in der Dokumentation *Flucht und Vertreibung*.



Abb. 7a–c: Das Leiden in Großaufnahme. Bilder aus der Schlusssequenz von *Flucht und Vertreibung*.

gefühl“ und dieselbe „Heimatsehnsucht“, die auch die Heimatfilme durchzog. Man könnte davon sprechen, dass sich ein medial konstruiertes und auf der Ästhetik und Ikonografie des Heimatfilms aufgebautes Bild von „der Heimat“ als Basis der Darstellung von „Flucht und Vertreibung“ durchsetzt.

Am Ende der Dokumentation wird, untermalt von dramatischer Musik, noch einmal „das Leid“ in Erinnerung gerufen. Der Film zeigt eine kommentarlose Bildersequenz, die dominiert ist von Einzel- und Großaufnahmen und im Kontrast zur übrigen, sich betont neutral gebenden, Ästhetik der Dokumentation steht. (ABB. 7) Hier wird bewusst mit den Mitteln der Emotionalität und des dramatischen Spannungsaufbaus gearbeitet, um Anteilnahme und Empathie beim Zuschauer hervorzurufen. Ähnliche Sequenzen finden sich auch zu Beginn der einzelnen Folgen. Dort haben sie die Funktion, die Zuschauer in das Geschehen hineinzuziehen und die Identifikation mit den gezeigten „deutschen Opfern“ zu verstärken. Am Ende sollen die Bilder das „Happy End“ der erfolgreichen Integration

durchbrechen. Darin verweist die Dramaturgie von *Flucht und Vertreibung* bereits auf die wesentlich dramatischeren Inszenierungsstile neuerer Dokumentationen. Der Appell wird abgeschlossen mit der Universalisierung des Themas. Heute verbinde das Schicksal von „Flucht und Vertreibung“ die deutschen „Heimatvertriebenen“ mit dem Los der Menschen in Vietnam und Kambodscha. Die gegenwärtigen offenen völkischen Allianzen wie die zwischen Sudetendeutscher Landsmannschaft und palästinensischen Politikern sind hier bereits angelegt. So fand beispielsweise am 17. April 2002 im Wiener „Haus der Heimat“ eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „Von Beneš zu Sharon. Sudetendeutsche und Palästinenser – Entrechtet und vertrieben“ statt.³⁰ Auch die verallgemeinernde Rede vom „Jahrhundert von Krieg und Vertreibung“, die in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen immer wieder angestimmt wird, reicht bereits bis in die 80-er Jahre zurück.

Zwischen Spurensuche und Anklage

Bis Mitte der 90-er Jahre blieb der gerade zu Ende gegangene Kalte Krieg der Darstellungsrahmen der medialen Aufbereitung des Themas „Flucht und Vertreibung“. Zwei Faktoren jedoch begründeten einerseits eine Veränderung der Darstellungsformen und andererseits eine erneute Popularisierung des Themas. Der erste Faktor war der Erleichterung von Reisen in die „alte Heimat“ in den Jahren nach 1989/90. Der zweite Faktor war die innere Implosion des realen Sozialismus und die daraus erfolgende Auffassung einer Überlegenheit des kapitalistischen Westens über den sozialistischen Osten. Bis zu den Ereignissen rund um den 50. Jahrestag der deutschen Niederlage 1995 und die 1998 durch den Regierungswechsel eingeleitete geschichtspolitische Wende war die, bereits von Ernst Nolte im Historikerstreit der 80-er Jahre angebotene totalitarismustheoretische Nivellierung des Nationalsozialismus die Grundlage der offiziellen Geschichtspolitik des vereinten Deutschlands. Sie schlug sich beispielsweise in der von der Kohl-Regierung vorge-

³⁰ Vgl. Karl Pfeifer: Sudetendeutsche und Palästinenser diskutieren, <http://www.judentum.net/europa/sudeten-1.htm>, siehe auch: Tjark Kunstreich: Nach dem Westen, Berlin: Verbrecher Verlag, 2003, S. 29. Dass es – anders als auf der angesprochenen Tagung, die gegenwärtige Allianzen im geteilten Opferstatus von Palästinensern und Sudetendeutschen finden wollte – durchaus historische Verbindungen zwischen dem tschechischen Kampf um einen souveränen Staat und der Verteidigung des bis heute bedrohten Israel gibt, zeigte die meist vergessene Unterstützung der tschechischen Nachkriegsregierung für den neu gegründeten Staat Israel, der sich 1948 gegen Angriffe seiner arabischen Nachbarstaaten zur Wehr setzen musste. An diese tschechischen Hilfen erinnert heute noch eine im Prager jüdischen Viertel angebrachte Gedenkplakette.



Abb. 8a–c: Beim Besuch in Komolin erinnert sich der zehnjährige Armin (a) an die Erzählungen seines Großvaters (b) von seiner Jugend in Schönau und sucht Spuren von dessen Geschichten (c).

nommenen Umgestaltung der „Neuen Wache“ in Berlin nieder.

1992 begleitete der ostdeutsche Filmemacher Thomas Grimm für seinen Film *Schaut euch nochmal um ...* die ehemalige DDR-Bürgerin Christa Werner in die in Polen liegende Heimatstadt ihrer Familie, Schönau in Schlesien. Grimm hatte Christa Werner und ihre Geschwister bereits Mitte der 80-er Jahre in einem in der DDR gedrehten Film zu ihren Erinnerungen an die „alte Heimat“ befragt. *Schaut euch nochmal um ...* ist eine Reisedokumentation und eine Spurensuche. Christa Werner wird begleitet vom zehnjährigen Enkel ihres Bruders, der die Erzählungen seines Großvaters in dessen Heimatdorf rekonstruiert und dabei einen bekannten und doch ganz veränderten und neuen Ort, das heutige Komolin, kennenlernt. (ABB. 8) Dramaturgisch stützt sich auch *Schaut euch nochmal um ...* auf die Erzählung entlang von Zeitzeugenberichten. Allerdings wählt er einen ebenso persönlichen wie lokal begrenzten Fokus auf einen Ort und eine Familie. Zu Wort kommen nicht nur die Werners und ein in Westdeutschland lebender ehemaliger Schönauer, sondern auch die polnischen Bewohner des Ortes. Der Film montiert Familienfotos und Aufnahmen der Gegenwart. Angelehnt an die Form der Reisedokumentation bewegt sich Grimm oft am Rande der Idealisierung und des Heimatkitsches. Aufnahmen von Wäldern und Feldern, von Bauernhöfen, Kirchen und Dorfteichen erinnern an die Ästhetik des Heimatfilms. (ABB. 9) Gebrochen wird diese idyllische „Spurensuche“ durch die politische Intention von *Schaut euch nochmal um ...*, die die Protagonisten des Films selbst aussprechen. Etwas verschämt erklärt Christa Werners Schwester noch zu Beginn des Films, sie



Abb. 9a–b: Heimatfilmästhetik in der Dokumentation *Schaut euch nochmal um ...*

wünsche sich zwar eine kleine Entschädigung, hätte aber keine Ansprüche an die heutigen Bewohner des Hauses ihrer Eltern. Noch deutlicher verwehrt sich Kurt Werner gegenüber seinem Enkel gegen jede Form des Revanchismus.

Ganz anders behandelt die ORF-Produktion *Odsun* von 1995 die Flucht und Aussiedlung von Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei. Der Film arbeitet ausgiebig mit historischen Filmaufnahmen und vertraut beinahe vollständig auf den Kommentar. Einige wenige Interviews haben insbesondere die Funktion, bedrückende Einzelschicksale zu thematisieren. *Odsun*, der tschechische Begriff für Abschiebung, argumentiert in weiten Teilen antikommunistisch und antitschechisch. Zwar nimmt er eine geschichtliche Einordnung der Ereignisse in den Jahren nach 1945 vor, allerdings ohne Kausalitäten deutlich zu machen. So heißt es zu Beginn: „Zuerst haben Deutsche die Juden vernichtet, dann haben Tschechen die Deutschen vertrieben.“ Das Schicksal von Tschechen, die von Deutschen ermordet wurden und insbesondere die Leiden von jüdischen Staatsbürgern der Tschechoslowakischen Republik werden erst zum Ende der Dokumentation angedeutet.³¹

Wie in *Flucht und Vertreibung* werden die Sowjetunion und tschechoslowakische Kommunisten zu „Tätern“ gemacht. Die Westalliierten werden zu „Opfern“ der „Neuordnungspläne“ Stalins und des „antideutschen“ tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš. Insbesondere Beneš wird in *Odsun* als unfähig und einzig vom Gedanken der „Vertreibung“ der Deutschen beseelt dargestellt. Implizit werden er und der erste Präsident der ČSR, Tomáš Masaryk, durch ihre Politik gegenüber der deutschen Minderheit zu Verantwortlichen für die separatistischen Bestrebungen der Sudetendeutschen und deren Unterstützung für Konrad Henlein und den Nationalsozialismus gemacht. Dabei garantierte die 1918 gegründete Tschechoslowakische Republik die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung: „Gemäß den Bestimmungen des internationalen Minderheitenschutzvertrages von 1919 garantierte die ČSR (sic!) Zweisprachigkeit, wenn der Anteil des anderssprachigen Bevölkerungsteils 20 Prozent betrug. Kulturelle Autonomie und Schulselbstverwaltung der Minderheiten waren gesetzlich garantiert und weitgehende politische Praxis.“³²

Der Kommentar wird unterstützt von den Zeitzeugeninterviews, in denen plakativ und emotional verstärkt Einzelschicksale thematisiert werden. Die tschechischen Zeitzeugen dagegen berichten weitgehend selbstkritisch über Verbrechen der tschechischen Bevölkerung, deren Zeugen sie geworden sind. Die totalitarismus-

³¹ Vgl. zu den deutschen Verbrechen in der Tschechoslowakei und insbesondere dem Schicksal der jüdischen Bevölkerungsteile der ČSR: Erich Später: Siebzig Jahre völkischer Nationalismus: Von der „Sudetendeutschen Volksgemeinschaft“ zur „Volksgruppe im Exil“, in: Michael Klundt (Hg.): *Helldenmythos und Opfertaumel*, a.a.O., S. 114f.

³² Ebd., S. 106.

theoretische Anklage bekommt in *Odsun* stärkeres Gewicht. Die Politik der Nachkriegs-tschechoslowakei wird als „Unrecht“ den deutschen Verbrechen zur Seite gestellt. Bereits hier deutet sich auch eine spätere Entwicklung an. Für die Darstellung der „Leiden“ der deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei wird die Geschichte des Holocaust zur politischen wie ästhetischen Erzählform. Der nivellierende Begriff des „Todesmarsches von Brünn“ setzt die gewalttätige „wilde“ Verreibung mit der planmäßigen Vernichtungsfunktion der Todesmärsche gleich, auf die Häftlinge von Konzentrations- und Vernichtungslagern in den letzten Kriegsmontaten gezwungen wurden.

Geschichtsfernsehen als Zerstreung

Was sich in den Dokumentationen der 80-er und frühen 90-er Jahre andeutete entfaltete sich schließlich seit 1995 insbesondere mit dem Geschichtsfernsehen von Guido Knopp und den Dokumentarreihen der Redaktion *Zeitgeschichte* des ZDF. In diesen Geschichtsdokumentationen vermengen sich Elemente aus verschiedenen Spielfilmgenres, spannungssteigernde Musik, eine schnelle Schnittästhetik, ein „saugendes Gemisch von historischem Filmmaterial, Zeitzeugeninterviewsplittern und so genannten rekonstruierten Spielszenen“.³³ Das Geschichts-TV funktioniert nach den Regeln des Suspense-Kinos. Es klärt nicht über die Vergangenheit auf, sondern ermöglicht es, sie aus sicherer Distanz heraus zu konsumieren, Grusel und Tränen eingeschlossen. Erinnerung funktioniert hier nicht als Erinnerungsarbeit, sondern als Zerstreung.³⁴

1995 lief im Kontext des 50. Jahrestages der deutschen Niederlage der Sechsteiler *Hitler – eine Bilanz*. 1996 und 1998 folgten zwei Staffeln der Reihe *Hitlers Helfer*, öffentlichkeitswirksam im Kontext der Auseinandersetzung um Daniel Goldhagens Studie *Hitlers willige Vollstrecker* positioniert.³⁵ Die Serien unterschieden sich jedoch von Goldhagens Ansatz fundamental. Denn bei Knopp wird Hitler zum „Superhelden des Bösen“ (Peter Hoff). In *Hitler – Eine Bilanz* und *Hitlers Helfer* legten Knopp und seine Redaktion die Grundlinie für ihr Geschichtsbild fest, indem sie eine dämonisierende Personifizierung des Nationalsozialismus auf einige wenige Täter vornahmen. Dem „deutschen Volk“ ist in dieser Darstellung dagegen „eine Aura der Unschuld, der schützenden Unreife gegeben. Es ist ‚geblendet‘ und

³³ Peter Kümmel: Ein Volk in der Zeitmaschine, in: *Die Zeit* 10/2004

³⁴ Vgl. ebd.

³⁵ Vgl. Peter Hoff: Entsorgung der Geschichte. Die faschistische Vergangenheit heute im deutschen Fernsehen, in: *iminform newsletter – ausgabe 2003-07*, www.iminform.de/iminform/Archiv/tv/Entsorgung_der_Geschichte.html

‚verführt‘ worden, die Bösewichte (die seltsam konturlos bleiben) sitzen ‚ganz oben‘, im kontaminierten Umkreis Hitlers.³⁶

Dieses Geschichtsbild liegt auch der Sendereihe *Die große Flucht* zugrunde. Mit 5,01 Millionen Zuschauern war die Reihe eine der erfolgreichsten Produktionen aus dem Hause Knopp.³⁷ Es ist insbesondere die Ästhetik und die Rhetorik, die *Die große Flucht* beispielhaft für die gegenwärtige filmische Auseinandersetzung mit dem Thema macht. Die Reihe fußt auf zwei wesentlichen Faktoren. Sie ist populär, eine Art neues Heimat-TV, das weite Bevölkerungsschichten erreicht, und sie behauptet gleichzeitig wissenschaftlich-historischen Anspruch. Sie ist eine Symbiose aus dem populären Genre des Heimatfilms und dem dokumentarischen Gestus der Wissenschaftsdokumentationen der 80-er Jahre. Mit den „Zeitzeugen“ hat Knopp auch die geeigneten Protagonisten gefunden. Über 1000 Interviews wurden für die Reihe geführt.³⁸ Knopp geht mit der Kamera nah an die Gesichter heran und setzt bewusst auf die Unmittelbarkeit von Emotionen. Der persönliche Hintergrund der Zeugen wird dekontextualisiert: „Zwischen Opfern, Tätern, Mitläufern, Zuschauern gibt es visuell keinen Unterschied. Sie alle werden zu ‚Überlebenden‘.“³⁹ Insbesondere durch die standardisierte Aufnahmetechnik der Interviews, also die scheinbare Gleichbehandlung der Zeitzeugen, wird einer Nivellierung der Unterschiede zwischen „Tätern“ und „Opfern“ zugearbeitet.⁴⁰ Für *Die große Flucht* gilt dies umso mehr, weil hier die deutschen „Heimatvertriebenen“ in der Rolle der Opfer auftreten. Täter gibt es in diesem Geschichtsbild nur noch indirekt. Selbst die in der Dokumentation *Flucht und Vertreibung* noch gesichtslosen Soldaten der Roten Armee sind bei Knopp Teil der Gemeinde der Zeitzeugen. Täter sind allenfalls Hitler und seine Clique. „Hitlers Krieg ist verloren“, heißt es gleich zu Beginn im Kommentar. Dagegen finden sich die „einfachen Deutschen“ im Kollektiv der Opfer: „Deutschland 1945, ein Volk auf der Flucht.“ Den Zuschauern wird die Rezeption aus der Opferperspektive vorgegeben.⁴¹ Der kritische Gehalt des Zeugenbegriffs geht damit endgültig verloren. Denn der Zeitzeuge bewegt sich eigentlich

³⁶ Peter Kümmel: Ein Volk in der Zeitmaschine, a.a.O.

³⁷ Nur Hitler – Eine Bilanz (5,03 Millionen), Hitlers Krieger (5,2 Millionen) und Hitlers Helfer (6,86 Millionen) wurden von mehr Menschen gesehen. Im Vergleich fällt die einzige Reihe, die sich wenigstens etwas eindeutiger auf den Holocaust bezieht, die Dokumentarreihe Holocaust mit 2,64 Millionen Zuschauern deutlich zurück. Vgl. Gerd Wiegel: Familiengeschichte vor dem Fernseher, a.a.O., S. 86.

³⁸ Vgl. Guido Knopp: Solange noch Zeit ist, a.a.O.

³⁹ Hanno Loewy: Bei Vollmond: Holocaust. Genretheoretische Bemerkungen zu einer Dokumentation des ZDF, in: 1999, 17 (2002) 2, S. 119.

⁴⁰ Vgl. Peter Hoff: Entsorgung der Geschichte, a.a.O.

⁴¹ Vgl. Gerd Wiegel: Familiengeschichte vor dem Fernseher, a.a.O., S. 92.

in Opposition zur nationalen Geschichtsschreibung. Damit können die ganz gewöhnlichen Deutschen nie Zeitzeugen sein, weil sie die kollektive Erzählung stützen.

Gleichzeitig sind die Zeitzeugen durch die Montage nur noch als entpersonalisierter Teil eines nationalen Erinnerungskollektivs wahrnehmbar. Ihre Geschichten werden nicht nur nicht befragt, kommentiert oder kritisiert und damit jede Auseinandersetzung von vornherein unmöglich gemacht. Die Erzählungen werden auch nicht in Biographien eingebettet und die persönlichen Hintergründe bleiben weitgehend ausgespart. Die Geschichte der deutschen Flucht aus der Tschechoslowakei und des angeordneten Bevölkerungstransfers nach dem Krieg erzählt *Die große Flucht* als Staccato von Interviewsequenzen, die jede für sich nur wenige Sekunden dauern. Man kann von einer Verknappung sprechen, die die Rezeption vereinfacht.⁴² Im Vordergrund stehen nicht die Inhalte des Erzählten, sondern die emotionale Betroffenheit, die die Bilder den Zuschauern vermitteln sollen. Wenn Peter Kümmel von „Zeitzeugeninterviewsplittern“ spricht, hat er im Wortsinne recht, denn die Berichte werden durch die Montage zu einer Nationalgeschichte, die von den einzelnen Subjekten abstrahiert. Die Erzähltechnik der Geschichtsdokumentation verschmilzt mit der Form einer nationalen und familiär tradierten Kollektiv Erinnerung, die um Leerstellen herum angeordnet ist. Diese Leerstellen sind die ausgesparten Kausalitätszusammenhänge, die vom Fokus auf das „deutsche Leid“ verdeckt werden.

Eingerahmt werden die Interviewsequenzen von illustrierendem Filmmaterial. Zum einen verwendet Knopp dafür dokumentarisches Filmmaterial, dessen Herkunft, entweder von nationalsozialistischen oder alliierten Filmteams gedreht, oft nicht erwähnt wird. Besonders betont wird bei *Die große Flucht* wie auch bei anderen Serien Knopps der Einsatz von historischem Farbmateriale. Dies verändert die Rezeptionshaltung: „Dokumentarische Schwarzweißbilder verweisen in der Regel vor jeder weiteren Bedeutungszuschreibung zuerst einmal auf ihre Historizität. Der Status des Vergangenen, der durch die Bildqualität angezeigt wird, beinhaltet immer auch eine Distanzierung vom Dargestellten. Die historischen Farbaufnahmen bringen hingegen eine andere Positionierung ins Spiel: Zwar bleibt der Eindruck der Historizität erhalten, gleichzeitig betont die Farbe die Präsenz des Abgebildeten vor der Kamera.“⁴³ In *Die große Flucht* hat der Einsatz von Farbmateriale daher die

⁴² Vgl. Karsten Linne: Hitler als Quotenbringer. Guido Knopps mediale Erfolge, in: 1999, 17 (2002) 2, S. 97.

⁴³ Judith Keilbach: Fernsehbilder der Geschichte. Anmerkungen zur Darstellung des Nationalsozialismus in den Geschichtsdokumentationen des ZDF, in: 1999, 17 (2002) 2, S. 110.

Funktion, historische Distanz zu überwinden und unmittelbare Anteilnahme herzustellen. Darum inszeniert die Dokumentation die vorhandenen Farbbilder, insbesondere von US-amerikanischen Teams nach den „wilden Vertreibungen“ aus der Tschechoslowakei, sogar mehrmals. In der Reihe *Flucht und Vertreibung*, die noch in der Tradition der historisierenden Geschichtsdokumentationen stand, wurden dieselben Bilder, die Knopp in ihrer Originalfarbe zeigt, in schwarzweiß kopiert einmontiert.

Wo zur Unterlegung des Erzählten kein passendes Material vorhanden ist, werden nachgedrehte Szenen in *Die große Flucht* hineingeschnitten. Es handelt sich um eine bewußte Grenzverwischung zwischen Dokumentation und Fernsehfilm, die Knopp „zenische Zitate“ nennt.⁴⁴ *Die große Flucht* ist wie die anderen Sendereihen des Knoppschen Geschichtsfernsehens streng genommen keine Dokumentation.⁴⁵ Vielmehr findet eine Fiktionalisierung des Gezeigten nicht nur durch die Dramaturgie statt, sondern auch durch das verwendete Material selbst. Erzählt eine Zeitzugin vom ängstlichen Blick durch ein Fenster, zoomt die Kamera langsam auf ein Fensterkreuz zu. Die Erzählungen der Flucht werden durch nahgefilmte Wagenräder illustriert. Eine andere Szene zeigt Menschen, die in einen Güterwaggon steigen oder in Großaufnahme gefilmte Räder einer Lokomotive. Die verwackelte Kameraführung soll die fehlende Authentizität dieser Bilder nachträglich kompensieren. Gleichzeitig verschwimmen Vergangenheit und Gegenwart: „Der Zusammenschritt historischen Materials mit Aufnahmen von heute ist keineswegs auf Gegensatz, das heißt auf Visualisierung von Zeit angelegt, sondern auf Homogenisierung.“⁴⁶

Im Vorwort zur Buchausgabe zu *Die große Flucht* erklärt Knopp die Dramaturgie und Montage der Sendereihe mit dem Hinweis, es gebe „keine Filme von den Todeszügen, in denen Leichen waggonweise gestapelt wurden.“⁴⁷ Solche Verweise genauso wie die nachträglich als Platzhalter für das „fehlende“ Bildmaterial gedrehten

⁴⁴ Vgl. Karsten Linne: Hitler als Quotenbringer, a.a.O., S. 99.

⁴⁵ Noch immer hält sich die Ansicht, Dokumentarfilme bildeten mehr als Spielfilme „die Wirklichkeit“ ab. Allerdings beeinflussen auch Dokumentarfilme bereits durch die Auswahl des Materials auch die Einstellungen der Zuschauer. Selbst wo nicht durch offensichtlich fiktionales nachgedrehtes Material die Grenze zum Spielfilm überschritten wird, kann der Dokumentarfilm über die Montage Filmbilder auswählen und arrangieren. Vgl. Siegfried Kracauer: Theorie des Films. Die Errettung der äußeren Wirklichkeit, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1996, S. 219f. Zum Verhältnis von Dokumentarfilm und Wirklichkeit vgl. auch Tobias Ebbrecht: Die Vorurteilsstruktur der Bilder, www.mediacritique.org/Filmtexte.htm.

⁴⁶ Hanno Loewy: Bei Vollmond: Holocaust, a.a.O., S. 121.

⁴⁷ Guido Knopp: Die große Flucht. Das Schicksal der Vertriebenen, München: Econ 2001, S. 9.

Aufnahmen haben die Funktion, die bekannten Bilder von Ermordeten aus deutschen Vernichtungslagern wachzurufen und im Bildgedächtnis mit dem Schicksal der deutschen Flüchtlinge zu koppeln.⁴⁸ Diese Verwendung des Holocausts als sinnleeres und unspezifisches Zitat ist die zentrale ästhetische wie geschichtswissenschaftliche Methode dieses Geschichtsfernsehens: „Nach der Lesart der Guido Knopp’schen Sendereihen ist der Zweite Weltkrieg der eigentliche Holocaust, nicht länger ‚nur‘ die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden sowie der anderen Opfergruppen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.“⁴⁹ Damit wird der Holocaust als ein geschichtliches Ereignis unter vielen eingeordnet und gleichzeitig die Geschichte von „Flucht und Vertreibung“ als vergleichbar behauptet. Dazu passt die Initiative des ZDF, in direkter Anlehnung an Steven Spielbergs „Survivors of the Shoah Visual History Foundation“ die Aktion „Die Augen der Geschichte – Initiative gegen das Vergessen“ ins Leben zu rufen. Bei dieser Aktion erzählen alte Menschen aus den verschiedensten Regionen in Deutschland im „ZDF-Jahrhundertbus“ Geschichten „über ihre Erfahrungen mit Hitler, den Besatzern, der D-Mark oder der deutschen Teilung“.⁵⁰ Teile dieser Interviews finden sich auch in *Die große Flucht* wieder. Im deutschen Geschichtsfernsehen des beginnenden 21. Jahrhunderts tauchen die offenen Vergleiche nicht mehr verschämt und versteckt auf, wie noch zu Beginn der 80-er Jahre. Guido Knopp verwendet in seiner Ankündigung zu *Die große Flucht* konsequent den Begriff „Überlebende“ für die deutschen Flüchtlinge. „Mehr noch als den Mut, der Toten zu gedenken, schulden wir die Chance der Erinnerung den Überlebenden“, heißt es dort. Und weiter: Die Interviews „sind oft schmerzlich. Schmerzlich für die Überlebenden – und schmerzlich auch für jene, die diese Geschichten zum erstenmal sehen und hören“.⁵¹ Mit seiner Sendung konstituiert Knopp eine deutsche Gedenkgemeinschaft, die sich generationsübergreifend auf Grundlage einer ebenso bedeutenden wie schonend erzählten Geschichte konstituiert.⁵² Von dieser Position aus kann Knopp die Verdrängung selbstbewusst auf die ehemaligen Opfer abwälzen. Er erklärt: „Es ist ein wunderbares Zeichen für ein neues Miteinander in Europa, dass es diesen Mut (zur Erinnerung, te) inzwischen auch in jenen Ländern gibt, in denen das traumatische Geschehen lange Zeit verdrängt wurde.“⁵³ Gemeint sind damit z.B. Polen

⁴⁸ Vgl. Gerd Wiegel: Familiengeschichte vor dem Fernseher, a.a.O., S. 93.

⁴⁹ Matthias N. Lorenz: Der Holocaust als Zitat. Tendenzen im Holocaust-Spielfilm nach Schindlers Liste, in: Sven Kramer (Hg.): Die Shoah im Bild, München: edition text+kritik 2003, S. 288.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Guido Knopp: Solange noch Zeit ist, a.a.O.

⁵² Vgl. Peter Kümmel: Ein Volk in der Zeitmaschine, a.a.O.

⁵³ Guido Knopp: Solange noch Zeit ist, a.a.O.

und die Tschechische Republik. *Die große Flucht*, aber auch der Nachfolger *Der Jahrhundertkrieg* von 2002 und die aktuelle Reihe *Die Befreiung* über das Jahr 1944/45 arbeiten einer Kompletierung der Opfergruppen zu, die in Beliebtheit mündet, da ihnen längst auch die Täter und Mitläufer zugeordnet sind. Matthias N. Lorenz erklärt daher in seiner Untersuchung über Tendenzen in Filmen über den Holocaust in den 90-er Jahren, bezogen auf das Knoppsche Geschichts-TV, konsequent: „Die Universalisierung des Geschehens als Verbrechen gegen Menschen – ohne weiter zu spezifizieren – ist eine Fälschung.“⁵⁴

Die Rückkehr des Heimatfilms als Geschichtsfilm

Dass *Die große Flucht* und die Ästhetik des populären Geschichtsfernsehens stilprägend für die mediale Auseinandersetzung mit dem Thema „Flucht und Vertreibung“ geworden sind, zeigt die Fülle von Produktionen, die sich seit 2001 diesem Thema widmen und so die politischen Debatten flankieren. 2002 zeigte der WDR die dreiteilige Dokumentation *Die Vertriebenen* von Sebastian Dehnhardt. Der Untertitel der Reihe ist symptomatisch: *Hitlers letzte Opfer*. Ebenfalls 2002 entstand Ute Baduras *Schlesiens Wilder Westen*. Der Film begleitet eine Gruppe sogenannter Heimatvertriebener nach Polen. Er trägt den Untertitel „Ein Heimatfilm“. Badura will in ihrem Film einen doppelten Verlust der Heimat erzählen, auf der einen Seite die Umsiedlung von Polen aus dem Osten in die ehemals schlesische Stadt Kopaniec und auf der anderen Seite die Flucht der Deutschen aus Seiferschau, so der frühere Name von Kopaniec. Auch *Schlesiens Wilder Westen* erzählt die Geschichte von „Flucht und Vertreibung“ in der Form eines dokumentarischen Heimatfilms. Im Stil des Reisefilms inszeniert sie immer wieder die Landschaft als das Bleibende, das auch nach 60 Jahren die Sehnsucht nach „der Heimat“ legitimieren soll. Auch Ute Badura setzt auf die Zeitzeugen. Sie versucht jedoch einen filmischen Dialog zwischen Polen und Deutschen herzustellen. Im ersten Teil des Films zeigt sie das Leben in Kopaniec. Sie befragt verschiedene Bewohner des Ortes, junge und alte, über die Geschichte. Herausgehoben sind zwei Polen der jüngeren Generation. Sie kommentieren alte Fotos von Seiferschau und erzählen über die verborgenen und verdrängten Geschichten, die auch die Gegenwart noch prägen. „Ich kann“, so einer der beiden, „besser an einem Ort leben, dessen Geschichte ich kenne.“ (ABB. 10) Doch der Film kippt gerade in dem Moment, in dem Badura in der Montage Polen und Deutsche zusammenführt. Parallel zur Gegenwart von Kopa-

⁵⁴ Matthias N. Lorenz: *Der Holocaust als Zitat*, a.a.O., S. 289.



Abb. 10a–b: Die polnischen Kommentatoren in *Schlesiens Wilder Westen* (a) versuchen die Geschichte ihres Heimatortes kennenzulernen (b).

niec zeigt sie eine Bustour von ehemaligen Bewohnern von Seiferschau, die in die „alte Heimat“ fahren. Unkommentiert, aber weniger objektiv als anteilnehmend setzt sie die Heimatfolklore der „Vertriebenen“ ins Bild. Je näher der Reisebus dem Ort kommt, desto bedingungsloser greift auch die deutsche Geschichtswahrnehmung Raum. Deutlich wird dies in den Bildern des Films von der Ankunft der Deutschen. Der Bus hält mitten im Ort, er ist ein sichtbarer Fremdkörper in dieser ländlichen Gegend. Die Türen öffnen sich und der Bus entleert sich. Wie Invasoren strömen die „Besucher“ in den Ort. Von nun an dominieren die Erzählungen der Deutschen. Sie nehmen die „alte Heimat“ sinnbildlich in Besitz. Eine Frau steht in einem zerstörten Haus und sucht die Wände ab, eine andere sitzt in ihrem Rollstuhl weinend vor einer Ruine. (ABB. 11, folgende Seite) Eine dritte hockt mit ihrem Vater auf einer Wiese und blickt auf das Dorf. Naturidyll und Geschichtswahrnehmung, die immer auch auf Aussparungen beruht, verbinden sich zu sentimental-familiengeschichtlichen, deren innere Aggressivität in den Begegnungen mit den Bewohnern von Kopaniec immer wieder hervorzubrechen droht. Schließlich ist selbst der junge Pole, der sich um die Aufarbeitung der Geschichte des Ortes bemüht, Teil der subtilen Beugung durch die „Gäste“ und die Kamera gleichermaßen.

Einerseits suggeriert *Schlesiens Wilder Westen* die Gleichheit der Zeugen. Aber gerade dadurch, dass er diese Gleichheit behauptet, kommt es zu einer Dominanz der deutschen Zeitzeugen. Nicht nur durch die Sprache sind sie den Zuschauern näher. Was sie erzählen ist geprägt von Schmerz und Verlust. Dieser wird zurückgebunden an die Heimatästhetik des Films. Die Erinnerungen von Bewohnern des Ortes an deutsche Verbrechen wie die Zwangsarbeit klingen in diesem Kontext wie eine Abwehr. Dabei ist die Abwehr in der sentimental-romantischen Inszenierung der sich als Vertriebene stilisierenden Deutschen begründet. Nicht zuletzt deshalb wurde *Schlesiens Wilder Westen* bei einer Vorführung in Poznań im März 2004 von



Abb. 11 a–f: Wie Invasoren kommen die Deutschen nach Kopaniec (a–c). Sie nehmen die „alte Heimat“ sinnbildlich in Besitz (d–f).

polnischen Zuschauern kritisch aufgenommen. „Das ist ein Film für Deutsche, nicht für alle“, erklärte eine Zuschauerin, „ein Film auch für Polen hätte anders aussehen müssen.“⁵⁵

Schlesiens Wilder Westen markiert eine brüchige Grenze zwischen der Dokumentation von „Flucht und Vertreibung“ und der Inszenierung „verlorener Heimat“. In den letzten Jahren ist diese Geschichte zum unterschweligen Subthema von Dokumentationen geworden, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges den Landschaften der osteuropäischen Länder annähern und in dieser Annäherung eine Reaktualisierung des Heimatfilms als Reisedokumentation vorgenommen haben. „Die Landschaften der einstigen Ostblockländer scheinen eine ideale Folie für diese Sehnsucht (nach einem schlichten Leben, te) abzugeben, die Natur und Kindheit zu einem Mythos verschmilzt.“⁵⁶

Der Fernsehjournalist Wolf von Lojewski zeigt unfreiwillig dieses Verschmelzen in seiner ZDF-Dokumentation *Masuren* von 2003. Als Reisefilm und Porträt der östlichen Nachbarländer der Bundesrepublik konzipiert, drängten die Bezüge zum

⁵⁵ Zit. nach Thomas Medicus: Ungeist Erika S. Polnische Ängste über das Berliner Zentrum gegen Vertreibungen, Frankfurter Rundschau, 18. März 2004.

⁵⁶ Kathrin Peters: Mythische Landschaften. Kurische Nehrung, www.nachdemfilm.de/reviews/neh-rung.html (21.05.2004)

Thema „Flucht und Vertreibung“ immer wieder an die Oberfläche. Gleich zu Beginn erklärt von Lojewski seinen „biografischen Zugang“, indem er in den Trümmern eines verfallenen Hauses Erinnerungen an das Elternhaus seiner Mutter sucht. Im weiteren Verlauf wird der Journalist immer wieder Trümmer begutachten, im Unterholz von maursischen Wäldern herumsuchen und spontan in Häuser der polnischen und russischen Bewohner der Masuren hineinstürmen, um Zeitzeugen zu befragen. An einer Stelle des Films spricht auch der kleine Junge Wolf von Lojewski: „Aus meiner Kindheit hat dieser Name einen besonderen Klang. Sehnsucht liegt darin und Erinnerung: Masuren.“ Der direkte Bezug auf die Kindheit, die verbunden ist mit einer vernebelten Erinnerung und der (Selbst-) Inszenierung von Lojewskis als jungenhaften Forscher, mischt sich mit den Inszenierungen der Natur. Weite Teile des Films sind von einer wirklich interessierten Anteilnahme an den Lebensverhältnissen der Menschen in Polen und Russland geprägt. Dennoch ist es gerade die romantisierende und idealisierende Darstellung der Natur und die mythische Verklärung der Seen und Wälder der Masuren, durch die implizit der Heimatdiskurs gestärkt wird. Sinnbildlich verbindet sich beides im zweiten Teil des Films. Über Landschaftsaufnahmen – eine ähnliche Dramaturgie wie am Ende von *Die große Flucht* – spricht von Lojewski: „Auch wir in Deutschland, aus Scham vor einer dunklen Epoche, hatten es uns angewöhnt, nicht so tief über Masuren und seine Schicksale nachzudenken.“ Hier wird der Landstrich zur vernarbten Wunde. Die Erinnerungen an die „verlorene Heimat“, so der Subtext dieser Worte, seien von der Erinnerung an die begangenen deutschen Verbrechen verhindert worden.

In Volker Koepps *Kurische Nehrung* dagegen schweigen die Landschaftsaufnahmen der heute zu Russland und zu Litauen gehörenden Landzunge. Hier ist die Geschichte von „Flucht und Vertreibung“ nur mehr eine verborgene Spur. Sie bleibt natürlich präsent als Heimatgeschichte. Im Zentrum des Films steht die Rentnerin Renate. (ABB. 12) Sie erzählt im gebrochenen Deutsch ihrer Kindheit von ihrer Familie, ihrer Jugend und ihrem Leben auf der Kurischen Nehrung. In einer Szene kommen Verwandte aus Deutschland. Hier kommt die sogenannte Vertreibungsgeschichte an die Oberfläche. Aber dies ist nur ein Aspekt des Films,



Abb. 12: Die Rentnerin Renate in Volker Koepps *Kurische Nehrung*.



Abb. 13: Naturmythos Osteuropa. Die Wellen und Dünen der Kurischen Nehrung stehen als Metapher für die wechselhafte Geschichte des Landstrichs.

in dem Geschichte zum Naturmythos wird. Die stillen Bilder der Landschaft begrenzen die mitunter banalen Erzählungen der Menschen. Die Wellen und die Dünen stehen als Metapher für die wechselhafte Geschichte. (ABB. 13) Die konkreten Begebenheiten und Erinnerungen spielen eine untergeordnete Rolle. Darum ist *Kurische Nehrung* ein „mythischer Film“, wie Kathrin Peters schreibt. In den Vordergrund tritt das „Sehnsuchtsbild nach einem schlichten Leben“. ⁵⁷ Dahinter verschwindet die Geschichte als Ganzes, denn das „Postulieren eines So-Seins kann nur unter der Bedingung einer Entpolitisierung geschehen“. ⁵⁸

Geschichtsbildung multimedial – Ein Ausblick

Filme, Bilder und Berichte gliedern sich in die aktuellen Debatten ein, ob sie es wollen oder nicht. Nachdem die historischen Unterschiede zwischen Opfern und Tätern in der Zeitzeugenschaft beseitigt sind und die filmischen Erzählungen zur ungezwungenen Thematisierung von „Heimat“ zurückkehren, unterliegt die medi-

⁵⁷ Vgl. ebd.

⁵⁸ Ebd.

ale Aufbereitung einer historischen Konturlosigkeit, die im Land der Täter als Entlastung Willkommen geheißten, aber andernorts als bedrohlich wahrgenommen wird.

Beispielhaft für diesen Umgang ist die Genese der Bilder aus Guido Knopps *Die große Flucht*. Seit Sommer 2003 finden sie sich auf einer DVD mit dem eindeutigen Titel *Gegen das Vergessen – Die große Flucht* wieder. (ABB. 14) Schon der Vorspann der DVD führt das Thema „Flucht und Vertreibung“, emotional gesteigert und dramatisiert durch die unterlegte Musik, ästhetisch als „dunkles Kapitel der Geschichte“ ein. Die DVD wurde vom Bayrischen Kultusministerium herausgegeben und kostenlos allen bayrischen Schulen für den Einsatz im Unterricht zur Verfügung gestellt. Gegenstand ist das neu/alte Geschichtsbild, das medial aufbereitet präsentiert wird. Die DVD über „Umsiedlung, Vertreibung und Integration der deutschen Bevölkerung“ – so der Untertitel – ist nicht zufällig Teil der Reihe „Gegen das Vergessen“, in der bisher CD-Roms über den Holocaust und den Häftlingsalltag im Konzentrationslager Sachsenhausen erschienen sind. Offen dient der Holocaust als geschichtliche wie ästhetische Folie, um nun das „Leid“ der Deutschen ins Zentrum zu rücken. Das macht auch der Aufbau deutlich. Angelehnt an die Geschichts-CD-Roms beispielsweise der „Shoah Foundation“ werden historische Fakten, historisches Bildmaterial und Zeitzeugenberichte interaktiv miteinander verbunden.⁵⁹ „Geschichte



Abb. 14: *Gegen das Vergessen – Die große Flucht*, Geschichte am multimedialen Schneidetisch

⁵⁹ Vgl. Tobias Ebbrecht: „Gegen das Vergessen – Die große Flucht“. Rezension, in: DTN-Dossier Nr. 4, April 2004, S. 6.

authentisch ins Klassenzimmer“ ist das Programm.⁶⁰ Wie authentisch diese Geschichte ist, zeigt die Tatsache, dass der „Bund der Vertriebenen“ als Kooperationspartner für das DVD-Projekt zeichnet. Nahezu alles Fotomaterial, sowie der Großteil der Texte stammen aus den Archiven des BdV. Das populär aufbereitete Filmmaterial von Guido Knopp wird in diesem Kontext noch deutlicher Bestandteil einer medialen und politischen Relativierung. Nicht zufällig erscheint es daher, dass die bayrische Kultusministerin Monika Hohlmeier anlässlich der öffentlichen Vorstellung der DVD erklärte, diese behandle „eine der leidvollsten Erfahrungen der Menschheitsgeschichte.“⁶¹ Als Ziel des Projekts definiert sie, „die Erinnerung an die früheren deutschen Siedlungsgebiete und ihren Beitrag zur deutschen und europäischen Kultur wach zu halten“.⁶²

Die ästhetische Neuordnung des Bildmaterials, die Anreicherung mit Interviewsplittern aus Zeitzeugeninterviews, die jede Differenz zwischen den Tätern und den Opfern zum Verschwinden bringen, die dramatische Aufladung der Szenerie durch Kommentar oder Musik, all diese filmästhetischen und dramaturgischen Elemente aus dem gegenwärtigen Geschichtsfernsehen werden für die multimediale Geschichtsbildung noch weiter zergliedert und zerstückelt. Mit der Schüler-DVD *Gegen das Vergessen – Die große Flucht* ist Geschichtsschreibung nach dem Baukastenprinzip möglich. Fragmente lassen sich individuell anordnen und zu einer Geschichtserzählung kombinieren, die mit den realen Ereignissen nur wenig zu tun hat. Die Möglichkeiten der Komposition sind abhängig vom vorhandenen Material: Bildern, Texten und Berichten. Diese weisen auf der DVD in eine eindeutige Richtung. So entsteht ein Wechselspiel zwischen Geschichtskonstruktion und populärem Geschichtsbild, zu dem die Inszenierungsstile – umgeschnittenes Filmmaterial, Zeitzeugensplitter und nachgestellte Szenen – beitragen. Nicht die filmischen Formen sind dabei das Problem, sondern ihre Anwendung. Diese eröffnet keine ungewöhnlichen oder verstörenden Seh- und Erkenntnisräume, sondern dient der Einordnung: Heimat-TV als „Kult der Zerstreuung“.

⁶⁰ Rede der bayrischen Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Monika Hohlmeier, anlässlich des Festaktes zur Vorstellung der DVD „Die große Flucht“ am 11. Juli 2003 in München.

⁶¹ Ebd.

⁶² Ebd.

Filmografie:

- Grün ist die Heide (Hans Deppe, BRD 1951)
- Das Mädchen Marion (Wolfgang Schleif, BRD 1956)
- Flucht und Vertreibung (Eva Berthold / Jost von Murr, BRD 1981)
- Schaut euch nochmal um ... (Thomas Grimm, BRD 1992)
- Odsun (Karl-Peter Schwarz, Österreich 1995)
- Die große Flucht (Christian Deick / Anja Greulich, BRD 2001)
- Kurische Nehrung (Volker Koepp, BRD 2001)
- Schlesiens Wilder Westen (Ute Badura, BRD 2002)
- Masuren (Wolf von Lojewski, BRD 2003)
- Gegen das Vergessen – Die große Flucht (DVD-Rom, United Soft Media 2003)

„Germans may have to face the choice between migration and massacre“¹

Die britische Haltung zum Münchner Abkommen, zu Grenzziehung und Umsiedlung²

Wer an den Zweiten Weltkrieg, die Allianz gegen Nazi-Deutschland und die Gestaltung der Nachkriegsordnung denkt mag in erster Linie die Sowjetunion und die USA im Blick haben. Das ist angesichts der militärischen und industriellen Stärke dieser beiden Mächte am Ende des Krieges auch verständlich. So stellten sich die „Big Three“ der Alliierten manchem eher als „Big Two and a Half“ dar. Dennoch sollte die britische Rolle während des Zweiten Weltkrieges und zu Beginn der Nachkriegszeit nicht unterschätzt werden. Immerhin war Großbritannien als einzige größere Macht des alliierten Lagers während des gesamten Krieges aktiv beteiligt, ohne besetzt worden oder zeitweilig neutral zu sein – und das auf den europäisch-afrikanischen wie den asiatisch-ozeanischen Kriegsschauplätzen. Groß-

¹ „The International Post-War Settlement“. Programmatische Beschlussfassung der Labour Party auf ihrem Parteitag im Dezember 1944 (Labour Party Annual Conference Report/LPACR, 1944, S. 7).

² Dieser Beitrag stellt im Wesentlichen eine Ausformulierung eines Referates während der Tagung „Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung“, München, Mai 2004, dar. Auf ausführliche Literatur- und Quellenhinweise wird hier verzichtet. Summarisch sei auf einige wenige Arbeiten hingewiesen:

Die Dissertation des Verfassers, die 1999 in gekürzter Fassung unter dem Titel „And now – win the peace. Nachkriegsplanungen der Labour Party“ erschien (Hamburg, VSA-Verlag). Die Langfassung trägt den Titel: „And now – win the peace. Außenpolitische und internationale Nachkriegsplanungen der britischen Labour Party während des Zweiten Weltkrieges (1939-1945)“.

Lothar Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges. Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Band 22, Göttingen/Zürich, 1989.

Detlef Brandes, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 94, München 2001.

Wolfgang Benz (Hrg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/Main 1995. In diesem überwiegend guten Sammelband ist allerdings der Beitrag von

britannien und sein Empire/Commonwealth trugen zwischen Juni 1940 und Juni 1941 die alleinige Last des Krieges gegen NS-Deutschland, von den besetzten Ländern einmal abgesehen. In London hatten die meisten Exilregierungen, aber auch viele Exilparlamentarier und Exilparteien, gerade diejenigen der Linken, ihren Sitz. Auch das deutsche Exil konzentrierte sich ab 1940 in Großbritannien, ebenso die Vertreter der sudetendeutschen Sozialdemokraten und anderer Antifaschisten aus dem Sudetenland, und nicht zuletzt natürlich die Exilregierungen der Tschechoslowakei und Polens. Unter dem Dach der britischen Streitkräfte kämpften Angehörige fast aller besetzten Länder, darunter sehr viele Polen, aber auch Tschechen. Die Royal Air Force (RAF), die maßgeblich Großbritanniens Überleben im Sommer 1940 sicherte, galt dem Labour-Außenpolitiker Hugh Dalton³ als Vorwegnahme einer internationalen Streitmacht, so viele Nationalitäten waren in ihr vertreten – darunter wiederum viele Polen und einige Tschechen. Großbritanniens Rolle im Zweiten Weltkrieg ist also nicht zu unterschätzen. Die Beschäftigung mit der Labour Party und dem Hauptstrom der britischen Linken bietet sich für den heutigen Zugang zur Situation der Kriegszeit an, um den Diskussions- und Entscheidungshintergrund in den Kriegsjahren selbst aus der Wahrnehmung damaliger linker Akteure zu berücksichtigen. Zudem war die Labour Party seit dem Mai 1940 Teil der Koalitionsregierung unter Winston Churchill, ehe sie im Juli 1945 als klarer Sieger der Unterhauswahlen allein die Regierung unter Clement Attlee stellte und Attlee Churchill in Potsdam ablöste. Sowohl während der Kriegszeit als

Klaus-Dietmar Henke (Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, S. 58–85) problematisch. Henke übertreibt die moralische und politische Kritik an den Alliierten, spielt die Rolle der deutschen Minderheiten in der NS-Herrschaftspolitik herunter und bringt zu wenig Verständnis für die Reaktionen der Polen und Tschechen auf.

Peter Clarke, *Hope and Glory. Britain 1900–1990*, London 1997.

A.J.P. Taylor, *English History 1914–1945*, Oxford 1988 (zuerst 1965).

Ferner sei summarisch auf Arbeiten von Claus Scharf, Hans-Jürgen Schröder, John Saville, Josef Foscaphoth, Ralf Steininge, Hermann Fromm und Llewellyn Woodward sowie auf Eric Hobsbawms „Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“, München/Wien 1995, hingewiesen.

³ Hugh Dalton, 1887–1962, war mehr als 30 Jahre lang Unterhausabgeordneter der Labour Party. Während des Krieges war er Minister für ökonomische Kriegsführung, später Handelsminister. Bis 1945 war er der führende Außenpolitiker der Labour Party. Kurzfristig und für viele überraschend entschied sich Clement Attlee, der im Juli 1945 Premierminister wurde, Dalton zum Schatzkanzler und den Gewerkschaftsführer Ernest Bevin zum Außenminister zu machen und diesen als Nachfolger Anthony Edens mit nach Potsdam zu nehmen. Dalton war pro-sowjetischer, generell Deutschland-feindlicher und pro-zionistischer als Bevin eingestellt. Ob daraus eine deutlich andere Außenpolitik Großbritanniens als unter Bevin gefolgt wäre muss hier offen bleiben.

auch in den prägenden ersten Nachkriegsjahren besaßen die Labour Party und die mit ihr eng verbundenen Gewerkschaften im Trade Union Congress (TUC) einigen Einfluss auf die britische Außenpolitik.

Daher soll im Folgenden ein knapper Überblick über die Entwicklung britischer Positionen in der Deutschlandpolitik und in diesem Rahmen zur Frage von Grenzveränderungen und eines Bevölkerungstransfers deutscher bzw. deutschsprachiger Bevölkerungsgruppen aus Ostmitteleuropa skizziert werden. Ein isolierter Blick auf Umsiedlungen, Flucht und Vertreibungen entspräche nicht der Wahrnehmung der damals handelnden britischen Akteure. Für sie waren Umsiedlungsfragen eine abgeleitete Thematik, im Vordergrund standen zunächst die Einschätzung des nationalsozialistischen Deutschlands, während des Krieges dann die Zukunft Deutschlands nach dem Krieg und eine friedensfähige, politisch, ökonomisch und sozial stabile europäische Nachkriegsordnung. In diesem Beitrag geht es vor allem um die Hintergründe und den historischen Kontext der britischen Positionsfindung, weniger um ein detailliertes Nachzeichnen einzelner Beschlüsse und Entscheidungen.

München 1938 und die „Appeasementpolitik“: Zum Hintergrund der britischen Deutschlandpolitik bis 1938/39

Die Rolle Großbritanniens (und in geringerem Maße auch Frankreichs) beim Zustandekommen des Münchner Abkommens im September 1938 hat zu einer jahrzehntelangen Diskussion sowohl unter FachhistorikerInnen als auch in der breiten politischen Öffentlichkeit geführt.⁴ Die „Appeasement“-Politik der Regierung Chamberlain (1937–1940) erfuhr unterschiedliche Interpretationen. Sehr vereinfacht könnten die folgenden Deutungsmuster festgehalten werden:

– Eine traditionelle orthodox-marxistische bzw. anti-imperialistische Sichtweise verstand die Politik Chamberlains als primär auf den Erhalt des britischen Empire ausgerichtet und sah eine dominierende antisowjetische Stoßrichtung.

⁴ Die Literatur zur „Appeasement“-Politik ist schier unübersehbar. Es sei hier daher nur auf drei Publikationen verwiesen:

Wolfgang Mommsen/Lothar Kettenacker (eds.), *The fascist challenge and the policy of appeasement*, London 1983.

Keith Robbins, *Appeasement*, Oxford 1988.

Bernd-Jürgen Wendt, *Die englische Politik des „Appeasement“ und ihre Beurteilung in der Geschichtswissenschaft*, in: Gerhard Schulz (Hrg.), *Die Große Krise der dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1985, S. 233–259.

Weitere Titel lassen sich über die in Fußnote 2 angegebenen Publikationen erschließen.

– Die traditionelle Kritik im Westen nach 1945 wertete Chamberlains Kurs als Politik der Schwäche und Nachgiebigkeit, eine Politik der Illusionen, die Hitler nur noch gestärkt habe und von dem übertriebenen Wunsch nach Kriegsvermeidung bestimmt gewesen sei.

Seit den sechziger Jahren gewannen zwei weitere Interpretationsmuster zeitweilig stark an Gewicht, vor allem in der fachwissenschaftlichen Diskussion.

– Einer dieser Interpretationen zufolge sollten das Münchner Abkommen und andere Elemente der „Appeasement“-Politik Großbritannien Zeit verschaffen, bis die in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre langsam anlaufende Wiederaufrüstung greifen würde. Zur Begründung dieser These wurde u.a. auf die Entwicklung des Radars sowie den Ausbau der RAF und der Nachrichtendienste (Stichwort: Bletchley Park/Enigma) verwiesen.

– Eine eher pragmatische Interpretationslinie in der Geschichtswissenschaft wertete die „Appeasement“-Politik als ein traditionelles Instrument britischer Außenpolitik zur Vermeidung einer Kräfteüberspannung. Je stärker Großbritannien sich in Europa und gegen die deutsche Expansion engagieren würde, desto weniger Ressourcen hätte das Land zum Erhalt seiner weltweiten Stellung zur Verfügung gehabt.

Weitere Faktoren, die in diesen Interpretationen nur teilweise auftauchen, beeinflussten die britische Regierung in ihrer Außenpolitik zur Zeit des Münchner Abkommens:

– Die Haltung großer Bevölkerungsteile sowohl in Großbritannien als auch im Empire/Commonwealth (hier auch der Regierungen) war verständlicherweise vor allem auf die Vermeidung eines erneuten blutigen Krieges kaum 20 Jahre nach dem Ende des „Great War“ ausgerichtet. Auch in den „weißen“, eindeutig pro-britischen Dominions wie Kanada, Australien und Neuseeland, die 1914–1918 einen großen Kriegsbeitrag geleistet hatten, war die Neigung gering, sich in einen europäischen Krieg hineinziehen zu lassen.

– Die Intensität und Neuartigkeit der nationalsozialistischen Diktatur, ihre extreme Form von Expansionismus und Gewalttätigkeit nach innen wie nach außen, wurden vielfach verkannt, sowohl auf der Linken (eine Spielart von Imperialismus neben anderen) als auch vor allem im bürgerlichen Establishment. Dort existierte eine Bandbreite von Positionen und Gründen:

Eine partielle Sympathie für einzelne Maßnahmen des NS-Regimes, die oft gepaart war mit einer Furcht vor der UdSSR und den Kommunisten (lange Zeit etwa zu finden in der Beaverbrock- und Rothermere-Presse). Eine Verkenning der NS-Aggressivität (gewissermaßen die rechte Variante jener linken Sichtweise, den Nationalsozialismus nur als eine „normale“ imperialistische Spielart zu sehen), wes-

halb vernünftige Verhandlungen möglich erschienen. Schließlich die Angst vor den Konsequenzen eines entschiedenen britischen Widerstands: innenpolitische Veränderungen zu Gunsten der Linken, weitere Machtreduzierung Großbritanniens im Empire/Commonwealth, ein Arrangement mit der UdSSR, eine möglicher Weise entstehende Abhängigkeit von den USA.

Zum Hintergrund der zögerlichen Gegenwehr Großbritanniens, die aber überwiegend nicht als Sympathisieren mit dem NS-Regime auszulegen ist, gehörte das verbreitete Unbehagen über die Versailler Nachkriegsordnung. Sie wurde vielfach als ungerecht gegenüber Deutschland sowie als unklug in politischer wie ökonomischer Hinsicht betrachtet. Gegen Ende der dreißiger Jahre schien die Versailler Ordnung einfach nicht mehr aufrecht erhaltbar zu sein. Sie überspannte die eigenen Kräfte, während die Allianzen von 1914/18 bzw. der ersten Nachkriegsjahre zerfielen, die Minderheitenprobleme ungelöst schienen und allgemein eine wachsende Instabilität in Mittel- und Osteuropa festgestellt wurde. Die Berufung Hitler-Deutschlands in den ersten Jahren der Diktatur auf das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker bei seinen expansionistischen Forderungen gegenüber Österreich, der Tschechoslowakei, Litauen und Polen schien Teilen der britischen Öffentlichkeit und gerade des Establishments nicht unberechtigt zu sein.

Die linke Variante⁵ dieses Unbehagens über „Versailles“ hatte verschiedene Ursachen:

- Die Friedensordnung von Versailles wurde als ungerecht gegenüber Deutschland empfunden, vor allem gegenüber der Weimarer Republik; nach 1933 nahm diese Haltung langsam ab.

- Die Versailler Nachkriegsordnung galt der Mehrheit der Labour Party, der linksliberalen Öffentlichkeit und der radikalen Linken als Ausdruck eines traditionellen imperialistischen „Friedens“vertrages, der nicht konstruktiv die tieferliegenden Ursachen von Kriegen zu beseitigen versucht, sondern den nationalegoistischen Interessen der Sieger gedient habe.

- Das Misstrauen gegenüber einer innen- wie außenpolitischen Instrumentalisierung der Aufrüstung und eines möglichen Krieges gegen Deutschland durch die konservative Regierung saß nach den Erfahrungen der Nachkriegszeit tief. Hintergrund waren die nicht gehaltenen Versprechen einer sozialen Reform (ein Land „fit for heroes“ – Lloyd Georg) und der Versailler Vertrag 1918/20, die Bitterkeit der sozialen Kämpfe in den zwanziger und dreißiger Jahren, die Umstände des Sturzes der Labour-Minderheitsregierungen 1924 und 1931, die fehlende Unterstützung

⁵ Ausführlich dargestellt vom Verfasser in „And now – win the peace“ sowie „Labour und die Kriegsgefahr. Die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der britischen Labour Party“ (Maschenschrift; Universität Hamburg, 1992).

der Spanischen Republik im Bürgerkrieg und des Völkerbundes durch die britische Regierung und deren mangelnde Bereitschaft, sich mit der Sowjetunion zu arrangieren.

Im Gegensatz zu manchen traditionellen Sichtweisen halte ich einen starken Pazifismus nicht für die Hauptursache des Zögerns auf der britischen Linken, sich mit allen Mitteln dem Nationalsozialismus entgegen zu stellen. Abgesehen davon, dass die Vermeidung eines erneuten Weltkrieges sicherlich ein verständliches, nicht zu denunzierendes Motiv ist, war die Mehrheit der politischen und gewerkschaftlichen Führer der britischen Arbeiterbewegung nicht radikalpazifistisch eingestellt. Das galt auch für die breite Masse der Linken, wie nicht zuletzt die sehr geringe Quote von Kriegsdienstverweigerern und die allgemeine Akzeptanz des Krieges in der Bevölkerung, gerade auch der Arbeiterschaft, spätestens ab 1940 zeigten. Vielmehr kann die Annäherung der Labour Party an die Notwendigkeit, nötigenfalls auch einen Krieg mit den Mitteln des (britischen und anderer) Nationalstaates gegen Nazi-Deutschland führen zu müssen, als „a slow realization that a war would be necessary“ beschrieben werden.⁶ Es war einerseits mangelndes Vertrauen in die Motive und Ziele der konservativen Regierung, andererseits eine lange Zeit zu schematische Sicht auf Imperialismus und Kapitalismus, bei der sich der Nationalsozialismus als eine – wenn auch extreme – Spielart von Imperialismus darstellte. Dies hemmte die Labour Party, für eine offensivere Politik gegenüber Nazi-Deutschland einzutreten.⁷ Sympathien für den Nationalsozialismus waren der britischen Linken hingegen völlig fremd, ihre materiellen und ideellen Solidaritätsleistungen für die Verfolgten des Nazi-Regimes in Deutschland selbst und später auch im besetzten Europa waren eindrucksvoll. Außerhalb der Linken und der jüdischen Community zeigten nur wesentlich kleinere Teile des liberalen sowie des christlichen Spektrums eine solche Solidarität. Ab 1939/40 stand dann die überwältigende Mehrheit der Labour Party hinter der Kriegsführung gegen Nazi-Deutschland.

Die Preisgabe der ČSR, die in München begann und im März 1939 mit der deutschen Besetzung der so genannten „Rest-Tschechei“ ihren Abschluss fand, stieß unmittelbar nach der „Konferenz“ von München durchaus auf Zustimmung in Großbritannien, insofern der allgemein befürchtete Krieg dadurch zunächst vermieden

⁶ T.D. Burridge, *British Labour and Hitler's War*, London 1976, S. 21.

⁷ Ein prominentes Beispiel für eine nicht-pazifistische Ablehnung des Aufrüstungskurses lieferte 1937 auf dem Labour-Parteitag der Labour-Linke, langjährige Unterhausabgeordnete, spätere Minister und stellv. Parteivorsitzende Aneurin Bevan (1897–1960): „(...) we should say to the country we are prepared to make whatever sacrifices are necessary, to give whatever arms are necessary in order to fight Fascists Powers and in order to consolidate world peace, but we are not going to put a sword in the hand of our enemies, that may be used to cut off our own heads.“ (LPACR, 1937, S. 209f.)

wurde. Chamberlains berühmt-berüchtigte Aussprüche aus dem September und Oktober 1938⁸ spiegelten anfangs eine verbreitete Stimmung der Erleichterung wider. Doch machte diese Erleichterung in politischen Kreisen, sowohl bei der Mehrheit der Linken als auch bei einer Minderheit der Konservativen um Churchill, Eden, Amery usw., bald der Entschlossenheit Platz, dem Nationalsozialismus endlich Einhalt zu gebieten.⁹ Allerdings erklärte erst die Kriegsregierung unter Churchill und Attlee im Juli 1942 das Münchner Abkommen für vollkommen nichtig!¹⁰ Auch die Garantie für Polen, zu der sich die britische Regierung im April 1939, nach der deutschen Besetzung Prags, entschloss, stellte keine Zusage für exakt die damaligen Grenzen dar, ließ der Chamberlain-Regierung also eine Hintertür offen, Grenzveränderungen zu Gunsten Deutschlands im Rahmen eines „neuen Münchens“ zu akzeptieren.

Mit dem britischen Kriegseintritt am 3. September 1939, dem zunächst die inaktive Phase des „Phoney War“ bis zum April/Mai 1940 folgte, traten die konservativen „Anti-Appearer“ der Regierung bei, nicht aber die Labour Party, die zwar die Kriegsanstrengungen, nicht aber den als diskreditiert und halbherzig abgelehnten Premierminister unterstützen wollte. Erst nach dem deutschen Überfall auf die Benelux-Staaten und Frankreich im Mai 1940 gelang es, Chamberlain durch Churchill zu ersetzen und somit die Labour Party in die Regierung aufzunehmen, wo sie vor allem in der Mobilisierung aller Ressourcen, zunehmend aber auch für die Nachkriegsplanungen einen bedeutenden Beitrag leistete.

Schrittweise Veränderungen in der Grenz- und Umsiedlungsfrage: Britische Positionen während des Krieges

Zu Beginn des Krieges forderte fast niemand von Bedeutung (Lord Vansittart ausgenommen, der aber 1941 in seiner Funktion im Außenministerium abgelöst wurde) in Großbritannien, dass Deutschland nach dem Krieg deutlich verkleinert und seine Bevölkerungsgruppen in anderen Ländern umgesiedelt werden sollten. Nicht einmal die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreich und die Rückgabe der Sudetengebiete an die wieder zu errichtende Tschechoslowakei waren bei Kriegsbeginn offizielle Ziele der Briten. Dies hatte zum einen taktische Gründe – so sollte

⁸ „Peace for our time“ und „(...)because of a quarrel in a faraway country between people of whom we know nothing“. Siehe hierzu u.a.: Peter Clarke, Hope and Glory, S. 188.

⁹ Zur öffentlichen Wahrnehmung der Münchner Konferenz in Großbritannien siehe u.a. Peter Clarke, Hope and Glory, S. 188f., A.J.P. Taylor, English History, S. 426–431.

¹⁰ Siehe etwa Detlef Brandes, Der Weg zur Vertreibung, S. 149 u.a.

auf die Stimmung in den USA, die als Verbündeter zu gewinnen auf Dauer überlebensnotwendig werden würde, Rücksicht genommen werden. Auch sollte eine Loslösung einiger Teile der deutschen Bevölkerung vom NS-Regime nicht erschwert werden. Zum anderen waren aber auch inhaltliche Gründe für diese Position mitverantwortlich, die sich aus der geschilderten Kritik an der Nachkriegsordnung von Versailles ergaben. Speziell für die Labour Party, aber auch andere Teile der Linken und imperialismuskritische Liberale waren Kriegsziele strikt zu vermeiden, die nationalegoistische Vorteile, klassische imperiale Nachkriegsordnungen und eine Rückkehr zur instabilen Ordnung der zwanziger und vor allem dreißiger Jahre bedeuten würden. Die Doppelstrategie, mit der sich die Labour Party spätestens ab 1940 nicht nur voll hinter die Kriegsführung stellte, sondern sogar ihre treibende Kraft im Rahmen einer breiteren progressiven Stimmung im Land wurde, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Der Krieg gegen NS-Deutschland hatte als Ziel nicht nur den radikalen Sturz der Nazi-Herrschaft, sondern darüber hinaus auch eine Überwindung der engen nationalstaatlichen Ordnung Europas und der alten Eliten. Eine Internationalisierung vieler Politikfelder, insbesondere der sozialen und ökonomischen Entwicklung als eine der Ursachen von Instabilität und Kriegen, aber auch der Minderheitenproblematik, sowie eine umfassende Demokratisierung im politischen wie ökonomischen Bereich waren sowohl Ziele der Kriegsführung als auch Mittel seiner Gewinnung. Die Herrschaft des internationalen Rechts („Rule of Law“) und die Schaffung eines neuen, stärkeren Völkerbundes (später dann der UNO) sowie föderativer Zusammenschlüsse in Europa waren Teile dieser Vorstellungen, mit denen sowohl die britische Arbeiterschaft als auch die Völker Europas von der Glaubwürdigkeit Großbritanniens überzeugt und somit mobilisiert werden sollten.

Labour forderte zu Beginn des Krieges die Wiederherstellung Polens und der Tschechoslowakei sowie ein freies Entscheidungsrecht für Österreich. Etwas überspitzt ließe sich also für die verschiedenen britischen Positionen sagen, dass sie für Deutschland zunächst eine Option „1937er Grenzen plus ein wenig“,¹¹ im Verlaufe des Krieges zunehmend „1937er Grenzen minus immer mehr“ beinhalteten. Dabei wurde in Großbritannien zunächst eine klare Unterscheidung zwischen dem deutschen Volk und dem Regime vorgenommen, die aber im Laufe des Krieges immer schwieriger durchzuhalten war. Die Labour Party und die Gewerkschaften setzten nicht auf einen Putsch in Deutschland, sondern auf einen konsequenten Austausch der Eliten in Politik, Wirtschaft, Militär und Verwaltung und eine Neugestaltung der politisch-sozialen Ordnung auf demokratisch-sozialistischer Grund-

¹¹ Siehe hierzu etwa Lothar Kettenacker, *Krieg zur Friedenssicherung*, S. 441.

lage. Die deutsche Arbeiterbewegung wurde als Verbündeter angesehen, auch wenn diese Position zwischenzeitlich ins Wanken geriet, ohne dass sich eine pauschal antideutsche Linie dauerhaft in der Labour Party durchsetzen konnte.¹² Der Schwerpunkt in den Konzepten der Labour Party und anderer Teile der progressiven Grundströmung lag auf der Beseitigung der politischen und sozioökonomischen Grundlagen des deutschen Regimes (in ihrer Sicht also des preußischen Militarismus, der Junker und der Schwerindustrie), in einem demokratischen Sozialstaat, einer engen ökonomischen Kooperation Europas und föderativen Regionalösungen. Massive Gebietsabtretungen und Bevölkerungstransfers passten nicht recht zu diesen Plänen, wohl aber Sicherheitsgarantien vor einer neuen deutschen Expansion. Ein „kathargischer Frieden“ entsprach nicht den Vorstellungen des progressiven Teils der britischen Bevölkerung, und auch nicht denen eines Teils der Administration.

Mit der Zuspitzung des Krieges für Großbritannien im Laufe des Jahres 1940 (Niederlagen in Norwegen und Frankreich, „Battle of Britain“ im Luftkampf, deutsche Bombenangriffe auf englische Städte) und der zielstrebigem Eskalation der deutschen Kriegsführung und Unterdrückungspolitik in den besetzten Gebieten vor allem im Osten veränderte sich die Sichtweise der britischen Institutionen langsam. Neben dem eigenen Kriegsleiden führte die Brutalisierung des deutschen Vorgehens vor allem in Ost-, Mittel- und Südosteuropa zu einer wachsenden Solidarisierung gerade mit den Polen und Tschechen. Rachegefühle waren auch in der britischen Bevölkerung vorhanden, wenngleich sie sich sehr in Grenzen hielten. Je länger der Krieg dauerte, je brutaler er von Deutschland geführt wurde, desto stärker wurde das Bedürfnis nach einer dauerhaften Sicherung vor neuen deutschen Expansionsversuchen. Die alliierten Konferenzen der Jahre 1942/43 (vor allem Casablanca, Moskau und Teheran) brachten die Festlegung auf die Formel „Bedingungslose Kapitulation“ („unconditional surrender“).¹³ Die Frage, ob die „Atlantic Charter“, die Roosevelt und Churchill im August 1941, also noch vor dem Kriegseintritt der USA, verkündet hatten, auch auf Deutschland und die anderen Aggressorstaaten anzuwenden sei, ob also auch für diese das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung gelte, machte den Briten durchaus zu schaffen. Es setzte sich schließ-

¹² Siehe dazu Weis, *And now – win the peace*, S. 42–46 und S. 60–98; Anthony Glee, *Exile Politics during the Second World War. The German Social Democrats in Britain*, Oxford 1982.

¹³ Bei Hugh Dalton und ihm in der generellen Ablehnung Deutschlands nahe stehenden Labour-Politikern und Gewerkschaftern hieß dies „Fight to finish“. So scharf die innerlinken Kontroversen über den Umgang mit Deutschland und vor allem seiner Arbeiterbewegung auch waren, über die Notwendigkeit, bis zur völligen Niederlage NS-Deutschlands zu kämpfen, bestand kein nennenswerter Dissens.

lich die Position durch, dass die Charta keine Anwendung auf die Aggressorstaaten finden werde.¹⁴

Ab 1942 dominierte in der britischen Politik die Linie, Grenzveränderungen zu Gunsten der Tschechoslowakei und Polens und eine Umsiedlung zumindest eines Teils der deutschen Bevölkerungsgruppen aus diesen Staaten zu unterstützen.¹⁵ Sowohl in Regierungs- und Verwaltungskreisen als auch in der Labour Party wurde dabei immer wieder der griechisch-türkische Bevölkerungstransfer von 1922/23 als positives Beispiel dafür herangezogen, dass ein größerer Bevölkerungsaustausch durchführbar und human gestaltbar sei.¹⁶ Schon der Erfolgsgrad der Aktion von 1922/23 war fragwürdig, bald wurde zudem klar, dass das Ausmaß von Umsiedlungen nach einer deutschen Niederlage weit größer und nur sehr bedingt human gestaltbar sein würde.¹⁷

In den Planungen der Regierungsstellen war ab 1942 klar, dass das Sudetenland wieder zur Tschechoslowakei zurückkehren müsse. Strittig blieb aber, was mit der deutschen Bevölkerung in diesen Gebieten geschehen solle. Hinsichtlich Polens stellte sich die Situation noch weit schwieriger dar. Von britischer Seite wurde zunächst die Abtretung (eines Teils oder ganz) Ostpreußens, dann auch die Eingliederung Danzigs und des bei Deutschland befindlichen Teils von Oberschlesien an Polen und schließlich auch die polnische Ausdehnung bis Stettin sowie zur Oder und zur Ostsee in Erwägung gezogen. Auf erheblichen Widerstand bei den Briten stieß bis zuletzt die Übereignung Niederschlesiens an Polen und die Grenzziehung an der Oder und der westlichen (Lausitzer) Neiße. Letztlich akzeptierten Briten und auch US-Amerikaner diesen Teil der Grenzziehung und der damit verbundenen zusätzlichen Umsiedlungen erst in Potsdam, teils als Anerkennung der Realität, hatten Sowjetunion und Polen doch schon begonnen, Fakten zu schaffen, teils als eine Gegenleistung in einem umfassenden Kompromiss mit der sowjetischen Führung, bei der diese in der Frage der Reparationsregelung, des Umgangs mit Italien und der einheitlichen Wirtschaftsverwaltung Deutschlands Zugeständnisse machte.¹⁸

¹⁴ Zur Haltung der Labour Party in der Frage der Atlantic Charter: Weis, *And now ...*, S. 106ff.

¹⁵ Siehe u.a. Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung*, S. 105ff., S. 149.

¹⁶ Siehe etwa Hugh Dalton in einem Brief an Philip Noel-Baker, 18. Mai 1943. Hugh Dalton papers (II/B/7/10), British Library of Political and Economic Science (London School of Economics).

¹⁷ Hinweis auf Kettenacker und Brandes.

¹⁸ Zum Entscheidungsprozess in Potsdam: Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung*, S. 393ff.; Lothar Kettenacker, *Krieg zur Friedensicherung*, S. 468–478; Josef Foscchepoth, *Potsdam und danach. Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen*, in: Wolfgang Benz (Hrg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, v.a. S. 86–96.

Kriterien in der Umsiedlungsfrage und der Einfluss internationaler Beziehungen in den britischen Planungen

Die Annäherung der Briten an mögliche große Umsiedlungsaktionen erfolgte, wie dargelegt, schrittweise, sowohl innerhalb des Foreign Office (FO) und anderer Regierungsstellen als auch in der Labour Party. In Regierungskreisen und unter den offiziellen polnischen und tschechischen Vertretern in Großbritannien spielten in der Debatte über Grenzveränderungen und Umsiedlungen vor allem folgende Aspekte eine Rolle:

– *Kompensation*, sowohl emotional bzw. moralisch als auch ökonomisch, für die erlittenen Schäden und die Unterdrückung durch Deutschland. Dabei bezweifelten viele Planer in Großbritannien den ökonomischen Nutzen großer Gebietsabtretungen und Umsiedlungen für die Tschechen und vor allem die Polen, da sie eine effiziente Nutzung der übernommenen Gebiete für fraglich hielten. Strittig blieb auch der Einsatz von deutschen Arbeitskräften zu Reparationszwecken, weniger aus moralischen Gründen als vielmehr ebenfalls aus Zweifeln an der Nützlichkeit. Prinzipiell sprachen sich aber sowohl die offizielle britische Politik als auch die Labour Party mit ihrem Programm „The International Post-War Settlement“ von 1944 für die Übergabe bisheriger deutscher Gebiete an Polen und die ČSR als Kompensationsleistung aus und hielten den Einsatz von deutschen Arbeitskräften als Reparationsleistung prinzipiell für richtig.

– *Strategische Grenzziehung*: Militärische Vorstellungen von sicheren Grenzen spielten für die polnische und tschechische Seite eine erhebliche Rolle. Auch von britischen Militärs und einem Teil der Regierungsstellen wurde eine Begradigung von Grenzverläufen speziell für Polen aus militärstrategischen Überlegungen heraus für notwendig erachtet – die in Potsdam vereinbarte Grenzziehung trug dem faktisch Rechnung. Innerhalb der Labour Party und bei vielen Regierungsberatern wurde allerdings kritisiert, dass eine solche militärische Denkungsart im Zeitalter des Luftkrieges überholt sei, zumal wirtschaftliche und soziale Konfliktursachen dabei außen vor blieben.

– *Bestrafung* war für die britischen Stellen offiziell kein Kriterium für die Entscheidung über künftige Grenzziehungen und die Zukunft deutscher Minderheiten in Polen und der ČSR. Faktisch war sie aber ein starkes und verständliches Motiv, dass die britische Seite auch den Menschen der überfallenen Länder bis zu einem gewissen Grade zubilligte. In Verbindung mit der Frage, wie künftig ein neuer deutscher Revanchismus zu verhindern sei, beabsichtigten die Briten, die Gebietsabtretungen

und vor allem die Umsiedlungen einerseits nicht allzu massiv ausfallen zu lassen. Andererseits sollte aber dort, wo sie notwendig schienen, konsequent vorgegangen werden, um keine Restminderheiten als Ausgangspunkt möglicher neuer Revisionsbestrebungen übrig zu behalten.

– *Stabilität* in Mittel- und Osteuropa war das ausdrückliche Ziel der britischen Planungen, und das hieß nach der damals vorherrschenden Auffassung nach den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit die Schaffung ethnisch homogener Gebiete. Ethnische Minderheiten sollten, sofern sie nicht umgesiedelt werden könnten oder wollten, normale individuelle, aber keine kollektiven Minderheitenrechte erhalten. Dagegen formierte sich auch in der Labour Party und in den von ihr beeinflussten Teilen der Regierungsstellen kein grundsätzlicher Widerspruch, allerdings kritisierten die Labour-nahen Planer die ihnen zu altmodische, militärische und staatsfierte Denkungsweise bei solchen Plänen, die regionalen und internationalen ökonomischen Kooperationen zu wenig Platz einräume.

– Eine *ökonomische Schwächung* Deutschlands durch Gebietsabtretungen und durch Umsiedlungen war insofern gewollt, als sie das expansive Potenzial Deutschlands entscheidend reduzieren sollte. Allerdings bestanden auf Seiten der Briten starke Zweifel, ob eine simple Rechnung „Schwächung der deutschen Ökonomie = Stärkung der polnischen/tschechoslowakischen etc. Ökonomie“ aufgehen könne. Ein Teil der Regierungsstellen und die beratenden Labour-Gremien (die sich im Programm „The International Post-War Settlement“ allerdings in vielen Punkten nicht gegen Dalton durchsetzen konnten) hielten eine dauerhafte ökonomische Stabilisierung Europas ohne oder gegen Deutschland nicht für möglich.¹⁹ Aus ihrer Sicht war eine ökonomische Entwicklungsperspektive für Deutschland nicht nur erforderlich, um einen neuen deutschen Revanchismus zu verhindern, sondern auch, um einen stabilen gesamteuropäischen Aufschwung zu befördern. In gewisser Weise setzten sich diese Annahmen, die als Strategie der europäischen wirtschaftlichen Einbindung Deutschlands und, etwas lax formuliert, als Ablenkung der Deutschen von Expansion und Diktatur durch wirtschaftlichen Aufschwung beschrieben werden können, ab Ende der vierziger Jahre durch. Anders als von den Labour-Planern vorgesehen, fand dies aber nicht unter sozialistischen Bedingungen und infolge der Spaltung Europas im Wesentlichen nur im Westteil des Kontinents statt.

– Die *Versorgung* der deutschen Umsiedler bereitete den Briten große Sorgen. Sie fürchteten durch die Abtretung agrarischer Gebiete an Polen bei gleichzeitiger Umsiedlung der deutschen Bevölkerungsgruppen eine Versorgungskrise in den alliiert-

¹⁹ Weis, *And now ...*, S. 38f., S. 45f., S. 93ff.

ten Besatzungszonen Deutschlands, speziell in der britischen. Daneben konnten sich die Briten kaum vorstellen, wie eine große Zahl von Flüchtlingen Arbeitsplätze finden sollte. Sorgen bestanden vor einer Überforderung der Besatzungsmacht und vor einer dauerhaften, politisch gefährlichen Instabilität in Deutschland. Aus diesem Grund wandten sich viele Planer insbesondere gegen die Abtretung Niederschlesiens an Polen und überlegten, ob eine über mehrere Jahre gestreckte Umsiedlung, in deren Verlauf auch Reparationstätigkeiten der Deutschen denkbar wären, möglich sei. Auch zum Erhalt der ökonomischen Produktivität im Interesse der Polen und Tschechen wurde eine zeitliche Streckung der Umsiedlung favorisiert. Dagegen stand aber die Einschätzung, dass ein massiver Bevölkerungstransfer, wenn er denn erfolgen sollte, rasch durchzuführen sei, um längerfristige Spannungen zu vermeiden. Für die Briten hatte die Versorgung ihrer Besatzungszone über Jahre hinweg eine überragende Bedeutung. Deshalb war sie zu einem Koppelgeschäft mit der UdSSR und Polen bereit: Akzeptanz der Umsiedlungen gegen Zusagen, die Menschen in der britischen Besatzungszone mit Lebensmitteln aus den polnischen und sowjetischen Gebieten bzw. Besatzungszonen zu beliefern. Tatsächlich strapazierte die Lebensmittel- und Energieknappheit in der britischen Besatzungszone die Briten vor allem 1946/47 so sehr, dass sie einerseits der eigenen Bevölkerung Opfer zu Gunsten der besiegten Deutschen zumuten mussten und andererseits in eine noch stärkere Abhängigkeit von den USA gerieten. Vor diesem Hintergrund sanken die Chancen für einen eigenständigen außenpolitischen Kurs zwischen USA und UdSSR und für eine stärker sozialistische Umgestaltung Westdeutschlands.

– *Legitimität und Durchführbarkeit*: Sowohl der von Hugh Dalton beeinflusste Teil der Labour Party als auch wesentliche Regierungsstellen vertraten in der zweiten Kriegsphase die Auffassung, dass NS-Deutschland selbst den Boden für eine Umsiedlungspolitik geschaffen habe, weil es nicht „nur“ massenhaft andere Volksgruppen vertrieben, sondern auch „Volksdeutsche“ aus Rumänien, dem Baltikum und Südtirol umgesiedelt habe. Eine Kollektivbestrafung in Form einer Umsiedlung wurde nicht vertreten, sie hätte auch in deutlichem Widerspruch zu den alliierten Werten gestanden. Eher kann die britische Akzeptanz großer Umsiedlungen als Einsicht in eine nicht zu verhindernde Notwendigkeit der Entschädigung der von Deutschland unterworfenen Völker und der Trennung dieser Völker von den Deutschen beschrieben werden. Die britischen Überlegungen konzentrierten sich daher auf die Frage, bis zu welchem Grade Gebietsabtretungen und Umsiedlungen sachlich vertretbar, ökonomisch sinnvoll und praktisch gestaltbar wären. Eine halbwegs humanitäre Durchführung der Umsiedlung erschien wünschenswert, doch hätte dies eine polizeiliche Pufferfunktion alliierter Streitkräfte in erheblichem Maße bedeutet. Dazu sahen sich die Briten letztlich weder kräftemäßig noch macht-

politisch im Stande, handelte es sich doch um nach Kriegsende sowjetisch dominierte Gebiete. Verständlicher Weise sahen es die Briten nicht als ihre Aufgabe an, ihre überstrapazierten eigenen Ressourcen zum Schutz der Minderheiten des besiegten Aggressorstaates einzusetzen und dabei auch noch einen massiven Konflikt mit der UdSSR zu riskieren.

Die britischen Planungen zur Frage der künftigen deutschen Grenzen und zum Umgang mit den deutschen Bevölkerungsgruppen im künftigen Polen bzw. der Tschechoslowakei waren nur ein Element in den übergeordneten Planungen für die Nachkriegsordnung Europas. Von überragender Bedeutung für die Briten war dabei der Erhalt eines kooperativen Verhältnisses der „Großen Drei“. Gerade Großbritannien als ökonomisch und militärisch den USA und der UdSSR unterlegene Hauptsiegermacht konnte nur eine gleichberechtigte, prägende Kraft bleiben, wenn ein Bruch zwischen der UdSSR und den USA vermieden werden konnte. Die Briten sahen sich dabei in der Endphase des Krieges und der ersten Nachkriegsphase in gewisser Weise auch als Mittler zwischen den USA und der UdSSR. In der Perspektive der Labour Party sollte ein sozialistisches Großbritannien auch ideologisch eine Vermittlungsrolle zwischen den beiden künftigen Supermächten übernehmen können, weil es die liberal-parlamentarische Demokratie mit einer sozialstaatlich und planwirtschaftlichen Sozial- und Wirtschaftsordnung verbinden wollte. Als führende Kraft Westeuropas und des Commonwealth hofften Labours Planer, in anderer ideologischer Weise aber auch Teile des Regierungsapparates, eine Konfrontation in Europa zwischen USA und UdSSR und einen Abstieg Großbritanniens verhindern zu können. Insofern lag weder der britischen Regierung noch der Labour Party lange Zeit daran, das Verhältnis zur UdSSR durch die Grenz- und Umsiedlungsfrage essentiell zu gefährden. Deshalb, und auch weil durch die massenhafte Flucht vieler Deutscher seit Ende 1944 sowie die „wilden“ Vertreibungen vor allem in Polen zum Zeitpunkt der Potsdamer Konferenz längst Fakten geschaffen worden waren, trugen die Briten auch diejenigen Umsiedlungsentscheidungen mit, die ihnen eigentlich zu weit gingen. Dabei stellte sich die Situation in Bezug auf das Sudetenland wesentlich einfacher dar als für die neuen polnischen Gebiete. Die polnische Situation war nicht nur wegen der größeren Zahl der umzusiedelnden Deutschen und der engeren Verflechtung deutscher und polnischer Siedlungsgebiete schwieriger, sondern auch wegen der Unklarheit über die künftige polnische Ostgrenze und den daraus erwachsenden Spannungen zwischen dem polnischen Exil und Untergrund einerseits und der UdSSR andererseits. Die polnische Exilregierung in London und Teile des polnischen Untergrundes hatten schließlich kein Interesse an einer so weitgehenden Westverschiebung Polens, wie sie 1945 beschlossen wurde. Die Umsiedlungsfrage wurde also durch die polnisch-sowjeti-

schen Differenzen in der Frage der polnischen Ostgrenze überlagert. Diese wiederum hatte entscheidenden Einfluss auf die Frage der künftigen politischen Ausrichtung Polens. Ein Grund für die britische Hinnahme der weitgehenden Umsiedlungspolitik ist darin zu sehen, dass erhofft wurde, ein im Inneren halbwegs demokratisches und insofern von Moskau teilweise unabhängiges Polen zu ermöglichen, indem man den sowjetischen Forderungen nach einer jeweiligen Westverschiebung der UdSSR und Polens Rechnung trage. Bekanntlich scheiterte dieser Versuch, Polen eine relative innenpolitische Unabhängigkeit von der UdSSR zu sichern.

Für das Foreign Office und die Regierung war das Verhältnis zu den USA aber noch wichtiger. Die vermutete, Umsiedlungs-kritische Stimmung in den USA be stärkte die Briten daher, das Ausmaß von Gebietsabtretungen und Umsiedlungen begrenzen zu wollen. Andererseits herrschte auch ein Verständnis für die Forderungen der Polen und Tschechoslowaken vor, was auf ihre immensen Leiden unter deutscher Besatzung sowie ihren (vor allem polnischen) großen Beitrag im Kampf gegen Nazi-Deutschland und schließlich unerschwinglich vielleicht auch ein Gefühl des schlechten Gewissens wegen der Rolle Großbritanniens 1938 zurückzuführen ist.

Zusammenfassung und Schlussbemerkungen: Was lässt sich für heutige geschichtspolitische Debatten ableiten?

Auf britischer Seite setzen sich Planungen zur Abtretung großer Gebiete an Polen und die ČSR und zur Umsiedlung ihrer deutschen Bevölkerungsgruppen erst langsam während des Krieges durch. Das Jahr 1942 ist mit der Entscheidung zur Annullierung des Münchner Abkommens und dem Grundsatzbeschluss für Umsiedlungen ein gewisser Wendepunkt. Die Entscheidung, das Sudetenland wieder an die ČSR anzugliedern und seine deutschsprachige Bevölkerung ganz oder teilweise auszusiedeln, stellte sich dabei wesentlich einfacher dar als die Bestimmung neuer polnischer West- und Ostgrenzen und des Ausmaßes der dortigen Aussiedlung deutscher Bevölkerungsgruppen. Die Polen betreffenden Umsiedlungsfragen waren unentwerrbar mit solchen des polnisch-sowjetischen und britisch-sowjetischen Verhältnisses verbunden.

Sowohl die britischen Regierungsstellen als auch die Labour Party setzten auf einen Erhalt der Allianz der „Großen Drei“, da nur so eine eigenständige, konstruktive britische Politik möglich erschien. Dafür waren einerseits substanzielle britische Planungen notwendig, um gestaltend Einfluss nehmen zu können, andererseits wollte sich gerade das Foreign Office auch nicht zu sehr festlegen, um nicht in ge-

fährliche Konflikte mit der UdSSR und den USA zu geraten. Insofern war die britische Haltung zu den Nachkriegsgrenzen Polens und zur Umsiedlung der Deutschen bei allen konkreten Überlegungen relativ elastisch. Große Umsiedlungen wurden schließlich als unvermeidbar angesehen, eine halbwegs humane und rationale Durchführung war erwünscht, doch sahen die Briten kaum Möglichkeiten, diese zu gewährleisten. Man fügte sich in eine Unvermeidbarkeit der Aussiedlung, deren Begleitumstände (wilde Vertreibungen, Übergriffe) den eigenen Ansprüchen widersprachen, zu deren Prinzip es aber realistischer Weise keine Alternative gab. Aus heutiger Sicht, geprägt durch die ethnischen (oder ideologisch ethnisierten) Kriege der neunziger Jahre in Europa und Afrika, erscheint das Prinzip der ethnischen Homogenität von Staaten mit Recht sehr problematisch. Nachdem aber die Nationalsozialisten dieses Prinzip rassistisch auf die Spitze getrieben und mit Massen- und Völkermorden, Vertreibungen und anderen Verbrechen verfolgt hatten, ist es schwer zu sehen, wie ein friedliches Zusammenleben von Deutschen mit Polen, Tschechen und anderen Völkern damals hätte möglich sein können. Die Briten sahen am Ende des Krieges jedenfalls keine grundlegend andere Möglichkeit, mochte ihnen das Ausmaß und die Durchführung, die unabhängig von der je individuellen Verantwortung großes Leid für die Flüchtlinge und Vertriebenen bedeutete, auch problematisch erscheinen. Doch ist auch in der Frage einer theoretisch möglichen und wünschenswerten humaneren Durchführung der Umsiedlung zu akzeptieren, dass die Briten keine Möglichkeiten sahen, sich als Puffermacht schützend vor die Deutschen gegenüber der verständlichen Wut der Polen und Tschechen zu stellen. Dass vielen Geflohenen und Vertriebenen Leid und Einzelnen auch individuelles Unrecht geschah ändert nichts daran, dass die in Umfang und Systematik ungleich größeren deutschen Verbrechen Flucht und Vertreibung vorausgingen und die zentrale Ursache für sie waren. Dies war auch den allermeisten Briten am Ende des Krieges klar. Weder politisch und historisch noch juristisch oder moralisch können sich deshalb geschichtsrevisionsistische Vertreter in Deutschland auf die britische Regierungspolitik oder die Labour Party beziehen. Dass in Großbritannien während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegsphase kontrovers diskutiert wurde, spricht für die britische Demokratie auch in Kriegszeiten, nicht aber für eine Relativierung der Beschlüsse von Potsdam oder eine Berufung auf das Münchner Abkommen (oder Diktat), das Großbritannien im Juli 1942 für nichtig erklärte, weil NS-Deutschland das Abkommen spätestens mit dem Einmarsch in Prag im März 1939 gebrochen hatte.

Für linke Impulse in der heutigen geschichtspolitischen Debatte um Umsiedlung/Flucht/Vertreibung, den sechzigsten Jahrestag der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus und den Stellenwert der NS-Verbrechen in der europäischen

Geschichte des 20. Jahrhunderts sollen drei weitere Schlussfolgerungen abgeleitet werden.

Die Darstellung der britischen Politik während des Zweiten Weltkrieges unterstreicht:

Erstens die Bedeutung der vielfältigen Anti-Hitler-Koalition. Die Würdigung aller ihrer Beteiligten, der US-Amerikaner wie der Sowjetunion, der Franzosen und Polen, der afrikanischen und asiatischen Soldaten in den französischen und britischen Streitkräften, des Wirkens des Widerstandes in den besetzten Ländern, ist heute nicht mehr selbstverständlich und gerade deshalb notwendig. Nur diese widersprüchliche Allianz unter US-amerikanischer, sowjetischer und britischer Führung war im Stande, Nazi-Deutschland zu besiegen. Nur von dieser Anerkennung ausgehend ist es möglich, auch kritische Blicke auf problematische Eigeninteressen (wann wäre je in der Geschichte ein Krieg frei von nationalen und anderen Eigeninteressen geführt worden?), Versäumnisse, Fehler und in einzelnen Fällen auch Vergehen und sogar Verbrechen auf alliierter Seite zu werfen. Ausgehend von der Notwendigkeit und Richtigkeit des alliierten Kampfes zur völligen Zerschlagung Nazi-Deutschlands und in diesen Kontext eines reaktiven Krieges gestellt, ist es politisch legitim und wissenschaftlich notwendig, Schwachstellen der Alliierten zu untersuchen und kontrovers zu debattieren.

Zweitens ist das britische Beispiel in der Debatte um den sechzigsten Jahrestag von Interesse, weil daran verdeutlicht werden kann, dass der Kampf gegen die deutsche Unterwerfung Europas mit einem deutlichen Trend nach links einher ging. Dies war keine zufällige Entwicklung, sondern eine Folge der Kriegsführung, die zur Motivierung der britischen Bevölkerung und der europäischen Völker mehr bieten musste als die Forderung nach der Rückkehr zu den Systemen der Vorkriegszeit und den sozialen Problemen der Weltwirtschaftskrise. Demokratische Planung, Sozialstaat, Grundrechte und parlamentarische Demokratie waren für viele Menschen in Großbritannien sowohl Mittel zum Erfolg im Kriege als auch zentrale Ziele für die Nachkriegsordnung. Eine neuartige internationale Ordnung, in der internationale Gremien und Völkerrecht Vorrang vor nationalstaatlicher Interessenpolitik haben sollten, waren weitere Kriegsziele. Von demokratischer Planung, Sozialstaatlichkeit und einer gleichberechtigten multilateralen Weltordnung sind wir gegenwärtig weit entfernt – gerade deshalb ist der Hinweis auf diese Kriegsziele erforderlich.

Drittens will diese Darstellung bekräftigen, dass die Beschäftigung mit unterschiedlichen Debatten in alliierten Ländern und speziell linken Positionen während des Krieges und in der späteren Wertung mehr ist als eine – notwendige – fachwissenschaftliche Aufgabe, sondern darüber hinaus wichtige Impulse für einen linken

Beitrag zum deutschen Geschichtsdiskurs liefern kann. Wenn links gleichzeitig international(istisch) zu sein bedeutet, und nicht nur anti-national oder speziell anti-deutsch, dann ist die Auseinandersetzung mit linken zeitgenössischen wie aktuellen Positionen, in diesem Falle also vor allem britischen, polnischen und tschechischen, notwendig. Die historische und geschichtspolitische Diskussion mit Linken und nationalismuskritischen Strömungen in anderen Ländern ist notwendig, um nicht alleine nationalistischen Deutungen des Kampfes gegen NS-Deutschland und damit häufig reaktionären innenpolitischen Tendenzen (z.B. in Polen) den Platz zu überlassen. Eine solche Debatte verlangt auf der anderen Seite aber nicht nur eine klare antifaschistische Position, sondern auch die Anerkennung, dass im Kampf der Koalition gegen die Nazi-Herrschaft neben demokratischen und sozialen auch nationale Motivationen zum Erfolg beitragen.

Das Verhältnis von Deutschen und Tschechen im Grenzgebiet der 1930er Jahre

„Nicht selten reiste der also Ausgewiesene im selben Zug wie der Beamte, freilich nicht in demselben Abteil, ins Landesinnere zurück.“

„Wir sind stolz darauf, den deutschen Flüchtlingen ein Asyl zu gewähren, wie einst Amerika, England und Frankreich stolz darauf sein konnten, den Verfolgten ein Asyl zu bieten“, erklärte am 9. April 1933 der tschechoslowakische Außenminister Edvard Beneš.¹ Obwohl die Tschechoslowakei durch die Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffen war, konnte sich Prag nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zu einem der wichtigsten europäischen Exilzentren neben Paris und Moskau entwickeln, nicht nur für die kulturelle Emigration, sondern auch für die politische. Beide zeigten Affinitäten zu der kommunistischen Partei. Ein Teil der Exilanten waren in der Tschechoslowakei geboren – etwa Alice Rühle-Gerstel – und hatten mehrere Jahre in Deutschland gelebt und durch Heirat ihre tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren. Für sie gestaltete sich die Flucht aus dem nationalsozialistischen Deutschland als Rückkehr in das Land ihrer Kindheit. Aber auch nichtgebürtige Tschechen beschrieben die Tschechoslowakei als „eine (...) Art Ersatz-Heimat“.² Andere berichteten sogar, dass das Exil für sie erst nach der erzwungenen Flucht aus der Tschechoslowakei begonnen habe.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Zusammenarbeit zwischen deutschen Exilanten und Tschechen, die Arbeit der Flüchtlingskomitees sowie das Verhältnis der Exilanten zur deutschsprachigen Bevölkerung. Beginnen wird der Vortrag zunächst mit den Gründen, weshalb deutsche Emigranten überhaupt die Tschechoslowakei als Exilland wählten und welche Hilfe ihnen vor allem in Prag angeboten wurde. Zugleich wird auch gezeigt, dass Exilierte versuchten, den Tschechen gegen die Angriffe der Nationalsozialisten zu helfen.

Anschließend wird dann die Situation der Menschen in den Grenzgebieten und das Verhältnis zwischen Deutschen, Tschechen und Exilierten skizziert. Das tschechoslowakische Exil ist besonders gut dokumentiert. Neben der einschlägigen Se-

¹ Grossmann (1969), S. 34. * Literaturangaben siehe Seite 64f.

² Frei (1972), S. 168.

kundärliteratur wurden vor allem Autobiographien von Exilierten, zeitgenössische Zeitungsberichte sowie Romane, die im tschechoslowakischen Exil angesiedelt sind, herangezogen.

Emigration in die Tschechoslowakei

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung entfaltete sich in der Tschechoslowakei eine breite Protestbewegung gegen den NS-Terror. Nicht nur tschechische Intellektuelle riefen gegen das Regime in Deutschland auf, sondern auch die Arbeiter und Arbeiterinnen. Insbesondere die kommunistische Presse wandte sich an die tschechische Bevölkerung. Neben Spendenaufrufen erschienen in *Rudé právo*, *Tvorba*, *Svět práce* oder später in der Exilzeitung *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung (AIZ)* regelmäßig (aufklärerische) Berichte über das nationalsozialistische Deutschland. So publizierte bereits am 1. Februar 1933 das Zentralkomitee der kommunistischen Partei die Schrift *Solidarität mit dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse*. Weiter heißt es dort:

Im eigenen Interesse muß das Proletariat der Tschechoslowakei jetzt durch wuchtige Kundgebungen seine Solidarität mit dem deutschen Proletariat bekunden, muß es den Kampf der deutschen Brüder durch die Entwicklung der einheitlichen antifaschistischen Kampffront im eigenen Lande verstärken. [...] Alle Arbeiterversammlungen, alle Kundgebungen, alle Konferenzen müssen im Zeichen der Solidarität mit dem deutschen Proletariat stehen, im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus und seine Helfershelfer im eigenen Lande, im Zeichen des proletarischen revolutionären Kampfes für Arbeit und Brot.³

Die Bevölkerung protestierte und demonstrierte in verschiedenen Stadtteilen Prags und anderen Städten gegen die nationalsozialistischen Machthaber. Die Versammlungen wurden unterschiedlich stark besucht – beispielsweise nahmen an einem Treffen im Prager Stadtteil Žižkov etwa 1.000 Menschen teil.⁴ Aber auch tschechische Intellektuelle setzten sich für ihre in Deutschland verfolgten Kollegen ein. So verfasste beispielsweise Professor Zdeněk Nejedlý am 18. Juli 1933 ein Schreiben, in dem er gegen den „vorbereiteten Prozeß gegen Torgler, Dimitroff, Tanew und Popow Einspruch erhob“.⁵ Weitere Wissenschaftler schlossen sich diesem Schreiben an. Auch auf die Bücherverbrennung reagierte die tschechische Öffentlichkeit empört. Den Schriftstellern Heinrich und Thomas Mann wurde durch die tschechische Regierung geholfen.

³ Fuchs (1961), S. 37.

⁴ Ebda., S. 38.

⁵ Beck/Vesely (Hrg.) (1981), S. 45.

Die Historiker Werner Röder und Peter Heumos gehen davon aus, dass etwa 20.000 Menschen im Laufe der Jahre in der Tschechoslowakei eine erste Bleibe gefunden hätten, davon lebten etwa 1.500 Dauerexilanten in der Tschechoslowakei. Den Beginn ihrer Emigrationszeit beschreiben Autoren und Autorinnen geradezu als intim, da die Anzahl der Flüchtlinge überschaubar war und viele der Exilierten sich untereinander kannten.⁶ Lisa Fittko schreibt in ihren Erinnerungen *Solidarität unerwünscht*: „Sicher deutsche Emigranten. Einer kam mir bekannt vor, Herbert hieß er, und noch einer, Emil. Die beiden hatte ich bei der Berliner Antifa kennengelernt. In Prag trifft man also wirklich auf Schritt und Tritt Emigranten.“⁷

In dem Roman *Emigranten* (1954) von Fritz Erpenbeck wird ebenfalls darauf verwiesen, dass sich die Exilanten aus Deutschland kannten oder sich spätestens in den zahlreichen Prager Kaffeehäusern kennen gelernt hatten. Der Zustand der Intimität änderte sich allerdings bereits wenige Wochen nach Hitlers Machtergreifung, weil immer mehr Flüchtlinge nach Prag strömten und die Tschechoslowakei sich somit für die ersten Emigrationsschübe zum häufigsten Fluchtziel entwickelte.

Die Einreise in die Tschechoslowakei war ohne Visum möglich. Die strengen Kontrollen, die von Grenzbeamten durchgeführt wurden, führten meist nur da zu Verhaftungen, wo der Versuch unternommen wurde, Devisengesetze zu umgehen.⁸ Eine schnelle Flucht aus Deutschland war ebenfalls möglich, weil die Tschechoslowakei ein Nachbarland des Deutschen Reiches war, so dass man auch als Wanderer verkleidet über die so genannte „grüne Grenze“ fliehen konnte. In der (Exil-)Literatur ist die Flucht über die grüne Grenze und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und tschechischen Antifaschisten ein gängiges Thema.⁹

Neben der illegalen Flucht aus Hitlerdeutschland existierte noch die Möglichkeit des kleinen Grenzscheins, der nur für Orte nahe der Grenze und auch nur für drei Tage galt. So konnten Personen, beispielsweise Kurt Hiller, unter dem Vorwand eines Abstechers ohne Pass das Reich verlassen und in die Tschechoslowakei gelangen.

Die Nähe zum Deutschen Reich wurde auch dazu benutzt, antifaschistische Aktionen im Reich selbst zu unterstützen und politische Schriften ins Reich zu schmuggeln. Nach Deutschland gebracht wurden vor allem Zeitungen und Zeitschriften – etwa der *Neue Vorwärts*, die *Rote Fahne* oder auch die *AIZ*. F.C. Weis-

⁶ Vgl. hierzu: Siegel (1994), S. 26.

⁷ Fittko (1992), S. 84.

⁸ Vgl. hierzu: Lacina (1982), S. 225.

⁹ Frieda Jacoby zum Beispiel „wandert“ 1934 über die „grüne Grenze“ in die Tschechoslowakei. Vgl. dazu: Jacoby (1982). Ders. (1980). Alice Rühle-Gerstel verarbeitet dieses Sujet in ihrem Roman *Der Umbruch* oder *Hanna und die Freiheit*. Rühle-Gerstel (1984).

kopf schreibt in *Unter fremden Himmeln*, dass jedoch auch Werke von Thomas und Heinrich Mann oder Bertolt Brecht als Tarnbroschüren nach Deutschland gelangt sind.¹⁰ Ein wichtiger Ort für Literaturschmuggel war unter anderem der Grenzbahnhof Markt Eisenstein/Železná Ruda, „der halb auf deutschem, halb auf tschechoslowakischem Gebiet lag“.¹¹ Verantwortlich für die kommunistische „Grenzarbeit“¹² war Hans Beimler, der 1933 aus dem KZ Dachau fliehen konnte und kurz in der Tschechoslowakei lebte, bevor er in die Sowjetunion emigrierte.

Auf der anderen Seite wurde aber auch faschistisches Material aus dem Dritten Reich in die Grenzgebiete geschmuggelt und gegen die tschechoslowakische Bevölkerung gehetzt.

Die illegal eingereisten Emigranten und Emigrantinnen mussten keine Abschiebung befürchten, da „kein Flüchtling, der aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt wurde, an Deutschland ausgeliefert werden [durfte]“.¹³ Mit Ausgewiesenen in andere Nachbarstaaten – etwa Österreich – verfuhr die Zollbeamten im Großen und Ganzen großzügig, was zahlreiche Beispiele belegen. So berichtet Wilhelm Sternfeld, „häufig seien Delinquent und Gendarm freundlich plaudernd zu einer Grenzstation „gefahren, wo dann der Betroffene sich selbst überlassen wurde. Nicht selten reiste der also Ausgewiesene im selben Zug wie der Beamte, freilich nicht in demselben Abteil, ins Landesinnere zurück“.¹⁴ Auch für die Niederlassung benötigten Exilierte keine besondere Genehmigung, sofern sie keine regelmäßige Arbeit suchen wollten. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit¹⁵ in der Tschechoslowakei wurde die Arbeiterlaubnis selten, „allenfalls für Spezialarbeiter und auf ein Jahr erteilt“.¹⁶ Dazu gehörten übrigens auch Schriftsteller und Journalisten. Zwischen deutsch- und tschechischsprachigen Schriftstellern fand ein reger

¹⁰ Weiskopf (1948), S. 66–69.

¹¹ Hennecke (2002), S. 12.

¹² Ebda., S. 13.

¹³ Röder (1992), S. 16.

¹⁴ Zit. nach: Walter (1972), S. 149. Vgl. dazu auch: Remarque (1998). Auch dort werden die Abschiebung aus der ČSR und die immer wiederkehrende Rückkehr thematisiert. Vgl. auch: Fischer (1966), S. 309f. Alice Rühle-Gerstel thematisiert das wohlwollende Verhalten der Grenzbeamten gegenüber Kommunisten: „Unserer (Grenzbeamte – JM) war ein sehr netter Kerl, Sozialdemokrat. [...] Kurz und gut, der Polizist hatte die vier Ausgewiesenen durch das Städtchen begleitet, auf die Landstraße, die nach Österreich führt, [...] ‚Wenn aber einer von euch zurück will‘ [...] ‚dann bleibt lieber hier im Wald, bis es dunkel wird, und fährt mit dem Zug um neun Uhr zehn. [...]‘“ Rühle-Gerstel (1984), S. 251. Vgl. auch: Heumos (1998), Sp. 413.

¹⁵ 1933 hatte die ČSR etwa 700.000 Arbeitslose. Vgl. Grossmann (1969); Lacina (1982).

¹⁶ Walter (1972), S. 142.

kultureller Austausch statt: So wurden etwa Werke von Anna Seghers ins Tschechische übersetzt und in *Svět práce* veröffentlicht.

Ein weiterer – überaus wichtiger – Punkt ist, dass die Tschechoslowakei der einzige Staat an der Ostgrenze Deutschlands war, in dem es eine bürgerlich-demokratische Regierung gab, mit Beneš und Masaryk an der Spitze, das heißt mit Männern, welche in der Tradition des bürgerlichen Realismus standen und die Emigration aus eigener Erfahrung kannten.¹⁷

Neben den politischen Erwägungen, sich in der Tschechoslowakei niederzulassen, kam noch die bedeutende Tatsache hinzu, dass deutsche Literatur und Kultur in diesem Land eine lange Tradition hatten. Es existierte hier ein kulturelles und gesellschaftliches Milieu, dem sich viele Emigrierte schnell anpassen konnten. Auch durften die Schriftsteller und Schriftstellerinnen mit einem relativ großen deutschsprachigen Rezipientenkreis rechnen. Die mannigfaltigen bereits vorhandenen deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften boten vielen Literaten Publikationsmöglichkeiten an, welche es in anderen Exilländern nicht gab. Die Emigrantenpresse erlebte in der Tschechoslowakei eine regelrechte Blüte: Bereits wenige Wochen nach dem Reichstagsbrand erschienen die *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* (AIZ)¹⁸ und die literarische Monatsschrift *Neue Deutsche Blätter* in Prag, und auch Wieland Herzfelde baute hier seinen *Malik*-Verlag wieder auf, um nur drei der zahlreichen Beispiele zu nennen.

Aber auch die sprachliche Kommunikation beeinflusste sicherlich viele, Prag als Exilort zu wählen. Tschechen und Slowaken verstanden größtenteils die deutsche Sprache, so dass die Verständigung hier leichter war als in anderen Exilländern. Sprachprobleme werden von den Exilierten in Bezug auf die Tschechoslowakei nicht erwähnt.

„Organisierte Solidarität“: Emigrantenwohnheime, Küchen und Spendenaufrufe

Das Jahr 1933 war in der Tschechoslowakei vor allem durch die Weltwirtschaftskrise bestimmt, die sich auch auf das Solidaritätsverhalten der Tschechen gegenüber den Emigranten und Emigrantinnen auswirkte. Etwa eine Million Arbeitslose, die es seit dieser Krise in der Tschechoslowakei gab, zog selbstverständlich auch

¹⁷ Vgl. hierzu: Schneider (1979), S. 16f.

¹⁸ AIZ und die tschechische Zeitung *Svět práce* werden in einer Druckerei hergestellt, was wiederum die enge Zusammenarbeit zwischen der tschechischen und der deutsch-emigrierten Bevölkerung aufzeigt.

die Konsequenz nach sich, dass das Spendenverhalten niedriger ausfiel. Besonders für die Grenzgebiete hatte dies katastrophale Folgen: „Im Verlauf der Krise ging die Produktion der Glasindustrie auf 48,6%, der Porzellanindustrie auf 41,4%, der Holzverarbeitenden Industrie auf 48,5% [...] zurück.“¹⁹

Dennoch beschreiben die Exilierten in ihren Erinnerungen die Tschechoslowakei als ein Land, das „viel Verständnis aufbrachte für den Kampf der deutschen Antifaschisten“.²⁰ Am 1. März veröffentlichte das *Prager Tagblatt* unter dem Titel *Helpf den Opfern Hitlers!* folgenden Aufruf:

Die Wahnsinnstat der Brandstiftung im Reichstag, die offiziell und unkontrollierbar Kommunisten zugeschrieben wird, hat die Gewalten der Reaktion aufs höchste entfesselt. [...] Gegen dieses blinde Wüten der Gewalt mit Worten zu protestieren, wäre nutzlos. Aber den Opfern der Gewalt, soweit diese in unserem Lande Zuflucht suchen, zu helfen, muß die Aufgabe nicht nur aller freiheitlich denkenden, sondern auch aller menschlich fühlenden Männer und Frauen in unserer demokratischen Republik sein.

Wir erwarten nach den Erfahrungen der letzten Tage einen Zustrom von Flüchtlingen, die nichts als das nackte Leben zu uns herüber retten. Ihnen Wohnung, Kleidung und Nahrung bereitzustellen, ist dringendste Forderung der Stunde. [...] Wir wenden uns an alle demokratischen und humanitären Organisationen, Hilfskomitees zu gründen und sich unverzüglich mit der Liga für Menschenrechte in der Tschechoslowakischen Republik [...] in Verbindung zu setzen.²¹

Bereits in den ersten Monaten nach der NS-Machtergreifung wurden zahlreiche Flüchtlingskomitees gegründet: Neben der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge entstanden die Jüdische Flüchtlingshilfe, das Hilfskomitee für Emigranten aus Deutschland (das sog. Šalda-Komitee), die Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe und das Hilfskomitee des Einheitsverbandes der Privatangestellten.²² Das Šalda-Komitee begann seine Arbeit am 15. Mai 1933 und betreute überwiegend kommunistische Exilanten. Das Außenministerium unterstützte sowohl die Demokratische Flüchtlingsfürsorge – mit etwa 600.000 Kronen bis 1938 – als auch das Šalda-Komitee. Laut Peter Heumos konnte „etwa ein Drittel der deutschen Emigranten [...] seinen Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten“.²³

Die erste Aufgabe der Flüchtlingskomitees war es, die politischen Flüchtlinge, die zum Teil illegal eingereist waren, zu legalisieren und mit Unterkunft und Nahrung zu versorgen. Am 30. März 1933 begann die Demokratische Flüchtlingsfürsorge „in den Räumen der Liga für Menschenrechte am Wenzelsplatz ihre Arbeit“.²⁴ Ge-

¹⁹ Fuchs (1961), S. 27.

²⁰ Goldstücker (1967), S. 373.

²¹ Beck/Veselý(Hrg.) (1981), S. 61.

²² Becher (1992), S. 57.

²³ Heumos (1998), Sp. 414.

²⁴ Becher (1992), S. 57.

leitet wurde sie von Kurt Grossmann, der aus Berlin geflohen war. In den Erinnerungen der Exilierten – beispielsweise bei Alice Rühle-Gerstel – wird besonders der Rechtsanwalt Dr. Bill hervorgehoben, den Kurt Grossmann als „Freund von der Liga für Menschenrechte“²⁵ beschreibt und der Exilierten unter anderem bei Passanlegenheiten behilflich war. Zu Beginn wurden in der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge 42 Exilanten betreut. Doch bereits im Mai waren es 264, in den „folgenden Monaten durchschnittlich 140 Flüchtlinge“.²⁶ Aufgrund der steigenden Zahlen der Exilanten musste Kurt Grossmann resigniert feststellen, dass die Versorgung immer schwieriger, die Mittel immer knapper wurden. Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge konnte die Exilanten zunächst mit 16 Kronen täglich unterstützen, doch aufgrund der wenigen finanziellen Mittel wurde die Unterstützung immer stärker reduziert und betrug 1938 nur noch 4,50 Kronen. Aufrufe finden sich unter anderem in der Presse. Insgesamt konnte die Flüchtlingsfürsorge bis 1938 etwa 950.000 Kronen einsammeln. Die Unterstützung wurde „als eine vorübergehende Hilfsmaßnahme angesehen und [es wurde] versucht, den [...] betreuten Menschen Arbeit oder Auswanderung zu verschaffen“.²⁷

Aber die Exilanten wurden nicht nur finanziell unterstützt, ihnen wurde auch mit Unterkunft und Nahrung geholfen. Untergebracht wurden sie zumeist in Wohnheimen. Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge betreute drei Wohnheime bzw. Wohnkollektive. Besonders schlecht wird die Situation im Emigrantenwohnheim im Prager Stadtteil Strašnice beschrieben. Obwohl Grossmann schreibt, dass hier 30 Exilanten eine Zuflucht gefunden hätten, liefert uns Alice Rühle-Gerstel ein komplett anderes Bild der Situation:

Ich [Alice Rühle-Gerstel – JM] war im Straschnitzer Emigrantenheim, wo 110 Genossen mit Kind und Kegel in gräßlichem Milieu hausen, wie im Zwischendeck eines Totenschiffes in einer alten Fabrik zusammengepfercht, mit 100 Kc. pro Kopf pro Monat Subsistenz, vielen noch kranken und verwundeten Konzentrationslager-Entronnenen, kurz grauenvoll.²⁸

Auch die AIZ, hier vor allem die Kinderbeilage *Kinder-AIZ*, konzentriert sich auf das Wohnheim in Strašnice, so dass man davon ausgehen kann, dass hier vor allem kommunistische Emigranten/Emigrantinnen eine Unterkunft gefunden hatten. In mehreren Zeitungsberichten wird die Lage der Kinder beschrieben. Ähnlich wie Alice Rühle-Gerstel in ihren Briefen sammelt auch die *Kinder-AIZ* Spenden für die dort lebenden Kinder. Im Januar 1936 schildern die Kinder aus dem Heim in ihrem Beitrag *Das Kinderzimmer hätten wir, wer hilft uns bei der Einrichtung?* die

²⁵ Grossmann (1969), S. 25.

²⁶ Becher (1992), S. 57.

²⁷ Grossmann (1969), S. 46.

²⁸ Jacoby (1982), S. 143.

schlechten Zustände, unter denen sie leben. Sie müssen zunächst in den Räumen der Erwachsenen spielen, was zwangsläufig zu Konflikten führt. Sie bitten in ihrer Wandzeitung um ein eigenes Kinderzimmer, bekommen es schließlich und schildern in der *Kinder-AIZ*, welche Gegenstände sie benötigen. Insbesondere Kinderbücher fehlen den exilierten Kindern. „Wir haben zwar einige, aber sie sind alle schon bekannt und drei- und viermal durchgelesen.“²⁹ Die Leser und Leserinnen nehmen solche Spendenaufrufe wahr und schicken Bücher, Vorhänge und Spielsachen an die Kinder des Heimes, was die Antworten in der Rubrik *Unsere Kinderpost* zeigen. In ihrer Ausgabe vom 6. Mai 1936 beispielsweise bedankt sich die *Kinder-AIZ* bei ihrem Leser Edgar Färber für die von ihm an die Strašnicer Kinder eingesandten Bücher.³⁰ Diese zahlreichen Spenden von Kindern interpretiert die *Kinder-AIZ* zurecht als „ein Zeichen von wirklicher Solidarität“³¹ und zeigt, dass auch Kinder solidarisch handeln können.

Während jedoch Alice Rühle-Gerstel in ihren Briefen ihre Erschütterung über die Zustände in dem Wohnheim Strašnice schildert, die *AIZ* durchaus positiv die Entwicklung beschreibt, zeichnet Milena Jesenská in ihren tschechischsprachigen Reportagen in der *Přítomnost* ein Bild der Zustände in den Wohnheimen, das durchaus mit den Beschreibungen in den autobiographischen Exilromanen korrespondiert:

Was ist das, so ein Wohnkollektiv: Eine leere Schraubenfabrik, halb verfallen, eine kalte Gesindestube mit hoffnungslos blinden Fenstern und Löchern, für die die 135 Leute, die dort wohnen, eine Jahresmiete von 28.000 Kronen zahlen [...]. Kahle Räume mit sechs bis acht Eisenbetten, ohne Bettwäsche, hier und da ein Schrank aus Kisten gezimmert.³²

Sie schreibt, anders als die *AIZ*, für die tschechische Bevölkerung und macht sie so auf die Not der deutschen Emigranten aufmerksam. Zugleich kritisiert sie, dass die Spenden der Bevölkerung immer geringer werden, was sicherlich an der wirtschaftlichen Situation in der Tschechoslowakei liegt.

In manchen Wohnheimen oder Gemeinschaftsküchen wurden den Exilanten politische Diskussionen untersagt.³³ Exilanten konnten auch privat in Familien – meist in Arbeiterfamilien – untergebracht werden. Doch aufgrund der schlechten finanziellen Lage der meisten tschechischen Familien war es nur selten möglich, die volle Fürsorge, das heißt Verpflegung der Exilanten, zu übernehmen.³⁴ Diese Fami-

²⁹ Anonym (1936a), o. S.

³⁰ Vgl. hierzu: *Unsere Kinderpost* (1936b), S. 301.

³¹ Anonym (1936a), o. S.

³² Jesenska (1990), S. 126.

³³ Erpenbeck (1954), S. 333.

³⁴ Vgl.: Fuchs (1961), S. 83.

lien bekamen dann eine geringe Aufwandsentschädigung vom zuständigen Komitee. Fritz Erpenbeck beschreibt in seinem Roman *Emigranten* idealistisch solche Arrangements. In *Emigranten* werden die kommunistischen Exilanten in kommunistischen Familien untergebracht. Eine Ausnahme bildet der Kommunist Hans Löffler, der in einer sozialdemokratischen Familie Unterschlupf findet, „um die Hilfsfonds zu entlasten“.³⁵

Nichtsdestotrotz ist er, so berichtet er weiter, nicht gerne zu einer sozialdemokratischen Familie gezogen und findet sich dort auch nur deshalb zurecht, weil die Kinder – Ruth und Walter Stern – mit der kommunistischen Partei sympathisieren.

Diejenigen, die Geldmittel zur Verfügung hatten, lebten in Hotels oder konnten sich sogar Wohnungen mieten. Verpflegung bekamen Exilanten in so genannten Gemeinschaftsküchen.

Nicht nur in den Erinnerungen und in der Presse spielten die Flüchtlingskomitees eine entscheidende Rolle, auch innerhalb der Exilliteratur wird die Zusammenarbeit zwischen freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen beschrieben. Dabei wird jedoch deutlich, dass die Zahl der Ehrenamtlichen, je länger das Exil dauert, geringer wird. Auch die Abneigung der tschechischen und deutschen, jedoch in der Tschechoslowakei lebenden, Bevölkerung gegen die Exilanten nimmt zu, je länger sich die Exilzeit hinzieht.

Das Verhältnis von Tschechen und Deutschen – nicht nur in den Grenzgebieten problematisch

Die Tschechoslowakei war ein Vielvölkerstaat. 1918/19 lebten hier etwa 7,4 Millionen Tschechen, 2,3 Millionen Slowaken, 3,2 Millionen Deutsche, 692.000 Ungarn, 549.000 Ukrainer und 81.000 Polen.³⁶ Das heißt, die deutsche Bevölkerung gehörte der Minderheit an. Nach Masaryk sollten Deutsche an der Regierung beteiligt und das Deutsche zur zweiten Amtssprache werden. Obwohl dieses Konzept nicht umgesetzt wurde, existierten in den zwanziger Jahren deutsche Schulen und Hochschulen in der Tschechoslowakei. Zudem waren Deutsche in den zwanziger Jahren auch an der Regierung beteiligt.

Auch wenn Exilanten in der Tschechoslowakei aufgenommen und versorgt wurden, hatte die tschechische und vor allem auch die deutschsprachige, in der Tschechoslowakei lebende Bevölkerung ein gespaltenes Verhältnis zu den Exilanten. Die Regierung erlaubte die politische Aktivität der SOPADE (Exil-Vorstand der SPD)

³⁵ Erpenbeck (1954), S. 256.

³⁶ Vgl. hierzu: Fuchs (1961), S. 23.

auf der einen Seite, verlangte andererseits eine Anmeldung von Versammlungen und sah es keineswegs gern, „wenn Emigranten dabei öffentlich“³⁷ auftraten. Wollten Flüchtlinge öffentlich auftreten, mussten sie es der Polizei melden, die es dann genehmigen konnte. Die Polizei überwachte die Exilanten:

KPČ in Brünn. Vorbereitung zur Unterbringung reichsdeutscher kommunistischer Emigranten – Streng vertraulich. – Die Polizeidirektion in Brünn erhielt eine vertrauliche Meldung, daß die Leitung der KP in Brünn unter den verlässlichen Parteimitgliedern nach Möglichkeit zur Unterbringung reichsdeutscher Kommunisten sucht, die die Grenze auf illegale Weise überschritten haben und angeblich in verschiedene Städte der ČSR eingeteilt sind. Nach Brünn sollen etwa 60 reichsdeutsche kommunistische Emigranten kommen.³⁸

Im Laufe der Jahre verschärfte sich das Asylrecht für deutsche Exilanten/Exilantinnen und insbesondere die konservative und rechtskonservative Presse mobilisierte gegen sie. Sie forderte „Verbot aller politischen Betätigung, Berufsverbot, Publikationsverbot, verschärfte Kontrollen und Hausdurchsuchungen, Errichtung von Konzentrationslagern, die Ausweisung von Emigranten bzw. deren Transfer nach Palästina“.³⁹ Das Außenministerium unter Beneš setzte sich weiterhin für eine großzügige Asylpraxis ein. Das Innenministerium, das von den Agrariern geleitet wurde, kämpfte dagegen für eine Verschärfung.⁴⁰

Die relativ großzügige Behandlung der deutschen Emigranten/Emigrantinnen und die Gewährung des Asylrechts steigerte einerseits das Ansehen in der Weltbevölkerung, belastete aber andererseits das Verhältnis der Tschechoslowakei zum Deutschen Reich:

„Von Seiten der Tschechoslowakischen Regierung“, so klagt die Deutsche Gesandtschaft in einem Bericht vom 10. August 1933, „werden die deutschen Emigranten bisher mit ausgesprochenem Wohlwollen behandelt. Die hiesige tschechische und deutsche Sozialdemokratische Partei, die ja beide in der Regierung vertreten sind, ebnen der Emigration alle Wege und sorgen für eine large Auslegung des Asylrechtes. Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß hinter den Kulissen auch die Präsidentschaftskanzlei und Außenminister Beneš ihre Hände segnend über die deutsche Emigration halten.“⁴¹

Innerhalb bestimmter, einflussreicher Kreise der Tschechoslowakei war man durchaus an einer freundschaftlichen Beziehung zu Hitlerdeutschland interessiert, so dass die bürgerlich-konservativen Kreise die großzügige Behandlung der deutschen Exilierten ebenfalls ablehnten. Dies führte zu Spannungen zwischen Tschechen und Deutschen. Es kam zu Hetzkampagnen und Angriffen gegen die Emi-

³⁷ Lacina (1982), S. 236.

³⁸ Grossmann (1969), S. 32.

³⁹ Beck/Vesely (Hrg.) (1981), S. 123f.

⁴⁰ Adalbert-Stifter-Verein (1989), S. 36.

granten und Emigrantinnen. Louis Fürnbergs Agitpropgruppen mussten sich beispielsweise bei ihren Vorstellungen in der Tschechoslowakei gegen Angriffe seitens der Henlein-Partei verteidigen. John Heartfield musste bei einer Ausstellung des Künstlervereins Manés auf Drängen der deutschen Botschaft seine Fotomontagen entfernen. 1937 kam es dann zu einer Verschärfung der Zensur, sowohl gegen die Exilpresse als auch gegen die linke tschechische Presse.

Auch der bereits zitierte und im *Prager Tagblatt* erschienene Aufruf erregte nicht nur eine positive Wirkung, sondern auch Proteste. Die Abgeordneten der *Deutschen Nationalpartei* beschwerten sich über eben jenen Aufruf, indem sie die *Liga für Menschenrechte* anklagten, sie würde kommunistischen ‚Verbrechern‘ helfen.⁴¹

Nichtsdestotrotz konnten Exilierte auf „das publizistische, politische und juristische Eingreifen einheimischer Hilfs- und Frontorganisationen bauen“. ⁴² So berichtete beispielsweise am 6. November 1936 die deutsche Gesandtschaft nach Berlin:

In den Jahren 1935 und 1936 sind unter den Flüchtlingen durch die tschechoslowakische Sicherheitsorgane 92 Verhaftungen und 98 Ausweisungen durchgeführt worden. Die Gründe [...] waren: Spionageverdacht [...], Verdacht politischer Tätigkeit gegen Deutschland [...], Verdacht der Zugehörigkeit zu internationalen Organisationen [...], Passvergehen [...] und Nichtanerkennung des Emigrationsgrundes [...]. In allen Fällen wurde den Flüchtlingen von der ‚Vereinigung zum Schutze der deutschen Emigranten‘ Rechtsschutz gewährt mit dem Erfolg, daß in 33 Fällen die Verhafteten entlassen wurden, 46 Fällen den Ausgewiesenen die Aufenthaltsgenehmigung verlängert wurde, in 5 Fällen wurde die Ausweisung aufgehoben, und in 9 Fällen wurde die Aufenthaltsbewilligung nach Anerkennung des Emigrationsgrundes erteilt.⁴³

Wurde in den bisherigen Ausführungen auf die Situation der Exilierten in Prag eher positiv hingewiesen, war dagegen die Lage der Menschen in den Grenzgebieten weitaus komplizierter. Am 1. Oktober 1933 bildete sich im deutschsprachigen Teil der Tschechoslowakei die ‚Sudetendeutsche Heimatfront‘, die sich 1935 in Sudetendeutsche Partei (SdP) umbenannte. Ihr Führer wurde Konrad Henlein, der einen engen Kontakt zur NSDAP-Führung knüpfen konnte und konsequent den „Anschluss“ der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei an Deutschland betrieb. Obwohl in der tschechoslowakischen Verfassung der Grundsatz der nationalen Gleichberechtigung verankert war, argumentierte die Henlein-Gruppierung mit Benachteiligungen der Deutschen. Die Sudetendeutsche Partei versuchte die Unmöglichkeit des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Tschechen in einem Staat darzustellen, Henlein schrieb dies in Briefen an Hitler. Sudetendeutsche blickten nach Deutschland, Henlein baute das Mythos des starken Deutschland aus und setzte es gezielt gegen die tschechische Bevölkerung ein. Aus den Parlaments-

⁴¹ Zit. nach: Röder (1992), S.17.

⁴² Beck/Vesely (Hrg.) (1981), S. 61.

⁴³ Röder (1992), S. 17.

wahlen vom 19. Mai 1935 ging die Sudetendeutsche Partei als klare Siegerin hervor. Von den rund zwei Millionen deutschen Wahlberechtigten stimmten etwa 1.250.000 für sie. Die anderen deutschen Parteien erlitten hohe Verluste.⁴⁴ In den Kommunalwahlen 1938 wählten sogar 91% der Sudetendeutschen die Sudetendeutsche Partei und stimmten so dem Anschluss zu. Bereits vier Tage nach dem Anschluss – am 3. Oktober 1938 – hielt Hitler eine Rede in Cheb.

Die Konfrontationen zwischen Tschechen und fanatisierten Henlein-Anhängern nahmen an Schärfe zu. „Im Grenzgebiet stehen sich Menschen in Todfeindschaft gegenüber“,⁴⁵ schreibt daher auch Milena Jesenská in ihrem Aufsatz *Es wird keinen Anschluss geben (II)* in der Zeitschrift *Přítomnost*. An zahlreichen Beispielen belegt sie, wie sich das Leben der Familien nach 1933 drastisch veränderte, auch wenn es schon vor 1933 Spannungen zwischen Deutschen und Tschechen gegeben hatte. Andererseits gab es zum Beispiel in den zwanziger Jahren auch den Austausch zwischen deutschen und tschechischen Kindern: Deutsche Familien nahmen ein tschechisches, tschechische Familien ein deutsches Kind auf.

Als Mittel, so Jesenská weiter, wählten die Menschen den „gesellschaftlichen Boykott“.⁴⁶ In den Grenzgebieten sind beispielsweise Deutsche mit Tschechen oder Tschechen mit Deutschen verheiratet, die unter der Hetze leiden. Kinder, so schreibt Jesenská, kommen aus der Schule und sagen: „Mama, du bist ja keine deutsche Frau und Papa ist ein Volksfeind!“⁴⁷ Die Nachbarn reden nicht mehr miteinander, aber auch Kinder, die Mitglieder in der Henlein-Jugend sind, boykottieren ein Elternteil. In der Zeitschrift *Der Kamerad* existierte eine ständige Rubrik, in der namentlich festgehalten wird, wer mit Juden in Kontakt tritt.

Wie bereits erwähnt, waren die Grenzgebiete, da hier die Industrie angesiedelt war, am härtesten von der Weltwirtschaftskrise betroffen. Die rechten Gruppierungen sahen die Armut darin begründet, dass Deutsche (national) unterdrückt wurden. Tschechen und Deutsche – auch Exilanten – versuchten mit zahlreichen Spendenaufrufen, den Menschen in den Grenzgebieten zu helfen und so den nationalsozialistischen Kräften entgegenzutreten. Die Situation der Kinder im Erzgebirge wird vor allem im *Prager Tagblatt* – hier insbesondere von Alice Rühle-Gerstel – beachtet. Sie schreibt beispielsweise unter ihrem Pseudonym Lizzi Kritzel den Artikel *Ein Nachmittag bei hungrigen Kindern* für das *Prager Tagblatt*, in dem sie die Arbeit des Erzgebirgskomitees beschreibt.⁴⁸

⁴⁴ Röder (1992), S. 17f.

⁴⁵ Fuchs (1961), S. 130f.

⁴⁶ Jesenska (1990), S. 148.

⁴⁷ Ebda.

⁴⁸ Ebda.

Das Erzgebirgskomitee unterstützt die von der Weltwirtschaftskrise gebeutelten Menschen im Erzgebirge. Alice Rühle-Gerstel ruft ebenfalls zu Spenden auf: „Spenden (Pakete, Eßwaren, Kleider, Spielsachen, Geld) an die ‚Erzgebirgshilfe‘, Prag I, Dlouhá 47, 1. Stock, oder Abholung nach telephonischer Mitteilung (61193, Frau Bobecká).“⁴⁹ Dass sich dieser Spendenaufruf als erfolgreich erweist, vermerkt Rühle-Gerstel in einem Brief an Otto Rühle: „Hingegen hat mein rührender Artikel über die Erzgebirgskinder im letzten Sonntagsblatt große Spenden hereingebracht, darunter 3.000 K von einem Unbekannten.“⁵⁰ Otto Rühle, der Ehemann von Alice Rühle-Gerstel, der bereits nach Mexiko exiliert war, sammelte dort ebenfalls Spenden.⁵¹ Aber nicht nur Spenden sollten der Henlein-Gruppierung entgegenwirken, sondern auch Veranstaltungen von Kommunisten oder/und Antifaschisten. Alice Rühle-Gerstel reiste immer wieder mit der *Kinderwiese* in die Grenzregion und veranstaltete dort Kindernachmittage. Auch Friedrich Bill besuchte die Grenzregion, um sich zu informieren, und nach seiner Rückkehr wendete er sich an die Regierung, und bat um konkrete Hilfsmaßnahmen.

Exilanten wurden in den Prager Gasthäusern und Cafés aufgrund der deutschen Sprache mit Sudetendeutschen verwechselt. Erpenbeck beschreibt in *Emigranten* eine solche Szene, in der „unfreundliche Blicke“ die Exilanten trafen.⁵² Zugleich wurden deutsche Exilanten von Sudetendeutschen terrorisiert oder belästigt: Sie wurden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, „um [so] ihre Auslieferung an die deutsche Grenzorgane herbeizuführen“.⁵³

Nichtsdestotrotz existierten Freundschaften zwischen Tschechen und Deutschen und auch eine rege Zusammenarbeit gegen das nationalsozialistische Deutschland. Exilierte wurden zu „Mitarbeitern und manchmal sogar zu Ratgebern“.⁵⁴ Schriftsteller versicherten immer wieder, dass sie auf der Seite der Tschechoslowakei standen. So schrieb Erika Mann über ihren Vater:

⁴⁹ Kritzel (1936), S. 4–5.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Rühle-Gerstel (1936a). Neben diesem großen Artikel im Prager Tagblatt finden sich in der *Kinderwiese* immer wieder Hinweise auf Spendenaufrufe für das Erzgebirgskomitee: „Erzgebirgshilfe. In der ‚Urania‘ findet am 10. März, um 8 Uhr nachmittags, ein lustiger Kindernachmittag statt, Musik, Tanz, Akrobatik, Ziehharmonika, Theaterspiel. Der Ertrag fließt den notleidenden Erzgebirglern zu. Prager Kinder, kommt alle hin!“ Kritzel (1935), S. 4. Die *Urania* ist ein Theater in Prag, in dem unter anderem Kästners Püntchen und Anton und Emil und die Detektive aufgeführt werden.

⁵² Vgl. hierzu: Rühle-Gerstel (1936b).

⁵³ Erpenbeck (1954), S. 278.

⁵⁴ Fuchs (1961), S. 71.

Mein Vater ist tschechoslowakischer Staatsbürger. Das Wohl und Wehe der Tschechoslowakei liegt ihm also nicht nur von allgemein-menschlichen, demokratischen, europäischen Gesichtspunkten her, sondern besonders und persönlich am Herzen. Er bewundert und liebt die tapfere und entschlossene kleine Republik [...]; was aber im besonderen die Tschechoslowakei angeht, so hat er keine Gelegenheit vergehen lassen, ohne von seiner tiefen Verbundenheit mit diesem Lande, von seiner dankbaren Liebe zu ihm öffentlich Zeugnis abzulegen.⁵⁵

Bereits nach dem Anschluss der Grenzgebiete flohen Tschechen und Deutsche in die „Resttschechoslowakei“, denn unmittelbar nach dem Anschluss kam es zur Verfolgung von Exilierten, Juden und Antifaschisten. Nach dem 15. März 1939 waren Tschechen und Deutsche erneut auf der Flucht.⁵⁶

Die Zahlen und auch das Verhältnis von Deutschen und Tschechen zeigen, dass Sudetendeutsche maßgeblich an der Politik der Nationalsozialisten beteiligt und grausam gegen die tschechische Bevölkerung vorgegangen sind. Sie arbeiteten unter anderem für die Gestapo. Tschechen bekamen zudem im Winter 1945 die Todsmärsche der aus dem Osten kommenden Konzentrationshäftlinge mit.

⁵⁵ Herzfelde (1961), S. 176.

⁵⁶ Hyrslova (1992), S. 117.

⁵⁷ Zu der Situation von Tschechen und Deutschen nach dem 15. März 1939 vgl. u. a. Heumos (1989).

Primärliteratur

- Anonym* (1936a): Das Kinderzimmer hätten wir, wer hilft uns bei der Einrichtung?
In: Die Kinder-AIZ, 23.1.1936, o.S.
- Čapek*, Karel (2001): Gespräche mit Masaryk. Stuttgart.
- Erpenbeck*, Fritz (1954): Emigranten. Berlin.
- Fischer*, Grete (1966): Dienstboten, Brecht und Andere. Zeitgenossen in Prag, Berlin, London. Olten.
- Fittko*, Lisa (1989): Mein Weg über die Pyrenäen. Erinnerungen 1940/41. München.
- Dies.* (1992): Solidarität unerwünscht. Meine Flucht durch Europa. Erinnerungen 1933-1940. München/Wien.
- Frank*, Bruno (1975): Der Reisepass. München.
- Frei*, Bruno (1972): Der Papiersäbel. Autobiographie. Frankfurt am Main.
- Herzfelde*, Wieland (1961): Unterwegs. Blätter aus fünfzig Jahren. Berlin.
- Jacoby*, Henry (1980): Von des Kaisers Schule zu Hitlers Zuchthaus. Erlebnisse und Begegnungen. Geschichte einer Jugend links-außen in der Weimarer Republik. Frankfurt am Main.
- Ders.* (1982): Davongekommen. 10 Jahre Exil 1936–1946. Prag – Paris – Montauban – New York – Washington. Erlebnisse und Begegnungen. Frankfurt am Main.
- Jesenska*, Milena (1990): Alles ist Leben. Feuilletons und Reportagen 1919–1939. Frankfurt/Main, 3. Aufl.
- Kritzal*, Lizzi (1935): Zum 85. Geburtstag des Präsidenten. In: Die Kinderwiese, 2.3.1935, S. 4.
- Dies.* (1936): Ein Nachmittag bei hungernden Kindern. In: Prager Tagblatt, 29.3.1936, S. 4–5.
- Remarque*, Erich Maria (1997): Die Nacht von Lissabon. Köln, 11. Aufl.
- Ders.* (1998): Liebe Deinen Nächsten. Köln.
- Rühle-Gerstel*, Alice (1936a): Brief an Otto Rühle, Prag, 4.4.1936, NL, IfZ München.
- Dies.* (1936b): Brief an Otto Rühle, Prag, 20.3.1936, NL, IfZ München.
- Dies.* (1984): Der Umbruch oder Hanna und die Freiheit. Frankfurt am Main.
- Unsere Kinderpost* (1936b). In: Die Kinder-AIZ, 6.5.1936, S. 301
- Weiskopf*, F.C. (1948): Unter fremden Himmeln. Ein Abriß der deutschen Literatur im Exil 1933–1947. Berlin.

Sekundärliteratur

Adalbert-Stifter-Verein (1989): Drehscheibe Prag. Deutsche Emigranten 1933–1939. Eine Ausstellung des Adalbert-Stifter-Vereins, München.

Becher, Peter (1992): Kurt R. Grossmann und die demokratische Flüchtlingsfürsorge. In: Becher, Peter /Heumos, Peter (Hg.): Drehscheibe Prag. Zur deutschen Emigration in der Tschechoslowakei 1933–1939. München, S. 53–63.

Beck, Miroslav/Vesely, Jiří (Hg.) (1981): Exil und Asyl. Antifaschistische deutsche Literatur in der Tschechoslowakei 1933–1938. Berlin.

Fuchs, Gerhard (1961): Gegen Hitler und Henlein. Der solidarische Kampf tschechischer und deutscher Antifaschisten von 1933 bis 1938. Berlin.

Goldstücker, Eduard (Hg.) (1967): Weltfreunde. Konferenz über die Prager deutsche Literatur. Neuwied.

Grossmann, Kurt R. (1969): Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945. Frankfurt am Main.

Heumos, Peter (1989): Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938–1945. München.

Ders. (1998): Tschechoslowakei. In: Krohn, Claus-Dieter/Zur Mühlen, Patrik von (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945. Darmstadt.

Hennecke, Renate (2001): Von Grenzarbeitern, Literaturschmugglern und Kämpfern für das Asylrecht. In: Hennecke, Renate (Hrg.) (2002): Tschechen und Deutsche gemeinsam gegen den Faschismus – 1933 bis 1938. München, S. 8–23.

Hyršlová, Květa (1992): Zur Zusammenarbeit tschechischer und deutscher Schriftsteller in Prag in den dreißiger Jahren. In: Becher, Peter/Heumos, Peter (Hg.): Drehscheibe Prag. Zur deutschen Emigration in der Tschechoslowakei 1933–1939. München, S. 109–120.

Lacina, Evelyn (1982): Emigration 1933–1945. Sozialhistorische Darstellung der deutschsprachigen Emigration und einiger ihrer Asylländer aufgrund ausgewählter zeitgenössischer Selbstzeugnisse. Stuttgart.

Röder, Werner (1992): Drehscheibe – Kampfposten – Fluchtstation. Deutsche Emigranten in der Tschechoslowakei. In: Becher, Peter/Heumos, Peter (Hrg.): Drehscheibe Prag. Zur deutschen Emigration in der Tschechoslowakei 1933–1939. München, S. 15–29.

Schneider, Hansjörg (1979): Exiltheater in der Tschechoslowakei 1933–1938. Berlin.

Siegel, Eva-Maria (1994): Vorläufiges Leben. Emigrationsalltag in Prag 1933–1939. In: Exil, Forschungen, Ergebnisse, Nr. 1, S. 23–38.

Walter, Hans Albert (1972): Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa. Deutsche Exilliteratur 1933–1950. Darmstadt/Neuwied.

Von der „Volksgeschichte“ zum „Spatial Turn“

Umriss des NS-Tabus in der (west)deutschen Historikerschaft nach 1945

Wer noch zu Anfang der 90-er Jahre in Deutschland mit dem Studium der Geschichtswissenschaft begann und versuchte, sich zur Orientierung einen groben Überblick über die Geschichte der Wissenschaft von der Geschichte zu verschaffen, bekam in groben Zügen das folgende Bild vermittelt: Einem tendenziell zwar konservativen, aber keinesfalls „braunen“, die „Großen Männer“, Mächtekonstellationen und Diplomatie untersuchenden „Historismus“ sei irgendwann in den 70-er Jahren die tendenziell progressive, an Klassen, Schichten, ökonomischen Prozessen und gesellschaftlichen Strukturen orientierte „Sozialgeschichte“ gefolgt. In den 80-er Jahren habe sich dann eine mit Schlagworten wie „Alltagsgeschichte“ oder auch „Linguistic Turn“ zu umreißende und – je nach Standpunkt – als Befreiungsschlag zu begrüßende oder als postmoderne Verwirrung abzulehnende Entwicklung in Richtung Kultur, Sprache und Repräsentation ergeben.

Wer sich dagegen heute mit Darstellungen der Geschichte der (west)deutschen Geschichtswissenschaft befasst, bekommt ein anderes Bild präsentiert. Mindestens findet sich dabei in den 20-er und 30-er Jahren neben den Staatshistorikern noch ein mit „Volksgeschichte“ überschriebenes „Paradigma“, in anderen Darstellungen werden der „Volksgeschichte“ die Buchstaben „NS“ vorangestellt. Deutsche Geschichtsstudierende der 90-er Jahre konnten also miterleben, wie zwar nicht die Geschichte, aber doch immerhin die Geschichte der Geschichtswissenschaft vor ihren Augen umgeschrieben wurde. Ausgerechnet die Geschichtswissenschaft hatte ihre eigene „braune“ Geschichte über Jahrzehnte tabuisiert.

Wenn Deutschland heute mit seinen östlichen Nachbarn über Geschichte redet, ist oft von „Tabu“ die Rede, wobei diese, zumindest im Diskurs der Deutschen, überwiegend auf Seiten der Osteuropäer verortet zu werden scheinen und sich auf Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg beziehen. Hier aber soll – sicher thesenhaft und zugespitzt – von jenem anderen „Tabu“ die Rede sein. Wie war es möglich, dass Generationen von Historikern über die Vergangenheit der eigenen „Zunft“ so lange und so konsequent geschwiegen haben?

Und vor allem: Welche Folgen könnte dieses Schweigen für die (west)deutsche Geschichtsschreibung nach 1945 gehabt haben? Denn natürlich drängt sich der Verdacht auf, dass die Tabuisierung der „Volksgeschichte“ bestimmte Fragestellungen ungestellt bleiben ließ, dass das Tabu also indirekte Auswirkungen auf theoretische Hintergründe wie methodische Ansätze im geschichtswissenschaftlichen Denken der Bundesrepublik hatte – und dass diese blinden Flecken vielleicht bis heute nachwirken.

I. Die „Entdeckung“ der „Volksgeschichte“

Zu Beginn der 90-er Jahre dokumentierte die Zeitschrift „1999“ eine von Theodor Schieder 1939 verfasste Denkschrift, in der der auch nach dem Krieg noch bedeutende Historiker die „Umsiedlung“ mehrerer Hunderttausend Polen und eine „Entjudung“ der polnischen Städte vorschlug.¹ Bald tauchten weitere Dokumente auf, die eine aktive Politik beratende Tätigkeit Schieders für den nationalsozialistischen Staat im schnell eroberten „Neu-Ostpreußen“ belegten.² Auch von einem anderen nach dem Krieg erfolgreichen und angesehenen Historiker, Werner Conze, wurde ein Text „entdeckt“, in dem von einer wünschenswerten „Entjudung der Städte und Marktflecken“ Polens die Rede ist.³

Besonders brisant war diese „Entdeckung“, weil es in diesem Fall nicht nur mehr um eine „ideologische Verstrickung“ deutscher Historiker in den Nationalsozialismus ging, sondern um direkte Tatbeteiligung. Die Debatte verlief dementsprechend heftig, fand ihren Höhepunkt aber erst auf dem Historikertag von 1998. Doch gleichgültig, ob Theodor Schieder das in Frage stehende Gutachten nicht als Autor, sondern nur als Protokollant abgefasst hatte, und gleichgültig, ob das seinerzeit geheime Schriftstück später tatsächlich benutzt worden ist oder ob es nur neben anderen solchen Denkschriften in irgendeiner Schublade lag: Es war nicht

¹ Angelika Ebbinghaus/Karl-Heinz Roth: Vorläufer des „Generalplan Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7,1 (1992), S. 62–94.

² Götz Aly: Theodor Schieder, Werner Conze und die Vorstufen der physischen Vernichtung, in: Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hrg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt 1999, S. 163–182, S. 167ff.

³ Werner Conze: Die ländliche Überbevölkerung in Polen, in: Dimitrie Gusti (Hrg.): Arbeiten des XIV. internationalen Soziologenkongresses Bucuresti, Mitteilungen, Abteilung B – das Dorf, Bd. 1, Bukarest 1940, S. 40–48. Vgl. dazu Peter Schöttler: Die intellektuelle Rheingrenze. Wie lassen sich die französischen „Annales“ und die NS-„Volksgeschichte“ vergleichen? In: Christoph Conrad/Sebastian Conrad (Hrg.), Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 2002, S. 271–295, S. 294.

mehr möglich, die Behauptung aufrecht zu erhalten, in Deutschland habe eine „unpolitische“ Geschichtswissenschaft mit der Ausnahme einiger „rassemäßig“ ideologischer Außenseiter im Prinzip nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun gehabt. Im Gegenteil: Der Umstand, dass sich Historiker kompetent zu Fragen der „Volksgruppenpolitik“ im östlichen Europa äußern konnten, lenkte den Blick langsam auf die „Volksgeschichte“, eine vom „Volk“ ausgehende und auf das „Volkstum“ zielende geschichtswissenschaftliche Schule, die sich in den 1920ern in methodischer Konkurrenz, aber politischer Übereinstimmung zur vorherrschenden „historischen“ Politik- und Geistesgeschichte entwickelt hatte.

Anders als zuvor interessierten sich die „Volkshistoriker“ weniger für die politischen Verdienste und Fehler einzelner Figuren, für Diplomatie und Schlachten oder die Ideen der „Geistesfürsten“, sondern für das „Zuständliche“ in der Geschichte, für das „platte Land“, für Mentalitäten und selbst das alltägliche Leben. Dabei wurden sogar – was zuvor geradezu als Sakrileg galt – objektivierbare „Gesetze“ des Verlaufs der Geschichte entdeckt. Die zumeist jungen „Volkshistoriker“ öffneten sich für die Erkenntnisse von „Nachbarwissenschaften“ wie vor allem Geografie, Volkskunde und Soziologie. Sie begannen quantitativ zu arbeiten. Manche Autoren wollen in der Anlage dieses Forschungsprogramms eine „deutsche Version“ der französischen (und vielleicht als demokratisch-sozialistisch orientiert zu bezeichnenden) „Schule“ der „Annales“ sehen – nur unter rechtem Vorzeichen.

Jedenfalls konnten sich, ganz anders als im Kaiserreich, die „Volkshistoriker“ mit ihrer „strukturalistischen“ Sicht auf die Geschichte in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg schnell durchsetzen.⁴ Grund dafür war einmal die Einsicht der alten Garde in die Tatsache, dass die „neuen Historiker“ politisch zu gebrauchen waren. Durch ihre unbestreitbar neuen Perspektiven konnten sie Argumente liefern, die für die außenpolitischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik relevant waren. So entwickelten sie in Zusammenarbeit mit den Ethno- und Geowissenschaften Kriterien für den Streit über „offene“ Gebietsfragen. Sie untersuchten deutsche „Sprachinseln“, schufen Karten mit genauen ethnischen Verteilungen (die später von den Nationalsozialisten für die „Umvolkungspolitik“ genutzt werden konnten), sie entwickelten Kriterien, mit denen „deutsche“ von „slawischen“ Sied-

⁴ Willi Oberkrome: *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, S. 91–99.

⁵ Zur Kritik der „Dorfformforschung“ schon zeitgenössisch: Walter Maas: *Die Entstehung der Posener Kulturlandschaft. Beiträge zur Siedlungsgeografie*, in: *Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Posen* 1927. H. 10, S. 11f. Zumindest seien auch andere als ethnische Kriterien zu berücksichtigen, wie z.B. „Gewachsenheit“ oder punktuelle Gründung, Gründung einer Siedlung zu Friedens- oder Kriegszeiten, Eigentumsfragen usw.

lungen angeblich genauestens zu unterscheiden waren;⁵ sie führten sprachgeschichtliche Untersuchungen über Flur- und Ortsnamen durch, um den „deutschen Kultureinfluss“ zum Beispiel auch in Nordwestfrankreich geltend machen zu können;⁶ sie fällten ethnizistische Urteile über die Volkswirtschaften ost-mitteleuropäischer Nachbarstaaten und produzierten Karten, auf denen – in Ost wie West und Nord wie Süd – ein breiter Gürtel weit jenseits der ehemaligen Grenzen selbst des Kaiserreichs als „Deutscher Kulturboden“ schraffiert wurde; sie taxierten die „kulturelle Überlegenheit“ vor allem der Deutschen über die „Slawen“ durch „quantitative“ und „qualitative“ Untersuchungen.

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, das jahrzehntelang den Ausgangspunkt und Horizont der „kleindeutschen“, borussischen Geschichtswissenschaft gebildet hatte, war in den Köpfen der Historiker ein Vakuum entstanden. Nachdem der „Machtstaatsgedanke“ – der von Historikern wie z.B. dem Berliner Ordinarius Dietrich Schäfer immer wieder in die methodische Forderung übersetzt wurde, „vom Staate aus“ zu denken – somit diskreditiert war, bestand Bedarf an einer Theorie, die auch bei Schwäche oder Zusammenbruch der zuvor für so unerschütterlich und fest genommenen staatlichen Form den Glauben an eine „deutsche Zukunft“ zu stützen in der Lage war. Theoretisch wurde dies im „Volkstum“ gefunden, das zu einer Art vorgeschichtlichem Substrat des nunmehr gesuchten „Zuständlichen“ wurde. Praktischer schwebte auch und gerade den oft in rechtsextremen Vereinigungen organisierten jungen Geo-Ethno-Historikern ein nach Osten und Südosten gerichtetes und von Deutschland dominiertes „Mitteleuropa“ vor. Oft schon früh von einem „Rassenkampf“-Denken geleitet, sahen sie insbesondere in den ost- und ostmitteleuropäischen deutschsprachigen Minderheitsgebieten eine objektive Tendenz des Wachstums des deutschen „Volkes“ in das Gebiet seiner Nachbarn hinein. Nur so ist es zu verstehen, dass „Grenz- und Auslandsdeutschum“ in der Weimarer Republik zu einem blühenden Forschungszweig wurde, den unter anderem viele der neuen „Volkshistoriker“ zum Aufstieg in das akademische Leben genutzt haben. In der kargen Zwischenkriegszeit bot eine solche Ausrichtung schon deshalb gute Karrierechancen, weil solche Studien im Rahmen der „Volksgruppenpolitik“ stark gefördert wurden.⁷

⁶ Peter Schöttler: Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder die „unhörbare Stimme des Blutes“, in: Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hrg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt 1999, S. 89–113.

⁷ Vgl. dazu: Michael Fahlbusch: Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland. Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933, Bochum 1994. Vgl. auch Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ 1931–1945, Baden-Baden 1999.

Dieser politische Rahmen hat der „Volksgeschichte“ die Fragen diktiert. Besonders in den frühen Texten wird die enge Verbindung zwischen Methode und Ideologie deutlich. Als zum Beispiel die Berliner Hochschullehrer Mitte der zwanziger Jahre versuchten, ein „Institut für Grenz- und Auslandsdeutschum“ an der Universität zu installieren,⁸ wurde in einem offiziellen Gutachten der Philosophischen Fakultät eine Arbeit des jungen Danziger Historikers Erich Keyser hoch gelobt, in der er den statistischen „Nachweis“ für die „kulturelle Überlegenheit“ der Deutschen über die Polen führte. Unter anderem bezog sich der Begründer der (west)deutschen Bevölkerungsgeschichte auf „statistische Untersuchungen“, die erwiesen hätten, dass sich Kinder aus binationalen Ehen sprachlich zumeist dem Deutschen zuwandten, woraus für ihn „die kulturelle Überlegenheit der deutschen Sprache schlagend“ hervorging.⁹ Angesichts der deutschen Sprachverbotspolitik im „Nationalitätenkampf“, die unter anderem zu erbitterten Schulstreiks geführt hatte, ist das ein viel sagender methodischer Schnitzer. Sicher: ein ausgesuchtes Beispiel. Aber es zeigt doch, dass die „methodische Innovation“, die von der Volksgeschichte ausgegangen sein soll, im Einzelfall zu überprüfen wäre.¹⁰

II. Das Tabu übersteht zwei Generationen

An die bundesdeutschen „Allgemeinhistoriker“ hatte sich das Thema „Volksgeschichte/Geschichtswissenschaftliche Kollaboration mit dem Nationalsozialismus“ ab etwa der Mitte der sechziger Jahre gewissermaßen auf Umwegen über Sub- oder Nachbardisziplinen und das Ausland herangepircht. Zwar kam Werner Philipp „schon“ 1966 in einem – erst Jahre später gedruckten – Festvortrag auf eine nationalsozialistisch politisierbare „Ostforschung“ zu sprechen, die im Zeichen der „Kulturträgertheorie“ die osteuropäischen Nachbarn Deutschlands wegen der überhistorischen deutschen „Ostbewegung“ zum „passiven Objekt deutschen Gestaltungsdrangs herabgewürdigt“ und überdies die „innerdeutsche Überwindung des Liberalismus“ auf ihre Fahnen geschrieben hatte.¹¹ Doch wurde dies damals und noch lange Zeit nicht als ein Problem der deutschen Geschichtsschreibung überhaupt,

⁸ Siehe dazu: Velten Schäfer: „Aus wissenschaftlichen und nationalen Gründen ...“ Das Grenz- und Auslandsdeutschum als wissenschaftlicher Gegenstand an der Berliner Universität 1919–1933, Berlin 2001. Unveröff. Manuskript, S. 47f.

⁹ Erich Keyser: Westpreußen und das deutsche Volk, Danzig 1919, S. 7.

¹⁰ Kritisch zur „Innovationsthese“ z.B.: Karl-Heinz Roth: Rezension von Oberkrome, Volksgeschichte, in: 1999, Bd. 9 / 1994, S. 129–136, S. 135.

¹¹ Werner Philipp: Nationalsozialismus und Ostwissenschaften, in: Ders.: Ausgewählte Schriften, Berlin 1983, S. 286–304, S. 294.

sondern quasi als das Problem einer ideologisierten Randgruppe einer Subdisziplin diskutiert. So blieben auch die Folgen von Philipps Vortrag zunächst gering, bis 1977 erstmals ausführlicher Klaus Zernack auf das Thema einging¹² und 1985 Christoph Kleßmann – als erster „Allgemeinhistoriker“ – den Zusammenhang der nationalsozialistischen Ostforschung und „Lebensraumpolitik“ mit einer sich nach dem ersten Weltkrieg entwickelnden „primär deutschumszentrierten, volkstums- geschichtlich ausgerichteten Ostforschung“ unterstrich, die ihren „politischen Impuls vor allem aus der Frontstellung gegen das Versailler System bezog“ und sich „in besonderem Maße zur historischen Legitimation politischer Ansprüche“ eignete.¹³ Michael Burleighs „Germany turns eastwards“ deckte „von außen“ erstmals die institutionellen Netzwerke der „Ostforschung“ auf und unterstrich das Gewicht dieser hemmungslos politisierten Geschichtsschreibung innerhalb der deutschen „Zunft“ dieser Zeit.¹⁴ Aber erst nach der ersten systematischen Darstellung durch Willi Oberkrome wurde die „Volksgeschichte“ als ein veritables „Paradigma“ der Geschichtsforschung wahrgenommen. Im Folgenden wurden vor allem die Netze der „Volks- und Kulturbodenforschung“ in geografiegeschichtlichen Untersuchungen genauer untersucht.¹⁵

Zwei „Generationen“ von Historikern haben also über die „Volksgeschichte“ geschwiegen: Erstens die Generation der Zeitgenossen und die Beteiligten selbst. Zweitens aber auch – zumindest für lange Zeit – die „Reformgeneration“ der „Sozialhistoriker“, die in den 60-er und 70-er Jahren weitgehend die Wortführerschaft in der (west)deutschen Geschichtswissenschaft übernahm.

¹² Klaus Zernack: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte, München 1977.

¹³ Vgl.: Christoph Kleßmann: Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich, in: Peter Lundgreen (Hrg.): Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt 1985, S. 350–383, S. 350. Ähnlich auch Günther Stöckl: Das Studium der Geschichte Osteuropas von den Anfängen bis zum Jahr 1933, in: Erwin Oberländer (Hrg.): Geschichte Osteuropas, Stuttgart 1992, S. 3–11, S. 10 (= Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 35).

¹⁴ Michael Burleigh: Germany turns eastwards, Cambridge 1988.

¹⁵ Michael Fahlbusch: Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland. Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933, Bochum 1994. Vgl. auch Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ 1931–1945, Baden-Baden 1999; Ingo Haar: „Revisionistische“ Historiker und Jugendbewegung. Das Königsberger Beispiel, in: Peter Schöttler (Hrg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt 1997, S. 52–103, Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000 (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 143); Peter Schöttler: Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive, in: Ders. (Hrg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1933, Frankfurt 1997, S. 204–261.

Dass sich Historiker wie Conze und Schieder zu den eigenen konkreten Verfehlungen äußerten liegt nahe. Die Frage aber wäre, wie sie mit der eigenen Methodik nach dem zweiten Weltkrieg verfahren sind. Conzes „Strukturgeschichte“ gilt als Vorläuferin der späteren „historischen Sozialwissenschaft“. War die Strukturgeschichte am Ende nichts anderes als eine sprachlich gesäuberte Version der „Volksgeschichte“? Thomas Welskopp ist nicht dieser Ansicht. Conzes „Strukturgeschichte“ nach 1945 könne nicht als „eine direkte Fortführung der Volksgeschichte“ unter einer anderen Bezeichnung verstanden werden. Vielmehr habe sie den „strukturalistischen“ Impetus der „Volksgeschichte“ teilweise revidiert – und zwar zurück zum „Historismus“. ¹⁶ Dieser habe behutsam weiter entwickelt werden sollen, auf dass er – auch in seiner „politischen Identität“ – gegen die französischen „Annales“ verteidigt werden konnte. Welskopp unterscheidet die Anpassung der „Volkshistoriker“ an die verordnete Nachkriegsdemokratie in zwei typische Verläufe: Während etwa der Mediävist Otto Brunner bloße Kosmetik betrieben und nur belastete Vokabeln ausgetauscht habe, hätten Conze und Schieder die „Einsicht“ in eine „Fehlentwicklung“ gewonnen, die sie selbst vorangetrieben hatten. Sie hätten gemerkt, eine „falsche Abzweigung genommen“ zu haben. ¹⁷ Welskopp belegt das hauptsächlich mit Theorie-Zitaten Schieders, der nach dem Krieg statt dem „Volk“ unproblematischere Größen wie „das einfache Menschsein“ in das Zentrum seines Geschichtsdenkens stellte. Vor allem aber habe Schieder in diesen Texten bestimmte anti-moderne Essentials der „Volksgeschichte“ aufgegeben, zuerst die Industrialisierung und dann auch die Moderne akzeptiert. Gleichzeitig attestiert Welskopp eine Teil-Rückkehr der ehemaligen „Volkshistoriker“ zum bürgerlichen Individualitätsdenken, die sich selbstredend auch gegen den Marxismus wandte. Natürlich kann man das Verhalten der „Belasteten“ auch viel kritischer sehen, als Welskopp das tut. ¹⁸

Gewissermaßen blieb demnach in der „Strukturgeschichte“ die „soziologische“ Orientierung der „Volksgeschichte“ bei leichter Abschwächung und allmählicher Annahme „moderner“ Begrifflichkeit bestehen, die ethnologischen und geografischen Ansätze aber, die als besonders „belastet“ anzusehen waren, fielen aus dem Programm. Das geo-ethno-soziologische „Projekt“ der „Volksgeschichte“ wurde

¹⁶ Thomas Welskopp: Grenzüberschreitungen. Deutsche Sozialgeschichte zwischen den dreißiger und den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Christoph Conrad, Sebastian Conrad (Hrg.): Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002, S. 296–332, S. 299.

¹⁷ Welskopp: Grenzüberschreitungen, S. 309.

¹⁸ Götz Aly: Theodor Schieder, Werner Conze und die Vorstufen der physischen Vernichtung, in: Schulze/Oexle (Hrg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, a.a.O.

nach dem Krieg nicht etwa auf seine Fehler, seine politischen Einschreibungen und undebattierten Vorannahmen hin abgeklopft und – etwa in Richtung der in gewisser Weise feindlich verwandten „Annales“ – konsequent geöffnet, „demokratisiert“ und fruchtbar gemacht. Stattdessen traten die ehemaligen „Volkshistoriker“ einen Teilrückzug in Richtung „Historismus“ an.

Doch gleichgültig, wie man die Frage nach den „braunen Wurzeln“ der älteren Sozialgeschichtsschreiber auch beantwortet: die neuere, als „Historische Sozialwissenschaft“ bezeichnete Sozialgeschichte hat diese Wurzeln schon mit ihrem deutlichen Eintreten für einen universalistischen Wertekanon verdursten lassen. Dennoch hat auch die seinerzeit junge Reformgeneration lange Zeit das „Erbe“ der „Volksgeschichte“ nicht bearbeitet. Eigentlich ist das erstaunlich, denn die große Umorientierung in der deutschen Nachkriegs-Geschichtswissenschaft ergab sich in den 60-er und 70-er Jahren, in einer Zeit also, als auch in den deutschen „Geistes“- und Gesellschaftswissenschaften die Traditionskritik an der Tagesordnung war. Nachdem in der „Fischer-Kontroverse“ nicht nur „Verteidigungskrieg“-Narrativ, sondern auch das geschichtsschreiberische Prinzip des „Primats der Außenpolitik“ aufgegeben werden musste, standen die Türen offen für die Soziologisierung der Geschichtswissenschaft.¹⁹

Dass dies eine für die deutsche Geschichtsschreibung allein schon im Sinn einer internationalen Verhandlungsfähigkeit segensreiche Entwicklung war ist heute kaum umstritten. Dennoch hat auch diese Generation der „Traditionskritik“ zu kurz gegriffen. Für den Umgang der kritischen Generation mit dem Komplex „Volksgeschichte“ ist vielleicht das einflussreiche, Ende der 70-er Jahre erstmals erschienene Methodenbuch „Sozialgeschichte“ von Jürgen Kocka repräsentativ. So erwähnte Kocka nur sehr beiläufig, dass während des Dritten Reiches zwar die „systematischen Sozialwissenschaften zurückgeworfen“ worden, das „Interesse für nicht-staatliche Bereiche der Volksgeschichte“ dagegen gewachsen sei. Auf die „Volksgeschichte“ ging er dann aber überhaupt nicht ein – so springt das Buch bei seinem Überblick über nicht-historistische Ansätze in der deutschen Geschichtsschreibung von der Zeit „vor 1914“ direkt zu den „Ansätzen zum Paradigmenwechsel nach 1945“. Dass nach 1920 Versuche, das „Zuständliche“ als „Volkstum“ ins Zentrum der Geschichte zu rücken, populär und anerkannt waren, dass eine massiv politisierte Human- und Siedlungsgeografie im Verein mit volkstums-ethnologischen Ansätzen mit quasi staatlichem Auftrag in die Geschichtswissenschaft ein-

¹⁹ Zuletzt zur Fischer-Kontroverse: Konrad H. Jarausch: Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, in: Martin Sabrow, Ralph Jessen, Klaus Große Kracht (Hrg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 20–40.

geschrieben war, ließ Kocka völlig unerwähnt. Erst nach 1945, schrieb er weiter, sei es „zu einer tiefen Diskreditierung gewisser nationalstaatlicher und idealistischer Orientierungen“ gekommen, die zuvor „die Arbeit deutscher Historiker lange geprägt, ihnen die Einsicht in die Wirkungsmächtigkeit und Dynamik von sozialökonomischen Veränderungen und gesellschaftlichen Massenphänomenen erschwert hatten“. Die „völkische“ Geschichtswissenschaft jedoch fällt einfach durch das Raster, denn sie war weder „nationalstaatlich“ noch „idealistisch“ orientiert, und sie thematisierte mit großem Aufwand „gesellschaftliche Massenphänomene“ – wenn auch nicht als Probleme der „Gesellschaft“, sondern des „Volkes“. Die „traditionellen Reserven gegen die Untersuchung von Kollektivphänomenen“,²⁰ gegen die Kocka hier antritt, waren die Auseinandersetzung sicher wert. Trotzdem erscheint im Rückblick die Konzentration auf den Kampf gegen den „Historismus“ merkwürdig.

Wie es dazu kam, hat Kocka in einem Interview mit jungen Historikern der Humboldt-Universität erklärt. Seine Erläuterungen laufen letztlich darauf hinaus, dass es „Verdachtsmomente“ gegen Historiker wie Conze und Schieder zwar gegeben habe, aber niemand die Spuren verfolgte. Das „Schonen und Beschweigen“, so Kocka in dankenswerter Offenheit, sei zu seiner Zeit eben noch Usus gewesen.²¹

Welche Folgen aber hatte das Schonen der Lehrer für die weitere Entwicklung der damaligen Schüler? Am ehesten lässt sich das ermesen, wenn man sich den Kern des „Sozialgeschichte“-Projekts vergegenwärtigt. Gemäß dem bereits zitierten Theorie-Buch Kockas z.B. bestand das Ziel des ganzen Unterfangens in einer Art posthumen Verständigung zwischen Karl Marx und Max Weber, bei der letztlich die Weber'sche Seite als schwerer wiegend befunden wurde: „Die Konfrontation mit Webers Theorie“, formulierte Kocka als „vorläufiges Ergebnis“, habe „dogmatische Tendenzen und Mängel innerhalb des Marx'schen Denkens“ aufgedeckt und gezeigt, dass „dieses die Problematik von jener keineswegs auflöst. Die Konfrontation mit der Position Marxens bedeutete umgekehrt für die Webersche Wissenschaftslehre Kritik und zugleich Anlass, sie von einigen ihrer dezisionistischen Konsequenzen zu befreien, d.h. sie so zu interpretieren, dass sie sich weniger gegen die Rezeption einiger unaufgebarbarer Momente der Marxschen Lehre sperrt“.²² Ein salomonisches Urteil, das natürlich auch das politische Umfeld von „Neuer Ostpolitik“ und „Entspannung“ in sich trägt.

Ein zweiter Grund für die anfänglich so starke Fixierung der Reformhistoriker auf

²⁰ Kocka: Sozialgeschichte, S. 67.

²¹ Interview mit Jürgen Kocka, im Internet zu recherchieren unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/interview/interview.htm>

²² Kocka: Sozialgeschichte, S. 39.

die Weber-Soziologie bestand auch in den zur Auswahl stehenden Alternativen. Eine für junge kritische Historiker als Kooperationspartnerin interessante Ethnologie etwa gab es in Deutschland damals kaum, und mit der politischen Geografie verhielt es sich nicht anders. Laut Kocka schreckten die Sozialhistoriker etwa vor „der historischen Erforschung der „Volkskultur“ (popular culture), der Bedeutung von Festen, Bräuchen und Symbolen“ zurück, weil sie befürchteten, dass ein solcher „hermeneutischer“ Boom in Verbindung mit alten, eingefahrenen Elementen der deutschen Denktradition schnell zu einem methodenkonservativen Rollback hätte führen können.

Mit ähnlichen Argumenten wetterten die Bielefelder Mitte der 80-er Jahre allerdings auch gegen die durchaus nicht rückwärtsgewandte „Alltagsgeschichte“. Gewissermaßen traf hier das mit der „Volksgeschichte“ verbundene Tabuthema „Mentalität/Ethnologie/Raum“ ausgerechnet die zumeist für den Nationalsozialismus außerordentlich sensiblen Geschichtswerkstatt-Aktiven. Ehemalige Protagonisten der „Alltagsgeschichte“ haben die heftige Bielefelder Rhetorik allerdings eher als Panik-Reaktion der sozialdemokratischen Gesellschaftsgeschichtler auf ihre doppelte Bedrängung durch Kohls „geistig-moralische Wende“ auf der einen und der neuen, in ihren Anfängen nicht immer klar politisch festzulegenden „grünen“ Bewegung auf der anderen Seite gedeutet, als deren wissenschaftliche Fortsetzung die „Alltagsgeschichte“ sofort identifiziert worden sei.²³

Das Unterbleiben einer „Abrechnung“ mit der „volksgeschichtlichen“ Tradition aber hatte möglicherweise eine gravierende Folge: die anschließend so oft und so heftig kritisierte „Kulturblindheit“ der „Historischen Sozialwissenschaft“ und der „Gesellschaftsgeschichte“. Auch das Reformprojekt der „Bielefelder“ bezog sich nicht auf die belasteten ethnologischen und geografischen Interessen des Volksgeschichte-Programms, die weiter tabuisiert blieben, sondern lediglich auf die soziologischen, wobei die „deutsche Soziologie“ endgültig zugunsten der Weber'schen verabschiedet wurde.

III. Fremdkörper von außen: Der „Linguistic Turn“

Mittlerweile hat sich das Rad wieder weiter gedreht, die „Historische Sozialwissenschaft ist, wie Hans Schleier schon vor einem Jahrzehnt festgestellt hat, von einer

²³ Thomas Lindenberger: „Alltagsgeschichte“ oder: Als um die zünftigen Grenzen der Geschichtswissenschaft noch gestritten wurde, in: Martin Sabrow, Ralph Jessen, Klaus Große Kracht: Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 74–93.

²⁴ Peter Schöttler: Wer hat Angst vorm Linguistic turn?, Wolfgang Kaschuba: Kulturalismus: Kultur statt Gesellschaft?

„Historischen Kulturwissenschaft“ abgelöst worden. Sichtbarster Ausdruck dessen ist der inflationäre Gebrauch des Wortes „Diskurs“, und es ist bereits mehrfach vorgeschlagen worden, das kulturalistische Sprechen selbst zum Gegenstand von Untersuchungen zu machen.²⁴ Wesentlich an dieser Wendung zur Kultur aber ist, wie Philipp Sarasin in einer Rezension des programmatischen „Wege zur Kulturgeschichte“-Sonderhefts von „Geschichte und Gesellschaft“ (1995) geschrieben hat, dass „die Debatte über Kulturgeschichte (...) der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft in den letzten 10, 15 Jahren von außen aufgedrängt“ wurde.²⁵ Besonders auf den „Linguistic Turn“ und seine Konsequenzen im Wissenschaftsverständnis – etwa der Annäherung von „literarischem“ und „wissenschaftlichem Text“ trifft das zu; es gab für solche Ansätze gewissermaßen keinen Vorlauf in der deutschen Geschichtsschreibung, so dass bundesdeutsche Historiker manchmal regelrecht aggressiv auf den „Konstruktivismus“ reagierten. Wenn man nun annimmt, was oben über die Tabuisierung von „Geo-“ und „Ethno“-Ansätzen durch die „Strukturgeschichte“ wie die „Historische Sozialwissenschaft“ gesagt worden ist, kann man die – zuweilen auch von „links“ – so scharf formulierte Absage an den „Linguistic Turn“ als spätes, indirektes und mehrfach vermitteltes Resultat des Schweigens der (west)deutschen Historiker über die Geschichte der eigenen Disziplin verstehen.

Daraus resultieren wohl auch die verbreiteten Verständigungsschwierigkeiten beim Thema „Diskursanalyse“, die Peter Schöttler festgestellt hat: Die unausgesprochene Dominanz eines Habermas'schen über einen Foucault'schen Diskursbegriff und die dafür ursächliche jahrzehntelange Abschottung gegenüber der linguistisch orientierten „Annales“-Mentalitätsgeschichte.²⁶ Die Nichtauseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der „Zunft“ hat auf diese Weise lange Zeit über wissenschaftliches Neuland tabuisiert.²⁷

Inzwischen ist aber bereits ein weiterer „Turn“ ausgerufen worden, der im Zu-

²⁵ Philip Sarasin: Rezension „Wege zur Kulturgeschichte“, H-Soz-u.Kult, 1999. (=www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/REZENSIO/buecher/1999/saph0199.htm)

²⁶ Peter Schöttler: Wer hat Angst vor dem Linguistic Turn, In: Wolfgang Hardtwig (Hrg.): Wege zur Kulturgeschichte, Berlin 1995, S. 134–151, S. 139: „Der eine ist ein philosophischer Begriff, der andere ein sozialwissenschaftlicher, der eine zielt auf ein Ideal, der andere dagegen zielt auf konkrete, empirische Untersuchungen und verändert sich mit ihnen; der eine hofft auf Einmütigkeit und ethische Regulierung, der andere ist im Gegenteil skeptisch gegenüber der Evidenz von Konsensbildungen und betont stattdessen die subtilen Formen der Vermachtung und Durchherrschaft, wobei auch das Gegenstück, die diskursiven Widersetzlichkeiten und alle Formen von Resistenz und ‚Eigensinn‘, zur Geltung kommen“.

²⁷ Peter Schöttler: Zur Geschichte der Annales-Rezeption in Deutschland (West), in: Matthias Midell, Steffen Sammler: Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der Annales in ihren Texten, Leipzig 1994, S. 40–60, S. 52.

sammenhang dieses Vortrags viel interessanter ist als der „Linguistic Turn“: der „Spatial Turn“, den Karl Schlögel in seinem in der Wissenschaft und in den Zeitungen positiv aufgenommenen Essay-Sammelband nicht ohne Selbstironie annonciert hat. Dass der Historikertag 2004 unter die Leitfrage Geschichte und Raum gestellt wurde, ist wohl ein Indiz dafür, dass dieser „Turn“ oder „Shift“ die deutsche Geschichtswissenschaft nachhaltig beeinflussen könnte.

IV. Augen auf beim „Spatial Turn“!

Schon vor einigen Jahren hat der in Frankfurt/Oder lehrende Historiker Karl Schlögel in einem Zeitungsessay nach einer „Wiederkehr des Raumes“ verlangt. Und sicher ist ihm zuzustimmen: Die Tabuisierung der politischen und historischen Geografie nach 1945 erweist sich nicht als förderlich für die deutsche Geschichtsschreibung. Bei genauerer Betrachtung der Vorgänge zeigt sich allerdings, dass nicht – wie Schlögel 1999 schrieb – ein antifaschistischer Alarmismus zur Errichtung des „Raum-Tabus“ führte, sondern im Gegenteil ein postfaschistischer Täterschutz.²⁸

Wie dem auch sei: Dieser neuerliche „Turn“ wird, so signalisiert Schlögel schon durch den auf den „Biogeografen“ Friedrich Ratzel anspielenden Titel seines nun in Buchform vorliegenden Plädoyers für den „Raum“, zu einer exakten, Text für Text vorgehenden Auseinandersetzung mit der „Volksgeschichte“ zwingen. Denn ohne Zweifel wird ein solcher „Turn“ auch eine Menge Material nach oben spülen, das lange nicht mehr bearbeitet wurde und im Zusammenhang der Geo-Ethno-Historie der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus entstanden ist. Des weiteren wäre zu beachten, dass es in der deutschen Geschichtsschreibung traditionelle, tief eingeschriebene Argumentationen aus der Zeit des „Primats der Außenpolitik“ gibt, die wohl nicht ohne weiteres reaktiviert werden sollten – wie zum Beispiel die Erzählung von der „Mittellage“.

Die Geschichtswissenschaft, so argumentiert Schlögel, habe jahrzehntelang das „Verschwinden der Geografie“ organisiert, die sich jetzt aber durch die „Raumrevolution“ (Fall der Berliner Mauer, 11. September 2001) zurückgemeldet habe. Insofern stünden wir mitten in einem „Paradigmenwechsel“, der die Räumlichkeit sozialer Prozesse in das Zentrum historiografischer Aufmerksamkeit stellen müsse und werde. Dabei beruft er sich einerseits und unter anderem auf einen Aufsatz des „Annales“-Historikers Henri Lefebvre aus den 50-er Jahren: „Das Kapitalverhältnis

²⁸ Vgl: Karl Schlögel: Die Wiederkehr des Raumes. Die Konkretwerdung der Welt nach dem Verschwinden der Systeme, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.6.1999.

wird gefasst als die antagonistische Entfaltung von – geradezu körperlich-physischen – Raumverhältnissen.²⁹ Für eine historisch-geografische Mikrogeschichte ergeben sich hieraus interessante Fragestellungen. Und makrohistorisch ist die von Schlögel empfohlene politische Geografie des „Weltsystems“, wie sie im Zusammenhang mit der „Dependenztheorie“ von Fernand Braudel, Immanuel Wallerstein oder André Gunder Frank entwickelt wurden, mit Sicherheit eine Herausforderung.

Dennoch hat dieses Plädoyer für die Räumlichkeit des Geschichtsdenkens auch Warner auf den Plan gerufen. Denn Schlögel setzt sich zwar an zahlreichen Stellen des Buches von einer „ontologisierten“ Begrifflichkeit des Raumes ab, und niemand kann ihm vorwerfen, Anhänger deutscher Großraumpläne zu sein. Dennoch haben schon mehrere Rezensenten des im Allgemeinen begeistert aufgenommenen Buches unscharfe Traditionskritik diagnostiziert.³⁰ „Es führt kein Weg von Ratzel zu Hitler“, heißt es zum Beispiel apodiktisch an einer Stelle des Bandes, der schon im Titel auf den Erfinder der „Biogeographie“ anspielt. An anderer Stelle trifft man auf eine Ahnenreihe Alexander v. Humboldt – Carl Ritter – Friedrich Ratzel, dazwischen immer wieder auf „Annales“- Bezüge. Solche Ahnengalerien wollen die Geografen nicht gelten lassen. Nach Hans-Dietrich Schultz begründete Ratzel die „imperiale Variante des Paradigmas der Geografie“,³¹ die die „harmonisierende“ Geografie eines Carl Ritter ablöste und sehr wohl Verbindungen zur späteren „Raumpolitik“ des Nationalsozialismus aufwies. Die schnelle Urbanisierung ließ bei Ratzel und seinen Schülern den Eindruck entstehen, Deutschland sei „überbevölkert“ und müsse zusätzlichen „Lebensraum“ erwerben.³² In der Geografiegeschichte gilt Ratzel heute als „Stammvater“ der „ethno-voluntaristischen“ Geografie des „Kulturbodens“, die „die Lage der Grenzen zwischen den ‚Lebensräumen‘ nicht mehr nach den Charakteristika der Landesnatur bestimmte, sondern nach dem *Behauptungswillen* der Völker“.³³ Aufgrund seiner hochgradig politisierten Entstehungsbedingungen muss mit kulturgeografischem Material vorsichtig umgegangen werden, dann zumal, wenn es aus den 20-er Jahren stammen sollte.

²⁹ Schlögel, *Im Raume ...*, S. 65ff.

³⁰ So z.B. Albrecht Weisker: Rezension Karl Schlögel: *Im Raume lesen wir die Zeit*, kult.geschichte.huberlin.de/index.asp?pn=rezensionen&type=rezbuecher&cid=3267.

³¹ Vgl. Schultz: *Herder und Ratzel*, a.a.O., S. 138.

³² Vgl. zum Lebensraum-Topos und der Großraum-Konzeption bei Ratzel und Hitler im Vergleich: Hans-Dietrich Schultz: *Versuch einer Historisierung der Geographie des dritten Reiches am Beispiel des geographischen Großraumdenkens*, in: *Geographie und Nationalsozialismus*, Kassel 1989, S. 1–75 (=urbs et regio, Bd. 51).

³³ Vgl.: Schultz: *Herder und Ratzel* a.a.o., S. 141.

Um ein Beispiel zu nennen, das nicht aus der „Ost-“ sondern der „Westforschung“ stammt: Wem ist noch bekannt, dass selbst eine heute ganz selbstverständlich klingende geografische Bezeichnung „Oberrheinische Tiefebene“ von ihrem Schöpfer – Friedrich Metz, der lange Zeit als geografischer Hoffnungsträger der „Volksgeschichte“ galt und in Baden-Württemberg nach dem Krieg die staatliche politische Bildungsarbeit aufbaute – als anti-französischer Kampfbegriff benutzt worden ist? Auch Metz war Mitte der 20-er Jahre als Auslandsdeutschum-Lehrkraft in Berlin im Gespräch. Seine Referenzen waren einige Publikationen über die „Oberrheinische Tiefebene“, die im Vorschlagschreiben der Berliner Philosophischen Fakultät als „einige der besten Arbeiten, die je über Grenz- und Auslandsdeutschum geleistet worden“ seien, gelobt wurden: „Als genauer Kenner von Baden und des Elsass zeigt Metz, wie viele Fäden hinüber und herüber laufen, wie eng die geografischen und völkischen Beziehungen zwischen beiden Ufern des Rheins sind. Mit Kenntnis und Geschick tritt er manchen französischen Ansprüchen, namentlich den Darlegungen von Vidal de la Blache in seiner ‚France de l’est‘, entschieden entgegen.“³⁴

Der französische Geograf Paul Vidal de la Blache hatte darauf abgehoben, dass sich zumindest im 18. und 19. Jahrhundert ein nur schwacher Güterverkehr über den daher als „natürliche Grenze“ aufzufassenden Strom ergeben habe. Als designierter Anti-Vidal der westdeutschen Landeskunde konnte Metz diesem Argument eine nord-südliche statt west-östliche Dialektschichtung entgegenhalten; ausführlich beschrieb er die historisch-geografische „Spiegelbildlichkeit“ der beiden Rheinufer und verwies auf die badische Rheinkorrektion, die aus einem homogenen „Stromgebiet“ erst zwei Ufer habe entstehen lassen. So konnte er den fehlenden Verkehr quer über den Fluss letztlich etwas paradox als Beweis der „organischen“ Einheit beider Ufer anführen: Zwischen zwei Gleichen habe es nichts zu tauschen gegeben.³⁵ Der nachträgliche Kommentar, Metz' Forschungen über „das Wesen dieser deutschsprachigen Grenzländer“ seien nicht von „nationalistischen Erwägungen“ bestimmt gewesen, sondern hätten auf die „Erkenntnis des Gemeinsamen“ gezielt,³⁶ ist daher so zutreffend wie irreführend: Gerade in der „Erkenntnis des Gemeinsamen“ lag nämlich Metz' völkischer Nationalismus.

³⁴ Das Vorschlagschreiben Keyser/ etz: UA Berlin Phil. Fak. Nr. 132, Blatt 471–478.

³⁵ Friedrich Metz: Die oberrheinische Tiefebene und das Elsaß, in: Wilhelm Volz (Hrsg.): Der westdeutsche Volksboden, Breslau 1925, S. 24–35, S. 31. Vgl. auch: Friedrich Metz: Der Oberrhein als Grenze (1925), in: Emil Meynen/Ruthardt Oehme (Hrsg.): Land und Leute. Gesammelte Beiträge zur deutschen Landes- und Volksforschung, Stuttgart 1961, S. 238–254, S. 239.

³⁶ Emil Meynen/Ruthardt Oehme: Friedrich Metz, in: Dies. (Hrsg.): Land und Leute. Gesammelte Schriften zur deutschen Landes- und Volksforschung, Stuttgart 1961, S. 1095–1100, S. 1097.

Es braucht tatsächlich niemand „Angst zu haben“ vor einem „Spatial Turn“ – doch sollte man sich gut seiner Gewährsleute versichern. Viele der Texte, Tabellen und Karten, die den Historikern auf diesem Pfad begegnen werden, sind unter den Bedingungen der „Volks- und Raumgeschichte“ der 20-er Jahre entstanden. Sie können heute nur noch „konstruktivistisch“ gelesen werden, eher als Dokumente von Raum-Projekten denn als dessen Abbildung. Dafür spricht schon die Tatsache, dass die meisten dieser Texte aus einer „volkskonstruktiven“ Haltung heraus geschrieben worden sind. Viele junge „Volkshistoriker“ waren Anhänger eines politisierten Wissenschaftskonzepts, wie es seinerzeit Max Hildebert Boehm als „metapolitischen Realismus“ postuliert hat: „Hier erscheint der Geist auf das Leben bezogen: es ist der Weg bewusster volklicher Willens- und Gesinnungspflege.“³⁷ Oder, wie es der deutsche Sprachwissenschaftler Friedrich Schürer einmal gesagt hat: „Synthese: das ist Schöpfung, Analyse ist der Tod.“

Als Wegmarken dieses kritischen Blickes eignen sich vielleicht die neun Kategorien, die zur Unterscheidung der verfeindeten Holismen der 20-er Jahre vorgeschlagen worden sind:

(„Annales“ – „Volksgeschichte“)

Totalité – Organische Ganzheit

Synthèse – Zusammenschau

Science de l'homme – völkische Wissenschaft

Société – Volk

Espace – Raum

Explication/construction – Wesensbestimmung

Modernité – Anti-Modernismus

Objectivité – Anti-Objektivismus

Rationalité – Anti-Rationalismus³⁸

Denn wenn die in diesem kurzen Thesenpapier vertretene Ansicht stimmt, dass bestimmte, oft beklagte Defizite der (west)deutschen Geschichtswissenschaft letztlich in der jahrzehntelangen Unfähigkeit einer Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Fachs ihren Grund haben, müssen wir, die Erben des Ganzen, vor einer Wendung zum „Raum“ oder gar „Kulturraum“ die Raum- und Volksgeschichte der 20-er und 30-er Jahre genauestens „dekonstruieren“. Sonst importieren wir nicht nur interessante Fragestellungen und erschließen neues Material, sondern möglicherweise auch eine ganze Menge „altes Denken“.

³⁷ Max Hildebert Boehm: Deutsche Grenz- und Auslandskunde als politische Wissenschaft, in: Weltpolitische Bildungsarbeit an preußischen Hochschulen. Festschrift für Kultusminister Becker, Berlin 1926, S. 165–181, S. 180.

³⁸ Schöttler, Rheingrenze, S. 289.

Realpolitik und Hybris

Im Folgenden soll nicht versucht werden, Geschichte als Kampf zwischen imperialistischen Interessen zu deuten oder zu zeigen, dass Geschichte heute von derartigen Interessen instrumentalisiert werde. Die Absicht ist vielmehr, am Beispiel des Münchener und des Potsdamer Abkommens einen Begriff von der Politik bürgerlicher Staaten zu entwickeln, wie sich diese Staaten gegen die Feinde der Zivilisation verteidigen und wie sich diese Politik abspielt zwischen den Polen der Realpolitik und der von den Realpolitikern gescholtenen Hybris, die ich „militanten Idealismus“ nennen möchte. Dabei wird auch klar werden, unter welchen Umständen Weltpolitik als Kampf zwischen imperialistischen Mächten erscheinen kann und warum dieses Bild zur Erklärung der modernen Weltpolitik wenig taugt. Geschichte, in statischen Kategorien begriffen, kann der künftigen Emanzipation nichts nützen. Was in der bisherigen Geschichte als fortschrittlich erscheint ist daher auf seine Widersprüchlichkeit zu befragen, um herauszufinden, welchen Nutzen diese fortschrittlichen Momente in emanzipatorischer Absicht haben können. Sie lassen sich nicht auf einer Geraden auftragen, die ins Unendliche verlängert zum Kommunismus führen würde. Sie gehören keiner Vorstufe zu einer emanzipierten Gesellschaft an, keiner auf halbem Weg stehen gebliebenen; ihr Nutzen ist allein – aber das ist nicht wenig –, den antizivilisatorischen Kräften entgegenzustehen, die jede Hoffnung auf Emanzipation unmöglich machen.

Ein Schwerpunkt der folgenden Darstellung wird daher nicht darauf liegen, inwiefern Versatzstücke aus der Geschichte instrumentalisiert werden, sondern darauf, wie die realpolitisch gerechtfertigte Parteinahme gegen die Hybris – also den Versuch Geschichte zu machen, Voraussetzungen zivilisierten Zusammenlebens aufrecht zu erhalten – sich als Parteinahme für die Barbarei offenbart.

I

1. Realpolitik ist vordergründig an Stabilität, an der Erhaltung des *status quo* interessiert. Sie hat sich – aus welchen Gründen auch immer – mit den gegebenen Verhältnissen abgefunden und ist bemüht, Störungen dieser Verhältnisse zu vermeiden. Auf ihre Feinde reagiert die Realpolitik zunächst mit Verständnis. Das tschechoslowakische Außenministerium berichtete z.B. 1938, dass der britische Sonder-

botschafter Lord Runciman „der Ansicht ist, dass Hitler nicht wisse, wie er in der ganzen Welt verhasst ist. Wenn er nur etwas die Taktik ändern und auf die gewohnte Art (!) verhandeln würde, könnte er großes Verständnis finden. [...] Hitler ist nach ihm ein Analphabet in wirtschaftlichen Dingen. Wenn er einen Begriff von dem desaströsen Stand der deutschen Finanzen und Wirtschaft hätte, würde dies die beste Bürgschaft des Friedens sein.“ (Václav Král (Hrg.), *Das Abkommen von München 1938*, Academia Praha: 1968, S. 199) Weil es sich für den Realpolitiker um Sachzwänge handelt, die respektiert werden wollen, wenn die Stabilität der Verhältnisse gewahrt bleiben soll, ist er ratlos gegenüber jenen, die der Zivilisation den Kampf angesagt haben. Lässt sich die prinzipielle Feindschaft, der man sich gegenüber sieht, nicht länger ignorieren, macht sich Defätismus breit: der Gegner ist nicht zur Einsicht zu bringen.

Realpolitik ist nicht realistisch, sondern Politik aus Überzeugung. Sie beruht nicht auf Schwäche, handelt nicht aus der vernünftigen Überlegung, dass man gegen eine hoffnungslose Übermacht eben nicht in den Krieg ziehen könne.

2. Die Begriffe Realpolitik und *appeasement* sind gleichermaßen missverständlich, wird in ihnen doch – dort wo sie kritisch verwendet werden – nur behauptet, dass gegenüber einer Macht, die bekämpft werden sollte, beschwichtigend aufgetreten wird bzw. dass statt eines Ideals, dass es hochzuhalten gälte, man sich in scheinbaren Sachzwängen verstricke. Hartnäckig hält sich die Legende, die ČSR sei militärisch machtlos, der deutschen Aggression nichts entgegen zu setzen gewesen. Zwar hat die massive Aufrüstung Deutschlands seit Beginn der 30-er Jahre zu einer militärischen Parität, ja einer deutschen Überlegenheit auf dem Gebiet der Luftwaffe geführt, von einer Machtlosigkeit kann aber keineswegs die Rede sein. So schreibt der tschechoslowakische Außenminister Krofta am 24.9.1938, also kurz vor der Münchener Konferenz: „Gegen achtzig deutsche Divisionen stünden heute im Falle eines Angriffs bereit, falls morgen und übermorgen uns die Mobilisation nicht gestört wird, bald vierzig unserer Divisionen. Nach der Durchführung der Mobilisation werden wir jeden Angriff und zwar sehr lange aushalten.“ (Václav Král (Hrg.), *Das Abkommen von München 1938*, Academia Praha: 1968, S. 252)

Dabei ist von einer Koalition noch keine Rede, nicht davon, was eine konzertierte Aktion von ČSR, Frankreich und England bewirken könnten, geschweige denn von einer Einbeziehung der Sowjetunion.

Die Politik, die Chamberlain und Halifax betrieben haben, wird durch den Begriff des *appeasement* also eher verdunkelt als erhellt. Ging es ihnen doch nicht vorrangig darum, aus Angst vor dem nationalsozialistischen Deutschland jede Konfrontation zu vermeiden, sondern viel eher darum, die nationalsozialistische Politik in Bahnen zu lenken, die mit den englischen Interessen verträglich seien. Dass die

von Deutschland ausgehende Bedrohung wieder verschwände – sei's aufgrund interner Kämpfe, sei's weil sich die damaligen Schurkenstaaten Deutschland und Sowjetunion in einem Krieg gegenseitig aufrieben – war keineswegs eine unrealistische Annahme. Das dilatorische Wesen der Realpolitik zeigte sich auch schon beim Abessinienkrieg: Als Mussolini seinen Krieg gegen Abessinien begann, galt es vom Völkerbund, seinem Mitglied beizustehen:

„Unter Englands Führung und unter dem von Laval ausgeübten Druck umging das mit der Ausarbeitung der Sanktionen betraute Völkerbunds-Komitee alles, was einen Krieg auslösen konnte. Eine große Anzahl Waren, darunter auch Kriegsmaterial, wurden von der Ausfuhr nach Italien ausgeschlossen, und ein imposanter Plan wurde aufgestellt. Öl hingegen, das für den abessinischen Feldzug unerlässlich war, wurde weiter frei eingeführt, denn es war klar, dass eine Sperrung dieser Einfuhr Krieg bedeutete. [...] Überdies hätte dann auch Deutschland gesperrt werden müssen. Der Export von Aluminium nach Italien war streng verboten; aber Aluminium war fast das einzige Metall, das Italien über den eigenen Bedarf hinaus produzierte. Gegen die Einfuhr von Schrott und Eisenerz legte man im Namen der öffentlichen Gerechtigkeit ein entschlossenes Veto ein. Da jedoch die metallgewinnende Industrie Italiens nur wenig davon verarbeitete und da Stahlbarren und Roheisen nicht betroffen wurden, erlitt Italien keine Behinderung [...] Der Völkerbund schritt also zur Rettung Abessiniens mit dem Vorsatz, das nichts getan werden dürfe, was die italienischen Invasionsarmeen hinderte.“ (Winston S. Churchill, Der zweite Weltkrieg, Scherz-Verlag:1948)

Dass in diesen Kalkulationen der nationalsozialistische Terror außen vor blieb, die antizivilisatorische Front, die sich zusammenbraute, nicht erkannt wurde zeigt das *appeasement* als eine Instanz der Realpolitik. Auch wo es dieser um die Erhaltung bürgerlicher, demokratischer, also relativ fortschrittlicher Ordnungen zu tun ist, macht sie diese spezifische Differenz zur weltweiten Regression doch nie zum Zweck ihres Handelns. Erst nachdem der Krieg Großbritannien – wie später den USA – aufgezwungen worden war, fand die Differenz Eingang ins öffentliche Bewusstsein. Demokratie und Freiheit wurden, wie in ganz wenigen Augenblicken der Geschichte, mehr als nur ein Propagandamittel, um die eigenen Leute bei der Stange zu halten.

Es gilt, sich die falsche Rationalität der *appeasement*-Politik klar zu machen. Ebenso wenig wie auf „Feigheit“ beruhte sie auf Dummheit, Gewissenlosigkeit oder Kaltherzigkeit. Der Wunsch, einen Krieg zu vermeiden, war durchaus ernst gemeint, gewiss motiviert durch die Opfer, die der vorhergehende Weltkrieg gebracht hatte, und das Bewusstsein, wie wenig zu gewinnen sei. Außerdem muss man annehmen, dass der deutschen Volkstumspolitik, wie sie sich vor allem in der Zerschlagung der Tschechoslowakei äußerte, Verständnis, wenn nicht Sympathie entgegengebracht wurde. Der Rassismus Woodrow Wilsons und die Idee vom Selbstbestimmungsrecht der Völker bestimmte auch die internationale Politik.

Ein wesentliches Merkmal der Realpolitik – die Stelle, an der sie ihren reaktionä-

ren, bedrohlichen Charakter zeigt – ist ihre Opferbereitschaft. Ja richtig: Realpolitik ist bereit vieles, fast alles zu opfern – und ist wenig wählerisch in der Auswahl dieser Opfer. In den Jahren 1937/38 war die faschistische Aggression gegen die Tschechoslowakei das Problem, dem sich die zivilisierte Welt gegenüber sah. Es ist eine lange und traurige Geschichte, zu verfolgen, mit welchem immensen diplomatischen Druck Großbritannien und Frankreich die Tschechoslowakei drängten, noch die abstrusesten Forderungen der Sudetendeutschen anzunehmen. Um so trauriger, als sich Großbritannien in der Tat an der Seite der Tschechoslowakei wählte. „Wenn England in Berlin scharf einschreiten soll“, berichtete das Prager Außenministerium von einer Unterredung mit dem britischen Außenminister Halifax, „muss es unsere Zugeständnisse in der Hand haben, und zwar solchen Umfangs, dass es Hitler sagen könne: ‚Wenn ihr das nicht annehmt, sehen wir, dass ihr euch überhaupt nicht einigen wollt, und wir werden alle Konsequenzen daraus ziehen.“ (Václav Král (Hrsg.), *Das Abkommen von München 1938*, Academia Praha: 1968, S. 209) Leider bestanden diese Konsequenzen stets darin, von der Tschechoslowakei noch weitgehendere Zugeständnisse zu fordern.

3. Es ist erhellend, den weiteren Verlauf zu verfolgen, den die Realpolitik in der Nachkriegsordnung spielte. Zunächst will es scheinen, als ob zwischen der *appeasement*-Politik der unmittelbaren Vorkriegszeit und der bipolaren Ordnung des kalten Kriegs Welten lägen. Es soll hier auch gar nicht darum gehen, die Realpolitik zum alles bestimmenden Prinzip zu erklären und etwaige Unterschiede abzuleugnen. Bestimmend für das, was in der Weltpolitik geschieht, ist die weltpolitische Situation, die auftretenden Mächte und ihre Gegner. Das sei ganz absichtlich so abstrakt formuliert, um darauf hinzuweisen, dass man ohne Ansicht des konkret-einzelnen Gegenstands über diesen eben nichts erfährt. Kritik der Realpolitik ist nur unter dem Gesichtspunkt sinnvoll, inwieweit sich in ihr bestimmte Sachzwänge der demokratischen Gesellschaften äußern, inwieweit die Verfolgung dieser Politik sich in Widersprüche verwickelt und inwieweit sich aus diesen Widersprüchen eine andere Art der Politik entwickeln kann.

Unter diesem Gesichtspunkt fallen Gemeinsamkeiten ins Auge. Wieder galt es, Stabilität zu wahren; wieder galt es den Krieg zu vermeiden (hier sei auf die sogenannten Stellvertreterkriege verwiesen und darauf, dass der Vietnamkrieg als relativ begrenzter Polizeieinsatz begann).

Von konservativen Kritikern wurde der Realpolitik bis hin zu Ronald Reagan vorgeworfen, sie sei dem Kommunismus gegenüber zu weich. Womit nicht nur angedeutet sei, woran dieser militante Idealismus selbst sich wieder in Widersprüche verwickeln wird, sondern auch, dass er sich keineswegs als für die Reproduktion der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung funktional erweisen muss.

Ebenso wenig wie die *appeasement*-Politik war die Realpolitik zimperlich, was die Wahl ihrer Opfer betraf. Die Unterstützung autoritärer Regime war an der Tagesordnung; Guerilla-Bewegungen, Todesschwadronen, aber auch subtilere Methoden der Destabilisierung unliebsamer Regierungen wurden nicht verschmäht. Ziel war es, die Stabilität zu erhalten, und damit war die Realpolitik eine ganze Zeit lang erfolgreich. Die Welt erschien als eine Ansammlung von Souveränen, die sich entsprechend ihrer Stärke als Imperialisten betätigen konnten, zum Objekt dieser imperialistischen Betätigung wurden oder, mangels Bedeutung, ganz aus dem weltpolitischen und weltökonomischen Rahmen herauszufallen drohten. Warum aber ist diese Realpolitik nun aber gescheitert?

II

Gescheitert ist die Realpolitik eben daran, dass sie es nicht mit einer Ansammlung kleiner und großer Imperialisten zu tun hatte, die versuchten, zum Nutzen der heimischen Ökonomie ihre Souveränität zu wahren und auszubauen, sondern dass sie es mit Gegnern zu tun hatte, mit denen auf dieser Grundlage einfach nicht vernünftig zu reden war. Wie schon erwähnt, bestand die Politik Frankreichs und Großbritanniens gegenüber der Tschechoslowakei darin, letztere zum Nachgeben zu bewegen. Das lag daran, dass der Konflikt realpolitisch-abstrakt als friedensbedrohender eingestuft wurde, den es um so ziemlich jeden Preis zu lösen galt, statt dass er als ein Konflikt zwischen einer barbarischen, totalitären Macht und einem demokratischen Staat begriffen worden wäre. Die Darstellung des Schicksals, das die Tschechoslowakei in den Jahren 1938/39 erfuhr, liest sich wie ein Drehbuch für die Zerschlagung Jugoslawiens fast 60 Jahre später, nur dass diesmal Deutschland die Rolle des Erpressers mit der des Diplomaten vereinigen sollte. England und Frankreich, deren Aufgabe es doch gewesen wäre, den Krieg gegen Deutschland vorzubereiten, konferierten fortwährend darüber, wie man die Tschechoslowakei dazu bringen könne, auf die Forderungen der Sudetendeutschen einzugehen. Als es im Mai 1938 zu von den Henleinfaschisten provozierten Unruhen kam, daraufhin Kriegsvorbereitungen getroffen wurden, welche die Fragen nach den militärischen Allianzen aktuell machte, verfielen die Westmächte auf die Idee, die Tschechoslowakei zu „neutralisieren“, um der Kriegsgefahr zu begegnen. Das geschah nicht, aber auf weiteren britischen und französischen Druck hin wurde die tschechoslowakische Regierung dazu gebracht, auf Henleins Forderungen fast komplett einzugehen. Weil die Quintessenz der deutschen Politik aber der Hass auf die tschechoslowakische Demokratie war, genügte auch das nicht. – Und immer noch wurde realpolitisch verfahren. Um die Deutschen nicht zu verstimmen, wurde in

der Folge unmittelbar mit Deutschland verhandelt. Schließlich wurde auf der Münchener Konferenz die Annexion weiter Gebiete durch Deutschland beschlossen. Die Geschichte ist damit nicht zu Ende. Wer suchte, der fand – Volksgruppen, die bei der weiteren Zerlegung der Tschechoslowakei dienlich sein konnten, deren Legitimität in Frage stellten und die Tschechoslowakei zumindest diplomatisch in ein derartiges Chaos stürzten, dass es nur durch einen großen deutschen Polizeieinsatz zu lösen war.

III

1. Auf einer im April 2004 von George Bush gemeinsam mit Ariel Scharon abgehaltenen Pressekonferenz wurde – laut der internationalen Presse – eine Trendwende der amerikanischen Nahostpolitik eingeleitet. Sieht man sich an, was Bush gesagt hat, stellt man fest, dass von einer „Trendwende“ nur die Rede sein kann für Leute, die ganz im Geist der *Realpolitik* leben und daher von der Realität und von den Notwendigkeiten dieser Realität außerhalb der diplomatischen Rituale nichts wissen wollen:

„It seems clear that an agreed, just, fair and realistic framework for a solution to the Palestinian refugee issue as part of any final status agreement will need to be found through the establishment of a Palestinian state, and the settling of Palestinian refugees there, rather than in Israel. As part of a final peace settlement, Israel must have secure and recognized borders, which should emerge from negotiations between the parties in accordance with UNSC Resolutions 242 and 338. In the light of new realities on the ground, including already existing major Israeli population centers, it is unrealistic to expect that the outcome of final status negotiations will be a full and complete return to the armistice lines of 1949, and all previous efforts to negotiate a two-state solution have reached the same conclusion. It is realistic to expect that any final status agreement will only be achieved on the basis of mutually agreed changes that reflect these realities.“ (Statement by the President, 14.4.2004)

Besonders sensationell ist das alles nicht. Nun mögen im kalten Krieg ausgebildete Diplomaten Grenzen, die auf einem Waffenstillstand von vor mehr als fünfzig Jahren basieren, für unantastbar erklären und von bösen Annexionen raunen – zwei Dinge sind im Nahen Osten schlicht Realität. Zum einen seit Oslo die palästinensische Selbstverwaltung; und die bedeutet, dass es ungeachtet des Fanatismus der Bevölkerung und der Mordgier der Führer einen palästinensischen Staat geben wird. Zum anderen, und seit noch längerer Zeit, gibt es israelische Siedlungen, deren Bewohner weder im Land der Selbstmordattentäter leben, noch Richtung Meer vertrieben werden. Beides, die Gründung eines palästinensischen Staates und die israelische Annexion von Gebieten, die nach allen sachlichen Kriterien schon lange israelisch sind, sind Realitäten. Dass der amerikanische Präsident diese Realitäten konstatiert ist also nicht weiter bemerkenswert. Bemerkenswert ist, mit welcher In-

brunst diese Realität verleugnet wird, und zwar sowohl von der internationalen Presse, als auch von der internationalen Diplomatie. Aufschlussreich sind die Bemerkungen von George Bush allenfalls deswegen, weil die amerikanische Politik in der Vergangenheit selbst *realpolitisch* war.

2. Churchill hat in seinem Buch über den zweiten Weltkrieg geschildert, dass er, wäre er wiedergewählt worden, die Oder-Neiße-Linie keinesfalls als Grenze in der Nachkriegsordnung akzeptiert hätte, weil sie die Entwurzelung weiterer Millionen von Menschen bewirkte. Dass ist sicherlich bereits im Zeichen des Kalten Krieges geschrieben; der Machtbereich des Ostblocks drohte sich vorzuschieben, bereits besetztes Territorium musste geräumt werden. Es mag auch einem – freilich deplazierten – Humanismus Churchills zuzuschreiben sein. Diese Äußerungen verweisen aber auf einen interessanten Punkt, an dem die Realpolitik sozusagen durch die Hintertüre wieder den Schauplatz der Geschichte betritt: nämlich auf die Unfähigkeit, die völkische aber auch die bürgerlich-demokratische Vergesellschaftung zu begreifen. Von Churchill ist zwar der Satz überliefert, die Deutschen habe man entweder am Hals oder zu den Füßen – in seinem Buch schreibt er aber von der Sympathie, die er für die Deutschen empfunden habe, die in abgerissenen Kleidern begeistert applaudierten, als er aus seinem Wagen gestiegen war. Dass die Deutschen begeistert und aus voller Überzeugung am nationalsozialistischen Krieg und Massenmord teil hatten wurde nicht nur von den Deutschen selbst abgeleugnet, sondern auch von jenen verdrängt, die sie unter größten Mühen und Einsatz ihres Lebens niederwarfen. Und tatsächlich scheint es schlechterdings unbegreiflich, dass sich Millionen von Deutschen mit der Barbarei identifizierten, wollte man nicht einen scheinbar angeborenen Nationalcharakter annehmen. Das aber hieße, jeden Anspruch auf Zivilisation aufzugeben und selbst am eben erst niedergeworfenen Übel teilzuhaben. Konnten die Deutschen denn ganz andre Menschen sein als die Bürger der alliierten Staaten? Schon diese Frage geht von einem Bild aus, in dem eine Masse von Individuen aus individueller Überlegung heraus handelt, mittut oder sich verweigert. Einige Individuen, die beim grauenvollen Spiel nicht mitmachen wollten, mag es selbst in Deutschland gegeben haben. Das Individuum in seiner völkischen Vergesellschaftungsform ist aber gerade kein mündiges, selbstbestimmtes, über sein Schicksal selbst entscheidendes Subjekt. Das soll nicht heißen, die Täter wären für ihr Tun nicht verantwortlich gewesen; es soll nicht heißen, es habe sich um lauter Marionetten gehandelt; es soll nicht einmal heißen, dass die Deutschen in einem großen Rausch und wie von Sinnen gehandelt hätten, denn über ihr Tun waren sie sich durchaus im klaren und haben sich zu ihm bekannt. Es handelte sich aber nicht um Menschen, die individuell dem Bösen verfallen wären, sondern um solche, die sich stets schon als Teil des völkischen und nationalsozia-

listischen Kollektivs verstanden und auf dieser Grundlage geurteilt und gehandelt haben. Nicht für individuelles Vergehen sind sie verantwortlich zu machen, sondern als Mitglieder des barbarischen Kollektivs, in dem sie ganz aufzugehen wählten.

Eine Politik, die nicht mehr auf die Erhaltung der Souveränität, auf Stabilität hin angelegt war, sondern um den Preis der eigenen Vernichtung Verhältnisse schaffen musste, die den antizivilisatorischen Kräften Einhalt gebot, war den Beteiligten zum größten Teil aufgezwungen. Angesichts der von Deutschland angerichteten Gräueltaten erschien diese Politik als eine Selbstverständlichkeit. Gerade aber, weil den Siegern ihre eigene Humanität, ihr Mitleid mit den Besiegten und ihr Ideal der menschlichen Gleichheit in die Quere kam, mündete der Kampf für die Zivilisation in die neue Realpolitik des kalten Krieges. Wie mit dem besiegten Deutschland umzugehen sei schien angesichts des Krieges für die Zivilisation offensichtlich. Der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau listete nur Banalitäten auf: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung und Demokratisierung. In bereits abgeschwächter Form fanden diese 4 Ds auch Eingang in das Potsdamer Abkommen, das abgeschlossen wurde, nachdem Morgenthau bereits Opfer der neu um sich greifenden Realpolitik geworden war. Antiimperialistische Demagogen erklärten die Nicht-Durchsetzung der Entnazifizierung aus der anti-kommunistischen Kumpanei mit den Amerikanern und schoben so die Schuld vom umschmeichelten deutschen Volk auf amerikanische Kapitalisten und das eigene Volk verhetzende Nazis. Der Charakter der Realpolitik wird damit völlig verkannt. Dass man sich mit den Deutschen arrangieren konnte, dass die Entnazifizierung nicht durchgesetzt werden musste, selbst dass die amerikanische Politik daraus strategische Vorteile ziehen konnte war erst möglich, nachdem man sich erneut der Realpolitik ergeben hatte. Die Entnazifizierung wurde aufgegeben, weil sie nicht mehr nötig erschien. Der Realpolitik erscheint die Zivilisation, einschließlich aller bürgerlichen Werte als schönes Ideal, in der Praxis aber käme es aber „darauf an“ – ja darauf, ob solche Ideale ins politische Kalkül passten. Die Ansprüche der Zivilisation, zum Ideal geworden, sind harmlos, und man kann annehmen, dass im weiteren Verlauf der Realpolitik, auch während südamerikanische Diktaturen unterstützt wurden, an diesen Idealen festgehalten wurde. Insofern ist Realpolitik höchst idealistisch. Nur in wenigen Augenblicken der bürgerlichen Geschichte will man vom Ideal nichts mehr wissen, sondern von der Realität. Dann wird, für einige Augenblicke die Realpolitik überwunden. Dann wird getan was als notwendig erscheint. Den eingefleischten Realpolitikern, die von den realen Notwendigkeiten nichts wissen wollen, erscheint deren Verfolgung als Hybris.

IV

1. Walter Benjamins Geschichtsphilosophie ist in ihrem Kern eine Kritik der bürgerlichen Geschichtsphilosophie, die nicht nur im 19. Jahrhundert bei Hegel oder Marx, sondern auch im 20. Jahrhundert und bis heute die Essenz der Geschichtsbetrachtung ausmacht. Als Theorie ist die Geschichtsphilosophie heute zwar verpönt. Das bedeutet aber nichts Anderes, als dass sie als Ideologie, über deren Herkunft und Gültigkeit man sich keine Rechenschaft mehr gibt, ins allgemeine Denken eingegangen ist. Die Elemente der Geschichtsphilosophie sind die Fortschrittsgläubigkeit und der Gedanke der Wiederkehr des Immergleichen. Die Form dieser Geschichtsphilosophie hat sich geändert. Sie ist heute nicht mehr als Theorie über die Geschichte zu haben, sondern in einer neuen Form, in der die geschichtsphilosophischen Ideologeme in eine Theorie über die Gesellschaft eingeflossen sind. Die Wiederkehr des Immergleichen erscheint verdinglicht in den anthropologischen und biologischen Theorien, die bestimmte Verhaltensmuster dem Menschen „an sich“ aus seiner Natur zuschreiben. In dem Maße, in dem Machtstreben, Konkurrenzgeist, die heute üblichen Formen zwischenmenschlicher Beziehungen zur Menschennatur erklärt werden, kann auch in der künftigen Geschichte nichts Anderes geschehen, als was aus ihrem bisherigen Verlauf bekannt ist. So verpönt die Fortschrittsgläubigkeit heute ist – und über den Glauben, die Gesellschaft würde sich zu einem besseren, vielleicht irgendwann gar lebenswerten Ort wandeln, mokieren sich heute schon die Grundschüler –, so verbreitet bleibt sie doch in der Form, die den geschichtlichen Fortschritt schon verwirklicht glaubt. Das geht zwar einher mit Zukunftsangst und apokalyptischen Gedanken, in der Beurteilung der Gegenwart ist stets der apologetische Vergleich mit der Vergangenheit gegenwärtig, in der es noch schlechter gewesen sei. Die bestehende Ökonomie wird gerechtfertigt durch den Vergleich mit frühkapitalistischen Zuständen, die postfaschistische Demokratie durch den Vergleich mit dem Faschismus, die Demokratie durch den Vergleich mit Sklaverei und Feudalismus, die moderne Familie durch den Vergleich mit Gesellschaften, in denen Patriarchat und sexuelle Verklemmung derbere Formen angenommen haben.

Benjamins Geschichtstheorie ist nichts Anderes als eine Kritik dieser Geschichtsphilosophie. Geschichtsphilosophie verschwand nicht dadurch, dass sie sich nicht mehr als solche zu erkennen gab, sondern sich in der Soziologie verdinglichte. Die Marxsche – nicht die marxistische – Geschichtsphilosophie war Geschichtsphilosophie in einer rationalen Form. Sie war noch keine *Kritik* der Geschichtsphilosophie, wohl aber Geschichtsphilosophie als Kritik bzw. Kritik als Geschichtsphilosophie. Ihr Kern ist nicht die mythische Weiterentwicklung der Geschichte nach metaphy-

sischen Prinzipien, sondern das Drängen darauf, dass die Kritik der Gesellschaft, die Erkenntnis über deren Widersprüchlichkeit, Unzulänglichkeit, sich im Geschichtsverlauf zu verwirklichen hätten. Nicht automatisch, wohl aber so, dass es zur Abschaffung des einmal als schlecht Erkannten keines eigenen Imperativs mehr bedarf. Die materialistische Begründung der Geschichte bedeutet nichts Anderes, als dass die im praktischen Zusammenleben der Menschen ausgemachten Probleme ausgeräumt werden. Geschichte entwickelt sich durch den Willen der Menschen weiter. Diese Entwicklung liegt nicht in der Willkür Einzelner, sondern hat ihrer Basis im objektiv Gegebenen. Die Marxsche Geschichtsphilosophie unterscheidet sich dadurch von der Hegelschen ebenso wie von ihrer Vulgärform, dass nicht in der Geschichte selbst ein Wille zur Weiterentwicklung postuliert wird, sondern sich die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung aus der Gesellschaft selbst ergibt. Mit der Geschichtsphilosophie sind heute nicht deren falsche theoretische Voraussetzungen verpönt, sondern jeder Wille zur Veränderung. Ihre Voraussetzungen haben sich in der bürgerlichen Wissenschaften verdinglicht.

Benjamins Kritik der Geschichtsphilosophie geht aus von einer Eigentümlichkeit der Marxschen Geschichtsvorstellung. Es ist nicht damit getan, einige Mängel auszuräumen. Es geht nicht darum, einzelne Momente der Gesellschaft oder der Ökonomie zu verbessern: das geschieht im kapitalistischen Zusammenhang ganz von alleine. Es geht schon bei Marx darum, durch die kommunistische Revolution einen Zustand zu erreichen, in dem die Geschichtsentwicklung eine ganz andere Form annähme und die Geschichte der Klassenkämpfe ein Ende nähme. Verschwunden wären die Zwänge, von denen die Individuen bisher in einen blinden Naturzusammenhang gepresst worden waren. Der Kern dieser Überlegungen ist bei Marx die Revolution des Proletariats, das zu seiner Selbstbefreiung keine neue unterdrückte Klasse mehr schaffe, sondern, indem es sich von seinen Beherrschern befreit, der Unterdrückung der Menschen durch Menschen ein Ende macht. Benjamin beschäftigt sich nicht mit dem damals schon bedenklich gewordenen Subjekt dieser Bewegung, sondern mit der Analyse des geschichtlichen Überganges selbst. Diesen Übergang erkennt er als einen, der keine Fortentwicklung der Geschichte sein, sondern nur als Heraustreten aus dem geschichtlichen Kontinuum verstanden werden kann. Innerhalb des geschichtlichen Kontinuums ist das am Werk, was heute Sachzwang genannt wird. Diesen Sachzwängen werden die gesellschaftlichen Verhältnisse angepasst, es entstehen neue Sachzwänge und werden überwunden: das ist der Prozess der bürgerlichen Geschichte. In keinem Augenblick sind die Zwänge und Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft verschwunden, sie erhalten nur eine immer neue Form. In den geschichtlichen Widersprüchen wird die Dialektik sichtbar. Diese Dialektik bedeutet nichts Anderes, als im Medium des Denkens die

Widersprüche in eine neue Einheit aufzuheben. Diese Widersprüche drängen zu einer Lösung, zu einer neuen Einheit, deren Verwirklichung den geschichtlichen Verlauf ausmacht. Das *Heraustreten* aus der Geschichte, auf die es Benjamin ankam, bedeutet, sich gerade nicht auf diese dialektische Weiterentwicklung der Geschichte einzulassen, also nicht auf eine Verewigung der bestehenden Sachzwänge in einer bloß immer anderen Form, sondern die Dialektik stillzulegen, ihre Widersprüchlichkeit zu erkennen und aus dem geschichtlichen Kontinuum herauszutreten. Der als Hybris geschmähete militante Idealismus verbleibt in diesem Rahmen. Seine Kampfansage an die weltgeschichtlichen Zwänge ist nur halbherzig. Daher sind die Grenzen, an die er stößt, diejenigen, die ihn stets in das Reich der Realpolitik zurückführen.

2. Die Realpolitik kommt wieder zu Ehren. Die Widersprüche, in die sich die neokonservative Ideologie verwickelte, führt nicht dazu, dass sie weiterentwickelt, angepasst, konsequent zu Ende geführt würde, sondern dazu, dass – in Anbetracht des Möglichen – auf bewährte Konzepte der Realpolitik zurückgegriffen wird. Dabei geht die Erkenntnis verloren, dass es gerade diese Konzepte waren, die zur Etablierung der gegenwärtigen Barbarei beigetragen haben.

„The U.S. reversed its policy of excluding former Baathists from the Iraqi army – a policy devised by Chalabi – and Marine commanders even empowered former Republican Guard officers to run the pacification of Fallujah. [...]

Belatedly realizing that Chalabi's promise to build a secular, pro-Israel Shiite government is not going to come true, in the past couple of months the neocons in the Defense Department have tried to come up with a new plan. Feith, Wolfowitz and others are backing away from the Shia, due to their ties to Iran as well as Chalabi's deceptions. They are trying to cobble together a coalition of rehabilitated Sunni Muslim Iraqi Army officers and Kurdish leaders backed by their militias that would have Shia participation, but in a reduced role.“ (John Dizard, How Ahmed Chalabi conned the neocons)

Wie fatal es ist, dass die Widersprüche, denen sich die Neokonservativen gegenübersehen, zu einer Rückkehr zur Realpolitik führen, wird deutlich, wenn man die israelische Situation mit einbezieht. Wesentlicher Teil der neokonservativen Strategie war es, Verhältnisse zu schaffen, in denen der Druck auf Israel gemindert, die existentielle Bedrohung dieses Landes gemildert wird. Traditionell hat die amerikanische Regierung für Israel nicht mehr als das Nötigste getan, die Unterstützung neigte dazu, mit seiner strategischen Bedeutung verrechnet zu werden. Den Neokonservativen war es um die Existenzfähigkeit Israels selbst zu tun: Angesichts der antisemitischen Barbarei, der dieses Land gegenüberstand, schien die Unterstützung Israels notwendig, ungeachtet des Nutzens, den die USA davon haben sollten. Im Zuge der Realpolitisation droht Israel wieder sich selbst überlassen zu werden. Weil es nun darum geht, *stabile* Verhältnisse zu schaffen, kann es dazu kommen, dass Negroponte, der die Contras für den Nicaraguakrieg ausgebildet und die hon-

durantischen Todesschwadronen unterstützt hatte, zum künftigen Botschafter im Irak ernannt wurde. Die Sehnsucht nach Stabilität ist aber nichts als eine Selbstaufgabe, in einer Situation, in der nur eine *Destabilisierung* der barbarischen Regime in Frage kommen sollte.

„The nomination of Mr. Negroponte is sure to be seen as a victory for Secretary of State Colin L. Powell, who had argued that the job required a candidate with diplomatic experience, bureaucratic skills and experience dealing with military commanders.“ (New York Times, 19.4.2004)

Und die Neuorientierung zieht weitere Kreise. Vieles deutet darauf hin, dass nun sämtliche Feinde der Realpolitik kaltgestellt werden. Einige Scharfmacher dürfen bleiben, aber gerade diejenigen werden verschwinden, die keine ‚hawks‘, weil sie als harte Kerle gelten wollten, sondern die bereit waren, mit hohem Einsatz das durchzusetzen, was ihnen als notwendig erschien. Leuten wie Negroponte erscheint ein autokratisches Regime dagegen als gute Alternative zum Chaos.

Als verhängnisvoll haben sich nicht die Scharfmacher erwiesen, nicht die neokonservative Strategie ist gescheitert, sondern gerade die Realpolitiker unter den Neokonservativen. Die haben es nämlich für geschickt gehalten, nicht auf die Notwendigkeit hinzuweisen, so in die Welt einzugreifen, dass die Mindestanforderungen im Zeitalter der Industrialisierung und der Massenvernichtungswaffen genügt, sondern mit falschen Karten zu spielen und Verheißungen auf einen leichten „Sieg“ zu machen. Es hätte klar sein sollen, dass es – wie glimpflich der Irakkrieg auch abgehen sollte – zu einem „Sieg“ im imperialistischen/anti-imperialistischen Sinne nicht kommen würde.

3. Die Voraussetzung zur Veränderung der Welt ist, dass sie zumindest prinzipiell der Vernunft zugänglich ist. Die Menschen müssen also – auch wenn sie nicht rational handeln – als Subjekte begriffen werden, die für ihre Taten verantwortlich sind und rational handeln können. Für Realpolitiker dagegen gibt es nur Mächtige. Sie hatten ihre Bevölkerung im Griff zu behalten, durften dazu so gut wie jedes Mittel anwenden und wurden außenpolitisch beschwichtigt.

Eine der Prämissen neokonservativer Politik ist es, ganz im Sinne der alten Aufklärung, den Einzelnen für seine Taten verantwortlich zu machen. Die Palästinenser, die Iraker, die Araber: Sie sind keine Marionetten ihrer Herrschaft, sondern sie hasen die Juden, die Amerikaner und die Freiheit.

Das widerspricht einer Gesellschaftstheorie, die stets um Verständnis für den Einzelnen bemüht ist und ihn als Opfer der Umstände sieht. Damit ist einerseits der individuelle Täter aus dem Schneider, andererseits aber das Individuum als solches entmündigt. Die postulierte Allmächtigkeit der gesellschaftlichen Umstände wird dadurch erst eigentlich in die Welt gesetzt, weil nun bei jeder politischen Entscheidung, jedem gesellschaftlichen Engagement und sogar den meisten Reflexionen

über die Gesellschaft von den Möglichkeiten und der Verantwortung des Einzelnen abstrahiert wird.

Diese *Ideologie* über die Gesellschaft ist eine Verdrehung der wirklichen Verhältnisse. In der Tat ist der Einzelne kein autonomes Subjekt, das unabhängig von seiner Umwelt agierte. Die Gewaltverhältnisse, die er vorfindet, und die materiellen Mittel, über die er verfügt, bestimmen die Möglichkeiten, die er hat, in der Gesellschaft zu handeln; seine Erziehung, seine Umwelt, legen ihm bestimmte Verhaltensmuster nahe. Handeln wird er aber stets aus eigenem Willen; und für das Handeln und dessen Folgen ist er verantwortlich zu machen.

V

Über naiven Fortschrittsoptimismus rümpft man die Nase. Jeder weiß Bescheid: Der Fortschritt führt ins Verderben. Die große Umweltkrise wartet nur, der Atomkrieg droht sowieso, und zuviel Rationalität und Vernunft machen die menschliche Intuition kaputt. Dieser ideologische Fortschrittspessimismus ist gegen die einzige Waffe gewendet, die das Los der Menschen verbessern könnte: die Vernunft. In der Tat ist der Fortschritt eine jede junge Angelegenheit und hat sich in der Geschichte kaum je konsequent verwirklichen können. Reinen Fortschritt gab es nur in der Naturbeherrschung und der Entwicklung der Produktivkräfte seit Beginn der industriellen Revolution. Der Fortschritt der Gesellschaft und der Fortschritt derjenigen Wissenschaften, die nicht unmittelbar auf Naturbeherrschung ausgerichtet sind, ist dagegen weitaus fragwürdiger. Zunächst nicht deswegen, weil der Fortschritt in den Geisteswissenschaften oder in der Gesellschaft negative Begleiterscheinungen gezeitigt hätte, sondern weil von einem Fortschritt in weiten Bereichen gar nicht die Rede sein kann. Die Geschichtsauffassung des historischen Materialismus meint eine beständige Entwicklung der Philosophie und der Wissenschaft zu mehr Erkenntnis und zu mehr Vernunft, also eine Durchsetzung des Fortschritts zu erkennen. Diese Entwicklung habe bei Marx, insofern es sich um eine bürgerliche handelte, bei Hegel, ihren Gipfelpunkt erreicht. Danach sei die bürgerliche Wissenschaft vor allem in einem Abwehrkampf gegen den Marxismus befangen gewesen und hätte sich entweder als Positivismus darauf beschränkt, die für die Verwertung des Kapitals nötigen Kenntnisse zu sammeln und auszuwerten, oder in ihren irrationalen Strömungen versucht, die Vernunft selbst, die sich im Marxismus verwirklicht habe, zu diskreditieren. Das ist fragwürdig. War Lichtenberg ein fortschrittlicherer Denker als Montaigne? War Hobbes fortschrittlicher als Bacon? War Goethe fortschrittlicher als Lessing? Die Liste könnte endlos fortgesetzt werden, und die Fragen sind nicht leicht in die eine oder die andere Richtung zu

entscheiden. Das liegt einerseits daran, dass all diese Denker sich an einer Gesellschaft abgearbeitet haben, von deren Klassegegensatz sie abstrahiert haben, und deswegen zu einer Erkenntnis der Verhältnisse, der sie unterworfen waren, nicht durchdringen konnten. Die Widersprüche, die sie nicht als solche der Gesellschaft erklären konnten, mussten sie in ihrem eigenen Denken abbilden und sich dadurch notwendig in Widersprüche verheddern. Neben dieser ideologischen Funktion des Denkens und der Philosophie können aber fortschrittliche Momente nicht ganz abgestritten werden. Die Kritik falscher Verhältnisse ist auch dann wertzuschätzen, wenn sie nicht zum Kern der Sache durchdrang und die Kritik partiell blieb. Da sich die Kritik aber nie verwirklichen konnte, weil auch der Klassenantagonismus bestehen blieb, blieb es immer nur bei einzelnen Momenten der Wahrheit, die erkannt wurden. Diese Momente haben sich nicht von Denker zu Denker aufsummiert, sondern lassen sich erst aus einer Perspektive, in der das falsche Ganze erkannt ist, zum Fortschritt der Menschheit zusammenfassen. Am Fortschritt mitgewirkt werden sie erst dann haben, wenn sich die Emanzipation der Menschen verwirklicht haben wird. Was gesellschaftlich als Fortschritt erscheint ist tatsächlich auf einen recht engen Zeitraum beschränkt. Bei penibler Rechnung auf ein halbes Jahrhundert zwischen Französischer Revolution und 1848, bei großzügiger Rechnung auf ein gutes Jahrhundert bis zum Scheitern der Revolutionen am Ende des Ersten Weltkrieges. Es mag dies das Verdienst von Marx und Engels sein, dass sie verhinderten, dass die Arbeiterbewegung schon hundert Jahre früher auf Bad Godesberger Programmatik eingeschwenkt war. Nur in diesem Zeitraum stand tatsächlich die Befreiung der Menschen auf dem Programm. In praktischer Hinsicht, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes, unterdrücktes Wesen ist, in geistiger Hinsicht, sie aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien. Wie aber mit der nicht selbstverschuldeten Unmündigkeit umgehen, deren Beseitigung die Voraussetzung für jene praktische Tat wäre? Über diese Frage ist die Aufklärung zugrunde gegangen.

Ich habe zu Anfang gesagt, dass es darauf ankäme, die Geschichte so zu betrachten, dass man aus ihr Nutzen ziehen könne für eine zukünftige Emanzipation. Ein solcher Versuch ist freilich fragwürdig. Aus der Shoah lässt sich kein Nutzen für die Emanzipation ziehen und aus ihrer Betrachtung ebenso wenig. Die Verhältnisse so einzurichten, dass sich Auschwitz nicht wiederhole, ist zwar eine Prämisse, ohne die vernünftiges Denken nach Auschwitz gar nicht mehr möglich war – es ist aber keine handfeste Erkenntnis, die dienlich wäre, einer emanzipierten Gesellschaft näher zu kommen. Vielmehr deutet sich in ihr die große Antithese an, dass der Kampf um menschliche Emanzipation – zumindest auf unabsehbare Zeit – vertagt, wenn nicht aufgegeben werden muss, weil es alleine darum zu tun ist, der Regression des

Bewusstseins und dem Fortschreiten der Gesellschaft ins Barbarische entgegenzutreten. Und dieser Kampf ist nicht der gleiche wie der um Emanzipation. Ein Kompromiss lässt sich da nicht finden, würde er doch nur vor der Konsequenz des eigenen Denkens zurückschrecken, von der Wahrheit nichts wissen wollen und damit das Bemühen um Emanzipation verraten, selbst an der Regression teilhaben. Alle Bemühungen, denen es um die menschliche Emanzipation, die immer nur eine individuelle sein kann, zu tun ist, um eine befreite Gesellschaft, den Kommunismus, die Erlösung oder wie man es sonst nennen möchte, sind also überhaupt nur möglich, wenn sie sich zugleich ohne alle Nuancen und Differenzierungen dem Vorwärtstreiben von Geist ins Irrationale und Gesellschaft in schlechte Kollektivität entgegenstemmt. Aber auch umgekehrt lässt sich um eine Welt, in der sich Auschwitz nicht wiederholt, nur dann bemühen – will man sich nicht in Widersprüche verwickeln – wenn nicht mehr der Zweck die Mittel heiligt, sondern am aufgeklärten Ideal selbstverantwortlicher, selbst- und eben nicht fremdbestimmter Menschen nicht nur festgehalten wird, sondern diese Selbstbestimmung individuell von der rein geistigen auf die soziale Existenz ausgedehnt und gesellschaftlich auf alle Menschen erweitert wird. Das klingt nach Utopie und ist angesichts der herrschenden Verhältnisse unmöglich. Es ist zugleich das Notwendige. 8.5.2004

Nachwort von Florian Beck zu seinem Referat

Ein Referent, der bei seinen Zuhörern auf Widerstände trifft, die verhindern, dass ein kritischer Dialog um die Sache zustande kommt, sieht sich dem Problem gegenüber, dass eine Verdeutlichung des Gesagten dessen Wiederholung wäre. Da die hier vorliegende Textsammlung eine wiederholte Lektüre gestattet, erübrigen sich mit den meisten Nachfragen auch die Antworten. An ihrer Stelle stehen hier einige Andeutungen, die über das Gesagte hinausgehen.

Geschichte lässt sich kaum davor bewahren, instrumentalisiert zu werden. Würde jemand aus der Geschichte lernen oder lernen wollen, wäre ihm daraus kein Vorwurf zu machen. Und freilich ist der gute Wille den meisten, die sich auf die Geschichte berufen, abzunehmen. Nach dem, was man hierzulande für Ideologiekritik hält, wirft man jenen, die auf die Geschichte verweisen, vor, dieser Verweis diene nur der Rechtfertigung ihrer heutigen Untaten. Fraglich ist, ob es einer solchen Rechtfertigung bedarf. Von der deutschen Regierung wurde während des Krieges gegen Jugoslawien darauf hingewiesen, dass man aus Auschwitz gelernt habe. Doch krankt die Entlarvung eines dunklen, die Geschichte instrumentalisierenden Zweckes daran, dass es einen Legitimationsbedarf nicht gab. In der öffentlichen Moral

war die endlich wieder aktive Kriegsbeteiligung Deutschlands über jeden Zweifel erhaben.

Geschichte ist kein Ein-für-allemal-Gegebenes; Vergangenes wird nicht zum heutigen Gebrauch instrumentalisiert – sondern das Vergangene selbst ändert seinen Charakter. Nicht immer wird zur bewussten Lüge gegriffen und die Geschichte umgeschrieben: oft genügt es, das Vergangene in einen neuen Kausalzusammenhang einzubetten. Die deutsche Ideologie wusste schon immer, Geschichte werde vom Sieger geschrieben. Doch schon nach ganz kurzer Zeit waren die Sieger über Deutschland nur mehr Siegermächte. Seine Macht kann der eine verlieren und ein anderer gewinnen. Nach dem gewonnenen Jugoslawienkrieg weiß sich zumindest Deutschland selbst als Siegermacht zu schätzen, die Degussa streicht den Lohn ihrer nachhaltigen Geschäftspolitik ein, und die Deutschen haben an Auschwitz keine Schuld mehr zu tragen, sondern den Nutzen eines Lerneffekts. Dass Auschwitz ein Fehler gewesen sei, man aber aus seinen Fehlern lerne, zeigt, was der Geschichte widerfährt, wenn sich Deutsche ihrer annehmen.

Die Lehre, die aus der Vergangenheit zu ziehen ist, scheint durch die Bedürfnisse der Gegenwart gesetzt. Realpolitik, könnte man sagen, steht immer in der Tradition der Vergangenheit. Auch wenn sie behauptet, eine Lehre aus ihr zu ziehen, so betont sie doch die Sachzwänge und die Gesetzmäßigkeiten, die aus der Vergangenheit auf uns überkommen seien. Hybris dagegen ist es, zu versuchen, den Lauf der Dinge zu ändern, die Welt nicht so zu belassen, wie sie ist. Bei militanten Idealisten mag sich die Instrumentalisierung der Geschichte im engeren Sinne häufiger finden. Die Realpolitik dagegen zieht die ganze Geschichte in den Dreck. Keine der beiden Haltungen kann der Geschichte gerecht werden. Weniger deswegen, weil ihnen die Geschichte nur Zweck wäre, das Bestehende oder das Geplante zu rechtfertigen, sondern weil das Bestehende wie das Beabsichtigte von einer Art sind, die das Vergangene selbst beschädigt. Der „dritte Weg“ zwischen Idealismus und Realismus – der angeblich konsequenter Kritik – ist so fragwürdig, wie er offensichtlich erscheint. Wer unter den Gräueln auf der Welt ein kleineres Übel auszumachen meint hat schon teil an der Barbarei. Aber derjenige, der verzweifelt den Kopf darüber schüttelt, dass alles gleich schlimm sei, erst recht. Kritik, die zunehmend jede Chance einbüßt, verwirklicht zu werden, wirkt erst kindisch und schließlich unverständlich. 1949 meinte Adorno, nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, sei barbarisch. Der zweite Teil des Satzes wird selten zitiert. Auch die Erkenntnis auszusprechen, warum es heute unmöglich sei, Gedichte zu schreiben, sei davon angefressen, also selbst barbarisch. Dass Adorno dieses Urteil später nicht aufrecht erhielt hing wohl wohl damit zusammen, dass er den Rest an Optimismus, der sich in jenem Urteil ausdrückte, verlor. Er hatte nicht damit gerechnet, wie wenig man, zu-

mal in Deutschland, das Grauen an sich heranließ. Adornos Urteil war nicht überspitzt, es drängt sich auf. Eine Ahnung von der Barbarei, zumindest der Absurdität nicht nur jeder poetischen Tätigkeit, vermittelt es, wenn man sich nach einer Lektüre einer Tageszeitung wieder der Musik oder der Philosophie zuwendet. Nur im Angesicht des Grauens ist es barbarisch, Gedichte zu schreiben. Es dennoch zu tun, heißt vor dem Grauen zu resignieren. Und wer gar nicht weiß, warum man es nicht tun sollte, ist blind.

Der Abbruch der idealistischen Politik ist in den Verhältnissen angelegt, in denen sie sich organisiert. Der Idealismus ist nicht als lobenswerter festzuhalten; zu stark sind die Rückbeziehungen zur Realpolitik. Der militante Idealismus ist ein Resignationsphänomen der Realpolitik, insofern diese ihre eigenen Grundlagen untergräbt und auf den Abgrund zusteuert, jene aber die Grundlagen wiederherstellt. Die Verzweiflung, dass es so nicht weiter gehen könne, droht stets im eifrigen Bekenntnis steckenzubleiben und es dem Realisten wieder zu überlassen, den Laden am Laufen zu halten.

Sogenannte Mindeststandards lassen sich daher keine angeben. Dem militanten Idealisten geht es nicht um sie, sondern um Notwendigkeiten. Mindeststandards sind eine trügerische Hoffnung: Sie entspringen der Angst; doch das, was Angst macht, wird sich auch über diese Mindeststandards hinwegsetzen. Gefragt ist vielmehr ein Negatives: die Bedrohung abzuschaffen. Doch mit formalen Mitteln kommt man nicht weiter, weder mit „Mindeststandards“ noch mit „Bedrohungen“ – denn welches bürgerliche Individuum fühlte sich nicht bedroht?

Die aktuellen Bezüge in einem Referat über das Münchener und Potsdamer Abkommen dienen der Verdeutlichung, dass es sich bei der Realpolitik der beteiligten Demokratien nicht um singuläre Ereignisse, um Nachlässigkeiten von *appeasement*-Politikern und kalten Kriegern handelte. Es ging um eine Erkenntnis der Geschichte, nicht der Gegenwart. Die Unterstützung der Selbstverteidigung Israels und des Kriegseinsatzes der USA bedürfen keiner geschichtlichen Rechtfertigung. Es reicht, ihre Gegner zu kennen, deren Sieg zu fürchten ist. Sie sind nicht nur in Israel und im Irak zu finden. Die Feindschaft gegen die USA und den Zionismus hebt die deutsche Selbstwertgefühls-Gemeinschaft. In Erwartung eines neuen US-Präsidenten hat der deutsche Außenminister bereits angedeutet, dass Realpolitik in Zukunft ohne einen deutschen Sitz als ständiges Mitglied im dann wieder aufgewerteten UN-Sicherheitsrat nicht auskommen wird. Und auch wer Amerika hasst muss ja mit irgendwem Geschäfte machen. Das ist der Triumph der Realpolitik.

Die Beneš-Dekrete im Jahr 2004 – Stolperstein Tschechiens auf dem Weg in die EU?

I. Einleitung

Am 1. Mai 2004 traten der Europäischen Union zehn neue Mitglieder bei. Unter ihnen ist auch die Tschechische Republik. Sie galt als einer der am besten vorbereiteten Beitrittskandidaten. Trotzdem bekam sie in der Abstimmung um die Aufnahme im Europäischen Parlament (EP) die wenigsten Stimmen von allen Bewerbern, unter anderem, weil einige deutsche Abgeordnete die Aufnahme der Tschechischen Republik stark ablehnten. Der Grund für diese Ablehnung liegt nicht in der Befürchtung, billige Arbeitskräfte könnten Existenzen in der BRD gefährden. Da Tschechien kein großes Agrarland ist, kann auch nicht der Kampf um die Verteilung der knapper werdenden Subventionen in diesem Bereich der wahre Grund sein. Die Abgeordneten begründen ihre ablehnende Haltung vielmehr damit, dass die so genannten Beneš-Dekrete nicht zurück genommen wurden und damit formal noch in Kraft sind.

Diese Dekrete stammen aus der Zeit der Neugründung der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und sind nach dem ersten Präsidenten, Edvard Beneš, benannt. Bis zum Zusammentreten der ersten tschechoslowakischen Nationalversammlung nach Kriegsende regierte Beneš mit Hilfe von Dekreten. Einige davon betrafen auch die Vertreibung der „Sudetendeutschen“ aus ihrer Heimat.

Nicht nur die deutschen Abgeordneten des Europa-Parlaments, auch andere Interessengruppen haben sich der Beneš-Dekrete angenommen. Die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ beispielsweise ist ein Verband, der laut Satzung für die Interessen der Vertreibungsoffer und derer, die sich als solche fühlen, streitet. Direkt von der Startseite ihrer Internetpräsenz aus bekommt man über den Namensgeber der Dekrete folgende Information: „Edvard Beneš, ..., gestorben am 3. September 1948, nachdem er sein Land dem Sowjetimperialismus ausgeliefert hatte ... An seinen Händen klebt das Blut von 250.000 Sudetendeutschen.“¹

Einführend wird die Geschichte der „Sudetendeutschen“ vor und nach dem Zwei-

¹ <http://www.mittleeuropa.de/benesch01.htm>.

ten Weltkrieg betrachtet. Anschließend erfolgt eine Auswertung der Diskussionen um die Beneš-Dekrete während der Beitrittsverhandlungen zwischen Tschechien und der Europäischen Union.

II. Die Entstehung des tschechisch-deutschen Problems

II. 1. Das Zusammenleben vor 1918

Schon im frühen Mittelalter hatten Slawen und Germanen regen Kontakt zueinander. Dieser war jedoch vorwiegend kaufmännischen Motivationen geschuldet. Im Rahmen der großen Siedlungsbewegung des 14. Jahrhunderts entstanden auch in Böhmen und Mähren viele neue Ortschaften. Für deren Aufbau und auch als Bewohner lockten einheimische Fürsten in großem Umfang deutsche Bauern, Handwerker und Bergbauspezialisten an. Angesiedelt hatten sich diese dann insbesondere im Raum des Gebirgszuges der „Sudeten“. Obwohl der Gebirgszug heute nicht nur mehrere Staatsgebiete umfasst, sondern zusätzlich auch unterschiedlichen Kulturkreisen Heimat bietet, wird zusammenfassend von den „Sudetendeutschen“ gesprochen.

Die „Sudetendeutschen“ halfen nicht nur beim Aufbau der fürstlichen Güter, sie waren nach ihrer Ansiedlung auch gern gesehene Abgabenzahler.² Von Beginn an fanden Auseinandersetzungen darum statt, welche Sprache amtlich sei, wem welche Zunftrechte zugesprochen werden sollten u.v.m.

Dem steht gegenüber, dass in der Hochzeit der böhmischen Kultur im Hoch- und Spätmittelalter die tschechischen und deutschen Anteile dieser Kultur gar nicht mehr eindeutig nachweisbar sind.³ Beide sind seit dieser Zeit eng ineinander verwachsen.

Im Gegensatz zu den Deutschen verfügten die Tschechen nach Auffassung von Friedrich Prinz lange Zeit nicht über ein eigenes Nationalbewusstsein. Sie fühlten sich als Teil Österreichs, bis sich während der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert ein neues tschechisches Nationalbewusstsein herausbildete.⁴ „Was sich seit der Revolution von 1848 vollzog, war die schrittweise und manchmal auch sprunghaft sich vollziehende politisch-gesellschaftlich-kulturelle Trennung von Tschechen und

² Vgl.: Friedrich Prinz: Deutsche und Tschechen zwischen Kultursymbiose und Nationalitätenkonflikt, in: Jürgen Herda/Adolf Trägler (Hrg.): Tschechien, der ferne Nachbar: Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989, Regensburg 1999, S. 12 f.

³ Vgl.: ebd. S. 14.

⁴ Vgl.: ebd. S. 18.

Deutschen auf Kosten der böhmischen Gemeinsamkeiten.“⁵ Fortan wuchsen die Probleme im Zusammenleben beider, die nun zeitgleich begannen, eine nationale Identität auszubilden.

Eine ganze Reihe von Ausgleichsverhandlungen fand im Jahr 1914 mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs ihr Ende. Die völlige Veränderung der Lage nach dem Krieg ermöglichte dann 1918 die Gründung der ersten Tschechoslowakischen Republik (ČSR).

II. 2. Die Zeit vor der Krise (1918–1930)

Bei einer Erhebung der Einwohnerzahlen des jungen Staates bekannten sich drei Jahre später 39,4% der Menschen im böhmischen und 27,6% im mährischen Grenzgebiet als Deutsche. Regional gab es jedoch gravierende Unterschiede. So erklärten sich in Kaplice sogar 90,2% der Menschen zu Deutschen. Insgesamt lebten auf dem Staatsgebiet der ČSR etwa 3,2 Millionen „Sudetendeutsche.“⁶ Auch unter ihnen wirkten die Folgen der deutschen Niederlage, die Mär des Raubfriedens von Versailles sei hier nur als ein Beispiel genannt.

Die aufkommenden Debatten um Volkstum und Wertigkeiten der einzelnen Völker gingen auch an den „Sudetendeutschen“ nicht vorbei. Ihre größte Kritik am neuen Staat bestand darin, dass ihnen – anders als den Tschechen und Slowaken – nicht ermöglicht wurde, als Volksgruppe auch eine nationale Identität mit der Folge einer Staatsgründung zu entwickeln. Später ging es dann darum, „heim ins Reich“ zu kommen. Häufig wurde darauf verwiesen, dass es im neu gegründeten Staat mehr Deutschstämmige als Slowaken gab, die Deutschen jedoch als Minderheit behandelt wurden.⁷

Trotzdem gab es eine große Zahl deutscher Einwohner, die sich aktiv am Aufbau des neuen Staates beteiligten, sowohl in der Wirtschaft als auch in Politik und Verwaltung. Bei den Parlamentswahlen 1925 stimmte eine große Mehrheit der Deutschen für Parteien, die sich ausdrücklich für eine Zusammenarbeit der Deutschen mit den Tschechen einsetzten.⁸ Auch in der ČSR waren die 1920-er Jahre eine Zeit der wirtschaftlichen und kulturellen Blüte. Besonders der tschechische Landesteil entwickelte sich zu einer der führenden Industrieregionen Europas.

Doch mit der Weltwirtschaftskrise verschlechterten sich auch hier die Bedingungen dramatisch. Am schärfsten spitzte sich die wirtschaftliche Situation ausgerech-

⁵ Ebd.

⁶ Vgl.: Beppo Beyerl: Die Beneš-Dekrete: zwischen tschechischer Identität und deutscher Begehrlichkeit, Wien 2002, S. 14.

⁷ Vgl.: Prinz, S. 22.

⁸ Vgl.: Beyerl, S. 16 f.

net in den Bereichen zu, die traditionell im Siedlungsgebiet der „Sudetendeutschen“ lagen. Der Fakt, dass von 800.000 Arbeitslosen in der gesamten Republik allein 500.000 „Sudetendeutsche“ waren, musste auch politische Konsequenzen haben.⁹ Unter den „Sudetendeutschen“ machte sich immer stärker die Auffassung breit, dass sie von Seiten des Staates und besonders durch die Tschechen benachteiligt und diskriminiert würden. Trotz einiger Belege für tatsächlich existente Fälle lässt sich dieser Vorwurf so nicht halten.¹⁰ Das Gefühl war jedoch der perfekt bereitete Boden für die Organisation des Faschisten Konrad Henlein.

III. Die Vertreibungen

Die Vertreibung „Sudetendeutscher“ war nicht die erste auf dem Gebiet der heutigen ČR. Bevor der zweite Weltkrieg ausbrach, mussten viele Tschechen ihre Heimat zu Gunsten Deutscher verlassen.

III. 1. Die Sudetendeutsche Heimatfront

Gefesselt und beseelt von der Bewegung der Turnvereine und einem großdeutschen Nationalismus, trat Anfang der 1930er Jahre Konrad Henlein in den Mittelpunkt der „Sudetendeutschen“ Bewegung. Der Sportlehrer wurde 1931 zum Vorsitzenden des Turnverbandes. Im Sommer des Jahres 1933 hatte die tschechoslowakische Regierung die Deutsche National-Sozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) und die Deutschnationale Partei (DNP) – zwei faschistische Parteien, die die Losung „Heim ins Reich“ vertraten und so an der Zersetzung der ČSR arbeiteten – verboten. Als Reaktion darauf gründete Henlein am 1. Oktober desselben Jahres die „Sudetendeutsche Heimatfront“ (SHF). Den Funktionären und Aktivisten der gerade verbotenen Parteien war die SHF als Sammelbecken gerade willkommen. Mit der Forderung nach der Herstellung der Volksgemeinschaft ging Henlein auf Stimmenfang. Den Nationalsozialisten passte dies hervorragend ins Konzept, weswegen sie „die semimilitärischen Wahlkämpfe der Heimatfront“¹¹ finanzierten. 1935 gewann die neu gegründete „Sudetendeutsche Partei“ (SdP) die Parlamentswahlen und wurde zur stärksten Partei der gesamten ČSR. Das von Henlein nach dem Wahlsieg an den Präsidenten Masaryk gesandte Schreiben, welches Loyalität versprach, kann im Rückblick als vorsätzlicher Täuschungsakt angesehen werden. Spätestens seit dem 19. November 1937 musste klar sein, wem Henlein zu folgen be-

⁹ Vgl.: Prinz, S. 22.

¹⁰ Vgl.: Beyerl, S. 17.

¹¹ Ebd. S. 19.

reit war. An diesem Tage gab er eine „Fidelitätserklärung“ zu Gunsten Adolf Hitlers ab.¹²

Etwa 60% der deutschen Bevölkerung der ČSR waren ein Jahr später bereits Mitglieder der SdP. Mit ihnen und der Unterstützung Hitlers konnte Henlein gegenüber der Regierung unerfüllbare Autonomieforderungen stellen. Am 12. September 1938 ließ Hitler auf dem Reichsparteitag die Maske fallen: „Wenn diese gequälten Kreaturen kein Recht und keine Hilfe selbst finden können, werden sie beides von uns bekommen!“¹³ Dem folgte das am 29./30. September ausgehandelte „Münchener Abkommen“.

III. 2. Vom Münchener Abkommen bis zur neuen Beneš-Regierung

Unter dem Eindruck der deutschen Drohung, in Prag einzumarschieren, stimmte Edvard Beneš dem Abkommen zu. Die Regierung hingegen verweigerte die Gefolgschaft, was in der ČSR zu der Auffassung führte, das Abkommen sei nicht rechtskräftig. Beneš flüchtete kurz nach seinem Rücktritt am 5. Oktober ins Exil nach London. Nur einen Tag nach Abschluss des Abkommens von München rückten Freikorps aus Süddeutschland unter Führung Henleins in die ČSR ein, die damit praktisch nicht mehr existierte.

„Während des Krieges gab es im Sudetengau die höchste Quote der NSDAP-Mitgliedschaft im ganzen Reich und die Forderung, die verbliebenen Tschechen aus dem Sudetenland auszusiedeln. Zuvor waren etwa 160.000 Tschechen, Juden und einige Tausend deutsche Antifaschisten zur Flucht aus dem Sudetenland gezwungen worden. Bis Kriegsende gab es im Sudetengau keinen sichtbaren Widerstand. Volk und Regime waren so gut wie identisch.“¹⁴

Auch wenn es in vielen Publikationen gar nicht erwähnt wird, sind doch diese Vertreibungen und die beispiellose Systemtreue vieler „Sudetendeutscher“ geschichtliche Fakten. Statt dies zu berücksichtigen, wenn Erklärungsversuche für die nach Kriegsende folgende Vertreibung Deutscher unternommen werden, finden sich Zitate, die Edvard Beneš lediglich Rachegepläne unterstellen.¹⁵

Unter der tschechischen Bevölkerung bestand große Angst, dass nach Ende des

¹² Vgl.: ebd. 20.

¹³ Zitiert nach: ebd., S. 21.

¹⁴ Jan Pauer: Der Streit um die Beneš-Dekrete, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2002, S. 918f.

¹⁵ Als Beispiel soll folgendes Zitat dienen: „Eduard Benesch [sic!] verlor keine Zeit ... Nun gedachten er und seine nationalkommunistische Regierung als erstes die Rechnung mit den Deutschen im Sudetenland zu begleichen, die jetzt in seiner Hand waren.“ Marco Picone Chiodo: Sterben und Vertreibung der Deutschen im Osten: die Vorgänge aus der Sicht des Auslands, Durchges. Ausg., Frankfurt/M; Berlin 1993, S. 249.

Krieges die Deutschen erneut an der Zersetzung der gerade wiedererstandenen ČSR arbeiten könnten. Zudem gab es eine Vielzahl von Menschen, die sich für das erlittene Leid an den Deutschen rächen wollten, was teilweise zu grauenhaften Massakern und brutalen Misshandlungen an Deutschen in der ČSR führte. Als Beispiele müssen hier der so genannte „Brünner Todesmarsch“, das Pogrom von Ustí nad Labem und die Inhaftierung Deutscher im KZ Theresienstadt genannt werden. In einigen Regionen wurden Deutsche gezwungen, ein „N“ auf ihrer Kleidung zu tragen, was sie als Deutsche kennzeichnen sollte.¹⁶

Bei diesen Ausschreitungen kamen nach Angaben der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, ihr nahe stehender Publizisten und Autoren mit offensichtlich nationalistischem Hintergrund 220.000 bis 250.000 „Sudetendeutsche“ ums Leben.¹⁷ Neuere Untersuchungen gehen jedoch von einer – zweifelsfrei erschreckend hohen – Zahl zwischen 23.000 und 40.000 Opfern aus.¹⁸

Diese Vertreibungen fanden ohne rechtliche Grundlage statt. Die Beneš-Dekrete sind nicht Grundlage dieser Handlungen, wenn auch in dieser Zeit begangene Straftaten später nicht mit aller Kraft strafrechtlich verfolgt wurden.

IV. Die Regierung Edvard Beneš und die Vertreibung der Deutschen

Schon in seinem Londoner Exil hatte Edvard Beneš Verhandlungen mit den Alliierten aufgenommen, um den Status und die Zukunft der ČSR nach einem Sieg über Deutschland zu diskutieren. Bereits in Teheran 1943 hatten sich Roosevelt, Churchill und Stalin im Rahmen der Debatten über eine Neuordnung Europas nach dem Krieg auf die Notwendigkeit von „Bevölkerungsaustausch“ geeinigt.¹⁹ Bis zur Potsdamer Konferenz im Juli 1945 konnte Beneš die Alliierten schließlich davon überzeugen, dass die Umsiedlung der „Sudetendeutschen“ ebenso wichtig sei wie die Umsiedlung der Deutschen in den Gebieten, die durch die Westverlagerung Polens nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr deutsch waren. So hatte die tschechoslowakische Exilregierung Ende 1944 ein Memorandum verfasst, in dem sie auf die Notwendigkeit der Aussiedlung Deutscher aufmerksam machte. Darin wurde auf die Teilhabe der „Sudetendeutschen“ an der Zersetzung der ČSR und

¹⁶ Das „N“ steht für „němec“, was die tschechische Entsprechung für „Deutscher“ ist.

¹⁷ Vgl.: Kapitel I.

¹⁸ Vgl.: Jaroslav Kučera: Diskussionen um Vertreibungsoffer, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 276, 3. Quartal 2002, S. 14.

¹⁹ Vgl.: Heinz Nawratil: Vertreibungsverbrechen an Deutschen – Tatbestand, Motive, Bewältigung, München 1982, S. 23.

auf die weitere Gefahr für den europäischen Frieden verwiesen. Die Alliierten schlossen sich dieser Auffassung an.²⁰ Diese Umsiedlung sollte jedoch so weit wie möglich rechtlich einwandfrei erfolgen. So war der Beschluss der Potsdamer Konferenz über die Umsiedlung Deutscher in der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen als völkerrechtlich verbindlich anzusehen.²¹ Eine Wertung dieser Ansicht sollte auf keinen Fall mit heutigen Maßstäben erfolgen, da dies die Gefahr eines „besserwisserischen und moralisierenden Urteil[s] über die Geschichte“²² in sich bergen würde, schreibt auch František Šamalík.

Beneš war von den Siegermächten als der rechtmäßige Regierungschef der ČSR anerkannt worden und übernahm folglich die Führung des wiedererstandenen Staates. Da es direkt nach dem Krieg kein korrekt gewähltes tschechoslowakisches Parlament gab, regierte Beneš mit Hilfe von Dekreten, die jedoch alle im Nachhinein vom Parlament bestätigt und damit legitimiert wurden. Insgesamt erließ er in der Zeit vom 11. Juli 1940 bis zum 27. Oktober 1945 143 Dekrete. Das erste, noch im Londoner Exil verabschiedete, betrifft die Gründung eines Staatsrates, der eine provisorische Staatseinrichtung sein sollte.²³ Aus rechtsstaatlicher Sicht ist das Fehlen eines Parlamentes selbstverständlich zu kritisieren. Die Frage nach der Möglichkeit, ein solches Parlament in der Zeit der NS-Diktatur zu errichten, stellt sich bei Betrachtung der Zusammenhänge jedoch gar nicht. Die Regierung in Form von Erlassen, den Beneš-Dekreten, schien also die einzige Möglichkeit zu sein.²⁴ Die Nationalversammlung, das vorläufige Parlament, konstituierte sich am 28. Oktober 1945 in Prag. Sie beendete damit die „dekretale Epoche“ und legitimierte die 143 Dekrete im Nachhinein durch Feststellung ihrer Rechtsverbindlichkeit.

Entsprechend der mit den Alliierten getroffenen Vereinbarungen wurde auch die Umsiedlung der „Sudetendeutschen“ durch Dekrete eingeleitet. Hier ist vor allem auf das „Dekret Nr. 5“ vom 19. Mai 1945 zu verweisen. Dort heißt es, dass unzuverlässige Personen enteignet und deren Vermögen unter tschechoslowakische Verwaltung gestellt werden. Als unzuverlässig werden per se alle angesehen, die deutscher oder magyrischer, also ungarischer Herkunft sind. Als Beleg für diese Herkunft wurde das Bekenntnis zu dieser Nationalität bei einer der nach 1929 durch-

²⁰ Vgl.: Samuel Salzborn: Die Beneš-Dekrete und die EU-Osterweiterung, in: vorgänge, Heft 2/2003, S. 47f.

²¹ Vgl.: ebd. S. 48.

²² František Šamalík: Streitpunkt „Benes-Dekrete“ – Die Rechtslage aus tschechischer Sicht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 04/1997, S. 486.

²³ Vgl.: Beyerl, S. 70.

²⁴ Vgl.: ebd.

geführten Volkszählungen genutzt.²⁵ Auf der Grundlage von „Dekret Nr. 12“ vom 21. Juni 1945 wurde alles Ackerland, das im Besitz von Deutschen oder Ungarn war, enteignet und tschechoslowakischen Bauern zur Verfügung gestellt. Ausgenommen davon waren gemäß Absatz 2 diejenigen, die an den Versuchen zum Erhalt der ČSR beteiligt waren. Eine Garantie dafür, dass Antifaschisten, die hier gemeint sind, tatsächlich nicht ebenfalls enteignet und ausgebürgert wurden, gab es jedoch nicht. Zudem wurde die Beweislast umgekehrt, so dass die Antifaschisten ihre Unschuld erst beweisen sollten.²⁶

Das „Dekret Nr. 33“ vom 2. August 1945 befasst sich mit der Staatsbürgerschaft der im Land befindlichen Deutschen und Ungarn. Alle, die seit dem „Münchener Abkommen“ eine andere als die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit angenommen hatten, verloren die Möglichkeit, wieder tschechoslowakische Staatsangehörige zu werden. Durch das Abkommen waren jedoch alle Deutschen im Protektorat Böhmen und Mähren zu deutschen Staatsbürgern geworden. Nur die Deutschen und Ungarn, die nie Verbrechen gegen die Tschechen oder Slowaken begangen und für den Erhalt der ČSR gekämpft hatten, konnten auch weiterhin deren Staatsbürger bleiben. Komplettiert wird dieses Dekret durch zwei Nachträge vom 19. September und 27. Oktober. In ihnen werden die Menschen, die durch das „Dekret Nr. 33“ keine Tschechoslowaken mehr waren, zu Zwangsarbeit verpflichtet. Zudem wird es für zulässig erklärt, dass „unzuverlässige Personen“ – gemeint sind Deutsche und Ungarn – verhaftet werden.²⁷

Zu diesen Dekreten gibt es nun die unterschiedlichsten Auffassungen. Jaroslav Šonka schreibt:

„Die meisten Experten sind sich einig, dass einige Dekrete einmalig wirkende Normen waren, die zwar viele moralisch zweifelhafte Auswirkungen hatten, letztlich aber legal waren und die neue Rechtsordnung begründeten. Sie entsprachen der damaligen Handlungsweise vieler Staaten und wurden durch die Haltung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sanktioniert.“²⁸

Dem völlig entgegengesetzt steht eine Auffassung, die sich auf der Internetseite der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ findet. In einem Text von Konrad Badenheuer heißt es:

²⁵ Vgl.: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Band III/I, Sonderausgabe des Weltbild Verlags, Augsburg 1994, S. 73. (Das Ministerium existiert nicht mehr.)

²⁶ Vgl.: Karl-Peter Schwarz: Nach böhmischem Brauch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.9.2003.

²⁷ Vgl.: Beyerl, S. 77f.

²⁸ Jaroslav Šonka: Zukunft statt Vergangenheit – Die Beneš-Dekrete und das deutsch-tschechische Verhältnis, in: Internationale Politik, 9/2002, S. 32.

„Manchmal werden die Benesch-Dekrete [sic!] mit den sog. Nürnberger Rassegesetzen verglichen, manchmal sogar mit dem Wannsee-Protokoll vom Januar 1942. Ein Vergleich der Texte führt zu einem eindeutigen Befund: Die Dekrete verstießen weitaus stärker gegen das Völkerrecht als die Nürnberger Gesetze, aber weit weniger stark als das Wannsee-Protokoll.“²⁹

Einen weiteren Beleg für diese Aussage führt Badenheuer nicht an. Auch im „Sudetensjahrbuch der Seliger-Gemeinde“ von 1995 taucht der Vergleich mit den Nürnberger Gesetzen auf,³⁰ wobei übersehen wird, „daß diese Dekrete – und insbesondere ihre umstrittenen Artikel – eine direkte Folge der Politik der Initiatoren der Rassenpolitik ist.“³¹ Zudem wird bei solchen Aussagen suggeriert, dass auch die wilden Vertreibungen – und dabei ist eine Menge von Verbrechen begangen worden – ebenfalls auf der Grundlage der Beneš-Dekrete geschehen sei. Das entspricht jedoch nicht den Fakten.

Im Zusammenhang mit den Dekreten muss immer auch das „Gesetz 115“ vom 8. Mai 1946 betrachtet werden. Darin werden Handlungen an Deutschen, die der Vergeltung dienten, von Strafe frei gestellt. Das galt auch für die Fälle, in denen gegen geltendes Recht verstoßen wurde. „Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes werden wohl sämtliche rechtsstaatliche Prinzipien verletzt.“³² Schließlich wurden hier Gewalttaten, Diebstähle und anderes zu legalen Handlungen erklärt. Ein Verstoß gegen die Menschenrechte kann an diesem Punkt nicht geleugnet werden.³³ Allerdings diente dieses Gesetz auch dazu, die Männer, die Heydrich töteten, nicht zu Mördern zu machen, die sie sonst laut Gesetz wären.

V. Einschätzung der Fortschritte durch die EU

Im Rahmen des EU-Beitritts musste und muss die heutige Tschechische Republik nachweisen, dass sie den Anforderungen der EU entspricht. Das gilt auch für den Bereich von Menschenrechten und Minderheitenschutz.

V. 1. Der Bericht 2001

Noch heute beklagen „Sudetendeutsche“ eine ungerechte Behandlung durch die ČR aufgrund der Beneš-Dekrete. So wird unterstellt, dass die Behandlung von Res-

²⁹ Konrad Badenheuer: Tatsachen über die Benesch-Dekrete, http://www.sudeten.de/bas/down/Benesch-Dekrete_Tatsachen.pdf.

³⁰ Vgl.: Šamalík, S. 485.

³¹ Ebd. S. 485f.

³² Beyerl, S. 78.

³³ Vgl.: ebd. S. 79.

³⁴ Vgl.: Schwarz, 4.9.2003.

titionsansprüchen nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln erfolgt.³⁴ Die Minderheit der „Sudetendeutschen“ werde demnach auch heute noch unterdrückt.

Dem widerspricht der „Regelmässige Bericht 2001 über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt“ schon in den ersten Zeilen des betreffenden Abschnittes. Dort ist zu lesen, dass die ČR nicht nur die erforderlichen Abkommen unterzeichnet hat. Sie schützt die Menschen- und Minderheitenrechte, was bereits in den Berichten der Vorjahre festgehalten wurde. „Mit einem neuen Gesetz über die Rechte nationaler Minderheiten wurde ein erster Schritt getan, um den gemeinschaftlichen Besitzstand zur Bekämpfung der Diskriminierung ... umzusetzen.“³⁵ Zudem wurde Mitte Dezember 2000 ein Schutzbeauftragter für die Bürgerrechte eingesetzt, dessen Arbeit im Bericht positiv erwähnt wird.

Fragwürdige Zustände im Bereich der Menschenrechte werden tatsächlich aufgeführt. Jedoch befassen diese sich mit Polizeimaßnahmen während des Treffens von IWF und Weltbank in der Hauptstadt Prag.³⁶ Eine Unrechtbehandlung vornehmlich „Sudetendeutscher“ kann also auch hier nicht erkannt werden. Hingegen trat im November 2000 ein Gesetz in Kraft, das nicht nur die Leugnung des Holocaust, sondern ebenfalls die Leugnung kommunistischer Gewaltverbrechen mit bis zu drei Jahren Haft belegt.³⁷ Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass die Aussiedlung der Deutschen und Ungarn aus der ČSR zu diesen Verbrechen gerechnet werden, was zu einem späteren Zeitpunkt belegt werden wird.

Die tschechische Regierung hat im Jahr 2000 große zusätzliche Anstrengungen unternommen, um die Situation der nationalen Minderheiten und der Roma zu verbessern. „Generell ist die Lage bei den anderen Minderheiten (etwa Slowaken, Polen, Deutsche, Ungarn und Ukrainer) zufriedenstellend.“³⁸ Es wurde ein Rat für nationale Minderheiten eingerichtet, der als Beratergremium der Regierung fungiert und mit respektablen Mitteln ausgestattet ist.

Von der Behandlung „Sudetendeutscher“ ist im weiteren Text, der sich kritisch mit der Situation der Roma auseinandersetzt, nichts zu lesen. In der allgemeinen Bewertung wird zusammengefasst, dass die „Tschechische Republik ... weiterhin die politischen Kriterien von Kopenhagen“^{39,40} erfüllt.

³⁵ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Regelmässiger Bericht 2001 über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt, 13.11.2001, S. 24.

³⁶ Vgl.: ebd. S. 25.

³⁷ Vgl.: ebd. S. 26.

³⁸ Ebd. S. 27.

³⁹ Vom Europäischen Rat gestellte Anforderungen an Länder, die der EU beitreten wollen.

⁴⁰ Ebd. S. 30.

V. 2. Der Bericht 2002

In diesem Bericht geht die EU deutlich auf das Thema Beneš-Dekrete ein. Es heißt:

„2002 gab es eine breite öffentliche Diskussion über die tschechoslowakischen Präsidialdekrete von 1945 und die nach Kriegsende erlassenen Rechtsakte im Zusammenhang mit der sudetendeutschen Bevölkerung sowie über die Gesetzgebung und Praktiken für die Rückerstattung seit Anfang der neunziger Jahre. Ministerpräsident Milos Zeman und Kommissar Günter Verheugen gaben im April 2002 eine gemeinsame Erklärung zu diesen Fragen ab. Bei dieser Gelegenheit vereinbarten sie, alle rechtlichen Aspekte einschließlich der bestehenden Rechtsprechung im Zusammenhang mit diesen komplexen Fragen sorgfältig zu prüfen. Diese Arbeiten waren am Ende des Berichtszeitraums noch nicht abgeschlossen. Das Tschechische Parlament und das Europäische Parlament haben Entschließungen zu diesen Themen angenommen.“⁴¹

Als nicht zufriedenstellend betrachtet die EU-Kommission in ihrem Bericht weiterhin die Lage der Roma in der Tschechischen Republik. Zur Lage der Deutschen und anderer nationaler Minderheiten wird festgestellt, dass deren Situation „größtenteils zufriedenstellend“⁴² ist. Im Bericht über die Lage der nationalen Minderheiten von 2001 stellt die tschechische Regierung eine Reihe immer wieder auftretender Probleme fest. Diese entstehen durch die Verwendung der Muttersprache der Minderheitengruppen. Zur Bewältigung dieser Situation hat die Regierung im Jahr 2001 insgesamt etwa 55 Millionen Tschechische Kronen (CZK) investiert.⁴³ Ob auch die deutsche Minderheit davon profitierte, wird nicht ausdrücklich erwähnt. Jedoch fehlen ebenso gegenteilige Aussagen, was nicht auf eine Benachteiligung schließen lässt. Zudem müsste in diesem Falle eine andere Einschätzung über die Situation der deutschen Minderheit im EU-Bericht erscheinen.

Die Allgemeine Bewertung des Jahresberichts kommt zu dem Schluss, dass die Tschechische Republik auch im Jahr 2002 die politischen Anforderungen von Kopenhagen erfüllt und zudem weiterhin Menschenrechte und Grundfreiheiten achtet.⁴⁴ Nach wie vor kann demnach nicht von einer Ungleichbehandlung der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik ausgegangen werden.⁴⁵

Im Bericht 2003 taucht das Wort „deutsch“ nicht ein einziges Mal auf.

V. 3. Widersprüche zwischen Bericht und Presse

In einigen großen deutschen Zeitungen wurden den EU-Berichten widersprechen-

⁴¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Regelmässiger Bericht 2002 über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt, 9.10.2002, S. 32.

⁴² Ebd. S. 34.

⁴³ Vgl.: ebd.

⁴⁴ Vgl.: ebd. S. 37.

⁴⁵ Vgl. auch: Josefine Wallat: Tschechische Republik, in: Werner Weidenfeld (Hrg.): Europa-Handbuch, Bonn 2002, S. 303.

de Behauptungen wiederholt angeführt und so Bilder einer undemokratischen und längst nicht „EU-reifen“ tschechischen Republik gezeichnet. Beispielhaft wird sich dieser Abschnitt mit Darstellungen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und dem Wochenblatt DIE ZEIT auseinandersetzen. Publikationen der „Sudeten-deutschen Landsmannschaft“ werden in diese Betrachtung bewusst nicht mit einbezogen, da Äußerungen dieses Verbandes schon mehrfach aufgeführt wurden.

Seit einiger Zeit gibt es in Deutschland eine von Vertriebenenverbänden angeschobene Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“. Selbstverständlich wäre ein solches Zentrum auch eine Gedenkstätte für die Opfer tschechischer Vertreibungsaktionen. Diese Debatte wird jedoch insbesondere in der FAZ immer wieder dazu genutzt, die tschechische Regierung in einem zweifelhaften Licht erscheinen zu lassen. So bemängelt Karl-Peter Schwarz am 24. August 2003, dass sich die tschechische Regierung nicht konstruktiv an einer Debatte um ein „Europäisches Zentrum“ beteiligt und nicht den Vorschlag unterbreitet, ein solches Zentrum an der Moldau (also in Prag) zu bauen. Ganz anders sei dies in Polen, wo solche Angebote erfolgten, obwohl schließlich auch aus dem heutigen Polen Deutsche vertrieben worden waren. All das bringt Schwarz in Zusammenhang mit dem EU-Beitritt der ČR: „Merklich still hingegen ist es in der Tschechischen Republik, was nach der heftigen Diskussion um die Beneš-Dekrete im Rahmen des EU-Beitritts überraschen mag.“⁴⁶ In seinem Artikel vom 4. September 2003, den er „Nach böhmischem Brauch“ benannte, verfällt Schwarz nahezu in völkische Diskriminierung. Er benennt Beispiele aus der böhmischen Geschichte, die zeigen, dass unrechtmäßige Enteignungen keine ausgesprochene Seltenheit darstellen. Dass Gleiches auch für andere Kulturen gilt, verschweigt Schwarz. Zudem zählt der Autor Fälle deutschstämmiger Adelsgeschlechter auf, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage der Beneš-Dekrete enteignet wurden und denen die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Heute kämpfen die Familien um ihre Restitutionsansprüche und durchlaufen dabei diverse Schwierigkeiten in der Tschechischen Republik.

Der Hinweis, dass die Familien zu Unrecht enteignet und ausgebürgert wurden, ist wenig zielführend, da er der bestehenden Kenntnis von begangenem Unrecht in einer Zahl an Fällen nichts hinzufügt. Die erwähnte Darstellung der Schwierigkeiten der Familien bei der Durchsetzung ihrer Restitutionsansprüche stellt das eigentliche Problem dar. Der Autor scheint eindeutige Beweise für Methoden, die nicht dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit entsprechen, anzuführen. In dem Zusammen-

⁴⁶ Karl-Peter Schwarz: Schweigen im nationalen Interesse – In Prag ist kaum jemand bereit, die Vertreibung der Deutschen nach 1945 zu kritisieren, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24.8.2003.

hang, in dem er dies tut, suggeriert dies jedoch, dass mit Tschechien ein völlig undemokratisches Land der demokratischen EU beitreten darf. Dass sich die Europäische Union in ihren Fortschrittsberichten zu den Fragen der Restitutionsansprüche nicht äußert, lässt vermuten, dass es sich um eine überschaubare Anzahl von Fällen, nicht aber um flächendeckendes Unrecht handelt.

Am 29. März 2004 schrieb wieder jener Karl-Peter Schwarz in einem Artikel über die Konferenz von Aussig. Sein Artikel heißt „Wechselhaft wie der böhmische Himmel“ und informiert den Leser über folgenden Sachverhalt:

„Fast sechzig Jahre nach dem gewaltsamen Ende der rund tausend Jahre alten deutsch-tschechischen Koexistenz sollen die noch vorhandenen Spuren gesichert und für die späteren Generationen bewahrt werden.“

In der ZEIT wird weit weniger heftig, aber dennoch mit Nachdruck über das Thema berichtet. Mittelpunkt der Kritik sind hier tschechische Forderungen, die Beneš-Dekrete sollten formaler Bestandteil der künftigen Europäischen Verfassung werden. Ebenso wird eine nochmalige Debatte darum gefordert, wie mit den Dekreten und dem dadurch entstandenen Unrecht umzugehen sei.⁴⁷

In beiden Zeitungen wird im Zusammenhang mit der Diskussion um die Beneš-Dekrete nicht die Vorgeschichte derselben und die daraus entstehenden Ängste der tschechischen Bevölkerung betrachtet. Dies kann beim Leser zu einseitig belasteten Ergebnissen in der Meinungsbildung führen.

V. 4. Die Debatten auf Regierungsebene

Nach der gemeinsamen Erklärung Tschechiens und Deutschlands 1997 hatte sich die Debatte ein wenig beruhigt. Im Jahr 2002 stand sie jedoch wieder im Mittelpunkt der zwischenstaatlichen Beziehungen. Ursache waren verschiedene Äußerungen in den Wahlkämpfen beider Länder.

Die gemeinsame Erklärung von 1997:

Mit der „Deutsch-Tschechische[n] Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung“ versuchten beide Seiten, die Vergangenheit hinter sich zu lassen und die zwischenstaatlichen Beziehungen auf die Zukunft auszurichten.⁴⁸ Die Bundesrepublik bekannte sich zur deutschen Schuld an der Zerstörung der ČSR durch das „Münchener Abkommen“ und die darauf folgenden Maßnahmen.⁴⁹ Im Gegenzug erklärte die ČR ihr Bedauern über das durch die „Vertreibungs-, Enteignungs- und Staatsbürgerschaftsdekrete“ entstandene Unrecht und

⁴⁷ Vgl.: Robert Leicht: Krieg und Frieden..., in: Die Zeit 09/2002 und Klaus Hartung: Feindbilder, in: Die Zeit 18/2002.

⁴⁸ Vgl.: Pauer, S. 917.

die bei der Umsetzung der Dekrete angenommene Kollektivschuld der deutschen Bevölkerung. Ausdrücklich wird die Unrechtswirkung des Gesetzes Nr. 115 vom 18. Mai 1946 herausgestellt.⁵⁰

Das begangene Unrecht wird schließlich als Teil der Vergangenheit bezeichnet und die Bildung eines Zukunftsfonds vereinbart. Mit dem Geld aus diesem Fonds sollen Projekte, die das Zusammenleben Angehöriger beider Nationalitäten unterstützen, gefördert werden. Besonders Opfer nationalsozialistischer Gewalt sollen durch diese Arbeit begünstigt werden.⁵¹

Mit dieser Erklärung schien die Debatte über Vertreibung und Unrecht beendet, zumal die Zusammenarbeit zum Zwecke des Beitrittes der ČR ausdrücklich festgehalten wurde.

VI. Die neuen Kontroversen im Jahr 2002

VI. 1. Die Debatten in Wahlkampfzeiten

Sowohl in Tschechien als auch in Deutschland fanden 2002 Parlamentswahlen statt. In der ČR waren die Vorbereitung auf eine eventuelle Mitgliedschaft in der Europäischen Union und die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme das zentrale Thema. In der BRD sind es Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialreformen sowie Friedenspolitik gewesen.

Zu Beginn des Jahres gab der tschechische Ministerpräsident Miloš Zeman einem österreichischen Nachrichtenmagazin ein Interview, in dem er sich zu den „Sudetendeutschen“ und den Beneš-Dekreten äußerte. Die Bezeichnung der Minderheitengruppe als „Fünfte Kolonne Hitlers“ im Zusammenhang mit ihrer historischen Verantwortung bei der Zersetzung der ČSR 1938 trat die neuerliche Debatte los.⁵² Mit seinem Verweis auf die für den Landesverrat seinerzeit übliche Todesstrafe und der Aussage, dass die Vertriebenen demzufolge mit einer milden Strafe davongekommen seien, lieferte Zeman denjenigen Kräften eine Steilvorlage, die sich mit aller Kraft gegen einen Beitritt der ČR zur EU und der damit einhergehenden Festschreibung des Status quo wenden. Sie sahen nun eine Möglichkeit, im Rahmen der weiteren Beitrittsverhandlungen rechtliche und politische Mittel zur Durchset-

⁴⁹ Vgl.: Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung vom 20. Dezember 1996, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1997, S. 247–249.

⁵⁰ Vgl.: ebd. S. 248.

⁵¹ Vgl.: ebd. S. 249.

⁵² Vgl.: Salzborn, S. 46.

zung ihrer Anliegen in die Hand zu bekommen.⁵³ Im April folgte dann ein Beschluss des Parlaments, der nochmals bekräftigte, dass die Dekrete zum tschechischen Rechtsgut gehören und weiterhin Gültigkeit besitzen, jedoch nicht mehr zur Anwendung kommen. Ähnlich hatte bereits 1995 das Verfassungsgericht entschieden. Hier zeigt sich deutlich, dass die Vertreibungen nicht als Unrecht angesehen wurden. Vielmehr sollten sie der Stabilisierung des neuen Staates dienen. Es war zu beobachten, dass in Tschechien die Skepsis gegenüber der EU zunahm und sich ein Nationalismus auszubreiten begann. Zeitgleich fand „in Deutschland parallel zur Historisierung des Nationalsozialismus eine eigentümliche Enthistorisierung der Vertreibungsdebatte statt“,⁵⁴ so Jan Pauer.

Der Druck im Wahlkampf auf deutscher Seite war groß. Die Regierung Schröder musste vorsichtig agieren, da sie zum einen das Verhältnis zum Nachbarn nicht weiter verschlechtern konnte. Zum anderen wäre jede Äußerung zu Ungunsten der Vertriebenen Gift für die eigenen Wahlchancen gewesen, da diese Gruppe einen nicht unwesentlichen Anteil der deutschen Wählerschaft ausmacht. Kanzler Schröder sagte wegen der Verstimmungen sogar seinen Staatsbesuch in der ČR ab.

Auf dem traditionellen Pfingsttreffen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ im Jahr 2002 stellte Bundesinnenminister Otto Schily ausdrücklich fest, dass die Regierung nicht gewillt sei, die offenen Vermögensfragen im Rahmen des Beitritts Tschechiens zur EU zu debattieren.⁵⁵ Trotzdem forderte Schily Tschechien auf, die Dekrete zurückzunehmen und so einen Schlusstrich unter das durch die Vertreibungen begangene Unrecht zu ziehen. Während er nicht auf die grundsätzliche Unterstützung der Vertreibung durch die Alliierten eingeht, benennt der Innenminister aber doch die „Gefahr“, dass eine Aufhebung der Dekrete die Bundesrepublik teuer zu stehen kommen könnte.⁵⁶

In einer Rede vor dem Parlament hatte nämlich Beneš 1945 erklärt: „Das deutsche Eigentum wird als Pfand gegen das deutsche Reich einbehalten, das über sieben Jahre lang bei uns solche Devastationen und Raubzüge veranstaltete, dass das ganze deutsche Eigentum bei uns es nicht abdecken kann.“⁵⁷ Laut Londoner Schuldenabkommen von 1953 müsste noch eine Vereinbarung über die zu begleichenen Kriegsschulden getroffen werden. Die Tschechische Republik hat bis heute auf

⁵³ Vgl.: Kai-Olaf Lang: Der Streit um die Beneš-Dekrete und die Folgen für das deutsch-tschechische Verhältnis, in: SWP-Aktuell, Juni 2002.

⁵⁴ Pauer, S. 917.

⁵⁵ Vgl.: Otto Schily: Für ein friedliches Europa, http://www.zeit.de/reden/europapolitik/schily_sudeten_200222.

⁵⁶ Vgl.: ebd.

⁵⁷ Zitiert nach: Pauer, S. 917.

jedwede Maßnahme dieser Art verzichtet und kommt den Deutschen somit sehr weit entgegen.⁵⁸

Diese Tatsache ist jedoch nur höchst selten Gegenstand der öffentlichen Debatte. Auf deutscher Seite wird viel häufiger darüber diskutiert, wie Vertriebene ihr ehemaliges Eigentum zurückbekommen und welche Geste der Entschuldigung die Tschechen noch zeigen müssten.⁵⁹ Auf tschechischer Seite denkt man häufig darüber nach, wie beides verhindert werden kann.

Dr. Jan Šechter, Gesandter Botschaftsrat der Tschechischen Republik in Deutschland, erklärte Anfang Mai 2004 in Rostock unter Verweis auf die Bodenreform, dass Tschechien nicht gewillt ist, Restitutionsansprüchen nachzugeben. Es wird befürchtet, dass damit eine unaufhaltbare Lawine los getreten würde.

VI. 2. Die Rechtsgutachten des Jahres 2002

Es wurde bereits mehrfach erwähnt, dass ein Beitritt zur Europäischen Union nur unter bestimmten Bedingungen erfolgen kann. Eine davon ist, dass das nationale Recht des Beitrittskandidaten nicht gegen Menschenrechte oder den gemeinsamen Wertekonsens der EU verstoßen darf. Die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mit einigen der Beneš-Dekrete wurden bereits ausgeführt.

Eine letzte Hoffnung von Kräften, die einen Beitritt Tschechiens ohne Rücknahme der Dekrete verhindern wollten, waren Rechtsgutachten. Sie sollten belegen, dass Gültigkeit der Dekrete und EU-Mitgliedschaft nicht kompatibel seien. Der Vorsitzende der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ MdEP Bernd Posselt (CSU) erklärte am 26. April 2002 in einem Interview: „Wer Unrechtsdekrete in eine Rechtsgemeinschaft einschleppt, handelt wie jemand, der Computerviren in ein funktionierendes Datenverarbeitungssystem einschleppt.“⁶⁰ Zudem greift Posselt den EU-Erweiterungskommissar Günther Verheugen scharf an. Seine Untätigkeit habe zu der Misere geführt. Einem angeforderten Rechtsgutachten unterstellt Posselt von vornherein Bedenklichkeit: „... und jetzt plötzlich kommt dann wieder die Frage auf, ob nicht doch erst ein Gutachten abgewartet werden muss, dass die Kommission selbst in Auftrag gegeben hat.“⁶¹ Im Anschluss kündigt Posselt eigene Gutachten der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ an. Es ist wenig überraschend, dass die Ergebnisse komplett unterschiedlich ausfielen. Während die EU-

⁵⁸ Vgl.: ebd.

⁵⁹ Vgl.: Lang.

⁶⁰ Bernd Posselt im Interview des Deutschlandfunks am 26.4.2002, zitiert nach Abdruck in: Die Zeit 18/2002.

⁶¹ Ebd.

Experten zu dem Schluss kommen, dass eine rechtliche Vereinbarkeit besteht, ist dies für die Vertriebenenverbände indiskutabel.

Die Papiere von EU-Parlament und EU-Kommission sehen keinen Widerspruch zum *acquis communautaire* und damit in den Beneš-Dekreten kein Beitritts hinder nis.⁶² Im Gegensatz dazu kommt ein von Dieter Blumenwitz im Auftrag der Vertriebenenverbände, also ohne Legitimation der EU, erstelltes Papier zu dem Schluss, dass ein Beitritt die europäische Rechtsordnung aushöhlen würde. Ähnlich urteilen auch zwei Gutachter, die von der Bayerischen Staatskanzlei beauftragt worden waren. Auch hier gilt, dass die Arbeiten keine formellen Auswirkungen auf den Entscheidungsprozess haben sollten. Einziges Ziel kann also nur die bewusste Er richtung einer Drohkulisse gegen die ČR und die Verwirrung der öffentlichen Dis kussion sein.⁶³

VI. 3. Die Abstimmung im Europa-Parlament 2003

Am 9. April 2003 stimmten die 626 Abgeordneten des Europäischen Parlamentes über die Aufnahme der zehn Kandidatenländer ab. Fast alle Redner würdigten vor den Abstimmungen die Leistungen der aufnahmewilligen Staaten. „Folgt man allerdings den einzelnen Abstimmungsergebnissen, dann sind nicht alle Kandidatenländer gleichermaßen willkommen im europäischen Haus.“⁶⁴ Vor allem deut sche, aber auch einige andere Abgeordnete sperrten sich mit Hinweis auf die Beneš-Dekrete und das Gesetz Nr. 115. Alle zehn Mitglieder der CSU-Fraktion gehörten dazu, unter ihnen Bernd Posselt. Trotz anders lautender Empfehlung der CDU-Spitze stimmten auch aus dieser Fraktion einige nicht für die Aufnahme, andere enthielten sich.⁶⁵

Während alle anderen Staaten deutlich mehr als 500 Stimmen bekamen, konnte Tschechien nur 489 Zustimmungen für seine Aufnahme in die Europäische Union erlangen.

VII. Über den zukünftigen Umgang

Die Frage, ob die Beneš-Dekrete zurückgenommen werden sollten oder nicht, lässt sich nicht ohne Weiteres beantworten. Fest steht, dass die Dekrete in Teilen Un recht sind. Fest steht ebenso, dass ihr Text nicht immer korrekt angewendet und somit auch völlig Unschuldige zu Opfern geworden sind.

⁶² Vgl.: Salzborn, S. 49.

⁶³ Vgl.: ebd.

⁶⁴ Andreas Mittel: EU-Parlamentarier stimmen für Beitritte, in: Die Welt, 10.4.2003.

⁶⁵ Vgl.: ebd.

Ohne zu vergleichen, muss jedoch immer wieder hervorgehoben werden, was den Aussiedlungen der Deutschen und Ungarn voranging. Nämlich die Erfahrung, dass diese beiden Minderheiten massiv an der Zersetzung der ČSR beteiligt waren. Die Dekrete an sich sind demnach wohl als eine Schutzreaktion zu betrachten, die immerhin unter Befürwortung der Siegermächte stattfand.

Keinesfalls sollten sich deutsche Politiker in der Position sehen, gegenüber der ČR weitgehende Forderungen in Form von Restitutionsansprüchen, kompletter Aufhebung der Dekrete o.ä. zu stellen. Deutschland trägt in diesem Falle historische Verantwortung, die solches Verhalten unmöglich macht.

Für die Zukunft wird es darum gehen, das Verhältnis auf Regierungsebene wieder zu normalisieren und sich auf den Geist der Erklärung von 1997 zu besinnen. Denn die Tatsache, dass gerade die Tschechische Republik sich um mehr Mitspracherechte der kleinen Mitgliedsstaaten bemüht, darf nicht Anlass zu neuer Polemik bieten.

Vor Polemik sollten sich Deutsche und Tschechen auch im Bereich der Diskussion um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ schützen. Vergleiche wie die von Karl-Peter Schwarz, der schreibt: „Unsere Nachbarn‘ sind im gegebenen Fall die Tschechen selbst, und das mindeste, was man über ihre politische Klasse sagen kann, ist, daß sie ein ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ in Berlin für etwa so angemessen hält wie ein Denkmal für Reinhard Heydrich auf dem Potsdamer Platz“,⁶⁶ bringen die Diskussion nicht voran, sie sind kontraproduktiv.

⁶⁶ Karl-Peter Schwarz: Schweigen in nationalem Interesse, in: FAZ, 24.8.2003.

Abkürzungsverzeichnis

BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
ČR	Tschechische Republik
ČSR	Tschechoslowakische Republik
CSU	Christlich Soziale Union
CZK	Tschechische Kronen
DNP	Deutschnationale Partei
DNSAP	Deutsche National-Sozialistische Arbeiterpartei
EP	Europäisches Parlament
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Hrg.	Herausgeber
IWF	Internationaler Währungsfonds
KZ	Konzentrationslager
MdEP	Mitglied des Europaparlaments
m.E.	meines Erachtens
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialisten
o.ä.	oder ähnliches
SdP	Sudetendeutsche Partei
SHF	Sudetendeutsche Heimatfront
u.s.w.	und so weiter

Literaturverzeichnis

Beyerl, Beppo: Die Beneš-Dekrete: zwischen tschechischer Identität und deutscher Begehrlichkeit, Wien 2002

Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Band II/I, Sonderausgabe des Weltbild Verlags, Augsburg 1994

Chiodo, Marco Picone: Sterben und Vertreibung der Deutschen im Osten: die Vorgänge aus der Sicht des Auslands, Durchges. Ausg., Frankfurt/M; Berlin 1993

Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung vom 20. Dezember 1996, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1997

Die EU auf Ostkurs: Ja der Tschechen zur EU – mit Vorbehalten, in: Neue Zürcher Zeitung, 16.06.2003

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Regelmässiger Bericht 2001 über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt, 13.11.2001

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Regelmässiger Bericht 2002 über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt, 9.10.2002

Kučera, Jaroslav: Diskussionen um Vertreibungsoffer, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 276, 3. Quartal 2002

Lang, Kai-Olaf: Der Streit um die Beneš-Dekrete und die Folgen für das deutsch-tschechische Verhältnis, in: SWP-Aktuell, Juni 2002

Leicht, Robert: Krieg und Frieden ..., in: Die Zeit 09/2002 und Klaus Hartung: Feindbilder, in: Die Zeit 18/2002

Middel, Andreas: EU-Parlamentarier stimmen für Beitritte, in: Die Welt, 10.04.2003

Nawratil, Heinz: Vertreibungsverbrechen an Deutschen – Tatbestand, Motive, Bewältigung, München 1982

Pauer, Jan: Der Streit um die Beneš-Dekrete, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2002

Posselt, Bernd im Interview des Deutschlandfunks am 26.04.2002, zitiert nach Abdruck in: Die Zeit 18/2002

Prinz, Friedrich: Deutsche und Tschechen zwischen Kultursymbiose und Nationalitätenkonflikt, in: Jürgen Herda/Adolf Trägler (Hrg.): Tschechien, der ferne Nachbar: Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989, Regensburg 1999

Salzborn, Samuel: Die Beneš-Dekrete und die EU-Osterweiterung, in: vorgänge, Heft 2/2003

Schwarz, Karl-Peter: Schweigen im nationalen Interesse – In Prag ist kaum jemand bereit die Vertreibung der Deutschen nach 1945 zu kritisieren, in: Frankfurter All-

gemeine Sonntagszeitung, 24.8.2003

Schwarz, Karl-Peter: Nach böhmischem Brauch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.9.2003

Šamalik, František: Streitpunkt „Beneš-Dekrete“ – Die Rechtslage aus tschechischer Sicht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 04/1997

Šonka, Jaroslav: Zukunft statt Vergangenheit – Die Beneš-Dekrete und das deutsch-tschechische Verhältnis, in: Internationale Politik, 9/2002

Wallat, Josefine: Tschechische Republik, in: Werner Weidenfeld (Hrg.): Europa-Handbuch, Bonn 2002

Internetquellen:

<http://www.mittleeuropa.de/benesch01.htm>

Badenheuer, Konrad: Tatsachen über die Benesch-Dekrete,

http://www.sudeten.de/bas/down/Benesch-Dekrete_Tatsachen.pdf

Schily, Otto: Für ein friedliches Europa,

http://www.zeit.de/reden/europapolitik/schily_sudeten_200222

Die Revision der Nachkriegsordnung in den Strategien des deutschen Revanchismus

I. „Volksgruppen“-Politik

Die Revisionsstrategien der „Vertriebenen“-Verbände sind völkische Strategien. Ihnen liegt das völkische Denken zu Grunde, nach dem als Deutscher bzw. Deutsche nicht einfach gilt, wer innerhalb der Grenzen Deutschlands wohnt (nach dem Territorialprinzip ist etwa die britische oder die französische Staatsbürgerschaft geregelt), sondern wer biologische Abstammung von Deutschen nachweisen kann. Nach völkischer Ideologie zeichnet sich ein „Volk“ nicht nur durch gemeinsame Abstammung aus, es verfügt auch über eine „Heimat“ („Boden“).

Im völkischen Denken kommt „Völkern“ ein Selbstbestimmungsrecht zu. Es ist nicht identisch mit dem Selbstbestimmungsrecht von Staats-Bevölkerungen, das grundsätzlich auf die Freiheit von kolonialer Herrschaft abzielt und bestehende Staaten, nicht völkische Kollektive zur Grundlage seiner Unabhängigkeitsforderungen macht. Im völkischen Verständnis zielt das Selbstbestimmungsrecht dagegen darauf ab, völkische Kollektive zu eigenständigen „Gemeinschaften“ zu machen, sie gegebenenfalls aus bestehenden Staaten herauszureißen. „Volk steht über Staat“, ist ein Grundsatz völkischer Politik.

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland standen Völkische vor einem Dilemma: Größere Teile des Gebietes, in dem nach völkischer Weltansicht „deutsche Volksgruppen“ wohnen, lagen außerhalb des zusätzlich auch noch in BRD und DDR gespaltenen „deutschen“ Territoriums. Im Westen waren dies vor allem Ostbelgien, der Elsass und die Lorraine („Elsass-Lothringen“), Süd-Dänemark („Nordschleswig“) und Teile Norditaliens („Südtirol“). Im Osten handelte es sich etwa um polnisches („Westpreußen“, „Pommern“, „Schlesien“ etc.) und sowjetisches („Ostpreußen“) Territorium, daneben um jugoslawisches („Südkärnten“) und tschechoslowakisches („Sudetenland“) Hoheitsgebiet.

Die Revisionsstrategie, mit der die „deutschen Volksgruppen“ im Westen aufrecht erhalten und perspektivisch mit Sonderrechten versehen werden sollten, war die „Volksgruppen“-Politik. Die Forderung nach europaweiten „Volksgruppenrechten“ und die Organisation von „Volksgruppen“ aus ganz Europa wurde von der Bonner Außenpolitik stets unterstützt. Ziel war es, Einfluss auf „deutsche Volks-

gruppen“ jenseits der deutschen Grenzen zu nehmen, um ihnen größere Eigenständigkeit zu verleihen. Nur so sei es möglich, so der Grundgedanke, die „deutschen Volksgruppen“ immer mehr an das deutsche „Mutterland“ anzunähern und irgendwann einmal eine „Einheit des deutschen Volkes“ zu erreichen.

Ein gutes Beispiel für diese Politik ist die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV). Die FUEV, 1954 unter Beteiligung ehemaliger NS-Funktionäre gegründet, setzt sich für weit reichende „Volksgruppenrechte“ ein; sie kann für ihre Tätigkeit auf Gelder von staatlichen deutschen Stellen zurückgreifen. Selbstverständlich kommen die von der FUEV erkämpften „Volksgruppenrechte“ auch den „deutschen Volksgruppen“ zugute, die damit ihre Orientierung am „Mutterland“ ausweiten können.¹

Im Osten konnte diese Revisionsstrategie nicht unmittelbar angewandt werden: Die „deutschen Volksgruppen“ dort waren ja zum größeren Teil umgesiedelt worden. Es kam also zunächst darauf an, die Umgesiedelten zu organisieren und für sie das „Recht auf Heimat“ in ihren Herkunftsgebieten durchzusetzen, um sie im Sinne einer europäischen „Volksgruppen“-Politik verfügbar zu machen – und um sie früher oder später wieder aktiv gegen den Osten in Stellung bringen zu können.

II. Konstituierung der „Vertriebenen“-Verbände

Unmittelbar nach der Umsiedlung begannen die Umgesiedelten sich zu organisieren. Zunächst im Zusammenhang mit kirchlichen Hilfsstellen, Ende der 1940er Jahre dann aber auch in Form der bis heute bestehenden „Vertriebenen“-Verbände. Aufschlussreich ist das Selbstverständnis dieser Verbände, das sich exemplarisch an der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) aufzeigen lässt. Es interpretiert die Umsiedlung nicht als Umsiedlung von Individuen, sondern als Umsiedlung von völkischen Kollektiven, von „Volksgruppen“.

Die „sudetendeutsche Volksgruppe“, so lautet dieses Selbstverständnis, besteht seit ihrer Umsiedlung im „Exil“ fort. Organisiert ist sie in der SL, deren Bundesvorstand als „Exilregierung der sudetendeutschen Volksgruppe“ gilt. Dem entspricht der Modus für die Wahl des SL-Bundesvorstands. Er wird von der Bundesversammlung bestimmt, dem höchsten Gremium der SL. Die Bundesversammlung wiederum wird von den Mitgliedern der Landsmannschaft und ihren „Heimatkreisen“ für vier Jahre gewählt. Sie betrachtet sich als „Exilparlament“ und tagt im Bayerischen Landtag, dem Parlamentsgebäude des Bundeslandes, das die Schirmherr-

¹ Zur FUEV s. Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow: Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas, 3. Auflage, München 1999.

schaft über die im „Exil“ befindliche „sudetendeutsche Volksgruppe“ übernommen hat.² Im März 2003 hat die SL schließlich ein „Büro“ in Praha eröffnet, das halb-offiziell als „Botschaft“ der „sudetendeutschen Volksgruppe“ in der tschechischen Hauptstadt bezeichnet wird.

Das Selbstverständnis der SL, die Organisation der „sudetendeutschen Volksgruppe im Exil“ zu sein, hat Folgen auf rechtlicher Ebene. Denn da jede „Volksgruppe“ – nach völkischem Verständnis – ein „Recht auf Heimat“ hat, betrachtet sich die SL als diejenige Organisation, die legitimer Weise das „Recht auf Heimat“ für ihre Angehörigen einfordern muss. In der Forderung nach einem „Recht auf Heimat“ ist das Verlangen nach kollektiven Sonderrechten für die „Volksgruppe“ inbegriffen, die im Herkunftsgebiet (der „Heimat“) ausgeübt werden können. Die SL – entsprechend aber auch die anderen „Vertriebenen“-Verbände – ist also diejenige Organisation, die durch ihre Existenz den Fortbestand von Ansprüchen auf die Herkunftsgebiete der Umgesiedelten aufrecht erhält.

Von Beginn an hat die Bundesrepublik Deutschland die „Vertriebenen“-Verbände gefördert. Stets durch finanzielle und personelle Unterstützung, aber auch viel grundlegender: Durch das „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“ von 1953, das die rechtliche Stellung der „Vertriebenen“ regelt; vor allem aber durch das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, das von 1949 bis 1969 (also bis zur ersten Phase der Neuen Ostpolitik) die Interessen der Umgesiedelten vertrat. Der Fortbestand der „deutschen Volksgruppen“ – mit all ihren Ansprüchen – wurde so stets vom bundesdeutschen Staat gesichert.

III. Konfrontationspolitik

Um ihre Ansprüche durchzusetzen, führten die „Vertriebenen“-Verbände unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine offene Konfrontationspolitik. „Unsere unabdingbare Forderung“, hieß es etwa in den „Grundsätzen einer sudetendeutschen Europapolitik“ aus dem Jahr 1949, „ist die Rückgabe der Heimat in den Sprach- und Siedlungsverhältnissen von 1937.“ Vergleichbare Ansprüche auf ost-europäisches Territorium wurden auch in den anderen „Vertriebenen“-Verbänden am Leben gehalten. Sie bildeten damit eine nützliche Basis für eine aggressive Ostpolitik.³

² Georg Herde, Alexa Stolze: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Köln 1987.

³ Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin o.J.

Die Forderung nach Wiederherstellung der Verhältnisse von 1937 konnte in der Bundesrepublik Deutschland zu keiner Zeit als extremistisch gelten. Dass weite Gebiete östlich von Oder und Neiße nicht etwa zum Territorium der Volksrepublik Polen gehörten, sondern nur „unter polnischer Verwaltung“ stünden, war stets BRD-Staatsdoktrin. Als aufgrund besonderer Umstände (nämlich wegen der Neuen Ostpolitik) der Verdacht aufkam, die Bonner Regierung halte sich nicht strikt an diesen Grundsatz, veranlasste die bayerische Staatsregierung ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem für Klarheit gesorgt wurde. Zahlreiche Gebiete seien nur „de facto an Polen angegliedert“, heißt es noch in einer Publikation der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gegen Ende der 1980er Jahre:

„Die endgültige Lösung ist dem Friedensvertrag vorbehalten; der Friedensvertragsvorbehalt wird vom Warschauer Vertrag vom 7.12.1970 nicht berührt.“ Entsprechendes gelte u.a. für das Kaliningrader Gebiet, aber auch für den ehemaligen Reichsgau Sudetenland: „Im Prager Vertrag vom 11.12.1973 gehen die BRD und die Tschechoslowakei von der Nichtigkeit des Münchener Abkommens vom 29.9.1938 aus“, heißt es in dem Druckwerk, allerdings nur „im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages“.⁴

Offene Forderungen nach der Rückgabe von Gebieten hat es in den „Vertriebenen“-Verbänden immer gegeben, auch in Bezug auf die Gebiete, die erst in Folge des Münchner Diktats vom Deutschen Reich annektiert worden waren. Horst Rudolf Übelacker, Mitglied des „sudetendeutschen“ Witiko-Bundes, hat in den 1960er Jahren ausführlich begründet, wieso er dies für nötig hielt:

„Eine Ungültigerklärung des Münchener Abkommens noch vor den Vertreibungen würde bedeuten, dass die Sudetendeutschen nicht als Deutsche, sondern als tschechoslowakische Staatsbürger in die BRD kamen und dass die BRD gegen die auf sie zukommenden Phantasie-Reparationsforderungen, von den Tschechen auf 235 Milliarden DM beziffert, noch nicht einmal das sudetendeutsche Volksvermögen aufrechnen könnte, das sich in einem Mindestwert zwischen 63 und 80 Milliarden DM bewegt. (...) Zusammenfassend kann man sagen, dass jede Ungültigkeit der Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich für dieses den Verlust der Sudetengebiete zur Folge haben würde. Der Ungültigkeitszeitpunkt würde für den Status der Sudetendeutschen, für die Vertreibung sowie für die Reparationsansprüche der ČSSR und die Gegenrechnung sudetendeutschen Volksvermögens von größter Bedeutung sein. So würde die Abtretungungültigkeit auch nur einen Tag vor den Potsdamer Beschlüssen vom 2.8.1945 die formaljuristische Rechtfertigung der Vertreibung der Sudetendeutschen bedeuten, weil dann in Übereinstimmung mit der Formulierung der Konferenzteilnehmer hauptsächlich Deutsche aus der Tschechoslowakei deportiert worden wären und nicht aus der tschechisch besetzten Zone Sudetenland, dem Eigentum des Deutschen Reiches. Jede Annullierung vor dem 8.5.1945 würde der ČSSR als Rechtsnachfolger der ČSR die Möglichkeit zur Nachforderung entgener sudetendeutscher Steuerzahlungen geben.“⁵

⁴ Deutschlandkarte, herausgegeben von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Die Konfrontationspolitik, die offen Grenzrevisionen fordert und sie mit blanker Machtpolitik durchsetzen will, ist im Laufe der Jahre gegenüber einer europaorientierten Politik ins Hintertreffen geraten. Hegemonial ist sie allenfalls noch in der radikalen Rechten, entsprechend auf dem rechtesten Flügel der „Vertriebenen“-Verbände, etwa im „sudetendeutschen“ Witiko-Bund. Durchsetzungsfähig dürfte sie in absehbarer Zeit nicht werden – zumindest nicht, solange mit europaorientierter Politik Erfolge zu erzielen sind.

IV. „Europäisierung der deutschen Frage“ und „Neue Ostpolitik“

Als sich in den 1960-er Jahren die Ansicht durchsetzte, mit bloßer Konfrontation könne der Realsozialismus nicht niedergedrungen werden, gruppierte sich die deutsche Außenpolitik um. „Europäisierung der deutschen Frage“ (Franz Josef Strauß) und „Neue Ostpolitik“ sind zwei Schlagworte, die von nun an wichtige strategische Ansätze der Bonner Politik bezeichneten – und zunächst darauf abzielten, BRD und DDR zu vereinigen.

Der Ausdruck „Europäisierung der deutschen Frage“ wurde von Franz Josef Strauß in seinem 1966 erschienenen Buch „Herausforderung und Antwort“ geprägt. Die Vereinigung von BRD und DDR – so der Grundgedanke – könne am besten über einen scheinbaren Umweg erreicht werden: Über die europäische Einigung. Zunächst, so Strauß, sei die wirtschaftliche und politische Einigung Westeuropas anzustreben. Ein geeintes Westeuropa sei stark genug, um in der internationalen Konkurrenz die realsozialistischen Staaten Osteuropas schwächen und perspektivisch zu einer Einordnung in den europäischen Einigungsprozess zwingen zu können. In einem geeinten Gesamteuropa („Paneuropa“) stünde nicht nur Osteuropa dem Zugriff des deutschen Kapitals wieder offen, sondern sei auch die Vereinigung von BRD und DDR einfach zu erreichen.⁶

Das Konzept der „Europäisierung der deutschen Frage“ fand auch – erweitert um die traditionelle „Volksgruppen“-Politik – Eingang in die Politik der „Vertriebenen“-Verbände. Zu diesem Zweck revitalisierten revisionistische Kräfte um Otto von Habsburg ab 1973 die Paneuropa-Union Deutschland, die – angebunden an die Massenbasis der „Vertriebenen“-Verbände, vor allem der SL, und verbunden mit einer konservativ katholischen Orientierung – eine entsprechende Politik u.a.

⁵ Horst Rudolf Übelacker: Zur Problematik des Münchener Abkommens in der Gegenwart. Ein Beitrag zur Deutschland- und Sudetenfrage, München 1968.

⁶ Franz Josef Strauß: Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa, Stuttgart 1966.

in die Gremien der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union trug. Otto von Habsburg, der Ende der 1970er Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt, um für die CSU ins Europaparlament einziehen zu können, ist bis heute der hervorragende Exponent dieser Politik.

Auf die Schwächung der realsozialistischen Staaten zielte auch die „Neue Ostpolitik“ der sozialliberalen Bundesregierung seit Ende der 1960er Jahre ab. Man müsse die einzelnen Länder Osteuropas in „möglichst viele Kommunikationen“ verwickeln, erklärte Willy Brandt: Dies schien ein gangbarer Weg, um Einfluss zu gewinnen, die Regierungen der einzelnen realsozialistischen Staaten gegeneinander auszuspielen und der westlichen Wirtschaft den Weg nach Osten zu bahnen. Der Erfolg blieb nicht aus: Der deutsche Osthandel wuchs, seit den 1970er Jahren gerieten die osteuropäischen Staaten zusätzlich in Abhängigkeit von westlichen Kreditgebern.

Ansätze für eine solche Politik finden sich schon in den 1950er Jahren, und zwar auch in Bezug auf das Münchner Diktat. Im Jahr 1958 etwa veröffentlichte die „sudetendeutsche“ Ackermann-Gemeinde unter dem Titel „München 1938 – eine offene Frage“ Überlegungen, wie der Einfluss der „Vertriebenen“ in der Tschechoslowakei vergrößert werden könnte. „Europa“ war ein wichtiges Schlagwort, das der Autor der Schrift ausdrücklich empfahl:

„Daß die Sudetendeutschen in ihre angestammte Heimat zurückkehren wollen, ist ihr Menschenrecht. (...) Keine Gewaltlösung. Wir sollten niemandem die Restauration eines vergangenen Zustandes aufzwingen wollen. (...) Die neue Lösung darf nicht aus dem prinzipiellen, nach meiner Überzeugung heute endgültig überholten Gesichtswinkel des kleinräumigen deutsch-tschechischen Neben- und Gegeneinander des böhmisch-mährischen Raumes konzipiert werden. Eine neue Lösung muß europäische Züge tragen. Sie muß so gestaltet sein, daß der Sudetendeutsche, der in seine Heimat zurückkehrt, dort in ein Land kommt, wo er Deutscher sein kann wie am Rhein und an der Donau und seine Kinder zu Deutschen erziehen kann. Seine persönlichen Rechte und die natürlichen Rechte seiner Volksgruppe müssen vollkommen unbestritten sein. (...) Das neue Europa muß eine Gemeinschaft von gleichberechtigten Völkern sein.“⁷

Die europaorientierte Revisionspolitik hat sich nach und nach auch in der SL durchgesetzt, sie zeigt sich exemplarisch etwa in einem Text, den Bernd Posselt, heute Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, im März 1985 verfasste und im Jahr 1994 erneut veröffentlichte. Posselt greift bei seinen Plänen für die Herkunftsgebiete der „Vertriebenen“ auf den Reichsgedanken zurück, der in völkischen Theorien immer wieder einmal auftaucht:

⁷ Ackermann-Gemeinde (Hrg.): München 1938 – eine offene Frage, München 1958.

„Eine (...) übernationale Rechtsordnung, die auf die Tradition des Heiligen Römischen Reiches zurückgeht und gemischtnationale, gemischtsprachige Territorien ermöglicht, könnte dem fruchtlosen Streit um nationale Souveränitätsrechte und Staatsgrenzen ein Ende bereiten. Solche multinationalen Regionen könnten entweder wie Andorra unter der Oberhoheit beider Nachbarstaaten stehen und im Inneren nach einem Volksgruppenrecht entsprechend dem Mährischen Ausgleich der k.u.k. Monarchie organisiert sein oder ‚reichsunmittelbar‘ direkt der europäischen Ebene unterstehen. (...) Wohlge-merkt: Es geht nicht darum, die Einheit des deutschen Volkes oder Rechtspositionen preiszugeben, sondern um Konzepte für eine friedliche europäische Zukunft, ohne die das Recht auf Heimat eine vage Wunschvorstellung bleiben muß.“⁸

V. „Volksgruppen“-Politik nach 1989/90

Der deutschen Außenpolitik gelingt es seit 1989/90 in zunehmendem Maße, europaweit der „Volksgruppen“-Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Welche Dimensionen dies annahm, offenbarte ein Paukenschlag im Jahr 1991: Die Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens durch den vorpreschenden deutschen Außenminister Genscher. Genschers Vorgehen hatte verschiedene Gründe; deutlich wurde mit der Maßnahme jedoch ein Prinzip: „Vielvölkerstaaten“, „Völkergefängnisse“ sollten im deutsch dominierten Europa verschwinden, „Völker“ und „Volksgruppen“ hingegen erhielten das grundsätzliche Recht auf Sezession.

Vielfach hat die deutsche Außenpolitik seitdem dieses Prinzip bekräftigt. Die Teilung der Tschechoslowakei – im Land selbst eher skeptisch betrachtet – wurde von der Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt, der albanische Separatismus im Kosovo wurde in Deutschland gehätschelt. Kontinuierlich arbeitet das Auswärtige Amt an Planungen für eine „Neuordnung“ des Balkan nach völkischen Kriterien. Im Sommer 2002 wurde auf der Grundlage eines deutschen Strategiepapiers in Berlin eine weitgehende „Regionalisierung“ des Balkan gefordert; sie soll durch die rechtlich abgesicherte Förderung und Organisierung der „Volksgruppen“ vorangetrieben werden. Werde diese Politik nicht durchgesetzt, dann sei – so hieß es – die „Aufrechterhaltung staatlicher Grenzen als Stabilitätsgrundsatz“ hinfällig.

Selbstverständlich kommt die deutsche „Volksgruppen“-Politik auch direkt „deutschen Volksgruppen“ zu Gute. Im deutsch-polnischen „Nachbarschaftsvertrag“ aus dem Jahr 1991 etwa sind eine Reihe von „Volksgruppen“-Rechten vertraglich festgelegt, sie umfassen ein Fünftel des gesamten Vertragstexts. Berlin befürwortet eine Festschreibung derartiger „Volksgruppenrechte“ in EU-Dokumenten, selbst der Verfassungsentwurf war hierfür im Gespräch. Eine wichtige Rolle bei der Koordination europaweiter „Volksgruppen“-Aktivitäten kommt der in Flens-

⁸ Bernd Posselt: Sturmzeichen. Politische Texte 1978–1994, Wien/München 1994.

burg angesiedelten FUEV zu, in der „deutsche Volksgruppen“ aus rund 20 europäischen Staaten organisiert sind. Im Jahr 1991 haben sie sich auf Initiative des deutschen Bundesinnenministeriums zur „Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEV“ zusammengeschlossen, allein aufgrund ihrer Anzahl verfügen sie in der FUEV über hohen Einfluss.

In der FUEV organisiert sind auch „ungarische Volksgruppen“ aus der Slowakei und Rumänien. Der FUEV gehört etwa die „Strana Madarskej Koalicie“ an (SMK, Partei der Ungarischen Koalition), die an der derzeitigen slowakischen Regierung beteiligt ist und im Parlament die zweitgrößte Regierungsfraktion stellt. FUEV-Mitglied ist auch die „Uniunea Democrata Maghiara din Romania“ (UDMR, Demokratischer Verband der Ungarn in Rumänien), die momentan die rumänische Regierung parlamentarisch stützt. In der ungarischsprachigen Minderheit in Rumänien haben sich die Autonomiebestrebungen in den vergangenen Monaten verschärft, Ende 2003 wurde dort sogar lauthals über den bewaffneten „Volksgruppen“-Kampf schwadroniert. Bei einer Zuspitzung der Lage wäre die von Deutschland stark beeinflusste FUEV jedenfalls unmittelbar in die Auseinandersetzungen involviert und könnte entscheidend in die Autonomiebestrebungen der „ungarischen Volksgruppe“ eingreifen.

Zunehmende Unruhe unter den „Auslandsungarn“ ist ohnehin nicht mehr auszuschließen. Budapest gehört – wie Berlin – zu den Verlierern des Ersten Weltkriegs, Budapest versucht – ebenfalls wie Berlin – mit Hilfe völkischer Außenpolitik seinen Einfluss auf die abgetretenen Territorien wiederzugewinnen. Die ungarische Regierung treibt diese Politik scharf voran. So will sie allen „Auslandsungarn“ die ungarische Staatsbürgerschaft verleihen – genau das also, was die deutsche Regierung in Polen und der Tschechischen Republik vormacht. In der osterweiterten EU wird die deutsch-ungarische Achse den „Volksgruppen“ Europas noch zahlreiche Privilegien verschaffen.

VI. Netzwerk gegen Vertreibungen

Eine wichtige Rolle in den Revisionsstrategien spielt zur Zeit die Debatte um das Zentrum bzw. Netzwerk gegen Vertreibungen. Nicht zuletzt geht es dabei um die Rechtmäßigkeit wichtiger Bestimmungen des Potsdamer Abkommens.

Im Frühjahr 1999 beschloss der Bund der Vertriebenen (BdV), ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu errichten. Die Umsiedlung der Deutschen („Vertreibung“) sollte dokumentiert werden, mit Wechselausstellungen wollte man ganz Europa einbeziehen – etwa durch die Erinnerung an den Genozid an den Armenierinnen und Armeniern durch das Osmanische Reich oder durch Hinweise auf die rassisti-

sche Verfolgung von Sinti und Roma im Kosovo. Gekrönt werden sollte das Zentrum mit einer „Requiem-Rotunde“ zur Erinnerung an die Opfer der „Vertreibung“.

Alles lief wie geschmiert. Der BdV-Präsidentin Erika Steinbach gelang es rasch, CDU und CSU für ihr Vorhaben zu gewinnen; SPD-Innenminister Schily sprach sich ebenso für das Zentrum aus wie mehrere sozialdemokratische Länderministerpräsidenten. Im September 2000 wurde die „Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen“ aus der Taufe gehoben, unter dem gemeinsamen Vorsitz von Erika Steinbach (CDU) und Peter Glotz (SPD) verschaffte sie sich das Wohlwollen der SPD-Bundestagsfraktion und finanzielle Unterstützung von inzwischen 400 Kommunen (darunter mehrere Großstädte). Und das trotz oder vielleicht auch gerade wegen der politischen Stoßrichtung des Projekts.

Politisches Ziel des „Zentrums gegen Vertreibungen“ war und ist es, die Umsiedlung der Deutschen zum „Unrecht“ zu erklären. Dies ist nichts anderes als ein Angriff auf das Potsdamer Abkommen, das die Grundlage der europäischen Nachkriegsordnung bildet. Denn im Potsdamer Abkommen wurde die Umsiedlung der Deutschen völkerrechtlich verbindlich angeordnet, ihre nationalen Ausführungsbestimmungen haben je nach Land unterschiedliche Namen („Beneš-Dekrete“, „AVNOJ-Dekrete“). Würde die Umsiedlung zum „Unrecht“ erklärt, dann wären wichtige Bestimmungen des Potsdamer Abkommens Unrecht, Europa müsste völlig neu „geordnet“ werden.

Den handelnden Personen ist der Angriff auf das Potsdamer Abkommen durchaus bewusst. „Es ist auch keineswegs nur ein Thema, das wir mit Tschechen und Polen diskutieren müssen“, bemerkte Peter Glotz beim Berliner Festakt zum „Tag der Heimat“ 2001: „Es lohnt auch die Diskussion mit Amerikanern, Engländern und Franzosen“ – mit den Garantiemächten des Potsdamer Abkommens also. Nicht weniger deutlich äußerte sich ein anderer sozialdemokratischer Befürworter des Zentrums, Markus Meckel. „Wir müssen es zugeben“, erklärte er im Mai 2002 im Bundestag, „auch Demokraten wie Churchill, Roosevelt und Truman akzeptierten Vertreibungen, indem sie Zwangsumsiedlungen als einen Teil von Stabilitätspolitik betrachteten. Heute lehnen wir dies ab, weil es Unrecht ist.“

Probleme mit dem BdV-Projekt hatte vor allem eine kleine, politisch hochspezialisierte Personengruppe: Außenpolitikerinnen und Außenpolitiker, die in den Vorfeldorganisationen des Auswärtigen Amts die deutsche Polen-Politik vorbereiten und begleiten. Die Schwierigkeiten waren eher taktischer Natur. Sie beruhten darauf, dass die deutschen „Vertriebenen“-Verbände in Polen und Tschechien nach wie vor sehr unbeliebt sind. Ein vom BdV gegründetes „Zentrum gegen Vertreibungen“, das wurde den deutschen Außenpolitikerinnen und Außenpolitikern in

Gesprächen mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus Polen rasch deutlich, riefen heftigen Unmut in der polnischen Bevölkerung hervor. Und da es zu ihren Aufgaben gehört, die deutsche Polen-Politik möglichst ohne größere Unruhen über die Bühne zu bekommen, sann die deutschen Polen-Fachleute auf Abhilfe.

Den rettenden Einfall hatte Markus Meckel, einer der führenden SPD-Außenpolitiker, zu dessen Aufgabengebiet vor allem Polen gehört. Meckel trat im Frühjahr 2002 mit einem eigenen, angeblich alternativen Konzept an die Öffentlichkeit. Er befürwortete ein „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“, erklärte der Sozialdemokrat und begann, sich verbal von den BdV-Plänen abzusetzen, die er inzwischen als „national“ bezeichnet. Inhaltlich unterscheiden sich Meckels Vorstellungen kaum von denen der „Vertriebenen“, die ja im Übrigen auch eine klare „europäische“ Komponente enthalten; als der Bundestag im Mai 2002 über die beiden konkurrierenden Konzepte debattierte, hielt ein CDU-Abgeordneter dies ausdrücklich fest (Norbert Lammert: „So viel Übereinstimmung gab es selten“). Der Kern ist in beiden Planungen gleich: Auch Meckel will die Umsiedlung der Deutschen ausdrücklich zum „Unrecht“ erklären, auch ihm ist die Stoßrichtung gegen das Potsdamer Abkommen wichtig.

Meckels Vorstellungen von einem „Europäischen Zentrum“, die vom Bundestag schließlich am 4. Juli 2002 verabschiedet wurden, unterscheiden sich vor allem in einem Punkt von den „Vertriebenen“-Plänen: Sie sind in der Standortfrage offen. Während der BdV das Zentrum unbedingt in Berlin haben will, ist Meckel bereit, das Zentrum in Wrocław anzusiedeln und damit den polnischen Eliten Einfluss auf die konkrete Gestaltung zuzugestehen. Die – von Berlin definierte – politische Stoßrichtung gegen das Potsdamer Abkommen freilich steht für den Sozialdemokraten nicht in Frage.

Im Gegenteil – er weitet sie sogar aus. Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Wrocław ruft nicht nur die deutsche Vergangenheit des ehemaligen Breslau ins Gedächtnis. Es erinnert auch daran, dass in Wrocław nach der Umsiedlung der Deutschen Polinnen und Polen einzogen, die aus dem heute ukrainischen Lwiv kamen; die polnische Vergangenheit der heutigen Westukraine käme ins Gespräch, polnischer Revanchismus bekäme Zündstoff. Kein Staat in Osteuropa ist frei von ähnlichen verborgenen Konflikten, Meckels konsequente „Europäisierung“ des Zentrums könnte zu einem wahren Flächenbrand beitragen. Selbst die BdV-Vorsitzende hielt dies für riskant. „Vor diesem Hintergrund müssen wir sehr sorgfältig überlegen“, gab sie im Bundestag zu bedenken, „ob man anderen Völkern einen Gefallen tut, wenn man sie in die Behandlung einer Frage einbindet.“

In die heiße Phase trat die Debatte im Juli 2003 – kurz nach den EU-Beitrittsreferenden in Polen und Tschechien, deren Gelingen weder Meckel noch die „Ver-

triebenen“ aufs Spiel setzen wollten. Die Fronten verhärteten sich – trotz der weitgehenden Übereinstimmung der beiden Konzepte: Steinbach und der BdV beharrten auf dem Standort Berlin, Meckel und sein Gefolge profilierten ihren „europäischen“ Ansatz gegenüber dem „nationalen“ der Vertriebenen. Der Streit eskalierte vor allem in Polen, wo die Bevölkerung harsch auf provokative Auftritte von Erika Steinbach reagierte. Ihren Höhepunkt hatte die Debatte im September 2003.

Am 6. September bekannte sich der deutsche Bundespräsident öffentlich zu „Vertriebenen“-Positionen und erklärte die Umsiedlung der Deutschen zum „Unrecht“. „Gewiss, Umsiedlungen und Vertreibungen hat es schon vor 1933 gegeben“, verkündete Johannes Rau beim BdV-Festakt zum Tag der Heimat in Berlin:

„Erst mit den Nationalsozialisten schlug diese Praxis europaweit in gesetzlose Brutalität um. (...) Diese Erkenntnis zeichnet niemanden von der Verantwortung für eigenes Handeln frei – nicht die, die Hitler die Hand zum Münchener Abkommen reichten und nicht die Konferenzteilnehmer von Teheran, Jalta und Potsdam; nicht die, die in Mittel- und Osteuropa erst mit den Deutschen gemeinsam die Juden entrechteten, danach die Deutschen, und auch nicht jene, die schon im Exil jahrelang die Vertreibung planten. Hitlers verbrecherische Politik entlastet niemanden, der furchtbares Unrecht mit furchtbarem Unrecht beantwortet hat.“⁹

Der polnische Staatspräsident Alexander Kwasniewski antwortete am 15. September in der polnischen Tageszeitung Rzeczpospolita recht deutlich. Der Text – eine der bemerkenswertesten Stellungnahmen zur Thematik – warnt offen vor den Folgen der deutschen Revisionspolitik.

„Ich wäre heute sehr vorsichtig“, so Kwasniewski über die im Potsdamer Abkommen angeordneten Umsiedlungen, „mich auf eine Diskussion darüber einzulassen, ob diese Maßnahmen rechtmäßig waren. Das bedeutet, die Büchse der Pandora zu öffnen. (...) Ich möchte nicht übertreiben, aber es muss daran erinnert werden, womit die Schwierigkeiten auf unserem Kontinent begonnen haben, die letztlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten: mit der Untergrabung des Versailler Vertrages.“¹⁰

Es dauerte einige Monate, bis es den Beteiligten gelungen war, die Debatte halbwegs zu beruhigen. Im März 2004 hat die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung die Dinge in die Hand genommen, nach Konzepten, die von einer Arbeitsgruppe des Deutschen Polen-Instituts entwickelt worden waren. Ein Netzwerk gegen Vertreibungen solle es geben, hieß es in einer „Bonner Erklärung“, die im Anschluss an eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung angeleitete Tagung veröffentlicht wurde: Europaweit sollen Initiativen gegen Zwangsmigrationen und Vertreibungen vernetzt werden. Das Konzept schließt unmittelbar an Meckels Pläne für ein Zentrum ge-

⁹ Auszüge bei <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1063317600.php>.

¹⁰ Auszüge bei <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1063749600.php>.

gen Vertreibungen an, weitet sie aber auf ganz Europa aus.

Am 22./23. April 2004 schließlich wurden die Pläne für ein Netzwerk gegen Vertreibungen auf einer Konferenz in Warszawa besprochen. Eingeladen hatte der polnische Kultusminister, gekommen waren Abgeordnete Deutschlands, Österreichs, Ungarns, Tschechiens und der Slowakei. Bis Oktober soll Einigkeit über das Projekt erzielt werden, dann geht es an die konkrete Umsetzung. „Europa“ soll das Netzwerk finanzieren. Im Ergebnis würden dann nicht nur die deutschen Revisionsstrategien auf europäischer Ebene zum Erfolg geführt; sie würden auch noch von „Europa“ finanziert. Und: Die Thematik wäre internationalisiert. Also genau das, was etwa die tschechische Regierung bisher um jeden Preis verhindern will. Denn das Münchner Diktat war ja das Endergebnis der Internationalisierung der „Sudetenfrage“.

Die Wertung des „Münchener Abkommens“ im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

I. Anmerkungen zur allgemeinen Rolle des Nürnberger Prozesses

Der folgende Text ist kein historisch-wissenschaftlicher in der Weise, dass ihm eine umfassende Literatursichtung zugrundeläge, sondern er beruht in erster Linie auf der Lektüre der Primärquelle, also der Nürnberger Prozessakten.¹ Er befasst sich außerdem in seinem beschreibenden Teil ausschließlich mit der Rolle, die dem sogenannten Münchener Abkommen im Prozess beigemessen wurde. Insbesondere behandelt er nicht die Frage, ob das Abkommen als solches überhaupt legitim zustande kam und damit als gültig bezeichnet werden kann, angesichts der Tatsache, dass die am stärksten durch die Verhandlungsergebnisse betroffene Partei, die damalige Tschechoslowakische Republik, nicht an den Verhandlungen teilhaben durfte, sondern die Ergebnisse schlicht zu vollziehen hatte. In den Worten der Anklageschrift: „Die Tschechoslowakei wurde aufgefordert, sich zu fügen.“² Dies ist selbstverständlich der Skandal, der die Bezeichnung als „Münchener Diktat“ rechtfertigt.

Dennoch ist diese Position keine, die im Nürnberger Prozess eine Rolle spielte. Er setzte sich mit dem Abkommen insoweit auseinander, als es von deutscher Seite aus ein – in dieser Form offensichtlich unbeabsichtigter – Schritt auf dem Weg zum Angriffskrieg war und „Hitler niemals die Absicht hatte, sich an das Münchener Abkommen zu halten“.³

„Der Krieg gegen Polen kam nicht plötzlich aus heiterem Himmel; das Beweismaterial hat klar ergeben, daß dieser Angriffskrieg durch die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei wohl überlegt und eingehend vorbereitet war (...)“⁴

¹ Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, veröffentlicht in Nürnberg, Deutschland, 1947: Nachdruck im Delphin Verlag GmbH, München und Zürich, 1984. Zitierweise im Folgenden: Nummer des Bandes/Seitenzahl.

² 1/41

³ 1/219

⁴ 1/207

Aus internationaler, d.h. völkerrechtlicher Sicht war es zudem ein weiterer in einer ganzen Reihe von Verträgen, die von Deutschland gebrochen worden waren. Mit den Worten eines US-amerikanischen Anklägers: „Ebenso werden wir Ihnen alle Einzelheiten des Angriffs auf die Tschechoslowakei vorlegen, einschließlich des auf dieses Land ausgeübten Druckes, der seine Auswirkung im Münchener Vertrag vom September 1938 hatte, ebenso die Verletzung dieses Paktes selbst durch Deutschland am 15. März 1939.“⁵

Der Prozess verhandelt die Taten der sogenannten Hauptkriegsverbrecher. Das war im juristischen Sinne gemeint und beinhaltete keine Interpretation, dass sich historische Begebenheiten einzig auf die Taten dieser Personen oder Organisationen zurückführen lassen. Auch waren die dort vorgebrachten Beweise gegen einzelne Angeklagte nicht dazu vorgesehen, deren Verbrechen auf alle Angehörigen ihrer Organisationen zu übertragen. In den Fällen, in denen es der Anklage gerechtfertigt erschien, wurde beantragt, diese Organisationen explizit als verbrecherisch in ihren Zielen und ihrem Handeln zu erklären. Bei einigen dieser Organisationen, aber nicht bei allen,⁶ folgte das Urteil den Anträgen der Anklage.

Ein Anliegen von Nürnberg war es, Personen, die als Staats- oder Regierungsverantwortliche schwerste Verbrechen begangen hatten, aus der Anonymität und der damit verbundenen faktischen individuellen Immunität zu lösen:

„Der Staat ist kein abstraktes Wesen. Seine Rechte und Pflichten sind die Rechte und Pflichten von Menschen.“⁷

„Nicht länger werden wir einen Kreis um sie herumziehen und sie nach den vom Duellkodex vorgeschriebenen Formen behandeln. Statt dessen werden wir sie als Rechtsbrecher anklagen.“⁸

Es ging zudem darum, diese Personen und einzelne Organisationen mustergültig zu verurteilen, um die Taten der dahinter stehenden Reihen dann in dezentralen Folgeprozessen juristisch bearbeiten zu können. Auch hier richtete sich die Absicht von Nürnberg also letztlich auf Individuen und ihre individuelle Schuld.

Alle Schlussfolgerungen bezüglich der ableitbaren Verantwortlichkeit von Gruppen, die dort nicht unter Anklage standen, sind also Interpretationen, die nicht im strengen Sinne juristisch bewiesen sind. Daher sind solche Interpretationen hier auch nicht als Essenz des Gerichtsverfahrens, sondern als Essenz der Prozessaktenstudie zu verstehen; einen wie auch immer gearteten „juristischen Adel“ kann man

⁵ 2/308

⁶ So wurde z.B. die Reichsregierung nicht als verbrecherische Organisation verurteilt, da sie als faktisch nicht entscheidungsfähig gewertet wurde und der Personenkreis „so klein ist, daß gegen ihre Mitglieder ohne weiteres Einzelverfahren geführt werden können...“ (1/310); das OKW wurde vom Gericht nicht als Organisation gewertet, sondern als „Gruppe“ (1/311–314).

⁷ 3/123

⁸ 3/118

ihnen nur insoweit zusprechen, als sie auf Beweismittel zurückgehen, die in einem Gerichtsverfahren von hoher Qualität vorgebracht wurden.

Der Nürnberger Prozess war in der Tat ein Novum. Entsprechend stark wurde er bereits vor seinem Beginn angegriffen, unter anderem damit, dass Taten als Verbrechen behandelt würden, die zum Zeitpunkt ihrer Begehung gar keine dargestellt hätten (beispielsweise die Vorbereitung und Führung eines Angriffskriegs, was unter anderem durch Deutschlands Unterschrift unter den Briand-Kellogg-Pakt eindeutig widerlegt ist⁹) oder für deren Begehung bisher keine individuelle Strafe existiert hätte (hier lässt sich u.a. festhalten, dass die begangenen Verbrechen durchaus allgemein unter Strafe standen und lediglich der überstaatliche gerichtliche Rahmen die Neuerung darstellte). Die Nürnberger Ankläger und Richter waren sich dieser Vorwürfe bewusst. Auch war ihnen bekannt, dass paradoxerweise gerade die Entscheidung, keinen „kurzen Prozess“ mit den Kriegsverbrechern zu machen, heftigsten Protest ihrer Verteidiger und Unterstützer hervorrief.

Das mag am zweiten wichtigen Anliegen des Verfahrens liegen: Es galt der Dokumentation der für die Weltöffentlichkeit zum Teil schier unglaublichen Verbrechen, deren Spuren die Befreiungsarmeen vorfanden und die im Rahmen der Beweismittelsicherung festgehalten wurden. Diese Dokumentation bildet bis heute ein Hindernis, das revisionistische Theorien nicht wegräumen können. Wie es der britische Anklagevertreter Hartley Shawcross in einem Einleitungswort ausdrückte, das die verschiedenen Aspekte des Nürnberger Prozesses anschaulich vereint:

„Es wird Leute geben, die vielleicht sagen, man hätte mit diesen erbärmlichen Menschen summarisch, ohne Gerichtsverhandlung, durch ‚Exekutivaktion‘ verfahren sollen; man hätte sie, nachdem ihre Macht zum Bösen gebrochen worden war, einfach weggewen und in Vergessenheit geraten lassen sollen, und zwar ohne diese ausgearbeitete und sorgfältige Untersuchung der Rolle, die sie bei der Entfesselung dieses Krieges gespielt haben. (...) Auf diese Weise würden künftige Generationen nicht erkennen, daß das Recht nicht immer auf der Seite der stärkeren Bataillone zu finden ist; (...). Das menschliche Gedächtnis ist sehr kurz. Die Verteidiger besiegter Nationen sind manchmal imstande, sich das Mitgefühl und die Großmut der Sieger zunutze zu machen, so daß die wahren Tatsachen, die niemals amtlich aufgezeichnet wurden, verschleiert und vergessen werden. Man muß sich nur die Umstände, die dem letzten Weltkrieg folgten, ins Gedächtnis rufen (...). Mit dem Ablauf der Zeit neigt man dazu, Berichte von Angriffen und Greuelthaten, vielleicht gerade wegen ihrer Entsetzlichkeit, zu bezweifeln. Die Leichtgläubigen (...) glauben schließlich, daß nicht sie, sondern ihre Gegner die Taten begangen haben, die sie selbst verdammen würden. Und so glauben und wissen wir, daß dieser Gerichtshof trotz seiner Einsetzung seitens der Siegermächte in vollkommener und richterlicher Objektivität handeln und damit einen zeitgenössischen Prüfstein und einen maßgeblichen und unparteiischen Bericht schaffen wird, der künftigen Geschichtsschreibern als Quelle der Wahrheit und künftigen Politikern als Warnung dienen wird. (...) Dieses Verfahren und die Anklage gegen Einzelpersonen mö-

⁹ Vom 27.8.1928, teilw. zit. in 3/115–116.

gen neuartig sein, aber in den Grundsätzen, die wir durch diese Anklage zur Geltung bringen wollen, ist nichts Neues zu finden.“¹⁰

Diese Dokumentation oder „amtliche Aufzeichnung“, wie Shawcross es nannte, der Geschehnisse stellt also einen Maßstab dafür dar, wie künftige Generationen die Ereignisse bewerten. Eine Klassifizierung als Verbrechen und ein derart geführter Beweis ist in diesem Zusammenhang also keine Kleinigkeit.

Dennoch oder vielleicht gerade deshalb ist der Vorwurf der „Siegerjustiz“ bis heute in Deutschland geläufig. Das folgende Stück Naziideologie von Adolf Hitler diente auch Shawcross dazu, diesen Vorwurf als die Projektion zu enttarnen, die er letztlich ist:

„Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg. (...) Der Stärkere hat das Recht.“¹¹

II. Stellenwert des Münchner Diktats für die deutsche Führungselite

In Nürnberg ging es also, um das noch einmal zu wiederholen, im Zusammenhang mit dem Münchner Diktat nicht darum, einzelne Verträge völkerrechtlich zu begutachten. Aber was die unter den Anklagepunkten 1 und 2, also der Verschwörung zum Angriffskrieg und der Führung desselben, vorgebrachten Beweise klar zum Ausdruck bringen ist der Stellenwert, den dieses Diktat für die deutsche Führungselite tatsächlich hatte. Es wird restlos offengelegt, dass es sich für Deutschland um eine Etappe auf dem Weg zum Angriffskrieg handelte und dass seine Ergebnisse niemals als eigenständige Ziele angestrebt wurden. Es war also ein Schritt auf dem Weg zum 1. September 1939, dessen Entwicklung in Nürnberg präzise nachgezeichnet wurde: von der Umgehung und letztlichen Kündigung der Verpflichtungen von Versailles durch Deutschland, also der zunächst geheimen Aufrüstung und Kriegsbefähigung des deutschen Militärs, vor allem durch die Remilitarisierung des Rheinlands, und der damit verbundenen Mobilisierung aller zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen und finanziellen Mittel, über den Anschluss Österreichs, die Einverleibung des sogenannten Sudetenlands und der darauf folgenden Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik, bis schließlich zum Einmarsch in Polen.

Zu der Elite, die diesen Krieg vorbereitete, vermerkt die Urteilsbegründung: „Hitler konnte keinen Angriffskrieg allein führen. Er benötigte die Hilfe von Staatsmän-

¹⁰ 3/106–107

¹¹ 2/325 bzw. 3/106

nern, militärischen Führern, Diplomaten und Geschäftsleuten.“¹² Diese Verbindungen wurden im Vortrag der Anklage zu den einzelnen Etappen der Kriegsvorbereitung detailliert offengelegt.¹³

Am deutlichsten wird dieser Etappencharakter durch die zahlreichen Beweise dafür belegt, dass das deutsche Militär zum Zeitpunkt der Verhandlungen in München kriegsbereit an der tschechoslowakischen Grenze stand: „Während des Abschlusses des Münchener Paktes war die Wehrmacht vollständig zum Angriff vorbereitet und wartete nur auf Hitlers Wort, um mit dem Überfall zu beginnen.“¹⁴ Deutschland war also bereits dabei, die vollständige Einverleibung zu beginnen. Sie war datiert auf den 2. Oktober, anhand eines monatelang vorbereiteten Plans, des sog. Plans „Grün“. Die Angriffsplanung einschließlich umfangreicher Truppen Transporte musste soweit geheim bleiben, dass die ČSR nicht unmittelbar mobil machte, denn „für Deutschland laute[t] die Frage, wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei“.¹⁵

Dieser Plan wurde tatsächlich etwas hinausgezögert durch die Münchner Verhandlungen und den daraufhin abgeschlossenen Vertrag zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland. Nachdem er in der Nacht vor dem geplanten Angriff ausgehandelt war, wurde seitens Deutschlands sofort eine Umsetzung in Angriff genommen, die es erlauben würde, dass „jederzeit in das Unternehmen Grün übergegangen werden kann“.¹⁶ Die Besetzung der Grenzgebiete und die damit verbundene Übernahme eines großen Teils der tschechoslowakischen Befestigungen bildete eine hervorragende Voraussetzung. Der strategische Gewinn für den tatsächlichen Schlag war also an sich nicht zu verachten, aber es war eben nur ein strategischer:

„Die Gründung Großdeutschlands war politisch gesehen eine große Leistung, militärisch war sie bedenklich, da sie erreicht wurde durch einen Bluff der politischen Leitung. Es ist notwendig, das Militär zu erproben. Wenn irgend möglich, nicht in einer Generalabrechnung, sondern bei der Lösung einzelner Aufgaben.“¹⁷

So Hitler 8 Tage vor dem Überfall auf Polen. Hier also kommt der Stellenwert des Münchner Vertrags für die deutsche Führung klar zutage: Dieser erneute „Bluff“ war zwar überraschend billig zu haben, verwehrte Deutschland aber zu diesem Zeitpunkt die als vergleichsweise risikoarm eingestufte Erprobung seiner Streitkräfte.

¹² 1/252

¹³ 2/273ff., detailliert zur wirtschaftlichen Vorbereitung: 2/247ff.

¹⁴ 3/98

¹⁵ 2/300

¹⁶ 3/99

¹⁷ 2/324

Spätestens an diesem Punkt wird unmissverständlich klar, dass das eigentliche Ziel der Krieg und die Eroberung Osteuropas war, während „Großdeutschland“ nur einen Schritt dorthin darstellte. Uneinigkeit herrschte in der deutschen Führung lediglich darüber, wie weit man zu welchem Zeitpunkt gehen konnte, ohne das Gesamtvorhaben zu gefährden. Hitler vor dem OKW kurz nach Kriegsbeginn:

„... Austritt aus dem Völkerbund und Absage an die Abrüstungskonferenz. Es war ein schwerer Entschluß. Die Zahl der Propheten, die erklärten, es werde zur Besetzung des Rheinlands führen, war sehr groß, die Zahl der Gläubigen war sehr gering. Ich führte meine Absicht durch, gedeckt durch die Nation, die geschlossen hinter mir stand. Danach Befehl zur Aufrüstung. Auch hier wieder zahlreiche Propheten, die das Unglück kommen sahen, und nur wenige Gläubige. 1935 folgte die Einführung der Wehrpflicht. Danach Militarisierung des Rheinlands, wieder damals ein Vorgang, den man zunächst nicht für möglich hielt. (...) Ein Jahr später kam Österreich (...) auch dieser Schritt wurde für sehr bedenklich angesehen. (...) Der nächste Schritt war Böhmen, Mähren und Polen. Aber dieser Schritt war nicht in einem zu tun. (...) Vom ersten Augenblick an war mir klar, daß ich mich nicht mit dem sudetendeutschen Gebiete begnügen könnte. Es war nur eine Teillösung. Dann kam die Errichtung des Protektorats und damit war die Grundlage für die Eroberung Polens gelegt ...“¹⁸

III. Rolle der „sudetendeutschen“ Führung und Destabilisierung der ČSR

Im Umfeld der Verhandlungen in München wurde die Fünfte Kolonne, also die damals bereits klar nazistisch ausgerichtete sudetendeutsche Henlein-Partei und die zum Zwecke der Destabilisierung bewaffneten „Sudetendeutschen Freikorps“ (die sofort nach dem Anschluss in der SS aufgingen) eingesetzt, um in der ČSR Unruhe zu stiften:

„Das Sudetendeutsche Freikorps bleibt Konrad Henlein unterstellt. Zweck: Schutz der Sudetendeutschen und Aufrechterhaltung weiterer Unruhen und Zusammenstöße. Die Aufstellung des Freikorps erfolgt in Deutschland ...“¹⁹

Die Überfälle erreichten ein Ausmaß, das selbst dem Oberkommando zu viel wurde, da sie zu unerwünscht früher Mobilmachung der tschechoslowakischen Verteidigungskräfte zu führen drohten, wie Jodl in seinem Tagebuch vermerkte:

„20. September [1938]: (...) Die Unternehmungen des Freikorps fangen an, einen Umfang anzunehmen, der für die späteren Absichten des Heeres bedenkliche Folgen zeitigen kann und schon gezeitigt hat (Verschieden starke Teile des tschechischen Heeres bis nahe der Grenze).“²⁰

Unmittelbar nach dem Abschluss der Verhandlungen wurden die Freikorps angewiesen, sich zurückzuziehen und nur kleinere Übergriffe zu starten, damit nicht der

¹⁸ 2/293

¹⁹ 3/93

²⁰ 3/94

Eindruck eines militärischen Schlags entstehe. Die Kolonnenaktivitäten wurden nach Prag, das Militär weiter nach vorne verlegt.

Die Führung der Sudetendeutschen Partei zumindest war von den Plänen zur „Erledigung der Rest-Tschechei“²¹ zu diesem Zeitpunkt informiert. Sie nahm ihre Befehle direkt aus der deutschen Gesandtschaft in Prag entgegen:

„Maßgebend für Politik und taktisches Vorgehen der SdP ist ausschließlich die durch Gesandtschaft übermittelte Linie deutscher Außenpolitik ...“²²

Konrad Henlein, der Parteichef, prahlte 1941 mit dieser Rolle:

„Der Nationalsozialismus riß uns Sudetendeutsche bald mit. Unser Kampf war anderer Art als der in Deutschland. Obgleich wir in der Öffentlichkeit ein anderes Benehmen zur Schau tragen mußten, standen wir im geheimen selbstverständlich mit der nationalsozialistischen Revolution in Verbindung, um unseren Anteil daran zu haben. (...) Als der Führer der NSDAP mich im Herbst 1933 ersuchte, die politische Führung der Sudetendeutschen zu übernehmen, stand ich vor der Entscheidung einer schweren Frage. Sollte die Nationalsozialistische Partei illegal weiter bestehen, oder sollte die Bewegung im Interesse der Selbsterhaltung der Sudetendeutschen und um deren Rückkehr zum Reich vorzubereiten, ihren Kampf getarnt und mit Mitteln, die nach außenhin legal erschienen, führen? (...)“²³

Über die Korrektheit der Jahreszahl 1933 als Beginn der Fernsteuerung der SdP gewissermaßen im Augenblick ihrer Gründung gibt es Zweifel. Zweifelsfrei belegt ist jedoch, dass die SdP seit 1935 umfangreiche Mittel durch das deutsche Auswärtige Amt erhielt.²⁴

Im März 1938 ersuchte Henlein um Unterredung mit dem „Hochverehrten Herrn Reichsaußenminister“²⁵ Ribbentrop. In dieser Unterredung in Berlin wird von Ribbentrop die Strategie vorgegeben:

„Das Ziel der von der Sudetendeutschen Partei mit der Tschechoslowakischen Regierung zu führenden Verhandlungen wäre letzten Endes das, durch den Umfang und die schrittweise Präzisierung der zu stellenden Forderungen den Eintritt in die Regierung zu vermeiden. Bei den Verhandlungen müßte klar herausgestellt werden, daß allein die Sudetendeutsche Partei Verhandlungspartner der Tschechoslowakischen Regierung wäre, nicht die Reichsregierung. Die Reichsregierung ihrerseits müsse es ablehnen, gegenüber der Prager Regierung oder gegenüber London und Paris als Vertreter oder Schrittmacher der sudetendeutschen Forderungen in Erscheinung zu treten. (...) Im Anschluß an diese allgemeinen Ausführungen des Herrn Reichsministers wurden die in der Anlage beigefügten Forderungen der Sudetendeutschen Partei an die Tschechoslowakische Regierung durchgesprochen und grundsätzlich genehmigt. (...) Abschließend wurde die Frage der Zweckmäßigkeit eines Zusammengehens der Sudetendeutschen Partei mit den übrigen Minderheiten in der Tschechoslowakei, insbesondere den Slowaken, erörtert. Der Herr Reichsminister entschied dahin, daß man der Partei die Frei-

²¹ 3/102

²² 3/85

²³ 3/84–85

²⁴ 3/89

²⁵ 3/86

heit lassen müsse, mit den anderen Minderheitsgruppen, deren paralleles Vorgehen zweckmäßig erscheinen könnte, lose Fühlung zu halten.“²⁶

Diese Aufzeichnungen widerlegen klar die auch später aufrechterhaltene Behauptung, Deutschland sei das „Sudetenproblem“ aufgezwungen worden.²⁷ Es wurde vielmehr, unter tatkräftiger Hilfe der Fünften Kolonne der SdP-Kader und ihrer bewaffneten Verbände, benutzt, um ein politisches Klima herzustellen, unter dessen Einwirkung Deutschland sich bei minimalem Risiko die ČSR einverleiben konnte. Die Angriffe auf die verbleibende ČSR ließen nach dem Münchner Diktat in keinsten Weise nach. Um die Darstellung nicht unnötig zu strapazieren, sei versichert, dass Deutschland sich auch der slowakischen organisierten Minderheitenvertreter sowie Ungarns zur rechten Zeit zu bedienen wusste. Das wohl bildlichste und zynischste Zitat findet sich in der Wiedergabe der Worte Ribbentrops bei einer Besprechung mit zwei ungarischen Ministern: „Wer mittafeln wolle müsse allerdings auch mitkochen.“²⁸

IV. Stellenwert des Münchner Diktats in revisionistischen Theorien

München ist für revanchistische und revisionistische Kreise, die immer noch über einigen Einfluss in der BRD verfügen, und vor allem natürlich die sudetendeutschen und gesinnungssudetendeutschen Kader, nach wie vor ein wichtiger Bezugspunkt. Zweck der obigen Ausführungen war es nachzuweisen, dass das Münchner Diktat im Rahmen des Nürnberger Prozesses klar als uneigenständiges Produkt einer deutschen Aggressionspolitik zutage tritt. Von deutscher Seite aus wurde es als ein eigentlich unerwarteter und in mancherlei Hinsicht sogar unerwünschter Erfolg des politischen „Bluffs“ gesehen, als Hitler aufgrund eines engen Zeitfensters mit schnellen Schritten auf den Krieg zueilen wollte. Kurz vor Kriegsbeginn 1939 beschreibt er das Problem folgendermaßen: „Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.“²⁹ Das Münchner Diktat lässt sich also nicht denken und schon gar nicht erklären ohne den Plan zum Überfall auf Osteuropa. Daraus kann man folgern, dass, wer sich bei

²⁶ 3/87–88

²⁷ So z.B. die Darstellung Ribbentrops, 10/281ff.

²⁸ 3/64

²⁹ 2/325

³⁰ 2/297; 302

Kenntnis der vorliegenden Beweise von Zustandekommen und Ergebnissen Münchens nicht distanzieren will oder sie gar rechtfertigt auch zu einer ernsthaften Distanzierung von großdeutscher Raumpolitik nicht fähig ist.

Es ist von Bedeutung, die deutsche „Heim-ins-Reich“-Politik in diesem Zusammenhang als die oben zitierte „Teillösung“ zu identifizieren, die sie tatsächlich darstellte. Im Rahmen des Nürnberger Prozesses zeigte sich deutlich der Charakter des ihr letztlich zugrundeliegenden Gedankens:

„Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung. Die deutsche Volksmasse verfüge über 85 Millionen Menschen, die nach Anzahl der Menschen und der Geschlossenheit des Siedlungsraumes in Europa einen in sich so fest geschlossenen Rassekern darstelle, wie er (...) das Anrecht auf größeren Lebensraum mehr als bei anderen Völkern in sich schliesse. (...) Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben ...“³⁰

Das Zitat stammt aus einem Sitzungsprotokoll von 1937, das genaueste Kriegsvorbereitungsszenarien durchspielt. Als anwesend geführt wurden Hitler als Vortragender, Blomberg, Fritsch, Raeder und Göring als Vertreter des Militärs, Neurath als Außenminister und ein Protokollant.

Die rücksichtslose Vernichtung anderer Staaten und ihrer Bevölkerungen ist von der „Heim-ins-Reich“-Ideologie als propagandistischer Variante des „fest geschlossenen Rassekerns“ also nicht zu trennen. Der den Krieg vorbereitenden deutschen Führung war das so klar, dass der Versuch einer Leugnung dieser Tatsache von Seiten heutiger Revisionisten eigentlich vollkommen absurd ist.

Bei der Untersuchung des Stellenwerts des „Münchener Abkommens“ im Rahmen revisionistischer Strategien kommt es wohl letztlich darauf an, dass es zum Zwecke der Umdeutung der geschichtlichen Ereignisse vor dem offiziellen Kriegsbeginn als einziges eine gewisse Ambivalenz besitzt, die sich aus seinem internationalen Zustandekommen herleitet. Die Einverleibung Österreichs – die andere Gebietsaneignung der Vorkriegszeit, die im Zuge des Potsdamer Abkommens rückgängig gemacht wurde – kann eine solche Sanktionierung nicht vorweisen. Die nach dem 1. September 1939 im Eroberungskrieg besetzten Gebiete kommen ebensowenig in Frage. Im „Münchener Abkommen“ als völkerrechtlichem Vertrag kam es zum ersten und einzigen Mal zur Anerkennung der „Heim-ins-Reich“-Politik von internationaler Seite – wie zweifelhaft sein Zustandekommen auch immer war.

Ribbentrop versuchte bereits im Rahmen seines Verhörs in Nürnberg, diese Anerkennung hervorzuheben:

„... ich glaube, daß es wohl auch durch seine [Sir Neville Hendersons, des britischen Botschafters in Berlin] Initiative damals war, daß es zu der Mission Runciman, daß Lord Runciman nach Prag kam. (...) Es ist damals von ihm auch ein Gutachten erstattet worden, das, nach meiner Erinnerung jedenfalls, ich entsinne mich des Wortlautes nicht mehr, in der Richtung liegt, daß das Recht auf die Durch-

setzung der Selbstbestimmung, ich glaube, einer sofortigen Selbstbestimmung des Sudetenlandes, nicht verkannt werden dürfte. Es war also, glaube ich, an sich ein für die Sudetendeutschen positives Gutachten.³¹

Im Verlauf der Vernehmung versucht er weiter, den internationalen Charakter des Abkommens und vor allem die Rolle Englands hervorzuheben.³² Völlig konträr zur Beweislage behauptet er abschließend:

„Der Führer war außerordentlich froh und glücklich über diese Lösung, und ich möchte dies hier nochmals besonders unterstreichen, auch ich war es im Hinblick auf andere Versionen, die mir im Laufe der Vernehmung hier bekanntgeworden sind. Wir alle waren außerordentlich glücklich, daß diese Frage auf diese Weise, in dieser Form gelöst worden ist.“³³

Auf der Suche nach dem Fehler, den England und Frankreich begangen haben, als sie sich in die „Sudetenfrage“ in „dieser Form“ einschalteten, ist – neben der völlig unakzeptablen Übergehung der ČSR – wohl hier der wichtigere Punkt gefunden als beim geläufigen Vorwurf des Papiertigertums an die englische „Appeasement“-Strategie. Dem Versuch, über den Abschluss auch unvorteilhafter Verträge einen Krieg zu verhindern, ist per se kein großer Vorwurf zu machen. Dies jedoch unter indirekter Legitimation der Forderung nach der Vereinigung „aller Deutschen“ im Reich zu tun war möglicherweise ein wichtiges Etwas mehr als nur der Versuch, den großen Krieg zu vermeiden. Die international damals zumindest teilweise vorhandene Sympathie für diese Ideologie ist bekannt, und von Henlein bei seiner Propagandatätigkeit in England durchaus genutzt worden.

Im Nürnberger Prozess wird nachgewiesen, wie die deutsche Führung die internationale Diplomatie und Öffentlichkeit systematisch über ihre Absichten täuschte.³⁴ Die Täuschung beinhaltete demnach auch, dass „Heim ins Reich“ gar nicht das eigentliche Ziel war:

„Mit der Besetzung des Sudetenlandes und des Einschlusses der deutschsprechenden Tschechen in das Großdeutsche Reich hätte man erwarten können, daß die Nazi-Verschwörer zufrieden gewesen wären. Bis dahin hatten die Angeklagten (...) die Vereinigung der Volksdeutschen mit dem Reiche als Ausrede für ihre Eroberungen verwendet. Nun, nach München waren alle Volksdeutschen in der Tschechoslowakei unter deutsche Oberhoheit zurückgekommen.“³⁵

Das zentrale Zitat Hitlers:

³¹ 10/285

³² 10/284–288; in den Aussagen der Angeklagten im Nürnberger Prozess finden sich im Übrigen widersprüchliche Aussagen darüber, auf wen die Initiative zum „Münchener Abkommen“ letztlich zurückging.

³³ 10/287–288

³⁴ V.a. 3/47–49

³⁵ 3/101

„Ich bin Herrn Chamberlain dankbar für alle seine Bemühungen. Ich habe ihm versichert, daß das deutsche Volk nichts anderes will als Frieden. (...) Ich habe ihm weiter versichert und wiederhole es hier, daß es, wenn dieses Problem gelöst ist, für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt! (...) Und das wird ihm garantiert! Wir wollen gar keine Tschechen!“³⁶

Der Vorwurf an die Nazis, diese deutschnationalen Erklärungen nicht ernst gemeint zu haben, hat einen sehr bitteren Beigeschmack, vor allem wenn bedacht wird, dass gerade den tschechischen Politikern und Diplomaten, die bereits damals deutlich sagten, was von dieser Linie zu erwarten sei, kein Glauben geschenkt wurde. Die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, von dem noch immer gerne behauptet wird, es fände seinen Ausdruck auch in diesem „Abkommen“, ist durch diese Rechtfertigung gründlich diskreditiert worden. Die Tschechoslowakei ist damit zu einem Lehrstück geworden, wie durch den Einsatz von Minderheitenpolitik ein Staat zerschlagen werden kann. Oder, wie der stellvertretende britische Hauptankläger es ausdrückte:

„Hier haben Sie ein fast vollkommenes Beispiel, wie ein Angriff in all seinen Vielfältigkeiten durchgeführt wurde.“³⁷

V. Nürnberg als Prüfstein

Zum Ende soll noch einmal an die Worte der britischen Anklage erinnert werden: der Nürnberger Prozess als Prüfstein für Historiker und Politiker, und für ihre Darstellung der Geschichte. Um tatsächlich einmal zu prüfen, wie es mit dieser Rolle bestellt ist, wird hier der Text eines Standard-Konversationslexikons der BRD aus dem Jahr 1980 wiedergegeben:

„Münchener Abkommen, der am 29.9.1938 durch Hitler, Neville Chamberlain, Daladier und Mussolini geschlossene Vertrag zur Lösung der tschech. Frage (...). Die Krise war von den seit der Einverleibung Österreichs sich rasch steigernden Forderungen der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins ausgegangen, die zuerst Autonomie, dann Selbstbestimmung innerhalb des tschechoslowak. Staates anstrebte. Durch das Drängen der nationalsozialist. Politik verschärfte sich die Forderung zum Verlangen der Loslösung der sudetent. Gebiete und wurde wegen der ultimativen Forderungen Hitlers zur drohenden Kriegsgefahr. Auf englische Ermittlungen (Runciman-Bericht) folgten Besuche Chamberlains bei Hitler in Berchtesgaden (16.9.) und Godesberg (22.-24.9.) und durch Vermittlung Mussolinis die Zusammenkunft in München. Die Tschechoslowakei war nicht vertreten. Sie mußte an das Dt. Reich die deutschbesiedelten Randgebiete Böhmens, ferner Gebietsteile an Polen (...) und an Ungarn (...) abtreten. Dafür sollte ihr Bestand und ihre Sicherheit garantiert werden; die Garantie kam nicht zustande. Das M. A., von Chamberlain als Ausweg zur Erhaltung des Friedens gedacht, galt als Kapi-

³⁶ 3/220

³⁷ 4/623

tulation der Westmächte vor Hitler und wurde zu einem symbolischen Begriff für falsche Nachgiebigkeit gegenüber Drohungen diktatorischer Staatsführer.“³⁸

Über die Tschechoslowakei weiß dasselbe Lexikon:

„Die Tschechen nahmen entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Herrschaft über ganz Böhmen, Mähren und Österr.-Schlesien für sich in Anspruch und besetzten im Winter 1918/19 das ganze sudetendeutsche Gebiet. (...) Große innenpolit. Schwierigkeiten entstanden aus der Minderheitenfrage: Die Sudetendeutschen wollten Gleichberechtigung für sich (...) Den Versuchen einiger dt. Parteien (...), durch Mitarbeit an der Regierung die Gleichberechtigung der Deutschen zu erreichen, blieben sichtbare Erfolge versagt. Die Machtübernahme des Nationalsozialismus im Dt. Reich veranlaßte die tschech. Regierung zu scharfem Vorgehen gegen die nationalen sudetendeutschen Parteien (...). An ihre Stelle trat die Sudetendeutsche Partei, die bei den Parlamentswahlen vom Mai 1935 der Stimmenzahl nach die stärkste Partei der T. überhaupt wurde. (...) Die steigende Macht des nationalsozialist. Reichs und der Anschluß Österreichs ließen die Autonomiebestrebungen der Sudetendeutschen in eine Anschlußbewegung umschlagen. Im Münchner Abkommen mußte die T. die deutschen Randgebiete abtreten. (...) Am 14.3.1939 machte sich die Slowakei unabhängig, worauf Hitler für den Reststaat den Abschluß eines Protektoratsvertrags erzwang (...) Im 2. Weltkrieg verhielt sich die tschech. Bevölkerung, von den Kriegslasten wenig betroffen, zunächst ruhig. Erst die dt. Rückschläge und die Maßnahmen nach der Ermordung des stellvertr. Reichsprotektors Heydrich (...) weckten Widerstandskräfte, die 1945 zu Greuelaten gegen die Deutschen und zu deren Austreibung führten.“³⁹

Diese beiden lexikalischen Erklärungen aus der Zeit der „alten“ Bundesrepublik liefern ein anschauliches Beispiel für zusammenhanglose Geschichtserzählung. Wem nach dieser Lektüre irgendetwas, was er vorher nicht bereits wusste, klar geworden ist, der ist zu bedauern. Insbesondere die letzten Passagen der Darstellung der Geschichte der Tschechoslowakei machen dann deutlich, wie das konsequente Ignorieren von Ursache und Wirkung zur Vernebelung historischer Ereignisse beiträgt – bis zu dem Punkt, dass von der Judenverfolgung und dem Holocaust, die im „Protektorat“ denkbar präsent waren, so weit abgesehen werden kann, dass die „tschech. Bevölkerung“ mit beiden zugedrückten Augen als „von den Kriegslasten wenig betroffen“ bezeichnet werden kann. Infam: Widerstand habe sich erst gezeigt, als Deutschland bereits darniederlag, und wer um alles in der Welt hat bloß Heydrich vorher umgebracht? Die erneute Durchsicht zeigt: „Scharfes Vorgehen“, „Ermordung“ und „Greuelaten“ wurden in diesem Lexikoneintrag tatsächlich nur durch Tschechen begangen.

³⁸ dtv-Lexikon 1980.

³⁹ Ebd.

Noch einmal der britische Anklagevertreter:

„Und so glauben und wissen wir, daß dieser Gerichtshof (...) einen zeitgenössischen Prüfstein und einen maßgeblichen und unparteiischen Bericht schaffen wird, der künftigen Geschichtsschreibern als Quelle der Wahrheit und künftigen Politikern als Warnung dienen wird.“⁴⁰

Das Beispiel zeigt: Der Nürnberger Prozess und die Dokumentation der dort vorgebrachten Beweise bilden tatsächlich ein Hindernis, das man nicht einfach aus dem Weg schaffen kann. Wie man es nach den Regeln der Kunst umschifft zeigt das Beispiel allerdings auch.

⁴⁰ 3/107

Bericht der Vorbereitungsgruppe über die Eröffnungsveranstaltung

EU-Erweiterung und deutsche Geschichtspolitik

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte der Historiker und Vorsitzende des Kurt-Eisner-Vereins, Philip Bauer, die rund 70 Teilnehmer/innen im Saal und problematisierte die Verwendung des Begriffs „Heimat“ durch die Vertriebenenverbände. Dann stellte die Politikwissenschaftlerin Juliane Gilles als Moderatorin die Podiumsteilnehmer vor:

Leo Furtlehner (*1951) aus Linz, Journalist bei der KPÖ-Zeitung „Volksstimme“, ist gleichzeitig Pressereferent der KPÖ in Oberösterreich.

Renate Hennecke (*1947) aus München ist verantwortliche Redakteurin der Deutsch-Tschechischen Nachrichten und aktives Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten.

Der Historiker Prof. Eckart Mehls (*1935) hat die zur Debatte stehenden Ereignisse 1945/46 als Zehnjähriger miterlebt, den Rest seiner Kindheit und Jugend nahe der deutsch-polnischen Grenze in Mecklenburg-Vorpommern verbracht und dann an der Humboldt-Universität in Berlin Geschichte und Slawistik studiert. An derselben Universität lehrte er später osteuropäische Geschichte, bis er 1991 Lehrverbot erhielt und in den vorzeitigen Ruhestand geschickt wurde.

Jan Šicha (*1967) hat in Prag Literaturwissenschaft und Philosophie studiert und danach im Literarischen Archiv gearbeitet. Vor neun Jahren kam er für das tschechische Außenministerium nach München und gründete hier vor fünf Jahren das Tschechische Zentrum, das er seitdem leitet.

Der Zusammenhang

In ihren Eingangsstatements führten die Podiumsteilnehmer aus, aus welchem politischen Zusammenhang die aktuelle Debatte über die sog. Beneš-Dekrete ihrer Meinung nach ihre Energie bezieht. Zwei Ereignisse wurden von allen genannt: der Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR und den osteuropäischen Ländern 1989/90 und die Osterweiterung der EU am 1. Mai 2004. Die Ereignisse von 1989/90 führten zu einer neuen Konstellation, in der sich einerseits „neue Möglichkeiten eröffneten, alte Traditionslinien in der deutschen Politik gegenüber den osteuropäischen Ländern wiederaufzunehmen“, und andererseits die Notwendigkeit gesehen wurde, die Rolle Deutschlands neu zu definieren, um „auf neuer Augenhöhe mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges“ eine neue Politik zu be-

ginnen und alte Beschränkungen hinter sich zu lassen. „In dieser Situation kam der deutschen Politik die Möglichkeit sehr gelegen, sich durch den neuen Opferdiskurs trickreich einzureihen in eine Gemeinschaft von Opfern und das Image des Störenfriedes loszuwerden“, so Prof. Mehls. Begonnen habe dieser Diskurs allerdings schon Jahrzehnte vorher, genauer: 1950 mit der „Charta der Heimatvertriebenen“, in der diese als die „vom Leid der Zeit am schwersten Betroffenen“ bezeichnet wurden.

Aus tschechischer und österreichischer Sicht

Jan Šicha charakterisierte diese Entwicklung aus tschechischer Sicht mit dem Satz: „Die Berliner Republik sucht ihre Selbstdefinierung, und ab und zu tut sie das auch auf unsere Kosten.“

Die österreichische Situation beschrieb Leo Furtlehner: Die Österreicher hätten sich nach dem Krieg lange Zeit nur als Opfer verstanden und jede Mitverantwortung für die Verbrechen der NS-Zeit geleugnet. Erst 1995 habe der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) erstmals öffentlich festgestellt, dass Hunderttausende von Österreichern Mittäter gewesen seien. Kurz darauf habe der ÖVP-Außenminister Mock das Thema „Vertreibung“ aufgegriffen, um damit Vranitzkys Eingeständnis zu relativieren. Der FPÖ-Vorsitzende Haider habe dann bewusst die „Vertreibung“ in Relation zum Holocaust gestellt. Im Vorfeld der EU-Erweiterung sei vom österreichischen Parlament ein von ÖVP und SPÖ gemeinsam eingebrachter Antrag mit der Forderung nach Aufhebung der Beneš-Dekrete verabschiedet worden. Die FPÖ habe den Antrag abgelehnt, weil er kein Junktim zwischen der Aufhebung der Dekrete und der Aufnahme Tschechiens in die EU enthalten habe. Diese Forderung sei dann 2000 Gegenstand des Koalitionsvertrages zwischen ÖVP und FPÖ geworden, aber wieder fallen gelassen worden, weil sie nicht im Interesse der Wirtschaft war. Konsequentermaßen würden bei all diesen Diskussionen die historischen Ereignisse zwischen 1938 und 1945 ausgeblendet. Als österreichische Besonderheit führte Furtlehner schließlich an, dass die lange gemeinsame Geschichte im Habsburgerreich Ressentiments hinterlassen habe, die sich bis heute in Form eines starken Antislavismus in Österreich äußerten.

Die EU-Osterweiterung

Als zweites zentrales Datum wurde von allen Podiumsteilnehmern die EU-Osterweiterung angeführt. Renate Hennecke wies darauf hin, dass die Landsmannschaften und ihre politischen Hintermänner seit Jahrzehnten hartnäckig auf diesen Mo-

ment hingearbeitet haben, da sie nur in einem unter imperialistischen Vorzeichen „wiedervereinigten Europa“ Chancen für die Verwirklichung ihrer Ziele sähen. Prof. Mehls interpretierte die Aktivitäten auf Seiten der SL als „Versuch einer erneuten Internationalisierung“, ähnlich wie sie Henlein 1937/38 mit seinen Missionen in Großbritannien betrieben hat. Auch diese Internationalisierung sei schon in der „Charta der Heimatvertriebenen“ angelegt, wo von der „Mitverantwortung der Völker der Welt“ für das Schicksal der Vertriebenen die Rede sei.

Die Ziele

Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge wurden die Ziele der Kampagne analysiert.

Renate Hennecke nannte als vorrangiges Ziel die „Durchsetzung einer bestimmten Sicht der deutsch-tschechischen Geschichte“, einer Sicht, wonach an der „Katastrophe der Sudetendeutschen“ nicht der deutsche Faschismus mit seinen Verbrechen, sondern das Beharren der Tschechen auf einem eigenen Staat in den historischen Grenzen des Königreichs Böhmen schuld sei. Das Unrecht habe dieser Geschichtsauffassung zufolge 1918/19 (mit der Gründung der 1. Tschechoslowakischen Republik) begonnen, während das Münchner Abkommen nicht als Unrecht, sondern als Wiederherstellung des Rechts betrachtet werde. Dies finde bis heute seinen Niederschlag in der Weigerung sämtlicher Bundesregierungen, das Münchner Diktat als null und nichtig von Anfang an (und nicht erst seit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die sog. Rest-Tschechei) zu erklären. Der tschechischen Führung werde von der SL unterstellt, schon lange vor der Zeit der deutschen Besatzung Vertreibungsabsichten gehegt zu haben, und Hitlers Anteil werde allenfalls darin gesehen, die Gelegenheit zur Verwirklichung dieser Pläne gegeben zu haben. In ihrem Sinne konsequent richteten die Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft ihre Entschädigungsforderungen an Prag und nicht an Berlin. Die Durchsetzung dieser Sicht auf die deutsch-tschechische Geschichte sei Teil einer weitergehenden Verharmlosungsstrategie gegenüber dem deutschen Faschismus, die sich z.B. auch in den Plänen zur Errichtung eines Vertreibungszentrums niederschläge. Inhaltlich gehe es dabei darum, die Aussiedlung der deutschen Minderheiten nach dem zweiten Weltkrieg als eine von zahlreichen gleichartigen Geschehnissen und die Deutschen als Opfer der „schlimmsten ethnischen Säuberung der Menschheitsgeschichte“ darzustellen, wie es in Veröffentlichungen der SL nachzulesen sei. Das Ziel einer derartigen Umschreibung der Geschichte sah Hennecke in einer Überwindung aller Hemmnisse, die der „Normalisierung“ Deutschlands im Sinne einer „Wiederherstellung der ‚normalen‘ Kriegsfähigkeit“ noch ent-

gegenstünden. Konkret nannte sie hier das Verbot der atomaren Bewaffnung Deutschlands durch das Potsdamer Abkommen, dessen Delegitimierung ebenfalls ein zentrales Ziel der Kampagne gegen die Beneš-Dekrete sei.

Leo Furtlehner charakterisierte die Forderungen an den tschechischen Staat als „Versuch einer Reaktivierung eines Herr-Knecht-Verhältnisses, wie es in vergangenen Jahrhunderten im Habsburgerreich bestanden“ habe. Eine solche Tendenz zur Bevormundung zeige sich auch in der breiten Stimmung für die Forderung nach Schließung des tschechischen AKW Temelín. Dass dabei nicht die Besorgnis vor den Gefahren der Atomkraft im Mittelpunkt stehe, zeige sich u.a. daran, dass die österreichischen Vertreter in entsprechenden EU-Gremien sich dort für den Ausbau der Atomenergiewirtschaft einsetzten.

Die Folgen

Die Folgen der mittlerweile seit mindestens vier Jahren andauernden Kampagne gegen die Beneš-Dekrete sahen die Podiumsteilnehmer in einer Schädigung des Bildes der Tschechischen Republik in der internationalen, besonders aber in der deutschen Öffentlichkeit. „Nach der Wende waren wir für Kafka, Schwejk, Prag, Havel und Bier zuständig“, sagte Jan Šicha. Mittlerweile sei das Bild Tschechiens weitgehend auf das eines „Vertreiberstaates“ reduziert. Als Beleg dafür führte er die Zahl von Artikeln in der deutschen Presse an, die sich diesem Thema widmen: selbst bei Einbeziehung der Reiseseiten sei dieser Anteil auf etwa die Hälfte aller Artikel zu schätzen. Šicha glaubt jedoch, das Schlimmste sei nun überstanden, nachdem das Drängen auf ein Junktim zwischen der Aufhebung der Beneš-Dekrete und der Aufnahme Tschechiens in die EU gescheitert sei. Auch bei den jetzt zu erwartenden individuellen Eigentumsklagen von Sudetendeutschen vor europäischen Gerichten habe die ČR gute Chancen, die Schlacht zu gewinnen. Die Reaktionen der tschechischen Öffentlichkeit schilderte der Leiter des Tschechischen Zentrums München so: „In der ČR war vor 15 Jahren ein Begriff ‚Geschichtspolitik‘ unbekannt. Viele haben sich gefreut, dass nach dem Fall der Mauer wieder eine Kommunikation mit unseren ehemaligen Mitbürgern stattfindet. Havel war sehr offen und entgegenkommend, wie bekannt. Er wollte auch die Doppelstaatsbürgerschaft anbieten. Damals hat die deutsche Seite gesagt: wie mit unseren Türken? Man wollte auch einige Dörfer im Grenzgebiet wieder mit Deutschen besiedeln, und man hat über die Beteiligung der Sudetendeutschen am tschechischen Privatisierungsprozess nachgedacht. Umso größer war der Schock, als die Summe von 250 Mrd. Dollar als Entschädigungsforderung fiel. Damit war in gewisser Weise politisch Schluss. Denn Mitleid, Sensitivität, Kommunikation, die Vorstellung, dass die Vertreibung

schmerzt, die Vorstellung, dass die Vertriebenen für den Krieg mehr bezahlt haben als die Deutschen – das kann man alles zulassen, aber nicht politisch. Das geht einfach nicht.“

Durch die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft sieht Šicha die Legitimität der 1. Tschechoslowakischen Republik in Frage gestellt, deren Charakteristikum er in einer entschiedenen Modernität sieht (nach tschechischer Art illustrierte er das durch einen Witz – der vom deutschen Publikum nicht als solcher verstanden wurde). Von der deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei sei diese nie akzeptiert worden. Typisch sei z.B. der Titel einer Broschüre, die der Witikobund nach der Teilung des Landes in Tschechische und Slowakische Republik (1993) veröffentlicht habe: „Ende einer Fehlkonstruktion“. Die heutige Situation schätzt Šicha als „nicht mehr gefährlich, aber sehr unangenehm“ ein: „Diese Kampagne war sehr rufschädigend für die Tschechische Republik. Ich hoffe, dass wir jetzt in der EU wieder zum Thema Kafka, Schwejk, Bier usw. zurückkommen.“

Linke Politik

In einer weiteren Runde auf dem Podium ging es um die Frage, was linke Politik dem entgegensetzen kann bzw. muss. Dafür habe er keine Patentrezepte, bedauerte Eckart Mehl. Er warnte davor, die geschichtlichen Zusammenhänge zu kurzschlüssig zu sehen, und wies auf die viele Jahrhunderte zurückreichenden Wurzeln der Konflikte und auf die Rolle der Deutschen in Böhmen hin. Wenn Šicha sage, „die Deutschen haben sich nie mit der ČSR abgefunden“, so sei das sehr höflich formuliert. Tatsächlich hätten die Deutschen in der Tschechoslowakei massiv zur Zerstörung dieses Staates beigetragen. Sie hätten als Erste die Position vertreten, dass ein Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in einem Staat nicht möglich sei. Aufgabe von Historikern müsse es sein, sich möglichst nüchtern und vorurteilsfrei und ohne Schielen auf ihre Verwendbarkeit dieser Geschichte anzunähern und zu prüfen, welche Möglichkeiten zur Lösung der Probleme sich bewährt und welche versagt haben.

Leo Furtlehner betonte vor allem die Zurückweisung der Forderungen nach Aufhebung der Beneš-Dekrete und nach Entschädigung bzw. Restitution von „sudetendeutschem Eigentum“. Die Erfüllung dieser Forderungen würde bedeuten, dass „eine Büchse der Pandora geöffnet“ wird. Ungezählte Ansprüche würden erhoben werden, die Eigentumsverhältnisse in der ČR würden auf breiter Basis in Frage gestellt, eine Destabilisierung des Landes wäre die Folge. Auch allen anderen revanchistischen Tendenzen müsse eine Absage erteilt werden.

Jan Šicha wünschte sich eine rechtliche Analyse der SL-Satzung und des darin ver-

wendeten Begriffs von „Heimat“. Auch ein Vergleich der Beneš-Dekrete mit den entsprechenden Rechtsnormen in anderen Ländern sei nützlich. Dabei sei die historische Sicht einzuhalten, denn es gehe nicht um Rechtfertigung oder Verurteilung: „Es ist geschehen. Und unsere Vorfahren haben nach dem Krieg das Recht gehabt, sich so zu entscheiden.“ Als dritte Aufgabe nannte Šicha die Erarbeitung einer fundierten Kritik an den Gutachten, die im Auftrag der bayerischen Staatsregierung zur Frage der Beneš-Dekrete erstellt wurden.

Renate Hennecke nannte als wichtigste Aufgabe linker Politik in diesem Bereich „Aufklären, die Tricks der SL durchsichtig machen“, insbesondere den Trick der Ausnutzung des individuellen Leides der Betroffenen für politische Forderungen. „Die versuchen ständig, die Gegner ihrer Forderungen als hartherzig gegenüber dem Leid der Betroffenen hinzustellen. Diese Strategie müssen wir durchkreuzen und sichtbar machen“. Dazu sei eine kompetente und differenzierte Argumentation nötig. Hennecke empfahl das Anknüpfen an die gemeinsame Tradition deutscher und tschechischer Antifaschisten. Eine klare Haltung zur Vergangenheit sei auch die Voraussetzung dafür, dass Tschechen und Deutsche künftig gemeinsam in der EU um gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen können. Gegenüber der Bundesregierung müsse die Linke auf der Forderung bestehen, dass das Münchner Abkommen als null und nichtig von Anfang an erklärt wird und dass die politische und finanzielle Förderung der Vertriebenenverbände endlich aufhört.

Beiträge aus dem Saal

Nach der Erweiterung der Diskussion auf die Zuhörer im Saal wurden zunächst die aus der Sudetendeutschen Zeitung bekannten Positionen vorgetragen: „Das eine war Unrecht, und das andere war Unrecht, und die Vertreibung war eben auch ein Völkermord.“ Die darin liegende Gleichsetzung wurde vom Podium mit dem Argument zurückgewiesen, dass es hier auf eben jene Kausalzusammenhänge ankomme, die von Seiten der Vertriebenenverbände beiseite gelassen werden. Im übrigen habe, so Renate Hennecke, noch kein Vertreter der gehörten Gleichsetzungstheorie einen vernünftigen Vorschlag gemacht, wie das Zusammenleben von Tschechen und Deutschen nach dem Krieg hätte gestaltet werden können, ohne dass die Situation eines lang andauernden latenten oder heißen Bürgerkriegs geschaffen worden wäre.

Aus dem Publikum wurde dies durch die Erfahrung aus der eigenen Familie ergänzt, wonach von den Sudetendeutschen nach dem Krieg fast keiner bereit gewesen sei, wieder unter tschechisches Recht zurückzukehren. Man habe sich damals vorgestellt, unter deutschem Recht weiter dort leben zu können. Im Kern reduzie-

re sich das Problem damit auf die Frage, ob die Tschechoslowakei das Recht hatte, sich nach 1945 in den Grenzen von 1937 wiederzugründen. Die SL stelle dies bis heute in Abrede. Ihre Forderungen zeigen, dass es ihr nicht genügt, dass sich heute jeder Sudetendeutsche in der Tschechischen Republik niederlassen und unter tschechischem Recht dort leben und agieren kann: „Sie wollen unter deutschem Recht dort leben!“ Das sei Kolonialismus.

Zur Anwendung des Begriffs „Völkermord“ erläuterte Prof. Mehls, dies sei eine Konstruktion der Vertriebenenverbände, durch die diese der Verjährung ausweichen wollten. Sie entbehre jedoch inhaltlich jeder Grundlage.

Jan Šicha empfahl dem Vertreter der Völkermord-These, diese einmal in England vorzutragen. „Ich bin neugierig, wie die Antwort darauf lauten wird.“ Aus tschechischer Perspektive sei die Vergasung der Juden ein Verbrechen gewesen, die Vertreibung der Deutschen dagegen eine Tragödie.

Ein zweiter Teilnehmer aus dem Publikum, der sich als „letzter deutscher Verwandter von Präsident Masaryk“ vorstellte, sah sich einem „durch und durch stalinistischen Podium“ gegenüber. Er erläuterte, dass ja die Vertreibung eine Maßnahme der bürgerlichen tschechischen Regierung gewesen sei, und behauptete, er wundere sich, „dass Sie aus kommunistischer Sicht diese nicht-kommunistische Maßnahme verteidigen“. Schließlich habe doch die KP der Tschechoslowakei – die im übrigen die einzige übernationale Partei in der ČSR gewesen sei – in den 30-er Jahren die Forderungen der Sudetendeutschen unterstützt.

Leo Furtlehner beantwortete diesen Beitrag mit dem Hinweis, in der Tat sei die KPTsch die einzige Partei in der damaligen Tschechoslowakei gewesen, in der sich Tschechen und Deutsche gemeinsam organisiert haben, und bis Ende 1943 sei diese Partei gegen eine weitgehende Aussiedelung gewesen. Angesichts des NS-Terrors im Lande sei jedoch danach die Stimmung im Lande so stark dafür gewesen, dass sich auch die KP einverstanden erklärt habe. Denn die Grundlage für ein weiteres Zusammenleben sei restlos zerstört gewesen. Man müsse J.W. Brügel zustimmen, der geschrieben habe: „Der Totengräber des Sudetendeutschums war Adolf Hitler.“

Die Stimmung im Saal wurde erregt, als der erste Diskussionsredner sich erneut das Wort nahm und erklärte, er stimme dem Podium zu, dass das Zusammenleben verschiedener Völker in einem Staat nicht möglich sei, sondern über kurz oder lang zu Mord und Totschlag führen müsse.

Diese bewusste Missinterpretation des Podiums wurde heftig zurückgewiesen und als Standpunkt von Neonazis charakterisiert, worauf die Emotionen hochgingen und sich ein heftiger Disput entwickelte, der jedoch inhaltlich kaum nachzuvollziehen war.

Als sich die Stimmung wieder beruhigt hatte, konnten noch etliche Fragen sachlich beantwortet werden. So z.B. die Frage, warum die Thematisierung eines Problems auf internationaler Ebene etwas Schlechtes sein sollte. Eckart Mehls beantwortete die Frage mit dem Hinweis, dass es in diesem Falle um die Gesamtkonstruktion des Versailler Systems, speziell die völkerrechtliche Absicherung des Minderheitenstatuts des Völkerbundes ging. Die ČSR sei sicherlich der europäische Staat gewesen, der sich am meisten an das Minderheitsstatut gehalten hat. Beschwerden von Seiten Henleins seien wiederholt abgelehnt worden. So habe sich Henlein anderswo internationale Unterstützung geholt.

Ein Teilnehmer kritisierte die Verwendung der Begriffe „die Nazis“ oder „die Faschisten“ für die Verantwortlichen an den NS-Verbrechen, da dies die breite Beteiligung der sudetendeutschen Bevölkerung an diesen Verbrechen verharmlose.

Ein weiterer Teilnehmer ging in seinem Beitrag auf die Folgen ein, die die Debatte für die Tschechische Republik bereits gehabt hat. Es sei ein Problem der deutschen Gesellschaft, wenn ein Nachbarland, wie von Herrn Šicha beschrieben, in seinem Ruf geschädigt und die Nachbargesellschaft unter Rechtfertigungsdruck geraten sei, weil fast jeder, wenn er „Beneš-Dekrete“ hört, denkt: Da war doch was, da stinkt doch was. „Die ganze deutsche Gesellschaft ist verschoben“, stellte der Redner fest. Dies werde sich z.B. bei der Darstellung des Münchner Abkommens in dem in München geplanten NS-Dokumentationszentrum niederschlagen. Die Frage stelle sich, ob dieses brutale Diktat dort als Recht oder als Unrecht dargestellt sein werde. „Eine breite Debatte darüber ist notwendig. Das Münchner Abkommen muss anfangen zu stinken. Weil das eine Frage des politischen Instrumentariums ist, das in der EU für anwendbar gehalten wird.“

In der Schlussrunde des Podiums stellte Eckart Mehls fest, heute gehe es um das Selbstverständnis der Deutschen. Sehen sie ihre Rolle darin, „Mentor“ der kleineren Völker zu sein? Oder sind sie bereit, als gleichberechtigte Partner in der EU die Voraussetzungen für gute nachbarliche Beziehungen zu schaffen?

Leo Furtlehner hielt Überlegungen für notwendig, wie nach dem EU-Beitritt die Zusammenarbeit der Linken auf politischer Ebene und darunter organisiert werden kann. Denn politische und soziale Fortschritte seien nur noch auf internationaler Ebene möglich.

Renate Hennecke stellte klar, dass die Behauptung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 3,5 Millionen Sudetendeutsche zu vertreten, eine haltlose Anmaßung ist. Die meisten Sudetendeutschen wollten mit der Landsmannschaft nichts zu tun haben, viele Menschen – z.B. angeheiratete Partner von Kindern und Enkeln Sudetendeutscher – wüssten überhaupt nicht, dass die SL sie zu ihrer Klientel rechnet.

Jan Šicha merkte an, in Tschechien seien viele bereit, die Vertreibungsoffer zu ehren und offen über viele Sachen zu sprechen. Die politische Instrumentalisierung bremse aber die innertschechische Debatte. „Solange über Milliarden gesprochen wird und Milliardenrohungen in der Luft liegen“, könnte dies bei der innertschechischen Debatte nicht ignoriert werden.

Gegenüber der Landsmannschaft legte er jedoch Wert auf eine Differenzierung. So werde z.B. in der ČR gar nicht gesehen, dass die SL auch Gelegenheit gebe, dass sich die Leute mit ihren ehemaligen Nachbarn wiedertreffen können. „Das ist nichts Schlechtes. Ich lobe die SL für diese Funktion.“

Sein Bemühen sei es gewesen, „Reflektionsfenster zu öffnen, um von der engen Debatte wegzukommen“, sagte Šicha.

Dasselbe Bemühen sprach aus dem letzten Beitrag des Abends, in dem die Regensburger Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, Luise Gutmann, darüber berichtete, wie durch die Organisation zahlreicher Begegnungen zwischen Regensburger Bürgern und tschechischen Besuchern, die einst als NS-Zwangsarbeiter in Regensburg waren, die Debatte in ihrer Stadt positiv beeinflusst werden konnte.

Nachwort

Die Deutung der Ereignisse, die vom Münchner Diktat von 1938 bis zu der im Potsdamer Abkommen 1945 niedergelegten Nachkriegsordnung führten, ist nicht nur Gegenstand fachwissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Politische Kampagnen unter einprägsam verkürzten Schlagworten wie „Beneš-Dekrete“, „Vertreibungsunrecht“, „Zentrum gegen Vertreibungen“ u.ä. begründen in den betroffenen Nachbarländern der BRD wachsende Befürchtungen. Besonders die von der bayerischen Staatsregierung offiziell, ideell und materiell geförderte Sudetendeutsche Landsmannschaft artikuliert Ansprüche an Tschechien.

Die historische Fachtagung, die der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung und der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten vom 7. bis zum 9. Mai 2004 in München durchführte, diente der Erschließung von Fach- und Hintergrundwissen für die öffentliche Meinungsbildung. Sie bot Nachwuchswissenschaftler/innen ein Forum, um ihre Forschungen zu diesem Thema vorzustellen und ihre wissenschaftliche und politische Arbeit zu vernetzen.

Die Tagung wurde unterstützt durch den AK Kritische Geschichte, den AStA der Geschwister-Scholl-Universität München und die offene Liste der PDS im Stadtrat München.

Die hier vorgelegte Dokumentation enthält die Vorträge, die bei dieser Tagung gehalten und – teilweise kontrovers – diskutiert wurden.

In der Reihe der DTN-Dossiers ist dies die dritte Publikation, die im Zusammenhang mit der Tagung „Vom Münchner Abkommen zur Nachkriegsordnung ...“ entstanden ist. Bereits im Januar 2004 ergab sich im Rahmen der Vorbereitung die Möglichkeit, eine Konferenz zum Thema „Flucht, Vertreibung und Erinnern – Zur politischen und literarischen Reflexion in der deutschen und osteuropäischen Nachkriegsliteratur“ zu besuchen, die das „Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.“ mit Unterstützung der Rosa Luxemburg Stiftung in Jena durchführte. Drei Beiträge von dieser Konferenz konnten wir mit freundlicher Genehmigung von Autoren und Veranstalter im DTN-Dossier Nr. 3 veröffentlichen. Eine weitere Publikation entstand als unmittelbarer Teil der Vorbereitungen für die Tagung in München. Die Vorbereitungsgruppe bat eine Reihe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich in der Auseinandersetzung mit der Instrumentalisierung dieses Bereichs der Nachkriegsgeschichte in den letzten Jahrzehnten positioniert haben, die ihrer Meinung nach wichtigsten einschlägigen Publikationen

zu nennen. Aus den Rückmeldungen der angeschriebenen Expertinnen und Experten wurde eine Liste relevanter Titel zusammengestellt und über das Internet zur Rezension ausgeschrieben. Erklärtes Ziel war dabei, Nachwuchswissenschaftler/innen für die Befassung mit dem Thema zu gewinnen. Auf diesem Wege konnten wir Rezensionen von 33 der 85 Titel der Literaturliste erhalten.

Auf diese Weise entstand Dossier Nr. 4, das – ähnlich wie das jetzt erscheinende Dossier Nr. 5 – als Momentaufnahme des Rezeptionsgeschehens begriffen werden kann und den Einstieg in das schwierige Thema erleichtern soll.

Die während der Vorbereitung der Tagung „Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung ...“ entstandenen Texte und Publikationen sind auch auf der Internetseite des Kurt-Eisner-Vereins für politische Bildung in Bayern (www.kurt-eisner.de/muedik) dokumentiert.

Darüber hinaus wurde die Tagung selbst von dem Münchner Alternativradio „Radio Lora“ mitgeschnitten und Auszüge daraus gesendet. Ein Transskript der teils lebhaften Diskussion wurde angefertigt, von dessen Auswertung wir uns Impulse für die weitere Bearbeitung des Themas erhoffen.

Den Autoren der Vorträge sowie allen weiteren Beteiligten möchten wir unseren herzlichen Dank aussprechen.

Unser Dank gilt auch denen, die durch zwei weitere wichtige Programmbestandteile zu der Tagung beigetragen haben:

Das HistoArt-Projekt „Die deutsche Böhmen-Neurose. Eine Text-Collage zur historischen Stereotypenforschung“ wurde von den Oldenburger Historikerinnen Eva Hahn und Elisabeth Rickelmann aufgeführt und nahm den lächerlichen Aspekt des ersten Themas aufs Korn. Eine reine Textdokumentation könnte diesem Projekt nicht gerecht werden, so dass wir auf die Aufnahme in diese Dokumentation verzichten mussten.

Die Ausstellung „Am Vorabend des 2. Weltkrieges: München 1938 / März 1939 – Hintergründe, Ereignisse, Folgen“ der Čapek-Gesellschaft für Humanismus und Völkerverständigung e.V. war, leider nur in gekürzter Form, während der Tagung im EineWeltHaus zu sehen. Ein umfassender Katalog dieser Ausstellung mit zahlreichen zusätzlichen Dokumenten und Aufsätzen des Osteuropaforschers und Vorsitzenden der Čapek-Gesellschaft, Dr. Ulrich Grochtmann, ist kürzlich erschienen (siehe Anzeige).

Nach Abschluss der Nacharbeiten zu der Münchner Tagung diskutieren wir zurzeit mit dem Kurt-Eisner-Verein über die Möglichkeiten zur weiteren Bearbeitung des Themas.

Wichtig dabei erscheint uns die Beschäftigung mit der Frage, wie zu unterschei-

den ist zwischen dem Recht auf kulturelle Selbstbestimmung und seiner Behauptung gegen die Tendenz zu kultureller Gleichschaltung und Diskriminierung einerseits und einer Volkstumspolitik, wie sie zum Beispiel von den Vertriebenenverbänden als Pflicht des deutschen Staatswesens eingefordert wird, andererseits. Die Vielen so selbstverständlich erscheinende Deutung, dass die Bundesrepublik Deutschland der natürliche Sachwalter von Allem sei, was nach deutscher Zunge klingt, dürfte jedenfalls ihren Ursprung in großdeutschen Traditionen und Strategien haben, die jene anderswo lebenden und mit deutscher Sprache und Kultur ebenfalls verbundenen Minderheiten als Mittel zum Zweck benutzen.

In diesem Zusammenhang steht auch die Tendenz, politische Strategien abzuschern, indem das im Zuge der zeitgeschichtlichen Ereignisse erlebte Leiden der Betroffenen dargestellt, der politisch-geschichtliche Zusammenhang jedoch ausgeblendet wird. Dagegen stellt sich u.E. die Aufgabe, genau diesen Kontext klar und öffentlich zu machen. Eine Möglichkeit dazu bestünde z.B. in der Erarbeitung einer Publikation zur Behandlung des „Falles Grün“ (NS-Codewort für die Annexion der tschechoslowakischen Grenzgebiete) durch das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, die zugleich populär und wissenschaftlich ediert für die Verwendung im Geschichtsunterricht der Schulen geeignet sein sollte.

Weiteres dazu in den Deutsch-Tschechischen Nachrichten und auf der Web-Seite des Kurt-Eisner-Vereins.

Für die Redaktion der DTN
Martin Fochler, Renate Hennecke

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Florian Beck, M.A. Philosophie, München

Steffen Bockhahn, Redakteur, Rostock

Tobias Ebbrecht, Filmwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Potsdam, Berlin

Juliane Gilles, Politikwissenschaftlerin, München

Jörg Kronauer, Sozialwissenschaftler und freier Journalist, Köln

Jana Mikota, Literaturwissenschaftlerin, Siegen

Velten Schäfer, Historiker und Journalist, Berlin

Florian Weis, Historiker, Berlin

Literatur zum Thema

- Badstübner, Rolf** u.a.: Deutsche Geschichte Band 9. Die antifaschistische Umwälzung, der Kampf gegen die Teilung Deutschlands und die Entwicklung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin 1989
- Bamberger-Stemmann, Sabine**: Der Europäische Nationalitätenkongress 1925 bis 1938. Nationale Minderheiten zwischen Lobbyistentum und Großmachtinteressen, Marburg 2001 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropaforschung 7). *Rezension von Velten Schäfer**
- Bayrisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus**, United Soft Media: Gegen das Vergessen – Die grosse Flucht – Umsiedlung, Vertreibung und Integration der deutschen Bevölkerung, DVD-ROM, München 2003 (Systema in der United Soft Media Verlag GmbH). *Rezension von Tobias Ebbrecht*
- Beneš, Zdeněk**: Geschichte verstehen: die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen in den böhmischen Ländern 1848–1948, 2002 (Gallery). 343 Seiten
- Billstein, Reinhold**: Neubeginn ohne Neuordnung. Dokumente und Materialien zur politischen Weichenstellung in den Westzonen nach 1945, Köln 1984 (Pahl-Rugenstein), 351 Seiten
- Biman, Stanislav** und Cilek Roman: Der Fall Grün und das Münchner Abkommen. Ein Dokumentarbericht, Berlin (DDR) 1983 (Verlag der Nation), 238 Seiten
- Brandes, Detlef** und **Václav Kural** (Hrg.): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947, Essen 1994 (Klartext), 255 Seiten
- Brandes, Detlef**, Edita Ivanicková und Jiří Pešek (Hrg.): Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien, Essen 1999 (Klartext), 336 Seiten, *Rezension von Klaus Melle*
- Brandes, Detlef**: Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. München 2003 (Oldenbourg), 510 Seiten, *Rezension von Florian Weis*
- Brandes, Detlef**: Die Tschechen unter deutschem Protektorat 1939–1945, München 1969 (Oldenbourg), 372 Seiten
- Brügel, Johann Wolfgang**: Tschechen und Deutsche, München 1967 (Nymphenburger Verlags-Handlung), *Rezension von Eckart Mehls*

* Die Hinweise „Rezension von ...“ beziehen sich auf das DTN-Dossier Nr. 4 „33 Rezensionen“ bzw. die Web-Seite <http://Kurt-Eisner.de/muedik>

- Čelovský, Boris:** Das Münchner Abkommen 1938, Stuttgart 1958 (Deutsche Verlagsanstalt), 518 Seiten
- Celovský, Boris:** So oder so. Ostrava 2002 (Sfinga), 543 Seiten
- Cowling, Maurice:** The Impact of Hitler. British Politics and British Policy 1933–1940, Cambridge 1975 University Press, *Rezension von Florian Beck*
- Dau, Rudolf und Franz Svatosch:** Neueste Geschichte der Tschechoslowakei, Berlin (DDR) 1985 (Deutscher Verlag der Wissenschaften), 311 Seiten
- Diwald, Hellmut, Rolf-Josef Eibicht, u.a. (Hrg.):** Die Tschechoslowakei. Das Ende einer Fehlkonstruktion. Die sudetendeutsche Frage bleibt offen, Berg 1993 (VGB), 146 Seiten, *Rezension von Sebastian Schneider*
- Dress, Hans:** Slowakei und faschistische Neuordnung Europas, Berlin (DDR) 1972 (Akademie-Verlag), 199 Seiten
- Eibicht, Rolf-Josef:** Die Entrechtung der Sudetendeutschen durch die Beneš-Dekrete www.dingolfing.org/members/mies-pilsen/benes.htm
- Frowein, Jochen u.a.:** Gutachten zu den Beneš-Dekreten und zum Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union, erstellt auf Ersuchen der Präsidenten des Europäischen Parlaments, Luxemburg Oktober 2002, (Europäisches Parlament – Generaldirektion Wissenschaft), Dok. Nr. PE323.934, *Rezension von Jens Könniger*
- Fuchs, Gerhard:** Aggressive Planungen des deutschen Imperialismus gegenüber der Tschechoslowakei in der Zeit der Weimarer Republik, In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Nr. 10, Berlin (DDR) 1968
- Fuchs, Gerhard:** Das Münchner Abkommen ist nichtig, In: Deutsche Außenpolitik, Berlin (DDR) 1965, Nr. 8, S. 951–958
- Fuchs, Gerhard:** Gegen Hitler und Henlein. Der solidarische Kampf tschechischer und deutscher Antifaschisten von 1933 bis 1938, Berlin (DDR) 1961 (Rütten & Loening), 335 Seiten, *Rezension von Stefan Hetzler*
- Fuchs, Gerhard:** Zur Behandlung der sudetendeutschen Frage (1933–1938) in der westdeutschen Geschichtsliteratur, In: Stern, Leo: Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges, Berlin (DDR) 1958 (Akademie-Verlag)
- Gajan, Koloman und Robert Kvacek (Hrg.):** Deutschland und die Tschechoslowakei 1918–1945. Dokumente über die deutsche Politik, Prag 1968 (Orbis), 187 Seiten
- Glott, Peter:** Vertreibung. Böhmen als Lehrstück, München 2003 (Ullstein), *Rezension von Klaus Melle*
- Hahn, Eva:** Sudetoněmecký problém: Obtí né loučení s minulostí. Ústí nad Labem 1999 (Albis Internat.), 377 Seiten
- Hahn, Eva und Hans Henning Hahn:** Sudetoněmecká vzpomínání a zapomínání

- ní, Praha 2002 (Votobia), 234 Seiten
- Hájek, Jiří S.:** Signal auf Krieg. München 1938, Berlin (DDR) 1960 (Rütten & Loening), 251 Seiten
- Hamann, Brigitte:** Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München, 1998 (Piper), 651 Seiten, *Rezension von Jan Gerber*
- Hass, Gerhart:** Bankrott der Münchener Politik. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1939, Illustrierte historische Hefte Nr. 50, Berlin (DDR) 1988 (Deutscher Verlag der Wissenschaften), 43 Seiten
- Hass, Gerhart:** Das Münchner Abkommen und die Annexion der Tschechoslowakei im Spiegel der westdeutschen Publizistik und Geschichtsschreibung, In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Nr. 4, Berlin 1969 (DDR)
- Hass, Gerhart:** Der Unilever-Konzern und die Vorbereitung des Münchner Abkommens, In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Nr. 10, Berlin (DDR) 1974
- Hass, Gerhart:** Münchner Diktat 1938 – Komplott zum Krieg, Berlin(DDR) 1988 (Dietz), 303 Seiten
- Hass, Gerhart:** Über Versuche der Umwertung der Beschwichtigungspolitik zum europäischen Friedenskonzept. Nachlese zu bürgerlichen Stimmen anlässlich des 40. Jahrestages des Abkommens von München, In: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Berlin (DDR) 1979
- Hass, Gerhart:** Von München bis Pearl Harbor. Zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1938–1941, Berlin (DDR) 1965 (Akademie-Verlag), 278 Seiten, *Rezension von Stephan Grigat*
- Hass, Gerhart:** Zur Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus gegen die Tschechoslowakei und zur Appeasementpolitik der Westmächte 1933 – 1939, In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas Bd. 18/2, Berlin (DDR) 1974
- Herde, Georg** und **Alexa Stolze:** Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1987, 222 Seiten (Pahl-Rugenstein), *Rezension von Anja Worm*
- Heumos, Peter:** Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938–1945, München 1989 (Oldenbourg), 469 Seiten. *Rezension von Jana Mikota*
- Hochberger, Hunno** und **Emil Hruška:** Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa. Stuttgart 1998 (GNN-Verlag), 255 Seiten, *Rezension von Nico Koppo*
- Hoensch, Jörg K., Stanislav Biman** und **Lubomír Lipták** (Hrg.): Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den

- Böhmischen Ländern und in der Slowakei; Essen 1999 (Klartext), 263 Seiten, *Rezension von Jens Könniger*
- Hruška, Emil:** Sudetendeutsche Kapitel. Studie zu Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung, Deutsch-Tschechische-Nachrichten – Dossier Nr. 2, Hamburg 2003, *Rezension von Werner Röhr*
- Jauernig, Edmund:** Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde, Berlin 1968 (Deutscher Verlag der Wissenschaften), 290 Seiten
- Kárný, Miroslav, Jaroslava Milotová und Margita Kárna:** Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich 1941–1942. Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945, Bd. 2, Berlin 1997 (Metropol), 303 Seiten
- Kárný, Miroslav:** Die Logik von München: das Protektorat Böhmen und Mähren, In: Eichholz, Dietrich und Kurt Pätzold (Hrg.): Der Weg in den Krieg, Berlin 1989 (Pahl-Rugenstein), 30 Seiten
- Kárný, Miroslav:** Ein Auschwitz-Bericht und das Schicksal des Theresienstädter Familienlagers, In: Judaica Bohemia H. 1, Prag 1985
- Klundt, Michael, Samuel Salzborn, Marc Schwietring und Gerd Wiegel:** Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert, Giessen 2003 (Netzwerk für Politische Bildung, Kultur und Kommunikation), 176 Seiten, *Rezension von Benno Herzog*
- Koenen, Emmy:** Zum antifaschistischen Kampf der KPD in der ČSR, In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung H. 6, Berlin (DDR) 1976, *Rezension von Sebastian Schneider*
- Königer, Heinz:** Der Weg nach München. Über die Mai- und Septemberkrise im Jahre 1938 und ihre Vorgeschichte, Berlin (DDR) 1958 (Deutscher Verlag der Wissenschaften), 198 Seiten, *Rezension von Jan Gerber*
- Král, Václav und Karel Fremund:** Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierungs- und Austilgungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei, Prag 1962 (Orbis), 176 Seiten
- Král, Václav** (Hrg.): Tschechoslowakische diplomatische Dokumente 1937–1939. Das Abkommen von München 1938, Prag 1968 (Academia), 369 Seiten
- Král, Václav:** Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947. Dokumentensammlung, Prag 1964 (Nakladatelství Československé Akad. Ved), 663 Seiten
- Krekeler, Norbert:** Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933, Stuttgart 1973, *Rezension von Velten Schäfer*
- Krusch, Hans-Joachim:** Zum deutschen Neuanfang 1945–1949. Tatsachen –

- Probleme – Ergebnisse – Irrwege. Die Arbeiterbewegung und die Entstehung der beiden deutschen Staaten. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung Band 19, Bonn 1993 (Pahl-Rugenstein), 400 Seiten
- Kühnl, Reinhard:** Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 7. Auflage, Köln 2000 (Pahl-Rugenstein), 564 Seiten, *Rezension von Florian Beck*
- Kühnl, Reinhard:** Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten, Heilbronn 1995 (Distel-Verlag), 239 Seiten, *Rezension von Philip Bauer*
- Kural, Václav:** Konflikt statt Gemeinschaft? Prag 2001 (Ústav Mezinárodních Vztahů)
- Kural, Václav** und **Zdeněk Radvanovský:** „Sudety“ pod hákovým kří em. Ústí nad Labem 2002
- Kürbisch, Friedrich G.:** Chronik der Sudetendeutschen Sozialdemokratie 1863–1938, München 1982 (Die Brücke), 133 Seiten
- Leoncini, Francesco:** Die Sudetenfrage in der europäischen Politik. Von den Anfängen bis 1938, Essen 1988
- Lozek, Gerhard** u.a. (Hrg.-Kollektiv): Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, Berlin 1977 (Akademie-Verlag), 751 Seiten
- Maiski, Ivan Michajlovic:** Memoiren eines sowjetischen Botschafters, Berlin (DDR) 1984 (Dietz Verlag), 888 Seiten (davon 100 direkt zum Thema)
- Michaelis, Herbert, Ernst Schraepfer** und **Günter Scheel** (Hrg.) Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Dokumentensammlung hier: Zwölfter Band. Das sudetendeutsche Problem. Das Abkommen von München und die Haltung der Großmächte, Berlin 1967 (Wendler) 640 Seiten
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Republik / Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR** (Hrg.): Neue Dokumente zur Geschichte des Münchener Abkommens, Prag 1959 (Orbis), 147 Seiten
- Neubert, Harald:** Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940 bis 1968 und die Folgen, Berlin 2003 (Das Neue Berlin Verlags GmbH), 256 Seiten, *Rezension von Markus Gunkel*
- Nielsen, Frederic W.:** Vertriebene Vertreiber in der Tschechoslowakei (1938–1946). Eine notwendige Richtigstellung und eine verspätete Vergangenheitsbewältigung, Östringen 1995 (Verlag der Jugendwerkstatt), 208 Seiten
- Obermann, Karl** und **Josef Polišenský:** Die Hintergründe des Münchener Abkommens von 1938, Berlin (DDR) 1959 (Rütten & Loening), 252 Seiten

- Raschhofer, Hermann** und **Otto Kimminich**: Die Sudetenfrage. Ihre völkerrechtliche Entwicklung vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, München 1988 (Isar-Verlag), 310 Seiten, *Rezension von Philipp Bailly*
- Röhr, Werner, Brigitte Berlekamp** und **Karl-Heinz Roth** (Hrg.): Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomie der „friedlichen“ Aggression Deutschlands 1938/39, Hamburg 2001 (VSA), 397 Seiten, *Rezension von Alex Geller*
- Röhr, Werner**: September 1938. Diversion und Demagogie bei der Erzeugung einer Kriegspsychose durch den Hitlerfaschismus und seine Fünfte Kolonne in der CSR, In: Eichholz, Dietrich, Kurt Pätzold (Hrg.): „Der Weg in den Krieg“, Berlin 1989 (Pahl-Rugenstein), 68 Seiten
- Salzborn, Samuel**: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 2000 (Espresso Verlag), 219 Seiten, *Rezension von Anja Worm*
- Salzborn, Samuel**: Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001 (Offizin Verlag), 304 Seiten, *Rezension von Jens Könniger*
- Schmitz-Bender, Thomas**: Der Friede der zum Krieg führt. Textbuch für die öffentliche Nachstellung des Münchner Abkommens 1938 im ehemaligen Führerbau in München am 3. Oktober 1995, München 1995 (Verlag Das freie Buch)
- Schneider, Hansjörg**: Exil in der Tschechoslowakei, In: Hoffmann, Ludwig u.a. (Hrg.): Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und Palästina, Leipzig 1980 (Röderberg), 746 Seiten, *Rezension von Tobias Ebbrecht*
- Schumann, Wolfgang** und **Ludwig Nestler** (Hrg.): Europa unterm Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938–1945), Berlin (DDR) 1988 (Pahl-Rugenstein), 284 Seiten
- Seibt, Ferdinand**: Deutschland und die Tschechen. München 1995 (Piper), 515 Seiten, *Rezension von Lutz Victor Wengorz*
- Staněk, Tomáš**: Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (außerhalb der Lager und Gefängnisse), Wien 2002 (Böhlau), 264 Seiten
- Svatosch, Franz**: Das Sudetengebiet unterm Hakenkreuz. Die sozialökonomischen Veränderungen Nord- und Nordwestböhmens während der ersten Phase der hitlerfaschistischen Okkupation (Oktober 1938 bis Mitte 1942), Dissertation, Potsdam 1969
- Taylor, Telford**: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1996 (Heyne), 799 Seiten, *Rezension von Jens Könniger*
- Taylor, Telford**: Munich: The Price of Peace: The Definitive Account of the Fa-

- teful Conference of 1938, New York 1979 (Doubleday), 1084 Seiten
- Teichová, Alice:** Über das Eindringen des deutschen Finanzkapitals in das Wirtschaftsleben der kapitalistischen Tschechoslowakei vor dem Münchner Diktat, In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft H. 6, Berlin (DDR) 1957
- Umbreit, Hans:** Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977 (Deutsche Verlagsanstalt), 296 Seite
- Winterfeld, Achim von:** Das Potsdamer Abkommen, das Grundgesetz und die Wiedervereinigung Deutschlands – im Lichte des Urteils des Bundesverfassungsgerichts im KPD-Prozeß vom 17. August 1956, In: Europa-Archiv/ 5.10. 1956 – S. 9203ff, *Rezension von Markus Gunkel*
- Wiskemann Elizabeth:** The Czechs and Germans. A Study of the Struggle in the Historic Provinces of Bohemia and Moravia, London 1938, 2. Aufl. 1969
- Wiskemann Elizabeth:** Germany's Eastern Neighbours. Problems Relating to the Oder-Neisse Line and the Czech Frontier Regions, London 1956 (Oxford University Press), 309 Seiten
- Zimmermann, Volker:** Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1948–1945), Essen 1999 (Klartext), 516 Seiten, *Rezension von Tobias Ebbrecht*

Primärquellen:

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof – Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946; Amtlicher Text – Deutsche Ausgabe:

- a) Beweisführung des Vertreters der Anklagebehörde zur Annexion Österreichs – Verhandlungsniederschriften, Bd. II – S.385ff.
- b) Beweisführung des Vertreters der Anklagebehörde zur Annexion der Tschechoslowakei – Verhandlungsniederschriften, Bd. III – S.45ff.
- c) Beweisstück US-91 bzw. Dokument 998-PS: Amtlicher tschechoslowakischer Bericht über deutsche Verbrechen gegen die Tschechoslowakei; abgefasst in englischer Sprache (German Crimes against Czechoslovakia) – Urkunden und Beweismaterial, Bd. XXVI, S. 429–522

Kempner, Robert M. W., Carl Haensel: „Das Urteil im Wilhelmstrassen-Prozess. Der amtliche Wortlaut der Entscheidung im Fall Nr. 11 des Nürnberger Militärtribunals gegen von Weizsäcker und andere ...“; 1. Aufl. Schwäbisch Gmünd 1950. S.1–36

„Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik – Prag,

11.12.1973“; Quellen dazu:

a) Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode – Drucksache 7/1832; 20.03.74, hier: Denkschrift zu dem Vertrag, S.13ff.

b) Bericht und Antrag des Auswärtigen Ausschusses (bezüglich Drucksache 7/1832) ; 17.06.1974

c) Bundestagsdebatte zum Vertrag...; Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 7. Wahlperiode, Stenographische Berichte – Band 87; 90. Sitzung, Mittwoch, den 27. März 1974 – S. 6006ff.

d) Bundestagsdebatte zum Vertrag...; Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 7. Wahlperiode, Stenographische Berichte – Band 88; 109. Sitzung, Mittwoch, den 19. Juni 1974 – S. 7389ff.

Alliiertes Kontrollrat für Deutschland: „Direktive Nr. 38. Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“; Amtlicher Text – Berlin, 12. Oktober 1946

U.S. Diplomatic Mission to Germany: “Treaty on the Final Settlement with Respect to Germany”[Zwei-plus-vier-Vertrag] – 12. September 1990 (Quelle: American Foreign Policy Current Documents 1990. Departement of State, Washington, 1991)

Staff of Senate Republican Policy Committee – William L. Armstrong, Chairman: “Senate Record Vote Analysis. Two-plus-Four Treaty with Germany/Ratification”; 101st Congress, 2nd Session, October 10, 1990, Quelle:

<http://www.senate.gov/-rpc/rva/1012/1012263.htm>

In der Reihe DTN-Dossier bisher erschienen:

Nr. 1, Oktober 2002, Tschechen und Deutsche gemeinsam gegen den Faschismus 1933 – 1938, Materialien vom Seminar der VVN-BdA, LV Bayern, am 24./25. März 2001 in Pec (Westböhmen). 72 Seiten, Din A5, Preis: 3 Euro zzgl. Porto.

Nr. 2, Juni 2003, Emil Hruška, Sudetendeutsche Kapitel, Studie zu Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung. 124 Seiten, Din A5, Preis: 5 Euro zzgl. Porto.

Nr. 3, Januar 2004, politisch literarische reflexion zum Thema Flucht, Vertreibung, Erinnern in der DDR-Literatur. Drei Vorträge von einer Tagung des Thüringer Forums am 24. Januar 2004 in Jena. 16 Seiten Din A4, Preis: 1,50 Euro.

Nr. 4, April 2004, 33 Rezensionen einschlägiger Fachliteratur. Erarbeitet anlässlich der historischen Fachtagung „Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung – Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik“. 56 Seiten Din A4, Preis: 4 Euro.

DTN-Dossiers zu beziehen über: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg
Tel.: 040 - 43 18 88 20, Fax: 040 - 43 18 88 21, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Ulrich Grochtmann, Katalog und Dokumentation zu der Ausstellung „München 1938 / März 1939. Hintergründe, Ereignisse, Folgen: Ereignisse und Entwicklungen vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Beitrag zum Thema „Deutsche und Tschechen im 20. Jahrhundert“ der Čapek-Gesellschaft für Humanismus und Völkerverständigung. Hrsg. vom AstA der Geschwister-Scholl-Universität München, München 2004, 311 S., 17 Euro.

Bestellungen an die Čapek-Gesellschaft, c/o Ulrich Grochtmann, Gerhart-Hauptmann-Str. 4, 58093 Hagen, Tel. 02331-54028 oder den AstA der GSU, Leopoldstr. 15, 80801 München, Tel. 089-21080-2071, e-mail: asta@stuve.uni-muenchen.de.

Eine Besprechung findet sich auf der Website www.bohemistik.de. Sie steht dort zusammen mit zahlreichen weiteren interessanten Literaturhinweisen

Zu der Veranstaltung „Die deutsche Böhmen-Neurose – Eine Text-Collage zur historischen Stereotypenforschung“ siehe www.bohemistik.de sowie Besprechung in DTN Nr. 59, Juni 2004.

AStA der Geschwister-Scholl-Universität:
www.stuve.uni-muenchen.de

AK Kritische Geschichte:
www.kritische-geschichte.de

„München gegen Münchner Diktat“ – Ein Projekt der offenen Liste der PDS im Stadtrat. Siehe auch:
www.pds-mueunchen-stadtrat.de

DTN-Redaktion, Postfach 201026, 80010 München. Tel.: 089-507925.
eMail: renate.hennecke@netsuf.de
www.deutsch-tschechische-nachrichten.de

Die Deutung der Ereignisse, die vom Münchner Diktat von 1938 bis zu der im Potsdamer Abkommen 1945 niedergelegten Nachkriegsordnung führten, ist nicht nur Gegenstand fachwissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Politische Kampagnen unter einprägsam verkürzten Schlagworten wie „Beneš-Dekrete“, „Vertreibungsrecht“, „Zentrum gegen Vertreibungen“ u.ä. begründen in den betroffenen Nachbarländern der BRD wachsende Befürchtungen. Besonders die von der bayerischen Staatsregierung offiziell, ideell und materiell geförderte Sudetendeutsche Landsmannschaft artikuliert Ansprüche an Tschechien.

Die historische Fachtagung, die der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung und der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten vom 7. bis zum 9. Mai 2004 in München durchführte, diente der Erschließung von Fach- und Hintergrundwissen für die öffentliche Meinungsbildung. Sie bot Nachwuchswissenschaftler/innen ein Forum, um ihre Forschungen zu diesem Thema vorzustellen und ihre wissenschaftliche und politische Arbeit zu vernetzen.

Die Tagung wurde unterstützt durch den AK Kritische Geschichte, den AStA der Geschwister-Scholl-Universität München und die offene Liste der PDS im Stadtrat München.

Preis: 8 Euro

ISBN 3-938372-01-X



